

EUROPA IST TOT

Es lebe Europa?



Gesellschaft
Bedroht, bedrängt, bekämpft:
Der neue Hass auf Politiker

Deutsche Elf
Was läuft falsch
bei Mario Götze?

Ich liebe mich!
Narzissmus – die herrlich
gefährliche Selbstsucht

EXCITE YOUR SENSES.



DREI CHARAKTERE. EINE EINZIGARTIGE ERFAHRUNG.

Jeder Jaguar ist Ausdruck unserer Leidenschaft für beeindruckende Performance und unverwechselbares Design. Die Kombination aus leistungsstarken Motoren und richtungsweisenden Technologien sorgt dafür, dass Sie auf jeder Fahrt sicher unterwegs, vernetzt und gut unterhalten sind. Und das bei maximalem Fahrspaß. Kurz gesagt: Ein Jaguar spricht alle Sinne an.

**Erleben Sie die neuen Jaguar Modelle F-PACE, XF und XE jetzt
bei Ihrem Jaguar Partner oder im Rahmen der Art of Performance Tour.**

jaguar.de

THE ART OF PERFORMANCE



Mehr Informationen und Bedingungen zu
Jaguar Care unter: jaguar.de/JaguarCare



hugoboss.com



DUFTSTARS 2016
GEWINNER
PRESTIGE
HERREN

Ausgezeichnet mit dem Publikumspreis

Bester Herrenduft 2016

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Narzissmus, SPIEGEL WISSEN



PETER NICHOLLS / DER SPIEGEL

Scheuermann

Die Nacht von Donnerstag auf Freitag war lang, für Europas Politiker, für die politisch Interessierten auf der ganzen Welt, natürlich auch für Journalisten. Christoph Scheuermann war mit vielen Kollegen in London, Berlin und Brüssel unterwegs, um Fakten und Meinungen zu sammeln zum Brexit, zur Tatsache, dass sich die Briten mehrheitlich für einen Austritt aus der EU entschieden haben. Die-

ser Tag, der als schwarzer Donnerstag in die Geschichte der EU eingehen wird, bedroht das erfolgreiche Projekt europäischer Integration, er ist zugleich aber nur der Einstieg in den Ausstieg. Vor Großbritannien, vor der EU liegen komplizierte, womöglich quälend lang dauernde Verhandlungen über die genauen Modalitäten des Austritts. Warum es zum Brexit kam, wie es nun weitergehen sollte, beschreibt das Titelstück dieser Ausgabe; der Leitartikel dieses Hefts und ein Essay bewerten ebenfalls die Konsequenzen dieser historischen Zäsur. Zusätzliche Reaktionen, Analysen, Videos bietet die aktualisierte digitale Ausgabe des SPIEGEL (magazin.spiegel.de).

Seiten 10, 14, 20

Es gibt keinen guten Moment, sich einen Arm zu brechen, aber zu den unwidersprochen schlechten gehört ein Arbeitstag, an dem ein Redakteur einen Text mit einer Länge von 4500 Wörtern zu schreiben hat. Das sind rund 32 000 Zeichen, die getippt werden müssen. Tobias Becker hatte gerade den Anfang seines Texts über das Zeitalter des Narzissmus geschrieben, als er sich auf sein Rad setzte, um Hemden aus der Reinigung zu holen. Zehn Stunden später kehrte er mit eingegipstem Arm heim, der Ellenbogen war gebrochen. Becker hielt das zunächst für eine Katastrophe, bis er ein Selfie von sich mit Gips bei Facebook postete, dazu die Zeile „Gipsi King“. Innerhalb weniger Stunden bekam er Dutzende Mails, SMS, Anrufe. „So viel Aufmerksamkeit hätte ich gern immer“, sagt Becker. Seinen Text hat er auch einhändig zeitig genug fertig bekommen. Nun hofft er auf noch mehr Aufmerksamkeit, freut sich auf Leserbriefe – als bekennender Narzisst natürlich besonders auf aufmunternde.

Seite 118



Becker



Zeit ist unser kostbarstes Gut – und schon darum immer knapp. Zum Glück kann man lernen, die Hektik zu zähmen. Wie die Entschleunigung gelingt, erklärt die neue SPIEGEL-WISSEN-Ausgabe „Endlich Zeit!“. Der Grünen-Spitzenpolitiker Robert Habeck plädiert für eine intelligente Zeitpolitik; neue Arbeitszeitmodelle bei Bosch zeigen, wie flexibel heute der Achtstundentag aussehen kann. Doch was wir wirklich wollen, sagt der britische Intellektuelle Tom Hodgkinson, sei Nichtstun. Hodgkinson muss es wissen, er hat den Müßiggang zu seinem Lebensziel erklärt. „Endlich Zeit!“ erscheint am Dienstag.

DER SPIEGEL

Geschichte

„Deutsche Fragen.
Vom Werden einer Nation“

Montag · 4. Juli 2016
20 Uhr

Prof. Dr. Jörn Leonhard
diskutiert mit den
SPIEGEL-Redakteuren
Nils Klawitter und Dietmar Pieper

BUCERIUS KUNST FORUM
Hamburg



©Hanspeter Trefter

Jörn Leonhard, geboren 1967, ist Professor für Neuere Geschichte in Freiburg und Experte für das westliche Europa. Viel beachtet wurde u. a. sein Buch über den Ersten Weltkrieg.

www.spiegel-geschichte.de

BUCERIUS
KUNST
FORUM

FORUM GESCHICHTE

Eine Kooperation von
SPIEGEL GESCHICHTE und
BUCERIUS KUNST FORUM

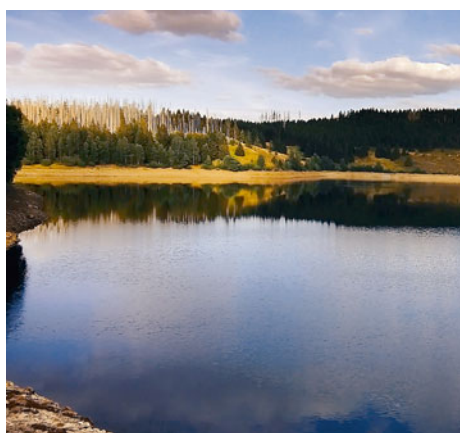
Die Eintrittskarte (€ 10,-/€ 8,-) berechtigt am Veranstaltungstag zum Besuch der Ausstellung „Verkehrte Welt. Das Jahrhundert von Hieronymus Bosch“ (4. Juni bis 11. September 2016). Die Ausstellung ist am Veranstaltungsabend von 19.00 bis 19.45 Uhr exklusiv für Veranstaltungsgäste geöffnet. Tickets sind im Bucerius Kunst Forum und in allen bekannten Vorverkaufsstellen erhältlich.



CHRIS J. RATCLIFFE / GETTY IMAGES

Der historische Bruch

Großbritannien Das Volk hat entschieden, der Brexit kommt. Und mit ihm stellen sich viele Fragen: Wie lange wird der Prozess der Ablösung dauern? Wer wird nach Cameron Premierminister? Und muss sich Europa nun auf weitere Aussteiger einstellen? **Seiten 14, 20**



2016 WARNER BROS. ENT.

Denk ich an Deutschland

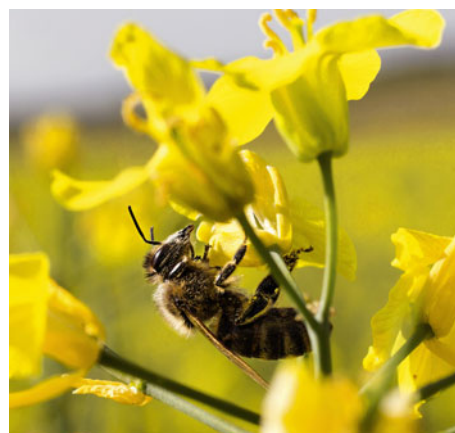
Kino „Was bedeutet Deutschland für dich?“ Diese Frage stellte Regisseur Sönke Wortmann der Öffentlichkeit, und Tausende Bürger antworteten mit kurzen Videos. Aus den Schnipseln ist der Kinofilm „Deutschland. Dein Selbstporträt“ entstanden. Welches Land sieht man da? **Seite 54**



JOHN MACDOUGALL / AFP

Stresstest in Wolfsburg

Autoindustrie Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den ehemaligen VW-Chef, Aktionäre fordern Schadensersatz, und die Großaktionäre streiten um den Kurs: Der Volkswagen-Konzern steckt im Stresstest. Dabei müsste er sich eigentlich um die Autos der Zukunft kümmern. **Seite 62**



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Das Sterben der Bienen

Landwirtschaft Hummeln, Schmetterlinge, Honigbienen – Insekten bestäuben mehr als drei Viertel der wichtigsten Nutzpflanzen. Doch die fleißigen Flieger schwinden; Pestizide und Seuchen setzen ihnen zu. Ohne die Dienste der Bestäuber hätte die Welt nicht mehr genug zu essen. **Seite 98**

Titel

Großbritannien Der schwarze Donnerstag des Austritts aus der EU und seine Folgen **14**
Essay Wie sich Europa nach dem Brexit reformieren sollte **20**

Deutschland

Leitartikel Wenn die Politik nicht richtig reagiert, kann der Brexit einen ökonomischen Flächenbrand auslösen **10**
Meinung Kolumne: Im Zweifel links / So gesehen: Eine Mail-Antwort an Donald Trump **12**
Seehofer will Lockerung der Russland-sanktionen / Auslandseinsätze der Bundeswehr deutlich teurer als veranschlagt / Verfassungsschutz nutzt Gesichtserkennung **22**
Extremismus Hass und Gewalt gegen Politiker werden zur Bedrohung der Demokratie **26**
Umwelt Wie die Bundesregierung den Ausstieg aus dem Kohlezeitalter plant **30**
Opposition Das prekäre Projekt Rot-Rot-Grün **34**
 Sahara Wagenknecht zeigt sich offen für Gespräche über ein Links-Bündnis **34**
Karrieren Wird Außenminister Frank-Walter Steinmeier, einer der populärsten Politiker Deutschlands, Bundespräsident? **36**
Gesellschaft Zehn Deutschtürken berichten, wie sie der Streit um Erdoğan belastet **38**
Serientäter Warum der Krankenpfleger Niels H. so viele Menschen töten konnte **44**
Steuern Winzer haben den Fiskus um Millionen Euro betrogen **47**
Archäologie Der Goldschatz von Bernstorf könnte eine Fälschung sein **48**
Strafjustiz Warum der Mann, der angeblich ein Attentat auf ein Radrennen verüben wollte, keine hohe Strafe fürchten muss **50**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Terror in Westeuropa / Verschimmeln wir, Herr Böge? **52**
Eine Meldung und ihre Geschichte Janna Jihad, 10, die jüngste Journalistin Palästinas **53**
Kino Für den Film „Deutschland. Dein Selbstporträt“ hielten Tausende Bürger ihren Alltag fest – was für ein Land sieht man da? **54**
Homestory Internet futsch, Leben futsch **59**

Wirtschaft

Bayer wirbt in den USA für Monsanto-Übernahme / Lufthansa Cargo verschärft Sparkurs / Rekordbußgeld gegen Deutsche Bank **60**
Autoindustrie Seit dem Dieselskandal geht ein Riss durch den Aufsichtsrat von Volkswagen, an der Spitze herrscht ein Machtvakuum **62**
Weltwirtschaft Joachim von Amsberg, Vizechef der asiatischen Entwicklungsbank, über deren Ziele und die Rolle Pekings **66**
Textilindustrie Was Betroffene eines Fabrikbrands in Pakistan bei einem Besuch in der Heimat des Billiganbieters Kik erleben **68**
Zukunft Die Beteiligungsgesellschaft Permira hat mit der Softwarefirma Teamviewer aus Göppingen Großes vor **70**
Finanzen Schiffsfondsanlagen sollen frühere Ausschüttungen zurückzahlen – und das sogar zweifach **72**
Gesundheit Das Verbot der Fernbehandlung behindert die moderne Onlinemedizin **73**

Ausland

Machtkampf bei der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram / Was Putins „Nachtwölfe“ auf dem Balkan vorhaben **74**
Philippinen Ein linker Rambo wird Präsident **76**
Ukraine Das Ringen um Frieden an der russischen Grenze **80**
Griechenland Migranten fliehen aus Europa **82**
USA Eine Feindin der Bankiers könnte Hillary Clintons Vizepräsidentin werden **84**

Sport

Deutsche Beachvolleyballer trainieren für Rio auf Copacabana-Sand-Imitat / Warum autoritäre Regime Offensivfußball propagieren **87**
Deutsche Elf Mario Götze will seine ins Stocken geratene Karriere wieder in Schwung bringen **88**
Gewalt Radikale Fans, korrupte Funktionäre – Kroatiens Nationalteam schleppt die Probleme des Landes in die Stadien Frankreichs **91**
Doping Stabhochsprung-Weltrekordlerin Jelena Issinbajewa über den Olympiaausschluss russischer Leichtathleten **92**

Wissenschaft

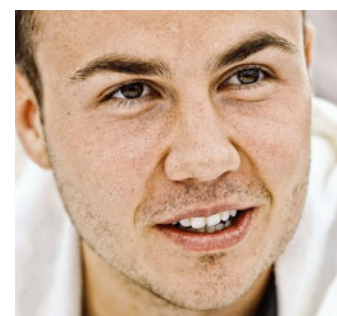
Neue Gentherapie gegen Krebs? / Heimische Austern zurück in die Nordsee / Kommentar: Bremst das vollautonome Auto! **96**
Landwirtschaft Bienentod und Hummelsterben – das dramatische Schwinden der Bestäuber **98**
Musik Der berühmte Klangdesigner Yasuhisa Toyota über das Geheimnis der perfekten Konzertsaalakustik **102**
Medizin Ist das Kriegstrauma vieler Soldaten ein Hirnschaden, ausgelöst durch Detonationen? **104**
Luftfahrt Rettung aus der Eishölle – um zwei schwer kranke Forscher zu bergen, wagten Piloten den gefährlichsten Flug der Welt **105**

Kultur

Aufregung an der Berliner Volksbühne / Kochbuch vom Starkünstler / Kolumne: Besser weiß ich es nicht **108**
Kunst Im SPIEGEL-Gespräch erzählt Georg Baselitz, wie er als junger Maler rebellierte, und beklagt die Mentalität der Deutschen **110**
Visionen J. G. Ballards kühner Hochhausroman „High-Rise“ kommt ins Kino **116**
Zeitgeist Narzisst ist der Lieblingsvorwurf der Selfie-Gesellschaft, dabei kann Narzissmus gesund sein **118**
 Wie selbstverliebt sind Sie? **126**
Zeitgeschichte Eine neue Biografie porträtiert Richard Nixon als Dunkelmann unter den US-Präsidenten **128**
Lyrikkritik Ein bislang unveröffentlichtes Gedicht von Bertolt Brecht **131**

Bestseller **115**
Impressum, Leserservice **132**
Nachrufe **133**
Personalien **134**
Briefe **136**
Hohlspiegel/Rückspiegel **138**

Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/investigativ



EIBNER / IMAGO SPORTFOTODIENST

Mario Götze

Er spielt um seine Zukunft, zu viel lief schief für den Angreifer des FC Bayern seit seinem Finaltor von Rio. Gegen den Vorwurf, er wirke wie eine Kunstfigur, wehrt sich Götze: „Ich spreche für mich, ich bin erwachsen.“ **Seite 88**



SAUL LOEB / AFP

Elizabeth Warren

Sie ist links, klug, aggressiv: Die US-Senatorin gilt als eine Kandidatin für den Posten der Vizepräsidentin unter Hillary Clinton. Aber die beiden sind absolut keine Freundinnen. Und könnten zwei Frauen die Wahl gewinnen? **Seite 84**



TIM WIEGNER / DER SPIEGEL

Georg Baselitz

Er ist weltberühmt wie seine Gemälde, nun wird sein spektakuläres Frühwerk ausgestellt. Im SPIEGEL-Gespräch schildert er, wie Deutschland sein Leben und Werk geprägt hat – und dass das Land ihm heute Angst bereitet. **Seite 110**



Die neuen CLA SCORE! Sondermodelle.

Ab 9. Juli live bei uns. Mit Top-Ausstattung zu Top-Konditionen und streng limitiert. In der sportlichen Ausstattungslinie Urban mit LED High Performance-Scheinwerfern und Park-Pilot für stressfreies Ein- und Ausparken.

Mercedes-Benz

Das Beste oder nichts.



Leitartikel

Britisches Exempel

Die ökonomischen Folgen des Brexit sind beherrschbar – wenn die Politik richtig reagiert.

Sie haben es tatsächlich getan, allen Warnungen der Ökonomen zum Trotz. Denn selten waren sich die Fachleute derart einig wie im Fall des Brexit: Wenn die Briten die Europäische Union verlassen, so die (fast) einhellige Meinung, werde das schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft haben, für die europäische, aber mehr noch für die britische.

Bislang hat Großbritannien jedenfalls stark von der Einbindung in die EU profitiert. Unternehmen aus aller Welt investierten gern in dem Land, das ihnen einen liberalen Arbeitsmarkt und zugleich unbegrenzten Zugang zum europäischen Binnenmarkt bot. Nur deshalb siedelten sich nach dem Niedergang der britischen Autoindustrie so viele internationale Hersteller auf der Insel an. Ähnliches gilt für die Finanzindustrie. Sie kann von London aus ungehindert in ganz Europa ihre Produkte anbieten. Nur so konnte die britische Hauptstadt zum wichtigsten Finanzzentrum weltweit aufsteigen.

Natürlich profitieren auch die übrigen Mitglieder der Europäischen Union von der Verbindung, vor allem die Exportnation Deutschland. Großbritannien ist unser drittgrößter Handelspartner, 2015 stammte jedes zweite neu zugelassene Auto auf der Insel aus deutscher Produktion.

Das wird so nicht bleiben, wenn Großbritannien als Folge des Brexit aus dem Binnenmarkt ausscheidet. Dann werden Zölle die Produkte verteuern, Direktinvestitionen werden sich weniger lohnen, Fabriken und Niederlassungen werden schlechter ausgelastet sein und ganz oder teilweise verlagert werden. BMW, um das populärste Beispiel zu nennen, wird sich überlegen müssen, ob es den europäischen Kontinent mit Autos der Marke Mini aus der Fabrik in Oxford bedient, auf deren Einfuhr in die EU dann ein Zoll von zehn Prozent erhoben wird, oder ob es nicht sinnvoller ist, die Produktionsstätte in den Niederlanden auszubauen.

Aber all das wird verkraftbar sein. Auch die Finanzmärkte werden nach dem ersten Schock wieder zur Tagesordnung übergehen, sobald sich zeigt, dass die Konjunktur in der Europäischen Union keineswegs einbricht, sondern allenfalls das jährliche Wachstum ein wenig gedämpft wird.

Voraussetzung ist jedoch, dass schnell geklärt wird, wie es weitergeht – damit keine Illusionen aufkommen. Zunächst müssen die Modalitäten des Austritts geregelt

werden und dann die Frage, welche Regelungen künftig für den gemeinsamen Handel gelten sollen. Viele Briten leben offenbar in dem Glauben, dass sich nach ihrem Ausstiegsbeschluss nicht viel ändern wird, weil auch die Europäische Union ein Interesse an einem weiter ungehinderten Warenverkehr hat. Die Anhänger dieser These verweisen gern auf Norwegen oder die Schweiz, die ja auch nicht Mitglied der Europäischen Union sind und dennoch freien Zugang zum Binnenmarkt haben.

Wer so argumentiert, verkennt allerdings zweierlei: Erstens müssen die Schweizer und die Norweger EU-Regeln akzeptieren, von denen sich die Briten doch gerade losgesagt haben. Zweitens kann die EU kein Interesse daran haben, dass Großbritannien den Ausstieg

so leicht gemacht wird. Die Gefahr, dass das britische Beispiel Schule machte, wäre viel zu groß.

Schon jetzt spüren die populistischen EU-Kritiker in vielen Ländern Europas Auftrieb, sie würden bestärkt, wenn auch nur der Anschein entstünde, die britische Wirtschaft könne den Abschied vom gemeinsamen Europa weitgehend unbeschadet überstehen. Wenn aber nach dem Brexit ein Frexit oder ein Öxit drohen würde, wäre die Europäische Union am Ende. Und der Euro sowieso.

Schon die Spekulation auf eine solche Entwicklung würde die Eurokrise wieder aufleben lassen. Dann müsste das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank zum

Aufkauf von Staatsanleihen, das vom Bundesverfassungsgericht in dieser Woche durchgewinkt wurde, tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. Und die Frage ist, ob das Versprechen von EZB-Präsident Mario Draghi, im Ernstfall „whatever it takes“ einzusetzen, tatsächlich ausreichen würde, um das Schlimmste zu verhindern.

Deshalb ist es so wichtig, dass Europas Politiker alles tun, um einen solchen Flächenbrand zu verhindern. Sie müssen dafür sorgen, dass der Brexit ein isoliertes Ereignis bleibt. Das aber setzt voraus, dass sie in den Verhandlungen nach der Devise handeln, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble so formuliert hat: „Drinne ist drinnen, und draußen ist draußen.“ Die Briten haben sich für draußen entschieden. Nun müssen sie auch die Konsequenzen tragen. Sonst könnten die wirtschaftlichen Folgen des Brexit tatsächlich unbeherrschbar werden.

Armin Mahler



TOBY MEWILL / REUTERS

Die richtige Immobilie.

Und die perfekte Lage.

Deutsche Bank Baufinanzierung¹

0,89%

effektiver Jahreszins

Nettodarlehensbetrag	100.000 EUR
Fester Sollzinssatz p. a.	0,89%
Laufzeit	30 Jahre
Sollzinsbindung	5 Jahre
Anfängliche monatliche Rate	317,39 EUR
Anzahl der Raten	360
Zu zahlender Gesamtbetrag	113.988,75 EUR
Effektiver Jahreszins	0,89%

¹ Repräsentatives Beispiel für die Finanzierung des Erwerbs von Immobilien (mit monatlicher Tilgung); Stand: 25.05.2016. Finanzierungsbedarf bis max. 50% des Kaufpreises, nur für Neugeschäft. Bonität vorausgesetzt. Verbraucherdarlehen für Immobilien sind durch die Eintragung einer Grundschuld besichert. Im Zusammenhang mit der Finanzierung fallen zusätzliche Kosten an. Zum Beispiel Notarkosten für die Grundbucheintragung sowie Kosten für die Gebäudeversicherung. Anbieter: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main und Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Theodor-Heuss-Allee 72, 60486 Frankfurt am Main.

Unser Wissen in Ihren Händen.

Nutzen Sie attraktive Konditionen und unsere umfassende Beratung. Und unser Immobilienatlas informiert jederzeit über die aktuelle Entwicklung der Wohnungsmärkte. Erfahren Sie mehr unter www.deutsche-bank.de/baufi



Jakob Augstein Im Zweifel links

Die Sozis und ihr Engel



In der Bibel heißt der Engel der Visionen und der frohen Botschaft bekanntlich Gabriel. Er kündigt den Menschen von den heilsnotwendigen Dingen. Das ist die Arbeit eines Erzengels. In der deutschen Sozialdemokratie heißt der Parteichef bekanntlich ebenfalls Gabriel. Visionen sind auch sein Geschäft.

Nun hat dieser Gabriel verkündet: Die Sozis brauchen einen neuen Bund. Gleich hob ein Murren an im Land der Deutschen. Denn für den neuen Bund, sprich: die neue Koalition, braucht es immerhin die Linken. Geht das? Gabriel hat in der vergangenen Ausgabe des SPIEGEL einen Artikel veröffentlicht, der hallte laut wie himmlische Trompeten. Beinahe. Die Mitte-links-Parteien, schrieb er, müssten „sich besinnen, um ihren notorischen Missmut, ihre Eitelkeiten und Spaltungen zu überwinden. In Europa müssen progressive Parteien und Bewegungen füreinander bündnisbereit und miteinander regierungsfähig sein. Das gilt auch für Deutschland“.

Es waren weitreichende und wahre Worte. Irritierend war nur, dass Gabriel, schon kurz nachdem sein Text gedruckt war, das große Flattern kriegte: Sein Anliegen sei nicht, ein Regierungsbündnis mit Grünen und Linken vorzubereiten, schob er zwei Tage später nach. Das war so, als hätte der Engel der Verkündigung nachher zu Maria gesagt: Alles ein Witz, du bist gar nicht schwanger. Erzengel? Scherzkeks? Zu Gabriels Ehrenrettung zeigen wir uns text-

gläubig. Vordergründig ging es im Artikel um den Kampf gegen rechts. In Wahrheit ging es um die Frage: Will die SPD 2017 mit Linken und Grünen Angela Merkel ablösen? Die Gegner eines solchen rot-rot-grünen Projekts lauern überall.

Der Journalist Nico Fried zum Beispiel beschwor in der „Süddeutschen Zeitung“ die „Selbststachtung“ der SPD, „sich nicht von einer Partei abhängig zu machen, deren Existenzgrundlage jahrelang die Bekämpfung der SPD gewesen ist“. Rührend. Aber so ist es in der Demokratie: Dauernd ist man gezwungen, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die einen gestern noch bekämpft haben. Härter war der Schlag von Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin in NRW und nach letzten Informationen immer noch in der SPD: „Dennoch bin ich gerade nach den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen nachhaltiger der Auffassung, dass es mit der Linkspartei nicht geht. Sie ist weder regierungswillig noch regierungsfähig; das gilt auch für ihre politischen Inhalte.“ Danke nach Düsseldorf. Kraft hat schon vor langer Zeit klargemacht, dass sie nicht Kanzlerin werden will. Offenbar soll auch sonst kein Sozialdemokrat Kanzler werden. Kraft weiß so gut wie jeder andere: Für die SPD geht die nächsten hundert Jahre ohne die Linkspartei gar nichts.

Nur Mut, kleiner Engel Gabriel. Der Weg ins Kanzleramt ist nicht mit Palmzweigen bestreut. Und einmal in die Jerichotrompete tuten bringt die Mauern in den Köpfen noch nicht zum Einsturz.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Markus Feldenkirchen und Jan Fleischhauer im Wechsel.



Lieber Donald!

So gesehen

Re: Das erste Mal

Danke für Deine jüngste Mail. Seitdem ich meine Adresse auf Deiner Wahlkampf-Seite hinterlassen habe, schreibst Du mir ja regelmäßig. Du kannst sehr verständlich schreiben. Meine dreijährige Tochter versteht alles. Und mir macht es einfach gute Laune, wenn Leute so rundum zufrieden mit sich sind wie Du mit Dir in den Mails.

Deine letzte hat mich indes enttäuscht. Sie klang wie die von Bernie und Hillary, die auch meine Adresse haben.

Einmal sah ich in der Betreffzeile „Dinner with me?“. Ich dachte an eine Dating-Seite, aber sie stammte von der „korrupten Hillary“, wie Du sie nennst. „Falls Du die Zeit hast, hätte ich gern ein Dinner mit Dir“, schrieb sie. Ich hatte Zeit. Leider war es nur die Einladung, an einer Verlobung teilzunehmen. Auch Bill wollte schon mit mir essen: „Freund – ich würde gern mit Dir zusammensitzen und über etwas reden, was mir sehr wichtig ist“, schrieb mir Bill. Er wolle mit mir besprechen, „wie wir Hillary zur Präsidentin wählen“. „Wir können auch über andere Dinge reden“, fügte er hinzu. „Zum Beispiel, was Du zuletzt so gelesen hast und ob Du Empfehlungen für mich hast (ich liebe gute Bücher).“

Leider wollten Bill, Hillary und Bernie am Ende immer nur meine Kohle. Amerikanische Wahlkämpfer sind die aufdringlichsten Bettler der Welt. Du aber warst anders. „Ich finanziere mich selbst“, schriebst Du mir bisher stolz. Doch jetzt willst auch Du mein Geld – Dein erstes Mal. Lass uns bitte in Ruhe darüber reden. Gern beim Dinner. Mich würde dann auch interessieren, was Du zuletzt so gelesen hast. Auf bald!

Markus Feldenkirchen

Kittihawk



GUTE LEUTE KÖNNEN SIE LANGE SUCHEN. ODER EINFACH FINDEN.

PERSONALMANAGEMENT IST LIVE.

Die besten Fachkräfte im richtigen Moment in die richtigen Positionen bringen. Talente fördern, fordern und begeistern – Lösungen von SAP® SuccessFactors® und SAP® Fieldglass® unterstützen Sie dabei. So bleiben Sie am Puls Ihres Unternehmens: an Ihren Mitarbeitern.

Mehr auf sap.de/livebusiness





Schwarzer Donnerstag

Großbritannien Das Volk hat entschieden, der Brexit kommt. Die Insel steht vor einer Phase politischer Unsicherheit. Europa muss sich auf zermürbende Jahre der Verhandlungen einstellen und auf andere Staaten, die es den Briten gleichtun.

Drei Wochen vor dem großen Knall steht Michael Gove auf einer Dachterrasse im Londoner East End und erzählt, wie toll er Europa findet. Deutsche Musik, italienisches Essen, französische Lebenslust, ach, er liebt diesen herrlichen Kontinent. Gove ist Justizminister im Kabinett von David Cameron und ein Vordenker der Brexit-Kampagne. Er sagt: „Ich habe in Frankreich geheiratet, meine Schwiegereltern leben in Italien. Voriges Jahr waren wir in Bayreuth im Urlaub, wunderschön.“ Er findet aus dem Schwärmen gar nicht mehr heraus.

Nur eines stört ihn an Europa: die verdammte EU. Gove nennt die Union eine „Job vernichtende, Elend erzeugende, Arbeitslosigkeit schaffende Tragödie“. Seit Jahren kämpft er für den Austritt. Gove ist ein Überzeugungstäter, ein Ideologe. Seinem strategischen Geschick ist zu verdanken, dass die EU-Gegner in den Wochen vor dem Referendum immer mehr Zuspruch bekamen.

In einem Raum nebenan warten Brexit-Aktivisten mit Plakaten und „Vote Leave“-T-Shirts, Gove soll sie für den Endspurt motivieren. Er rückt seine Krawatte zu recht und sagt, bei den Bayreuther Festspielen habe er eine Woche lang auf einer Holzbank gesessen und Wagner gehört. „Das war absolute Hingabe.“ Noch ein Beleg, wie sehr er den Kontinent mag. Dann bittet ihn ein Berater auf die Bühne.

Man muss sich Gove und seine Anhänger seit Freitagmorgen als glückliche Menschen vorstellen. Sie sind am Ziel. Am Donnerstag stimmten laut dem aktuellen Stand vom Freitagmorgen 52 Prozent der Briten für den Austritt aus der EU. Es ist eingetreten, was viele in Europa zunächst nicht ernst nahmen, dann fürchteten und schließlich nicht mehr verhindern konnten.

Um kurz nach vier Uhr Londoner Zeit tritt Ukip-Chef Nigel Farage als einer der ersten in der Nacht zum Freitag vor die Kameras und sagt, dies sei ein Sieg für echte, normale, anständige Menschen. Farage fordert Premierminister Cameron zum sofortigen Rücktritt auf. Zu diesem Zeitpunkt sind erst 237 von 382 Wahlbezirken ausgezählt. Wenige Minuten später fällt das britische Pfund gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit 1985.

Schottland, London und Nordirland stimmen zwar eindeutig für den Verbleib in der EU, aber das reicht nicht. Im Rest des Königreichs sieht es düster aus, das Brexit-Lager baut in der Nacht kontinuierlich und eindeutig seinen Vorsprung aus. Um 5.40 Uhr legt sich die BBC erstmals fest: Es wird den Brexit geben. Der ein-

London am Morgen nach der Abstimmung

Von nationalen Egoismen und Furcht befeuert

TORY MELVILLE / REUTERS

flussreiche Labour-Abgeordnete Keith Vaz nennt das Ergebnis „eine Katastrophe“; EU-Parlamentspräsident Martin Schulz spricht kurze Zeit später von „einer echten Krise“. BBC-Journalisten erklären betroffenen, nie hätten sie gedacht, ein solches Votum kommentieren zu müssen. Großbritannien wird der erste europäische Staat sein, der die Gemeinschaft verlässt.

Der 23. Juni wird als schwarzer Donnerstag in die europäische Geschichte eingehen. Es ist der Tag, an dem sich eine Nation entschloss, einem Impuls von Nostalgie und Freiheitsdrang zu folgen und gegen die Vernunft zu handeln. Gegen die Mehrheit des Parlaments, gegen den Rat von Ökonomen, Politikern, Wissenschaftlern, Freunden und Verbündeten in aller Welt. Es ist eine von nationalen Egoismen geprägte, von Furcht und Weltmüdigkeit befeuerte, aber nichtsdestotrotz demokratische Entscheidung.

Für Europa ist der größte anzunehmende Unfall der jüngeren Vergangenheit eingetreten. Ein politisches Desaster, das über die europäischen Grenzen weit hinausreicht, ein selbst gemachtes Unglück auch. Es hilft nicht mehr zu wünschen, das Referendum hätte nie stattgefunden, es hilft auch nicht, David Cameron zu verfluchen. Denn die bittere Wahrheit dieses Donnerstags ist: Die Europäische Union, wie sie heute ist, konnte die Briten nicht begeistern. Das ist die wichtigste Lektion.

Für Europa geht es nun darum, den Schaden zu begrenzen und den Verlust zu minimieren, indem es die Trennung vorbereitet. Großbritannien steht vor einer wirtschaftlich wie politisch turbulenten Phase, mit einem stark angeschlagenen Premierminister, der sich vermutlich nicht mehr lange wird halten können. Für beide Seiten, für Briten wie Europäer, wird die Trennung zäh und schmerzhaft werden.

Der 23. Juni ist auch der Tag, an dem die Idee eines vereinten und sich enger verbindenden Kontinents verwelkt. Niemand weiß genau, was nun kommen wird. Gewiss ist nur, dass die Versprechen der Brexit-Kämpfer von einer Reduzierung der Einwanderung, von Handelsverträgen mit Indien und China, von einem neuen Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sich nicht erfüllen werden. Jedenfalls nicht in den nächsten fünf oder zehn Jahren.

Mit Großbritannien geht nicht irgendein Land, sondern die zweitgrößte Wirtschaftsnation der EU und das nach Einwohnern drittgrößte Mitglied. Es geht ein Staat, der Europa politisch, kulturell und wirtschaftlich geprägt hat und den Horizont des Kontinents weitete. Die Briten halfen, Europa von Hitler zu befreien, sie trieben den Binnenmarkt voran und orchestrierten die Erweiterung. Die britisch-europäischen Beziehungen stehen vor einer neuen Eiszeit.



Ukip-Chef Farage in der Nacht zum Freitag: „Ein Sieg für anständige Menschen“

Nach innen wird die Union durch die Entscheidung der Briten womöglich auf Jahre gelähmt. Staats- und Regierungschefs, Minister und Diplomaten werden viel Kraft und Zeit aufwenden müssen, um die Modalitäten des Ausstiegs zu verhandeln und eine neue Form der Kooperation zu finden. Der Brexit sendet zudem das Signal, dass Europa bröckelt und nicht in der Lage ist, in einer Phase größter Umwälzungen zusammenzustehen – selbst dann nicht, wenn in der Nachbarschaft Autokraten wie Putin und Erdoğan ihre zynischen Spiele treiben.

Die Europäische Union hat ihre Wurzeln in der Nachkriegszeit, als verfeindete Staaten nach einer Möglichkeit suchten, blutige Konflikte zu verhindern, indem sie

fern die Frist nicht einstimmig verlängert wird. Zwei Jahre, in denen die britische Regierung europäisches von britischem Recht entflechten muss. Zwei Jahre, um Tausende kleiner und großer Fragen zu klären und das Austrittsabkommen abzuschließen. Gleichzeitig wird zu klären sein, wie sich das britisch-europäische Verhältnis gestalten soll.

Wie werden sich die Handelsbeziehungen entwickeln? Was geschieht mit den rund drei Millionen EU-Bürgern, die in Großbritannien leben? Was mit den ungefähr zwei Millionen Briten in Europa? Welches Arbeitsrecht gilt für sie, welches Aufenthaltsrecht? Verfassungsexperten gehen davon aus, dass die Verhandlungen bis zu zehn Jahre dauern könnten.

Für Premierminister David Cameron ist der Brexit eine politische wie persönliche Katastrophe. Wie kein anderer Politiker hat er sein Schicksal mit dem Referendum verknüpft. Er wollte die Europafrage in seiner Partei ein für alle Mal klären und wurde unfreiwillig zum Ausstiegshelfer. Er geht jetzt als britischer Premier in die europäische Geschichte ein, der sein Land aus der EU führte und damit Wohlstand, Jobs und Sicherheit riskierte. Nicht nur für England, auch für Europa.

Keine Frage, dass er bald abtritt; wenn nicht in den nächsten Tagen, dann spätestens im Herbst vor dem Parteitag der Konservativen. Für Großbritannien wäre ein verzögerter Abgang des Premiers noch die beste Option, um das Chaos und die Unsicherheit der kommenden Wochen zumindest einzudämmen. Schwer vorstellbar aber, dass Cameron die Verhandlungen mit der EU als Premier führen wird.

Das Amt könnte Boris Johnson übernehmen. Der frühere Londoner Bürgermeister war neben Michael Gove der zwei-

Großbritannien geht! Man muss das noch einmal schreiben, um es zu glauben.

wirtschaftlich miteinander kooperierten. Großbritannien zählte von Anfang an zu den Förderern des Bündnisses, auch wenn die Insel stets Abstand zum Kontinent hielt. Erst 1973 trat das Land der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei, zwei Jahre später bestätigte das Volk in einem Referendum die Mitgliedschaft.

Jahrzehnte des Zusammenseins werden mit dem Ausstieg hinweggefegt. Vor Europa liegen zermürbende Jahre. Die Verhandlungen beginnen offiziell, wenn Großbritannien dem Europäischen Rat die Absicht des EU-Austritts nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrags mitteilt. Das kann Monate dauern. Von diesem Moment an bleiben der EU und Großbritannien zwei Jahre, um die Trennung zu vollziehen, so-



EU-Gegner Johnson nach Stimmabgabe: Wird er der nächste Premierminister?

te entscheidende Kämpfer für den EU-Austritt. Johnson gilt als schlauer, erbarmungslos ehrgeiziger, gleichzeitig aber unberechenbarer Politiker. Beim Volk ist er beliebt. Als Chef der britischen Unterhändler in Brüssel ist er schwer vorstellbar.

Großbritannien geht! Man muss das noch einmal schreiben, um es zu glauben. Der Brexit ist kein Stammtischthema mehr, sondern die Realität. Der Albtraum ist wahr geworden, und Europa fragt sich, wie es eigentlich so weit kommen konnte.

Seit Anfang der Neunzigerjahre garte die Idee eines EU-Austritts unter Konservativen. Anfangs nur als Wunschphantasie einiger Tory-Hinterbänkler, die ihrem Premierminister John Major das Leben schwer gemacht hatten. Sie wollten damals verhindern, dass Großbritannien den Maastricht-Vertrag ratifizierte, der den Euro als Gemeinschaftswährung festschrieb. Am Ende unterlagen die Rebellen zwar, aber die Saat des Aufstands war gestreut.

Als Cameron 2005 zum Vorsitzenden der Konservativen gewählt wurde, war seine Partei vor allem wegen der Europafrage tief zerstritten. Auf der einen Seite standen Skeptiker wie Michael Gove, ein langjähriger Freund Camerons, auf der anderen Pro-Europäer wie Kenneth Clarke. Cameron wollte, dass sich die Tories öffnen und sich wieder der Realität zuwenden.

„Während Eltern sich über die Betreuung ihrer Kinder Gedanken machen, ihren Nachwuchs zur Schule bringen und das Arbeits- mit dem Familienleben vereinbaren, lassen wir uns endlos über Europa aus“, sagte er in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender. Es war ein Aufruf, sich endlich zusammenzureißen. Cameron wusste, dass den meisten Briten Europa herzlich egal ist. Seit 1974 stellen die Demoskopien von Ipsos Mori den Wählern re-

gelmäßig dieselbe Frage: „Was ist aus Ihrer Sicht das größte Problem, vor dem dieses Land steht?“ Europa und die EU rangieren auf der Problemliste meistens weit unten. Selbst einen Monat vor dem jetzigen Referendum sagte weniger als ein Drittel, Europa sei das relevanteste Thema.

Britische Europapolitik vollzieht sich in Zyklen. Phasen großen Engagements wechseln sich mit solchen der Enttäuschung, der Frustration und des Rückzugs ab. Der letzte engagierte Europäer in der Downing Street war Tony Blair, zumindest in den Anfangsjahren. Noch 2002 warb er für einen Beitritt zum Euro, was den meisten seiner Landsleute im Nachhinein verrückt erscheint. Blair trieb die Osterweiterung der Union voran, weil er glaubte, dadurch die Integration zu bremsen. Er hatte wenig Erfolg: Die EU-Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon führten schrittweise in ein immer engeres Bündnis. Großbritannien folgte widerwillig. Je mehr Macht sich nach Brüssel verlagerte, desto lauter wurde der Unmut der Tories. Viele der heutigen Europagegner entwickelten ihren Furor in jenen Blair-Jahren aus dem Gefühl heraus, einem schleichenden Machtverlust ausgeliefert zu sein.

Als Cameron 2010 an die Macht kam, musste er die Tories besänftigen. Er galt als schwacher Premier, weil er die Wahl nicht mit einer Mehrheit gewonnen hatte, sondern auf die Unterstützung der Liberaldemokraten angewiesen war. Zuvor hatte er die Tory-Abgeordneten aus der EVP-Fraktion im Europaparlament abgezogen, zum Ärger von Angela Merkel. Doch auch das beruhigte die parteiinternen Hardliner nicht, zumal die Rechtspopulisten der Unabhängigkeitspartei Ukip den Tories bei Lokalwahlen Stimmen wegnahmen. Cameron ging deshalb eine gewagte Wette

ein. Er kündigte für den Fall seiner Wiederwahl eine groß angelegte Neuverhandlung der britisch-europäischen Beziehungen an, der ein Plebiszit folgen sollte.

In einer Rede im Januar 2013 versprach er einen „fundamentalen Wandel“ im Verhältnis zur EU. Vor allem stellte er in Aussicht, die Zahl der Migranten aus den EU-Ländern massiv zu beschränken.

Die Europaskeptiker entwickelten nun einen Plan, um den Premier zu erpressen. Sie formulierten Maximalforderungen, die Cameron unmöglich erfüllen konnte. Ein Austritt aus der EU wäre dann nahezu unausweichlich. Einer, der sich Gedanken machte, wie sich die Regierung möglichst effizient unter Druck setzen ließe, war ein ruhiger, zurückhaltender Mann mit randloser Brille und der Aura eines Sparkassenangestellten.

Matthew Elliott sitzt eine Woche vor dem großen Knall in einem Café an der Themse. Er hat hervorragende Laune. Gegenüber leuchtet der Palast von Westminster wie eine Spielzeugkiste. Elliott gründete 2013 die Initiative „Business for Britain“, in der er europaskeptische Unternehmer vereinte. Es war der erste wichtige Schritt auf dem Weg zum Brexit. Die Unternehmer sollten den EU-Gegnern zu mehr Seriosität verhelfen.

Elliott glaubte damals nicht, dass Camerons „fundamentaler Wandel“ kommen würde. Dafür kannte er die EU zu gut. Anfang der Nullerjahre hatte er in Brüssel als Berater eines Tory-Europaabgeordneten gearbeitet, später kämpfte er auf der Insel gegen zu hohe Staatsausgaben und gegen die Demokratisierung des Wahlrechts. Inzwischen ist er der Chef der „Vote Leave“-Kampagne. Von der EU spricht er wie von einer radioaktiv kontaminierten Zone. „Glaube ich, dass Großbritanniens Zukunft besser außerhalb der Union liegt? Hundert Prozent.“ Der Klub sei überreguliert, die Eurozone werde über kurz oder lang implodieren. Er lächelt.

Elliott lag richtig mit der Annahme, dass Cameron zwar Zugeständnisse in Brüssel bekam, die ihm aber innenpolitisch nicht viel helfen würden. Schnell wurde deutlich, dass die restlichen Europäer nicht bereit waren, den Briten allzu sehr entgegenzukommen. Bundeskanzlerin Merkel machte Cameron persönlich klar, dass das Recht der EU-Bürger, ihren Aufenthaltsort und Arbeitsplatz innerhalb der Union frei zu wählen, nicht verhandelbar sei.

Cameron speckte daraufhin seine Forderungen für die Verhandlungen deutlich ab. Im vorigen Dezember verlangte er nur noch, dass Arbeitnehmern aus der EU bis zu vier Jahre die Sozialleistungen gestrichen werden dürfen. Außerdem sollte die Präambel aus dem Lissabon-Vertrag, die alle Länder der EU dem Ziel einer „immer engeren Uni-

on“ verpflichtet, für sein Land nicht mehr gelten. Zudem wollte er die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Benachteiligung von Nicht-Euro-Ländern aufheben.

Schließlich kam die lange Brüsseler Gipfelnacht vom 19. auf den 20. Februar, die Cameron als harten Verhandler zeigen sollte. Kurz vor Mitternacht verkündete er: „Großbritannien ist nun dauerhaft draußen aus einer immer engeren Union und wird nie Teil eines europäischen Superstaates sein.“ Er habe auch eine „rote Karte“ ausgehandelt, mit der nationale Parlamente Brüsseler Entscheidungen stoppen könnten. Die Antwort aus London folgte schnell. „Das soll ein Deal sein, Dave?“, stand auf der Titelseite der „Daily Mail“. Damit waren die Kampfflinien abgesteckt.

Matthew Elliott glaubt, dass der Brexit nur der Anfang ist. „Hinter uns wird sich eine Schlange bilden“, sagt er. Etliche Staaten würden dieselben Konditionen verlangen, die Großbritannien bei den anstehenden Verhandlungen in Brüssel unweigerlich bekommen werde. Dänemark, Schweden, Irland und viele Länder mehr würden ebenfalls Sonderrechte verlangen. Das könnte das Ende der EU als politisches Projekt einläuten. Europa wäre dann endlich frei. Elliott lächelt wieder.

Allerdings dürften die kommenden Wochen nicht ganz so harmonisch werden, wie sich die Brexit-Bewegung das vorstellt. In der Bundesregierung gilt nach dem Referendum gegenüber den Briten die Devise: Härte zeigen. „In is in. Out is out“, hatte Wolfgang Schäuble im SPIEGEL-Gespräch vorvergangene Woche gesagt. Ein Entgegenkommen werde es nicht geben.

Für Merkel ist das britische Votum eine Niederlage. Sie hat sich wie keine Zweite für einen Verbleib Londons in der EU eingesetzt. Schon früh sagte die Kanzlerin ihrem Amtskollegen Cameron, dass sie zwar keine grundlegende Änderung der Verträge mittragen könne, aber unterhalb dieser Schwelle alles tun würde, um ihm zu helfen. Umso enttäuschter war sie, als sie von Cameron keine Unterstützung für ihre Flüchtlingspolitik erhielt. Zwar sieht man im Kanzleramt, dass eine Politik der offenen Grenzen den Brexit-Befürwortern in die Hände gespielt hätte. Dennoch hat man in Merckels Umgebung das Gefühl, von den Briten im Stich gelassen worden zu sein.

Der Ausstieg der Briten soll gemäß des Lissabon-Vertrags erfolgen. Allerdings haben sich Merkel und Steinmeier darauf verständigt, London nicht zu drängen, die Prozedur formell in Gang zu setzen. Zunächst müsse die innenpolitische Lage geklärt werden. „Wir müssen ja erst mal jemanden haben, der die Legitimation hat, die Briten aus der EU zu führen“, sagt ein Regierungsmitglied. „Wir wollen London die nötige Zeit geben, die Dinge zu Hause zu klären.“



Börse in Chicago nach der Abstimmung: Das britische Pfund fällt und fällt

Vor allem in der CDU, aber auch im Kanzleramt gibt es Überlegungen, wie man die Briten trotz Brexit langfristig weiter an die EU binden könne. Es nütze niemandem, die wirtschaftlichen Beziehungen unnötig zu beschneiden, heißt es in der Regierung. Allerdings sei klar, dass es freien Zugang zum Binnenmarkt nur geben werde, wenn die Briten den EU-Bürgern auch weiterhin die gleichen Rechte zubilligten. Das heißt: kein Zutritt zum Markt ohne Freizügigkeit, ohne die Akzeptanz von Einwanderern aus Europa.

Der Brexit hat Auswirkungen bis tief in die deutsche Politik hinein. Nach der Entscheidung der Briten will CSU-Chef Horst Seehofer auch in Deutschland bundesweite Referenden durchsetzen. „Bürgerbeteiligung ist der Kern moderner Politik“, sagt Seehofer. Das gelte auch für große Fragen, wie eine Änderung des Grundgesetzes oder bei der Europapolitik. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass die Briten für den Austritt gestimmt hätten. „Man kann nicht sagen, wir sind für Volksentscheide, solange sie in unserem Sinne ausgehen. Wenn man verliert, war die Politik nicht gut oder man sie hat sie nicht gut genug erklärt.“

Für die europäische Wirtschaft werden die kommenden Monate ungemütlich. Die Notfallpläne der Europäischen Zentralbank (EZB) und anderer Notenbanken machen einen Crash, ausgelöst durch Fehlspekulationen, zwar unwahrscheinlich. Ausgeschlossen ist er jedoch nicht. Gravierender dürften die mittelfristigen Folgen für die Finanzbranche sein.

Seit der Gründung des Binnenmarkts haben Investoren und Finanzinstitute aus aller Welt London als Brücke in die EU genutzt. Kein Land exportiert so viele Finanzdienstleistungen wie Großbritannien,

ein Drittel davon in die EU. Folglich sei es für den Finanzsektor eine große Gefahr, wenn er den Zugang zum Binnenmarkt verliere, warnt der Internationale Währungsfonds. Die EZB wird kaum zulassen, dass große Teile des Euro-Devisenhandels wie bisher in London betrieben werden – Euro-Devisengeschäfte im Wert von täglich über 750 Milliarden Dollar. Geht der Euro-Handel, gehen auch die Händler. Ähnlich ist es mit vielen Finanzprodukten. Die größte britische Bank HSBC erwägt, Teile nach Luxemburg zu verschieben. Die amerikanische Bank J. P. Morgan hat angekündigt, bis zu 4000 britische Jobs könnten dem Brexit zum Opfer fallen. Die meisten US-Konkurrenten sehen das ähnlich. Konzerne wie die Deutsche Bank prüfen, ganze Abteilungen auf den Kontinent zu verlagern. Der britische Finanzsektor könnte – im Vergleich zum „Remain“-Szenario – zwischen 70 000 und 100 000 Arbeitsplätze einbüßen, schätzt die Beratungsgesellschaft PwC.

Die Phase der Unsicherheit wird Europa ökonomisch lähmen. Die Frage ist, wie geht es nun weiter?

Zwei Tage vor dem Knall steigen vier Frauen und zwei Männer in der Londoner Wembley-Arena auf die Bühne. Die BBC hat zu einer Abschlussdebatte geladen, unter den Kontrahenten an den Stehpulten sind Boris Johnson und die deutschstämmige Labour-Frau Gisela Stuart, die beide für den Brexit kämpfen. Für die Gegenseite treten der neue Londoner Bürgermeister Sadiq Khan und Ruth Davidson an, die Chefin der schottischen Konservativen.

Es dauert nicht lange, bis in Wembley deutlich wird, wie tief das Land gespalten ist. Boris Johnson ruft: „Wir müssen wie-



Premier Cameron, Ehefrau: Eine persönliche wie politische Katastrophe

der die Kontrolle über unsere Grenzen haben.“ Sadiq Khan entgegnet: „Ihr verbreitet Lügen und jagt den Leuten Angst ein.“

Die drei Brexit-Kämpfer punkten vor allem in Fragen der Immigration. Das Remain-Lager warnt vor einer Wirtschaftskrise und der außenpolitischen Isolation. Nach 90 Minuten verlassen die beiden Männer und die vier Frauen die Bühne – keiner als Sieger. Am frenetischen Applaus für die Brexit-Leute kann man aber ablesen, welche Seite die leidenschaftlicheren Anhänger besitzt.

Das Votum des schwarzen Donnerstags stärkt auch die Europagegner in anderen Mitgliedstaaten. In den Niederlanden wünscht sich rund die Hälfte der Wähler ein Plebiszit. Käme es dazu, würde nach aktuellen Umfragen eine Mehrheit für den Verbleib in der EU stimmen, wenn auch eine knappe. Ähnlich in Dänemark. In Schweden wären bei einem Plebiszit nur 32 Prozent für den Verbleib in der EU. Der Brexit offenbart, welche Zentrifugalkräfte auf dem Kontinent wirken. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Frage, was die Länder verbindet, sondern wie unterschiedlich die Nationen sind. Das Trennende rückt in den Vordergrund. Sogar in Italien, einem der sechs Gründerstaaten, hat fast die Hälfte der Befragten eine schlechte Meinung über die EU.

Ähnliches würde man in Osteuropa erwarten, zumal Ungarn, Tschechien und die Slowakei zuletzt eine gemeinsame Haltung in der Flüchtlingspolitik verhindern. Doch selbst die größten Skeptiker dort fordern keinen Austritt. Europa ist zu wichtig für den Osten. Ungarns Premierminister Viktor Orbán hat diese Woche für 32 000 Pfund eine ganzseitige Anzeige in der „Daily Mail“ schalten lassen, in der er die Briten anflehte, die EU nicht zu verlassen.

In Osteuropa fürchtet man, dass mit den Briten ein wichtiger politischer Partner geht, ein Exportmarkt wegbricht und die deutsche Dominanz deutlicher zutage tritt. Für Estland, Lettland und Litauen war London ein Fürsprecher eines harten Kurses gegenüber Moskau – im Gegensatz zu Deutschland. In Frankreich dagegen löst der Brexit bei einer Frau Gefühle des Glücks aus. Marine Le Pen sagte immer wieder, Brüssel sei wie ein Geschwür, das Frankreich aussauge. Für sie gibt es nichts, was die Existenz der EU rechtfertigt. In dem unwahrscheinlichen Fall, dass sie kommenden Jahr im Mai zur Präsidentin Frankreichs gewählt würde, wäre ihre erste Amtshandlung diese: „Ich werde mich an die europäischen Instanzen wenden, um die Souveränität Frankreichs zurückzufordern“, sagte sie vor Kurzem. „Ich will die Hoheit über unsere Währung zurück und über unsere Grenzen.“

Die Briten haben sich in den vergangenen Monaten von einer Seite gezeigt, die man von einem weltoffenen Volk nicht erwartet hätte. Das Land ist dadurch nicht sympathischer geworden. Vor allem die Debatte über Einwanderer nahm hässliche, manchmal rassistische Züge an. Britische Journalisten benutzten Kriegsmetaphern, um den Kampf der Lager zu beschreiben. Die große Aufgabe der Regierung und der Parteien liegt nun darin, das gesplittene Land wieder zu vereinen. Europa war nur der Auslöser, nicht die Ursache dieser nationalen Selbstbefragung. Das Königreich zerfasert mehr denn je: in Reich und Arm; in Schotten, Waliser, Nordiren und Engländer; in eine Mittel- und Oberschicht.

Europa schien plötzlich für alles verantwortlich zu sein, was auf der Insel schief läuft. Untergründig aber schwangen wesentlichere Fragen mit: Was für ein Land

wollen wir eigentlich sein? Wie wollen wir leben, wie viel Fremde können wir in unserer Mitte verkraften, wie offen möchten wir sein? So gesehen unterscheiden sich die Briten kaum von Deutschen, Franzosen, Österreichern oder Italienern.

Einzigartig aber ist die Besessenheit der konservativen englischen Elite mit Europa. Die Unwahrheit und Häme, die aus den Seiten der „Daily Mail“ floss, aus der „Sun“, aus dem „Daily Express“, machten sogar manchen Brexit-Befürwortern Angst. Die pakistanischstämmige Tory-Politikerin Sayeeda Warsi wechselte wenige Tage vor dem Referendum die Seiten, sie klagte über Lügen, Hass und Fremdenfeindlichkeit in der Debatte. Der Mord an der Labour-Abgeordneten Jo Cox, die sich für Flüchtlinge und den Verbleib in der EU engagierte, zeigt, wie toxisch die Atmosphäre in England geworden ist.

Die meisten EU-Gegner waren blind für die möglichen Folgen des Austritts. Für Schottland zum Beispiel, wo mit dem Brexit ein zweites Referendum wahrscheinlicher wird und damit eine Sezession. Oder für Nordirland, wo der Frieden wackelt, da die Grenze zur Republik Irland im Süden womöglich dichtgemacht wird. Alex Salmond, der frühere schottische Ministerpräsident, erklärt noch in der Nacht, wenn Schottland gegen seinen Willen aus der EU gezogen werde, könne es ein zweites Referendum über Schottlands Ausstieg aus dem Königreich geben.

Es gibt viele Gründe, an Europa zu zweifeln. Zu unbeweglich war der Kontinent in den vergangenen Jahren, zu selbstverliebt, zu bequem. Einige Brexiteers stellten die richtigen Fragen. Was, wenn die EU ihre hauptsächliche Funktion erfüllt hat, für Frieden und Wohlstand in Europa zu sorgen? Was, wenn die Bürger Europas eine engere Bindung ihrer Länder nicht mehr wünschen? Kann dann die einzige Antwort immer sein: mehr Europa?

Die Union hat jetzt die Gelegenheit, sich neu zu erfinden. Sie muss über neue, lockerere Formen der Mitgliedschaft nachdenken, für Länder wie Großbritannien oder die Türkei, die zwar Handel treiben, aber nicht Teil einer tiefer gehenden Gemeinschaft sein wollen oder können. Komende Woche treffen sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zum ersten Gipfel nach dem Brexit. Es muss der Beginn eines Neuanfangs werden. Es gibt keine andere Chance.

Martin Hesse, Julia Amalia Heyer, Peter Müller, Ralf Neukirch, Christoph Pauly, Jan Puhl, Christoph Scheuermann, Samiha Shafy, Christian Teews



Video: **Die Entscheidung**

spiegel.de/sp262016britannien
oder in der App DER SPIEGEL

Willige und Fähige

Essay Wie sich Europa nach dem Brexit reformieren sollte
Von Dirk Kurbjuweit



Kanzlerin Merkel, Präsident Hollande: Bündnis auf Augenhöhe

Stunden null sind meist die Folgen von Kriegen oder Revolutionen. Die bekannte Welt bricht zusammen, eine neue entsteht. Die Zustände sind dann oft katastrophal, aber darin liegt eine Chance für bessere Zeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie genutzt, nach dem Ersten nicht. Nach der Französischen Revolution dauerte es sehr lange, bis sich eine stabile Demokratie entwickelte, nach der amerikanischen ging es relativ schnell. Es ist leicht, einen Krieg anzuzetteln, es ist schwer, in der Stunde null einen guten Frieden zu finden. Kein Kontinent weiß das besser als Europa.

Der Brexit ist keine Katastrophe dieser Dimension, bei Weitem nicht. Aber er ist eine Stunde null für Europa. Jedenfalls kann man ihn so betrachten, man sollte es sogar. Weil das den Blick öffnet für neue Möglichkeiten, für die Chancen dieser Zeit. Es ist unendlich traurig, dass die Mehrheit der Briten der Meinung ist, ihr Land gehöre nicht in die Europäische Union. Es ist ein Irrtum, ein Fehler. Aber er wurde gemacht, und jetzt müssen alle damit leben. Nein ist nein. Das ewige Theater um Großbritannien muss nun beendet werden. Geht mit Gott, aber geht.

Um eine Stunde null gut zu nutzen, sollte sie als Befreiung verstanden werden. Was bisher galt, gilt nicht mehr. Eine Revision wird möglich. Damit ist nicht ganz Europa infrage gestellt. Der Brexit hat nur eine bestimmte Ideologie ausgehebelt. Bislang galt, dass die Europäische Union wachsen muss, dass sie möglichst ganz Europa umfassen soll und dass es ein Scheitern wäre, würde ein Land ausscheiden. Diese Ideologie wurde vor allem beim Euro durchexerziert. Sie war nicht falsch, da Europa groß sein wollte, um mit den anderen Kraftzentren der Welt, China und den USA, mithalten zu können. Sie war nicht falsch, da Stärke auch aus der Einheit kommt, aus einem Bild

der Geschlossenheit. Das ist aber schon lange verblasst, und nun haben die Briten offen gezeigt, dass es diese Einheit nicht gibt.

Die Ideologie der Einheit ist gescheitert. Was kommt jetzt?

Der Brexit ändert nichts daran, dass das geeinte Europa in vielerlei Hinsicht ein Erfolg ist. Der Wille zur Einheit entwickelte sich aus der Stunde null nach dem Zweiten Weltkrieg, er ist ein Ausdruck des „Nie wieder Krieg!“, ein Projekt des Friedens. Dieses Projekt ist grandios gelungen. Die Mitglieder der EU und deren Vorläufer, Montanunion, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Gemeinschaft, haben keinen Krieg gegeneinander geführt, nachdem sie in den Jahrhunderten davor ständig gegeneinander gekämpft hatten. Deutsche gegen Franzosen, Franzosen gegen Briten, Österreicher gegen Italiener. Dies ist ein Erfolg, für den sich der europäische Zusammenschluss gelohnt hat.

Das Bündnis hat zudem geholfen, die lange autoritär regierten Staaten Portugal und Spanien in Demokratien zu verwandeln, genauso die Parteidiktaturen des Warschauer Pakts. Europa hat Wohlstand gesteigert und gesichert. Europa hat das Reisen und Bezahlen leicht gemacht. Europa hat denen, die dafür offen waren, das schöne Gefühl gegeben, Teil einer Völkergemeinschaft zu sein. Die Europäische Union ist das Beste, was diesem Kontinent passieren konnte.

Leider wird das kaum noch so gesehen. In der Wahrnehmung von Politikern und Bevölkerungen spielt mehr und mehr eine Rolle, dass sich in Brüssel eine Superbürokratie etabliert habe, die alles vereinheitlichen und alle bevormunden wolle. Nach einer euphorischen Phase der Europäisierung hat das nationale Denken eine Renaissance

erlebt. Die Völker und ihre Politiker schauen zuerst auf sich selbst und den eigenen Nutzen. Das lässt die Solidarität zerbröseln. Zunächst zeigten sich die Deutschen nicht gerade begeistert davon, den Griechen aus ihrer Finanznot zu helfen. Dann ließen die Nachbarn die Deutschen in der Flüchtlingskrise weitgehend allein.

Europa ist immer noch eine große Insel des Wohlstands und des Friedens in der Welt. Aber schaut man auf die Herausforderungen, die vor ihm liegen, kann einem mulmig werden.

Frankreich, neben Deutschland die stärkste Macht der EU, ist arg von Problemen gebeutelt, wirtschaftliche Schwäche, Streik, Terror. Das stolze Land schafft es derzeit nicht, auf Augenhöhe mit Deutschland Kraftzentrum Europas zu sein.

Der Rechtspopulismus ist auf dem Vormarsch, in Frankreich, Österreich, Deutschland, den Niederlanden. Er entspringt nationalem Denken und ist damit mindestens skeptisch gegenüber der EU, manchmal auch offen feindlich.

In Polen und Ungarn zeigen sich antidemokratische Tendenzen. Presse und Justiz stehen unter Beschuss. Wer aber die Freiheit und Unabhängigkeit von Journalisten und Richtern angreift, macht den ersten Schritt in den autoritären Staat.

In Rumänien, Bulgarien und Kroatien sind die Staaten immer noch schwach, ist die Politik stark von Korruption unterwandert, von gutem Regieren kann kaum die Rede sein.

Griechenland ist ökonomisch nicht reif für den Euro und kann nur mit Finanzhilfen in der Währungsunion gehalten werden. Der Reformprozess kommt kaum voran. In Ländern wie Italien oder Spanien sehnen sich viele nach dem autonomen Wirtschaften zurück, ohne deutschen Spar- und Reformdruck.

Der Kontinent liegt nahe an den arabischen Kriegs- und Krisenstaaten, die Millionen Flüchtlinge produzieren oder Flüchtlinge aus südlicheren Teilen Afrikas nicht aufhalten können. Über die Flüchtlingskrise ist Europa zudem mit der Türkei und seinem zunehmend autoritären Herrscher Erdoğan verstrickt.

So sieht es aus. Und das sind nur die großen Probleme. Für jedes gibt es eigene Gründe, aber wer auf das Gesamtbild schaut, muss den Eindruck haben, dass hier eine Menge nicht zusammenpasst, dass dieser Kontinent disparat ist, dass es bislang weder ökonomisch noch politisch gemeinsame Standards gibt. Dazu kommt der wachsende Unwille, sich von einem Zentrum – Brüssel, Berlin – hineinregieren zu lassen, sich dessen Standards zu unterwerfen.

Die große europäische Vision zielt auf einen Bundesstaat. Die Länder geben schrittweise ihre Souveränität und Staatlichkeit auf und werden schließlich von Brüssel aus regiert, als Vereinigte Staaten von Europa. Das ist ein schöner Traum, aber er schafft es nicht in die Realität hinein. Die Briten haben diesem Traum nie angehangen. Sie wollten einen losen Zusammenschluss, von dem sie wirtschaftliche Vorteile haben. Nun wollen sie gar nichts mehr von der EU. Andere könnten folgen. Auch in den Niederlanden liebäugelt mancher mit einer Volksabstimmung. Viele Deutsche sind ebenfalls skeptisch, wissen aber wohl, dass sie als Exportnation stark von der EU profitieren, und sollten wissen, dass ihnen der europäische Vereinigungsprozess geholfen hat, von der Peripherie der Welt zu einem geschätzten und gemochten Land zu werden.

Deutschland braucht Europa, und deshalb sollte es eine Menge tun, um die Europäische Union zu erhalten. Aber was für eine Union sollte das sein?

Es geht immer noch darum, die Einheit zu erhalten. Der Brexit ist zwar furchtbar, weil Großbritannien ein so wichtiges Land ist, mit tief verankerten liberalen und demokratischen Werten. Aber man muss sich um dieses Land ohne EU nicht sorgen. Es bleibt eine Demokratie, es bleibt im westlichen Lager. Russland wird Großbritannien nicht auf seine Seite ziehen können. Bei anderen Staaten kann man sich da nicht sicher sein. Sollte Griechenland die Eurozone verlassen, wird es anderswo Ablehnung suchen.

Dennoch gilt das eingangs Gesagte, die Stunde null kann eine Befreiung sein, und das heißt nach dem Brexit: Es ist nicht gelungen, die europäische Einheit zu erhalten, weshalb es nicht mehr nötig ist, die Fiktion einer Einheit unter allen Umständen zu erhalten. Die Welt weiß nun, dass dieses Konstrukt brüchig ist. Es gibt in dieser Hinsicht nichts zu verteidigen. Aus dieser Erkenntnis kann man etwas machen.

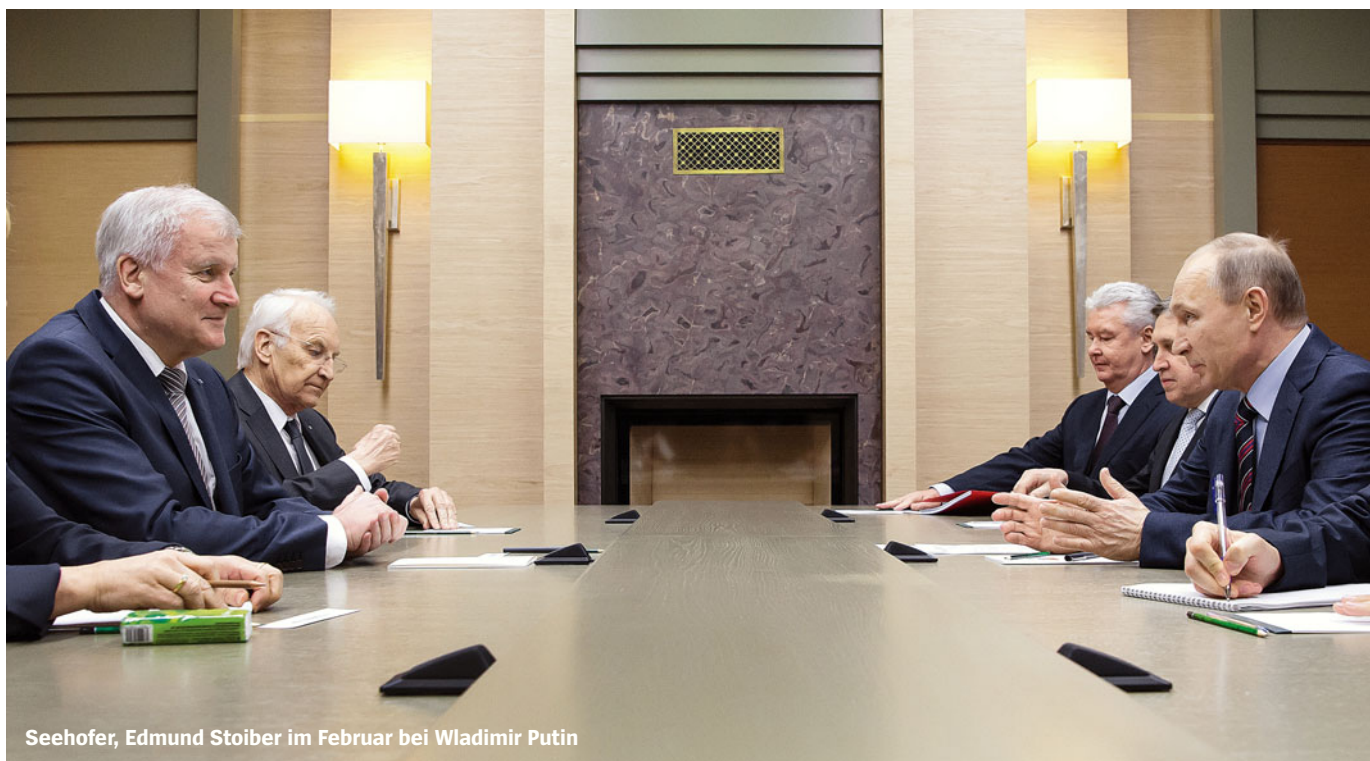
Es ist jetzt möglich, kühl darauf zu schauen, wo Einheit nötig ist und wo nicht. Das bedeutet: Abschied von der Ideologie des Gleichschritts. Europa braucht noch immer eine große Zahl von Menschen, um im Konzert der Weltmächte ernst genommen zu werden. Aber es kann verschiedene Stufen der Einheit geben.

Für Deutschland bleibt Frankreich der wichtigste Partner. Seit dem Ausscheiden der Briten ist er noch wichtiger geworden. Europa kann nur funktionieren, wenn die deutsch-französische Achse halbwegs intakt ist. Das ist sie derzeit nicht, weil Frankreich wirtschaftlich den Anschluss verloren hat und Augenhöhe nur noch eine Behauptung ist, an die niemand glaubt. Deutschland muss Frankreich helfen, durch politische und ökonomische Solidarität. Das Beste wäre ein Plan für einen noch engeren politischen und ökonomischen Zusammenschluss, zuerst in der Finanz- und Sicherheitspolitik.

Die anderen europäischen Partner werden eingeladen mitzumachen. Aber sie dürfen nur mitmachen, wenn sie können. Das heißt, wenn sie die Standards erfüllen. So könnte sich ein Kerneuropa herausbilden, eine Koalition der Willigen und Fähigen. Die anderen können natürlich in der EU bleiben, müssen sich aber anstrengen, um ihre Institutionen und ihre Wirtschaft zu reformieren. Wer es nicht schafft, hinkt halt hinterher. Und Standard heißt diesmal Standard. Schummeleien und Aufweichungen wie bei den Aufnahmekriterien für den Euro werden nicht geduldet.

Der Euro bleibt die europäische Währung. Es ist das Ziel, alle Mitglieder im Euro zu halten, aber es gilt nicht mehr der Grundsatz, dass die Einheit um jeden Preis erhalten werden muss. Wer sich nicht reformieren will, wer von einem Rettungspaket ins nächste schlittert, wird nicht mehr aufgehalten, wenn er meint, mit eigener Währung besser klarzukommen. Das ist bitter, aber Einheit an sich hat seinen Wert verloren. Es geht jetzt um die Fakten, um das Miteinanderkönnen. Das zählt dann doch mehr als russische Versuchungen.

Auch dieses neue Europa ist eine Utopie, ein Traum. Es wird schwer genug sein, eine deutsch-französische Einheit zu bilden, einen festen Kern, von dem aus sich Europa entwickeln kann. Aber es lohnt sich, einen europäischen Traum zu haben, auf ein Ziel hinzuarbeiten. Der Brexit ist kein Ende, sondern ein Beginn, eine Stunde null, die der Kontinent gut nutzen muss. ■



Seehofer, Edmund Stoiber im Februar bei Wladimir Putin

SVEN HOPPE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Außenpolitik

Sanfte Töne Richtung Moskau

Seehofer springt Außenminister Steinmeier wegen Lockerung der Russlandsanktionen bei.

CSU-Chef Horst Seehofer hat sich in der Russlandpolitik auf die Seite Frank-Walter Steinmeiers geschlagen. „Die CSU ist für den Abbau der Russlandsanktionen“, sagte Seehofer. „Sanktionen dürfen kein Dauerzustand sein. Blockdenken ist nicht mehr zeitgemäß.“ Steinmeier hatte sich wie SPD-Chef Sigmar Gabriel für einen schrittweisen Abbau der wegen der Ukraine-Krise verhängten Sanktionen ausgesprochen. Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert vor jeglicher Lockerung die Umsetzung des Minsker Friedensabkommens. Unterstützung erhielt Steinmeier auch von Entwicklungsminister Gerd Müller. Auf der Sitzung der CSU-Landesgruppe im Bundestag sagte Müller am Montag, die Warnung des Außenministers vor Säbelrasseln des Westens gegenüber Mos-

kau sei 75 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion berechtigt. Gegen die Linie Müllers und Seehofer regt sich in der Partei indes heftiger Widerstand. „Gerade wegen der Geschichte müssen wir deutlich machen, dass wir glasklar an der Seite Polens und des Baltikums stehen“, sagte CSU-Außenpolitiker Florian Hahn in der Landesgruppe. „Wenn wir wegen der Menschenrechtslage den Flüchtlingsdeal mit der Türkei kritisieren, dann müssen wir auch bei Putin stehen.“ Auch CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt stellte sich gegen Seehofer. Einen Abbau der Sanktionen dürfe es erst geben, wenn das Minsker Abkommen erfüllt sei, sagte sie. Die Äußerungen Steinmeiers seien in Wortlaut und Inhalt nicht angebracht gewesen. ran

Bundeswehr

Auslandseinsätze teurer als gedacht

Das Bundesverteidigungsministerium hat in den vergangenen zehn Jahren die Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr stets zu niedrig veranschlagt. Die eingeplanten Mittel mussten jedes Jahr nach oben korrigiert werden, oft um mehrere Hundert Millionen Euro, wie aus einem bisher unveröffentlichten Bericht des Ministeriums an den Haushaltsausschuss

des Bundestags hervorgeht. Im Jahr 2009 hatte das Wehressort für den Afghanistan-Einsatz und andere internationale Missionen 580 Millionen Euro eingeplant, tatsächlich lagen die Kosten bei 1,1 Milliarden Euro. Im folgenden Jahr korrigierte das Ministerium den „Soll-Ansatz“ zwar nach oben, die realen Kosten überstiegen aber auch diese Planungszahlen deutlich: um 527 Millionen Euro. 2011 waren es sogar 647 Millionen Euro. Und selbst im vorigen Jahr, die Auslandseinsätze

waren schon deutlich reduziert, lagen die Kosten knapp 50 Prozent über der Planung.



Deutsche Soldaten in Kunduz

JOHANNES ARLT / LAIF

Weil sich „kurzfristig“ die Rahmenbedingungen für Auslandseinsätze änderten, so heißt es in dem Schreiben an den Haushaltsausschuss, ließen sich Kosten nur „eingeschränkt prognostizieren“. Gesine Löttsch (Linke), Vorsitzende des Haushaltsausschusses, vermutet, dass die Kosten „vorher künstlich kleingerechnet werden“, um die Zustimmung der Abgeordneten zu den Auslandseinsätzen zu bekommen. Das sei „eine systematische Täuschung des Parlaments“. was

Gesetzgebung

GroKo auf Speed

Die Große Koalition will umstrittene Vorhaben mit einem Verfahrenstrick noch vor der Sommerpause durch den Bundesrat bringen. Die Regierungsfractionen von Union und SPD haben die Länderkammer gebeten, die Gesetze zu erneuerbaren Energien (EEG), Fracking und Integration fristverkürzt zu beschließen. Aus einer Mail der Unionsfraktion geht hervor, dass das EEG am 8. Juli erst im Bundestag und sofort danach im Bundesrat beschlossen werden soll. Beim Integrationsgesetz läge nur ein Tag zwischen der Entscheidung beider Kammern.

Normalerweise hat der Bundesrat drei Wochen Zeit, Gesetze aus dem Bundestag zu beraten. Über die Fristverkürzung entscheidet der Ständige Beirat des Bundesrats, in dem die Bevollmächtigten der Länder sitzen. Widerstand gegen die Gesetzgebung im Schnelldurchlauf ist kaum zu erwarten: 14 der 16 Vertreter kommen von Union und SPD. Am Mittwoch stimmte der Ständige Beirat der Fristverkürzung beim Antiterrorgesetz und der Erbschaftsteuer zu. Eigentlich soll das Instrument nur in besonders dringenden Fällen angewandt werden. In diesem Jahr wurden schon 28 Vorhaben fristverkürzt beraten. *sve*

NPD-Verbot

Richter-Neuwahl verschieben

Unionsgeführte Länder im Bundesrat wollen offenbar die Chancen auf ein Verbot der NPD dadurch wahren, dass sie die überfällige Neuwahl eines Bundesverfassungsrichters weiter hinauszögern. Die Amtszeit des einst von der CDU nominierten Richters Herbert Landau lief eigentlich schon im April aus. Landau sitzt im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts, der über den Verbotantrag des Bundesrats gegen die rechtsextremistische NPD berät. Der Bundesrat ist auch für die Wahl seines Nachfolgers zuständig, bis dieser gewählt ist, muss Landau weiter im Amt bleiben. Scheidet Landau aus, bevor ein Urteil unterschrieben

ist, würden sich die Chancen auf ein Verbot der NPD zumindest rechnerisch verringern – denn dafür braucht es mindestens sechs Stimmen der acht ursprünglich am Verfahren mitwirkenden Richter.

Aus dem Bundesrat heißt es nun, ein Landau-Nachfolger solle nicht gewählt werden, solange das Verbotsverfahren läuft.

Das „Bestreben, durch Verschieben einer Richterwahl den Antrag abzusichern, den der Bundesrat selbst gestellt hat“, sagt der Düsseldorfer Parteienrechtler Martin Morlock, „berührt die Fairness des Verfahrens und könnte dessen erfolgreichen Abschluss wiederum selbst gefährden“. Mit einem Urteil ist frühestens im August zu rechnen. *hip, stw*

Freihandelsabkommen

Bundestag soll abstimmen

Der Bundestag soll nun doch über das europäisch-kanadische Handelsabkommen Ceta abstimmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte im Kabinettsfrühstück der Unionsminister am Mittwoch, angesichts der hitzig geführten öffentlichen Debatte über internationale Handelsverträge sei eine Befassung des Parlaments sinnvoll.

Auch in der jüngsten CDU-Präsidiumssitzung erklärte Merkel den Bundestagsbeschluss für unverzichtbar. Sonst werde es noch schwieriger, später auch das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA durchzusetzen. Ob der Bundestag zustimmen muss, ist rechtlich umstritten. Nach Auffassung der EU-Kommission muss nur das Europäische Parlament über die Handelsverträge abstimmen, nicht die nationalen Parlamente.

Herbert Reul, Chef der Unionsgruppe im EU-Parlament, warnt, die Abkommen könnten „zerredet“ werden: „Wenn Europa nicht mehr allein entscheidet, wird Ceta scheitern.“ Die SPD hingegen fordert schon lange, dass der Bundestag sich mit Ceta befasst. *ama, ran*

Migration

Mehr Flüchtlinge über die Schweiz

Die Bundespolizei verzeichnet eine gestiegene Zahl von Flüchtlingen, die über die Schweiz nach Deutschland gelangen. So wurden an der Grenze zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz laut Bundespolizeidirektion Stuttgart bisher im Juni 503 illegal Eingereiste festgestellt, im gleichen Zeitraum 2015 waren es nur 320.

Von Januar bis Mai 2016 reisten 975 Menschen auf diesem Weg ein. Die Migranten kämen zum Großteil aus den Ländern Nordafrikas und der Sub-Sahara, sagt Steffen Zaiser, Sprecher der Bundespolizeidirektion Stuttgart. Zwar etablierte sich dieser Weg noch nicht als Alternative für die Balkanroute, gleichwohl plant die Bundespolizei, nahe der Schweizer Grenze eine Bearbeitungsstraße einzurichten, wo Asylbewerber registriert werden sollen. *fri*

Umwelt

Gefährliche Stickstoffbelastung

Das Bundesumweltministerium warnt vor den dramatischen Folgen von Stickstoffbelastungen für die Umwelt. „Die ökologische Tragfähigkeit unserer Erde in Bezug auf die Stickstoffbelastung ist überschritten“, heißt es in einem achtseitigen Eckpunktepapier aus dem Haus von Barbara Hendricks (SPD). „Erhöhte Emissionen reaktiver Stickstoffverbindungen in Wasser, Luft und Boden“ führten auch hierzulande zu



Kohlekraftwerk in Neurath

„Schädigungen von Menschen, Natur und Umwelt“. Hauptursachen seien die übermäßige Nutzung von Mineraldünger in der Landwirtschaft, die Kohleverstromung und der „hohe Anteil von Dieselfahrzeugen“. Hohe Belastungen von Stickstoffverbindungen in der Umwelt können die Ozonschicht schädigen und die Artenvielfalt gefährden. Das Umweltministerium schlägt vor, etwa nach dem Vorbild der CO₂-Einsparziele eine „nationale Zielgröße“ zu vereinbaren. Außerdem wird erwogen, den Ökolandbau stärker zu fördern. *csc*

Kriminalität

Weniger Polizisten am Kölner Bahnhof

Die Sicherheitsmaßnahmen im Kölner Hauptbahnhof, die nach den Silvesterübergriffen gesteigert worden waren, sind deutlich reduziert worden. Wie aus einem vertraulichen Bericht der Bundespolizei hervorgeht, klagen die dort eingesetzten Beamten inzwischen über zu wenig Personal. Es bestehe „dauerhafter Unterstützungsbedarf“ gerade an den Wochenenden, heißt es in dem Papier. Mehrfach seien zuletzt Polizisten abgezogen worden, um an anderen Stellen im Bundesgebiet Lücken

zu füllen. Die Reviere der Bundespolizei in Bonn, Siegen und Siegburg hätten zeitweise vollständig geschlossen werden müssen, so der Vermerk. Auch die nach der Silvesternacht auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz installierten Lichtmasten wurden abgebaut. Die Zahl der Diebstähle im Bahnhof ist immer noch hoch. Es handle sich in dieser Hinsicht um einen „absoluten Brennpunkt“, heißt es in dem Papier. Kölner Bundespolizisten ärgert vor dem Hintergrund besonders, dass sie auch die Villa Hammerschmidt bewachen müssen, den selten genutzten zweiten Amtssitz des Bundespräsidenten – und



Kölner Bahnhofsvorplatz in der Silvesternacht 2015

MARKUS BOEHM / DPA

zwar auch, wenn Privatleute die Räume etwa für Hochzeiten mieten. Ein Sprecher der Bundespolizei teilte mit, man habe nach Silvester Einsatzkonzepte überarbeitet. Der Personalbedarf werde

ständig bewertet und den Erfordernissen angepasst. Es gebe daher keine Sicherheitsdefizite für die Bevölkerung. Allerdings sei die Belastung für die Beamten „zweifels- ohne größer geworden“. jdl

Atomraketen

Vertraut uns!

Die Bundesregierung ist in einer misslichen Lage. Die US-Regierung beschuldigt Russland, den INF-Vertrag zur Abrüstung aller atomaren Mittelstreckenraketen aus dem Jahr 1987 zu verletzen. Angeblich hat Moskau einen atomaren Marschflugkörper vertragswidrig entwickelt. Washington will aber weder kundtun, um welches Waffensystem es geht, noch Beweise vorlegen.

Mit dem INF-Vertrag hatten sich beide Supermächte verpflichtet, alle landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen zu verschrotten und künftig auf diese zu verzich-

ten. Das Abkommen hatte einst das Ende des Kalten Krieges eingeläutet. Die Amerikaner wollen mit der Geheimniskrämerei ihre nachrichtendienstlichen Methoden schützen. Die Verbündeten sollen ihnen vertrauen. Bislang hat Berlin sich die US-Vorwürfe nicht zu eigen gemacht. Westliche Experten fürchten, dass Russlands Präsident Wladimir Putin den INF-Vertrag kündigt, falls die Nato auf ihrem Gipfel im Juli die geplante Aufrüstung in Osteuropa beschließt. Die Kündigungsfrist des INF-Vertrags beträgt sechs Monate, anschließend könnte Putin den neuen Marschflugkörper produzieren – wenn es ihn denn wirklich gibt. klw



Verschrottung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen 1988

NOVOSTI / SYGMA

Verfassungsschutz

Gesichtserkennung im Einsatz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) setzt Systeme zur automatischen Gesichtserkennung mutmaßlicher Extremisten und ausländischer Spione ein. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor. Entsprechende Software werde „in Analyseanwendungen mit dem Ziel der Personenidentifizierung“ genutzt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung, die als vertraulich eingestuft ist („nur für den Dienstgebrauch“). Diese Systeme könnten dazu dienen, Personen auf Fotos, in Überwachungsvideos und in Filmen aus sozialen Netzwerken zu erkennen, zum Beispiel in Propagandavideos des „Islamischen Staats“. Der russische kommerzielle Anbieter FindFace etwa hat mit seinem Algorithmus FaceN nach Analysen von US-Forschern bereits Trefferquoten von etwa 70 Prozent. Wo genau und wie erfolgreich das BfV seine Systeme einsetzt, ist unklar. Man beobachte den Markt für solche Systeme „regelmäßig mit dem Ziel der Verbesserung“, heißt es in der Antwort. fis, rom

Asylverfahren

Mangelhafte Kontrolle

Fachleute des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kritisieren in einem internen Papier die mangelhafte Qualitätssicherung der Asylverfahren. Im vergangenen Jahr habe das hierfür zuständige Referat gerade mal 0,01 Prozent der 282 700 Asylentscheidungen stichprobenartig überprüfen können. Die Beschleunigung der Verfahren und die große Zahl neuer, unerfahrener Mitarbeiter in der Behörde könnten nun zu einer „signifikanten Ausweitung“ von Problemen führen. Um nicht zu einer reinen „Alibifunktion“ zu verkommen, müsse die Qualitätssicherung dringend aufgestockt und verbessert werden, so die Forderung in dem auf März datierten Papier. Bisher hätten die Kontrolleure deutlich weniger Mitarbeiter als vergleichbare Einheiten in Großbritannien und Schweden, wo die Zahl der Asylanträge um ein Vielfaches geringer ist. Das Bamf sagte auf Nachfrage, es gebe ein Konzept der Qualitätssicherung, „das wir an die Bedingungen einer stark gewachsenen Organisation anpassen und das jetzt in die Umsetzung geht“. wow



RENAULT
Passion for life

Renault TALISMAN Grandtour mit Allradlenkung 4CONTROL¹



Ab **199,- €** monatlich²

Mehr erfahren auf renault.de/talisman-grandtour

**5 Jahre
Garantie³**

² Renault Talisman Grandtour Life ENERGY dCi 110 (ohne 4CONTROL): Fahrzeugpreis⁴ 25.777,- €. Bei Finanzierung: nach Anzahlung von 5.140,- € Nettodarlehensbetrag 20.637,- €, 60 Monate Laufzeit (59 Raten à 199,- € und eine Schlussrate: 11.695,- €), Gesamtlaufleistung 50.000 km, eff. Jahreszins 3,49%, Sollzinssatz (gebunden) 3,44%, Gesamtbetrag der Raten 23.436,- €. Gesamtbetrag inkl. Anzahlung 28.576,- €. Ein Finanzierungsangebot für Privatkunden der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Gültig bis 31.08.2016.

Renault Talisman Grandtour ENERGY dCi 110: Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert (l/100 km): 4,2/3,5/3,7; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 98. Renault Talisman Grandtour: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 6,0 – 3,7; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 135 – 98 (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

¹ Je nach Version serienmäßig oder optional (gegen Aufpreis), verfügbar ab Ausstattungsniveau Intens. ³ 3 Jahre Renault Neuwagengarantie und 2 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gemäß Vertragsbedingungen.

⁴ Abbildung zeigt Renault Talisman Grandtour Intens mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.



Galgen auf Pegida-Demonstration in Dresden: Die Temperatur steigt

„Deutschland erwache!“

Extremismus Der Hass auf Politiker nimmt dramatische Formen an. Morddrohungen sind nicht selten, es entsteht eine Verrohung, die demokratiegefährdend ist. Die Behörden sind überfordert.

N eulich wollte ein deutscher Bürger Claudia Roth sprechen. Es war 4.59 Uhr in der Nacht, als er zum Hörer griff und die Nummer ihres Büros wählte. Er ahnte wohl, dass um diese Zeit niemand rangehen würde, aber er ahnte wohl auch, dass es einen Anrufbeantworter gibt – und dass seine Nachrichten die Richtige erreichen würden. Mehr als 20-mal sprach der Mann in dieser Nacht aufs Band. „Du blöde Möse“, sagte er, „du Warzenschwein“, „du bist zu dumm zum Scheißen“. Am frühen Morgen gab er auf.

Roth ist seit über 30 Jahren in der Politik, sie war Vorsitzende ihrer Partei, jetzt ist sie Vizepräsidentin des Bundestags. Sie war schon häufig Ziel von Spott und Anfeindungen, aber was in letzter Zeit vor sich geht, hat auch sie noch nicht erlebt.

Neben dem Holztisch in ihrem Bundestagsbüro steht jetzt ihre Mitarbeiterin, sie hält einen Zettel in der Hand, darauf die

Abschrift der Anrufe aus jener Nacht. Roth würde sie gern sehen, aber die Mitarbeiterin hält die Blätter fest. „90 Prozent der Sachen erzählen wir dir lieber gar nicht, Claudia“, sagt Roths Büroleiterin.

„90 Prozent?“, ruft Roth. „Ich fass es nicht!“

Was sie weiß, genügt eigentlich. Sie weiß, dass Lutz Bachmann öffentlich sagte, jemand wie Claudia Roth solle standrechtlich erschossen werden. Roth wurde „Türkenflittchen“ genannt, „dumme Fotze“. Sie sitzt an ihrem Holztisch und sagt, dass sie eigentlich klarkomme mit dieser neuen Dimension des Hasses. Immer häufiger aber fragt sie sich, wenn sie Bürger trifft: „Sieht der mich nun gerade auch nur als Türkenflittchen?“ Manchmal schließt sie die Tür in ihrem Zimmer, setzt sich und denkt: „Es kommt immer näher.“

Wohin die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas führen kann, die Verrohung

des Umgangs, die Radikalisierung des politischen Diskurses, das wurde vor einer Woche im nordenglischen Birstall sichtbar. Auf offener Straße tötete ein Mann die 41-jährige Labour-Abgeordnete Jo Cox mit Messerstichen und Schüssen. Cox' Mörder hatten ihre politischen Überzeugungen nicht gepasst, ihr Werben für Humanität gegenüber Flüchtlingen, ihr Kampf gegen den Brexit. „Britain first!“, brüllte der Mann, als er auf Cox schoss.

Man muss kein Schwarzmalerei sein, um sich in diesen Tagen Sorgen um die Demokratie zu machen – nicht nur in Großbritannien. In der Weimarer Republik jedenfalls, dem ersten demokratischen Experiment in Deutschland, gehörte ungezügelter Hass auf politisch Andersdenkende ebenso zum Alltag wie die Einschüchterung von Politikern und Morde an Amtsträgern. Es dauerte nicht lange, dann hatte dieser Hass auch die Demokratie getötet.

Selbst ein besonnener Denker wie der konservative Historiker Paul Nolte diagnostiziert inzwischen eine „quasirevolutionäre“ Unruhe im Deutschland der Gegenwart.

Die drastische Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber Politikern in den vergangenen Monaten ist Teil dieses Erosionsprozesses. Der Hass trifft nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel, die wegen ihrer anfänglich liberalen Flüchtlingspolitik zum Hauptfeind der selbst ernannten „besorgten Bürger“ wurde. Er trifft Bundestagsabgeordnete wie Lokalpolitiker, Bezahlte wie Ehrenamtliche, Linke wie Rechte.

So hat das Klima der Republik eine Temperatur erreicht, die Schlimmeres befürchten lässt. Noch hat es in der Bundesrepublik keinen politischen Mord wie in England gegeben. Aber die Versuche waren da, etwa in Köln, wo ein rechtsradikaler Täter die heutige Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit einem Messer töten wollte und sie schwer verletzte.

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat in einem internen Bericht kürzlich erstmals ausgewertet, wie oft es im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte zu Straftaten gegen „Amts- und Mandatsträger“ kommt. Für das erste Vierteljahr 2016 zählte man 115 Taten – mehr als eine pro Tag. Stand Ende Juni waren es 202. Volksverhetzung, Sachbeschädigung, Nötigung. Es stehe zu befürchten, dass die rechte Szene ihre Agitation gegen Politiker „weiter intensiviert“, schreibt das BKA, wobei „in Einzelfällen auch mit Tötungsdelikten zu rechnen ist“. Die Messerattacke auf Reker belege diese Einschätzung „auf dramatische Weise“.

Doch die Zahlen der Polizei bilden nur einen Bruchteil des Hasses ab, der sich gegen Politiker richtet. Eine Zeitschrift des Städte- und Gemeindebundes befragte gerade 1000 Bürgermeister. Knapp die Hälfte berichtete von Beleidigungen, weil die Kommune Flüchtlinge aufgenommen habe. Dazu gehören böse Briefe und Drohmails, aber auch tote Ratten vor der Haustür. Auch Gewalt gegen Mitarbeiter der Verwaltung ist keine Seltenheit mehr.

Die Wurzeln für diese Eruption von Gewalt wurden dabei von Politikern selbst gepflanzt. Es sind meist völkisch gesinnte Demagogen, die in ihren Interviews und Reden den Bürgern erst die Rechtfertigung zur Anwendung von Gewalt verschaffen.

Es sind Männer wie der britische Rechtsausleger Nigel Farage, der erklärte, es sei legitim, wenn Bürger den Eindruck hätten, „dass Gewalt der nächste Schritt sei“. Wenn AfD-Spitzenleute wie Björn Höcke oder Alexander Gauland dem Volk einbläuen, dass es nun darum gehe, Deutschland „vor seinen Feinden“ oder gar „vor dem Untergang“ zu verteidigen, muss man sich nicht wundern, wenn sich deut-

sche Bürger ermutigt fühlen, zur Tat zu schreiten.

„Rhetorik hat Konsequenzen“, sagte der britische Labour-Abgeordnete Stephen Kinnock, der ein Büro mit Jo Cox teilte, während seiner Trauerrede im Parlament von Westminster.

Zu den Konsequenzen in Deutschland gehört inzwischen, dass ein prominenter Spitzenpolitiker permanent Angst um seine Kinder hat. Ihm wurde angekündigt, dass er sich deren Verbrennung bald auf Video anschauen könne. Wie viele der Politiker, mit denen der SPIEGEL für diese Recherche sprach, wollte er seinen Namen nicht nennen – aus Angst, potenzielle Gewalttäter noch stärker auf sich aufmerksam zu machen.

Im Vergleich zu Morddrohungen gegen Kinder wirkt der Hinweis, den Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) erhielt, beinahe harmlos. Seine Joggingstrecke werde von Leuten aus dem gewaltbereiten Milieu ausgespäht, hieß es. Jäger verlegte daraufhin seinen Frühsport auf den Weg zur Arbeit: So genießt er nämlich Personenschutz.

Die neue Angst verändert nicht nur Joggingzeiten, nicht nur den Alltag von Mandatsträgern. Die neue Kultur des Hasses hat längst Auswirkungen auf den politischen Diskurs im Land. Wenn es so weitergeht, verändert sie auch das Wesen der liberalen Demokratie.

Schon jetzt hat die Strategie der Einschüchterung konkrete Folgen. Seit Beginn der Flüchtlingskrise habe sich etwa die „Bedrohungssituation der Bundeskanzlerin“ deutlich verschärft, verrät ein Sicherheitsexperte des Innenministeriums. Als Beleg dienen den Sicherheitsleuten Hassmails, konkrete Drohungen wie öffentlich zur Schau getragene Galgen mit einer er-

hängten Merkel-Puppe oder Straßentransparente, auf denen sie als „Volksverräterin“ beschimpft wird.

Auch Angela Merkel verhält sich nicht mehr so wie früher. Da gab es für die Kanzlerin bei Wahlkampfveranstaltungen selten Absperriegitter, die sind inzwischen Pflicht. Heute tritt Merkel im Wahlkampf möglichst nur noch in Hallen auf, sie verzichtet, wo es geht, auf Open-Air-Veranstaltungen.

Fast täglich gibt es neue Schauergerichten aus dem Alltag deutscher Politiker und Funktionsträger. Es scheint dabei egal zu sein, ob sie am Berliner Kabinettsitz sitzten, in der sächsischen Kommunalpolitik oder in der Stadtverwaltung Düsseldorf.

Michael Richter wurde 2009 für die Partei Die Linke in den Stadtrat von Freital gewählt, 40 000 Einwohner, im Schatten Dresdens gelegen. Richter ist zudem Mitglied der „Initiative für Weltoffenheit und Toleranz“ in Freital und Umgebung – er ist pro Flüchtlinge. So wurde er zur Zielscheibe der Fremdenfeinde.

Im vergangenen Jahr schlugen Unbekannte nachts die Seitenscheibe seines grünen VW Golf ein und ließen im Inneren einen Sprengsatz der Marke „Super Cobra 12“ detonieren. Kurz darauf flog die Briefkastenanlage seiner Stellvertreterin in die Luft, zerstört durch „Super Cobra 6“. Dann knallte es im örtlichen Büro der Linken, die Scheiben gingen zu Bruch. Zehn Tage später klebten zwei Zettel an der notdürftig mit Sperrholz gesicherten Fensteröffnung. Auf einem stand: „Im Osten ist es Tradition, da knallt es vor Silvester schon.“ Auf dem anderen: „To Do List ...“ Dann kamen vier Namen, darunter der von Richter und seiner Stellvertreterin. Beide Namen waren mit einem Haken versehen. Die Spur der Täter führte ins Um-



Grünen-Politikerin Roth mit Flüchtlingskindern im Nordirak: Anrufe in der Nacht

feld der rechtsextremen Terrorgruppe Freital.

Richter sagt, dass er inzwischen nicht mehr derselbe sei, dass die Gewalt ihn und seinen Alltag verändert habe. „Ich lasse keine Routine mehr aufkommen, nehme unterschiedliche Wege und verlasse zu unterschiedlichen Zeiten das Haus.“ Vergangenen Freitag hingen an Richters Haustür wieder Zettel. „Richter, wir wissen, wo Du wohnst“, stand auf dem einen. Auf dem anderen: „Richter, wir kriegen Dich“.

Immer mehr Bürger sehen in ihren Volksvertretern vor allem Verbrecher. Dass zu ihren Biografien meist viele Jahre Engagement für das Gemeinwohl gehören, dass sie Tausende Stunden unbezahlt bei Diskussionsrunden, Gremiensitzungen oder Demonstrationen verbrachten, bei Veranstaltungen also, die den Wesenskern einer lebendigen Demokratie ausmachen, scheint egal zu sein. Die Parteien konnten sich zuletzt ohnehin nicht über allzu großes Interesse an Mitarbeit freuen. Wenn es nun aber nicht nur uncool, sondern gar gefährlich ist, sich für das Gemeinwohl zu engagieren, verliert die Parteiendemokratie endgültig ihren Nachwuchs.

Das Landeskriminalamt Sachsen führt eine Statistik, in der die Angriffe auf Wahlkreisbüros von Mitgliedern des sächsischen Landtags erfasst werden. 2013 gab es 20 solcher Übergriffe. 2014 waren es 28 Vorfälle, im vergangenen Jahr 43. Neben den Büros der Linken werden inzwischen die Räume der AfD am häufigsten attackiert. Die radikale Linke schlägt zurück – und trägt so zur Eskalation der Gewalt bei. Es ist ein Gewöhnungsprozess im Gang, an dessen Ende der Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung stehen könnte.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 verzeichnete das LKA Sachsen bereits 37 politische Angriffe. Im Rest der Republik mag es zwar etwas weniger gewalttätig zugehen, aber die Tendenz ist auch im Westen eindeutig.

Der Shitstorm gegen die Düsseldorfer Flüchtlingsbeauftragte Miriam Koch begann, als sie ehrenamtliche Helfer suchte. Zuvor war eine Messehalle abgebrannt, die Flüchtlingen als Unterkunft diente. Koch rief über ihre Facebook-Seite zu Hilfe bei der Essensverteilung in der neuen Unterkunft auf. Die rechte Internetseite „Politically Incorrect“ veröffentlichte Kochs Mailadresse und verlinkte unter dem Titel „Deppen zum Schleppen gesucht“ auf ihre Seite.

Der Mob nannte Koch „Asylanten-Hure“ und Ähnliches, mal war es rassistisch, mal sexistisch, meist beides. „Es wurde auch thematisiert, was ich vermeintlich tun müsse, damit meine Schützlinge mich ‚bespringen oder befummeln‘“, sagt Koch.



Gedenkort für Politikerin Cox in London

„Rhetorik hat Konsequenzen“

Sie ist seit 2004 im politischen Betrieb und hat „so etwas noch nicht erlebt“.

Die Sicherheitsbehörden verfolgen die Brutalisierung in den sozialen Netzwerken seit Monaten mit größter Sorge. „Was wir sehen, ist ein hemmungsloser, massenhafter Ausdruck von Hass“, sagt ein hochrangiger Beamter. „Jegliche Form von Hemmschwelle“ sei außer Kraft gesetzt.

Seit Monaten warnen Strafverfolger und Geheimdienste intern vor neuen rechtsterroristischen Strukturen – die nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Politiker ins Visier nehmen könnten. Problematisch für die Sicherheitsbehörden ist, dass mögliche Täter nicht aus bekannten Strukturen zu kommen scheinen. „Niemand sollte glauben, dass radikale Einzeltäter eine Erfindung der Islamisten sind“, sagt ein hoher Beamter. „Kleine Anschlagstrupps, die wir kaum erkennen können, können Linke, Rechte und Islamisten leicht organisieren.“

Wie sehr der Anstieg von Hass und Gewalt die Sicherheitsbehörden inzwischen überfordert, mussten neulich jene elf türkischstämmigen Abgeordneten erleben, die wegen der Armenien-Resolution des Bundestags bedroht wurden.

Die Beamten benötigten mehrere Tage, um das Ausmaß des Hasses zu begreifen. Ihre Einschätzung änderte sich erst nach einem denkwürdigen Treffen der Abgeordneten mit Vertretern des BKA und der Berliner Polizei am Freitag vor zwei Wochen in Raum 1554 des Jakob-Kaiser-Hauses. Zunächst versuchte man zu beschwichtigen: Es habe es schon andere Länder gegeben, die den Völkermord an den Armeniern als solchen benannt hätten, ohne dass Politikern dort etwas passiert sei.

Doch dann trugen die Parlamentarier vor, wie massiv die Bedrohungen gegen

sie seien: Beschimpfungen im Netz, auf der Straße, im Taxi. Morddrohungen. Manche erzählten, dass sie sich nicht mehr in ihr Wahlkreisbüro trauten. Andere gehen nicht mehr mit ihren Kindern in die Stamm-Eisdiele, aus Angst, dass sich der Hass auch gegen ihre Familie richtet.

Inzwischen schicken die Abgeordneten ihre Terminkalender an die 500 Mitarbeiter starke Sicherungsgruppe des BKA, die für den Schutz der Verfassungsorgane in Deutschland zuständig ist. Je nach Anlass werden die Politiker von Personenschützern begleitet, zum Teil müssen nun auch ihre Privatwohnungen geschützt werden.

„Wir brauchten dringend hundert zusätzliche Personenschützer“, sagt ein hochrangiger Sicherheitsmann in Berlin – allein für den Schutz von Bundespolitikern. Das Grundgesetz mag das freie Mandat der Abgeordneten garantieren – aber wie frei kann jemand sein, der Angst hat?

Dass Hass und Gewalt den politischen Diskurs zum Verstummen bringen, das demokratische Prinzip des Austauschs, von Rede und Gegenrede, ließ sich am 1. Mai auf dem Marktplatz von Zwickau beobachten. Als Redner war Justizminister Heiko Maas angereist, eine der größten Hassfiguren der neuen Rechten.

Maas war der Erste, der die Pegida-Märsche als „Schande für Deutschland“ bezeichnete und die Tiraden von AfD-Mann Björn Höcke gegen Flüchtlinge als „widerlich“. Als Maas nach Zwickau reiste, wusste er, dass seine Gegner dort sein würden. „Lasst uns das Maas-Männchen aus der Stadt jagen!“, hatten rechte Gruppen im Netz geschrieben. Die Polizei hatte Maas von der Kundgebung abgeraten, doch er kam trotzdem. Videos, per Handy gefilmt, dokumentieren auf YouTube, wie der SPD-Mann mit zusammengekniffenen Lippen auf der Bühne steht, wie er sich bemüht, den Chor der gellenden Pfliffe und Schreie („Volkssverräter! Hau ab!“) zu übertönen: „Je länger ihr schreit, je länger bleibe ich hier stehen!“

Doch irgendwann hielt Maas dem Hass nicht mehr stand. Er beendete seine Rede. Im Anschluss war ein Meet and Greet mit den Zwickauern geplant, ein Austausch mit den Bürgern, aber dazu kam es nicht mehr. Maas floh, eskortiert von BKA-Beschützern, zu seiner Dienstlimousine. Er lief nicht, diesen Gefallen wollte er seinen Gegnern nicht tun, aber er wirkte gehetzt. Zum Abschied traten einige Bürger gegen sein Auto. Im Netz werden die Videos von Maas’ „Flucht“ gefeiert: „Bravo Zwickau!“, „Weg mit der verrotteten, korrupten, fettgefressenen Politikerriege!“

Gefeiert wurde die Flucht aus Zwickau auch auf dem AfD-Parteitag in Stuttgart. Ein Mitglied trat spontan an ein Saalmikro. Es gebe sehr gute Nachrichten aus Sachsen: „Justizminister Heiko Maas wurde soeben

von mutigen sächsischen Bürgern aus Zwickau vertrieben.“ Ohrenbetäubender Jubel brach aus. Kein AfD-Führungsmittel griff ein oder rief zur Mäßigung.

Zwar würde der Vorstand der Rechtspopulisten selbst nie direkt zur Gewalt aufrufen. Doch klare Urteile gegen Hetze, Aggressivität und Attacken wie in Zwickau bleiben aus. „Wissen Sie, was wir an Steckbriefen von Linksextremisten erleben, die unbescholtene Mitglieder verfolgen?“, antwortet AfD-Chefin Frauke Petry routinemäßig, wenn sie nach Gewaltaufrufen ihrer Klientel gefragt wird.

Es gehört zum Gründungsmythos der AfD, dass nur die eigenen Leute Opfer sind. Wurden nicht Farbbeutel und Molotowcocktails auf Parteibüros geworfen? Wurden nicht auf linksradikalen Seiten Namen und Daten Tausender AfD-Mitglieder veröffentlicht, in Hamburg sogar auf Laternenpfählen die Namen von Familienmitgliedern einer AfD-Politikerin?

Die Spitzen der Partei wollen den Zorn über die linken Täter keineswegs dämpfen, sie wollen ihn in die richtigen Bahnen lenken, sprich: instrumentalisieren. Kürzlich richtete die AfD eine Datenbank für die Erfassung von Angriffen auf die eigenen Mitglieder ein. Ihr Name: „Zentrale Erfas-

sungsstelle Salzgitter“. Es ist eine Anlehnung an die „Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle“ in Salzgitter, die das DDR-Unrecht dokumentiert hat.

Mehr oder weniger subtil setzt die Partei so die Botschaft, dass Deutschland ein Unrechtsstaat sei, dessen Volk sich daher auch mit eigentlich verbotenen Mitteln zur Wehr setzen dürfe. Auch sonst trägt die AfD gezielt zur Verrohung des politischen Diskurses bei. Zum Beispiel, wenn Björn Höcke auf Marktplätzen fordert, Angela Merkel müsse „in einer Zwangsjacke aus dem Kanzleramt abgeführt werden“. Parteivize Alexander Gauland wirbt derweil dafür, „Widerstand“ zu leisten, die „Kanzler-Diktatorin“ zu stürzen.

Erich Pipa hat der Hass nun in die Knie gezwungen, er mag nicht mehr. Pipa, Landrat im hessischen Main-Kinzig-Kreis, erhielt im Sommer vergangenen Jahres die ersten Morddrohungen. Der SPD-Politiker hatte im Juli ein Bauprojekt vorgestellt, die Erweiterung eines Flüchtlingswohnheims. Dabei hatte er den Satz gesagt: „Das Boot ist nicht voll.“

Kurz darauf ging es los: „Kanaken-Landrat verpiss Dich“, begann ein anonymes Brief. Das Boot sei „übertoll“, „der Blitz“

solle Pipa treffen: „Wir wissen fast alles über Dich. Du Ratte. Fühle dich nur nicht zu sicher!“ Als Absender zeichnete eine „Initiative Heimatschutz Kinzigtal“.

„Im Schnitt kommt alle zwei Wochen so ein Brief“, sagt er. Vor der Kommunalwahl im März wurde ein Pipa-Großplakat mit Farbe beschmiert und durchgestrichen. „Volksverräter“, habe jemand auf das Plakat geschrieben, erzählt Pipa, dazu die Neonazi-Parole „Deutschland erwecke!“

Vor eineinhalb Wochen saß Pipa mit Polizeibeamten vom Staatsschutz zusammen und fragte, warum es bis heute nicht gelungen sei, einen Täter zu fassen. Die Beamten zuckten mit den Schultern. „Das war für mich das i-Tüpfelchen.“

Nach dem Gespräch entschied Pipa, bei der Landratswahl im kommenden Jahr nicht mehr anzutreten. „Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass ich das mir und meiner Familie nicht zumuten kann“, sagt er. „Ich mach den Zirkus nicht mehr mit.“

Wenn Männer wie Pipa gehen, geht auch ein Stück von der Demokratie, wie wir sie kannten.

Melanie Amann, Matthias Bartsch,
Markus Feldenkirchen, Horand Knaup,
Fidelius Schmid, Britta Stöff,
Wolf Wiedmann-Schmidt, Steffen Winter



NÜRNBERG MESSE

**SICH ZU ERWEITERN
HEISST, DEN HORIZONT
NÄHER HERANZUHOLEN**

Ihre Ideen brauchen Raum zur Entfaltung. Deshalb entwickeln wir unser Gelände stetig weiter. Mit modernster Messearchitektur schaffen wir für Sie einen Ort, an dem aus Begegnungen Kontakte werden. Damit auch morgen und übermorgen Ihre Projekte zu erfolgreichen Geschäften werden.

Erfahren Sie mehr unter nuernbergmesse.de/halle3c



Große Transformation

Klima Mit einem Plan zum Umbau der Industriegesellschaft setzen die SPD-Minister Hendricks und Gabriel die Kanzlerin unter Druck. Wer ist der bessere Koalitionspartner für die Grünen?

Wenn die Kanzlerin in diesen Tagen öffentlich auftritt, gibt sie gern die Mutmacherin. Von einem „großen Auftrag“ spricht Angela Merkel dann, von „ehrgeizigen Zielen“ sowie der Zusage, dass „wir als Deutsche weiter mit gutem Beispiel vorangehen wollen“. So oder so ähnlich ist sie derzeit zu vernehmen, ganz gleich, ob sie in Peking zum Ehrendoktor ernannt wird oder in Düsseldorf auf dem Deutschen Sparkasentag spricht.

Ein neues „Wir schaffen das“ ist ihre Lösung, nur dass es diesmal nicht um Europas Flüchtlingskrise, sondern um ein anderes bedeutendes Thema geht: den Kampf gegen die Erderwärmung, dem sich die in-

ternationale Staatengemeinschaft auf ihrem historischen Gipfel Ende vorigen Jahres in Paris verpflichtet hat. Einen „großen Erfolg“ nennt das die Kanzlerin, der nun „intensiv umgesetzt werden“ müsse.

Die Gelegenheit ist gekommen. Auf Merkels Schreibtisch liegt ein gut 60 Seiten starkes Papier ihrer Minister Barbara Hendricks (Umwelt) und Sigmar Gabriel (Wirtschaft), das die Konsequenzen der Pariser Beschlüsse für Deutschland ausbuchstabiert. Wochenlang haben die beiden Sozialdemokraten über Maßnahmen gestritten, die das Klimaversprechen von Paris mit den wirtschaftlichen Realitäten einer exportstarken Industriegesellschaft in Einklang bringen sollen.

Hendricks wollte deutlich mehr, Gabriel weniger.

Jetzt haben sie sich auf einen Kompromiss verständigt, der noch immer weitreichend genug ist, aus der Bundesrepublik ein anderes Land zu machen. Geht es nach Hendricks und Gabriel, soll die größte Volkswirtschaft Europas in nur drei Jahrzehnten nahezu vollständig auf das Verfeuern fossiler Brennstoffe wie Öl und Gas verzichten und in eine „treibhausgasneutrale“ Republik verwandelt werden.

Dass gehandelt werden muss, ist unbestritten. Der vergangene April war laut Nasa weltweit der wärmste April, der jemals registriert wurde. Schon zeichnet sich ab, dass 2016 zum dritten Mal hintereinan-

Braunkohlekraftwerk Schkopau

Ein ganzes Land wird umdenken müssen

schaftern und Wirtschaftslobbyisten schon zu weit. Die einen sehen das Konzept als Chance, die Bundesrepublik zum Vorreiter einer klimaneutralen Hightech-Ökonomie zu entwickeln. Die anderen fürchten den Einstieg in eine Art ökologische Planwirtschaft, die unter dem Schlagwort der Dekarbonisierung den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands organisiert.

Nicht zuletzt wird der sogenannte Klimaschutzplan 2050 den herausziehenden Wahlkampf bestimmen. Wenn sie nicht wieder eine Große Koalition bilden wollen, brauchen Merkel wie Gabriel die Grünen, um im nächsten Jahr das Kanzleramt zu erobern. Entsprechend gut ist die Verhandlungsposition der Ökopartei, wenn es gegen den Industrieflügel bei Union wie SPD geht. Ganz gleich, wem die Grünen am Ende den Vorzug geben: Die Beschleunigung des Klimaplanes wird der Preis sein, den sie für eine Regierungsbeteiligung fordern. So viel ist gewiss: Der nächste Kanzler wird ein Klimakanzler sein.

Und so beschreibt das Konzept der beiden Ressortchefs in Wahrheit eine Art Minimalprogramm, mit dem Deutschlands Umweltpolitiker den Umstieg auf eine „grüne Ökonomie“ (Hendricks) durchsetzen wollen. Von der Stromerzeugung über den Verkehrs- und Wohnungssektor bis zur Landwirtschaft: In fast allen energieintensiven Sektoren soll der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 nahezu halbiert werden.

Um das zu schaffen, sollen Heizungen von Gebäuden sowie der Autoverkehr einer „umfassenden Elektrifizierung“ unterzogen werden. Nicht mehr ganz so engagiert wie vor dem Paris-Abkommen und in einer ursprünglichen Fassung des Plans noch vorgesehen, will die Regierung den Ausstieg aus der Kohle vorantreiben. Die Energieerzeugung solle „spätestens bis 2050 nahezu vollständig CO₂-neutral“ erfolgen, die Kohleverstromung werde „schrittweise an Bedeutung ab- und die Erneuerbaren weiter an Bedeutung zunehmen“. Für die betroffenen Braunkohleregionen soll es einen sogenannten Regionalfonds geben, mit dem die Wirtschaft vor Ort angekurbelt werden soll. Das Problem dabei: Nimmt die Bundesregierung ihren eigenen Plan ernst und will sie künftig beträchtliche Teile des Energieverbrauchs beim Reiseverkehr oder in Gebäuden durch Strom ersetzen, wird der geplante Ausbau der erneuerbaren Energien bei Weitem nicht ausreichen.

Ein ganzes Land wird umdenken müssen, Hausbesitzer zum Beispiel. Neue öl- oder gasbetriebene Verbrennungskessel gehören mit ihrer Nutzungsdauer von etwa 20 Jahren bald der Vergangenheit an. Um im Jahr 2050 karbonfrei zu sein, müsse „spätestens mit dem Jahr 2030 auf die Neuinstallation von Heizsystemen, die auf

die Verbrennung fossiler Brennstoffe beruhen, verzichtet werden“, heißt es in dem Plan. Altgebäude sollten bis zum Jahr 2050 durch eine höhere Effizienz und verstärkte Nutzung regenerativer Energien „weitestgehend klimaneutral werden“.

Besondere Aufmerksamkeit widmen Hendricks und Gabriel dem Verkehr, dessen Anteil am Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland derzeit bei 18 Prozent liegt. „Das kann natürlich nicht so bleiben, wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen“, sagt Hendricks.

Längst basteln die Autohersteller an alltagstauglichen Konzepten für strombetriebene Pkw. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Rainer Baake, hatte bereits im März in der „Zeit“ ausgebreitet, wie er sich den Verkehr der Zukunft vorstellt: Die Umstellung der Antriebe von fossilen auf erneuerbare Energien müsse bis 2030 erfolgt sein. Anders gesagt: Danach dürfen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden.

Größer ist die Herausforderung beim dramatisch wachsenden Güterverkehr auf der Straße. Die angepeilte Verlagerung auf die Schiene wird nicht reichen, Abhilfe sollen auf Strom ausgerichtete Energiesysteme leisten. Vor Jahren schon empfahl der Sachverständigenrat für Umweltfragen eine Radikallösung, jüngst kam eine Studie im Auftrag von Greenpeace Energy zum gleichen Schluss: Deutschlands Autobahnen sollten mit Oberleitungen für den Schwerlastverkehr ausgestattet werden. Siemens hat in dieser Woche in einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Lastwagenhersteller Scania auf einer schwedischen Autobahn eine erste Versuchsstrecke eingerichtet.

Auch die Industrie soll liefern. Immerhin war sie im Jahr 2014 der zweitgrößte Treibhausgasemittent in Deutschland. Und kein Sektor steht unter einem höheren Zeitdruck. Weil Industrieanlagen häufig eine

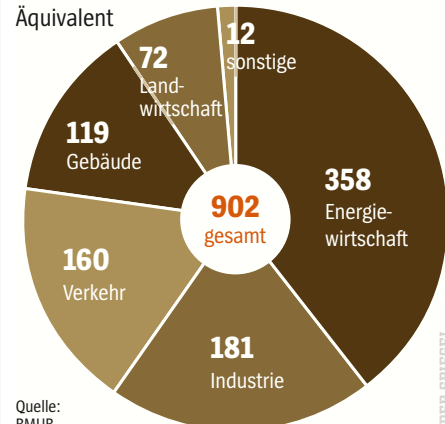
der der globale Hitzerekord gebrochen wird. Und in diesem Jahr sind in der Antarktisluft CO₂-Konzentrationen gemessen worden, die so hoch sind wie nie zuvor in den vergangenen vier Millionen Jahren.

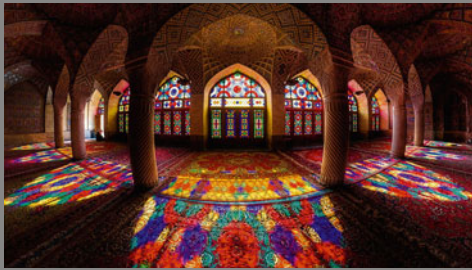
Um die Entwicklung zu stoppen, soll Deutschland nun zur Ökogesellschaft werden, Schritt für Schritt bis zum Jahr 2050. Wer dann seine Schreibtischlampe einschaltet, darf sicher sein, dass der Strom dafür nahezu vollständig regenerativ erzeugt wird. Auf den Straßen fahren fast ausschließlich Elektro- oder Brennstoffzellenautos. Steuersystem und Staatsausgaben sind konsequent auf die Förderung CO₂-armer Technologien ausgerichtet. Und die Menschen, für die Wachstum und Konsum heute oft das Wichtigste sind, sollen lernen, sich in der Stadt vornehmlich mit dem Fahrrad fortzubewegen und deutlich weniger Fleisch zu essen.

Der Plan, so viel ist sicher, wird die politische Debatte der nächsten Jahrzehnte prägen. Was Umwelt- und Klimaschützern längst nicht ausreicht, um die Pariser Zusagen einzulösen, geht vielen Gewerk-

Emission von Treibhausgasen

nach Verursachern, in Deutschland 2014
in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent





MOHAMMAD REZA DOMIRI GANJI

WEITWINKEL

360°-Reise: Paläste des Lichts

Moscheen, groß wie Kathedralen, kunstvolle Bäder, Paläste aus Säulen – der junge Fotograf Mohammed Reza Domiri Ganji hat sein Heimatland Iran bereist und inszeniert die architektonischen Schätze der Perser in beeindruckenden 360-Grad-Bildern. Er sagt: „Die persischen Architekten hatten einen speziellen Blick für das Licht, das sie durch das gesamte Gebäude lenkten.“ In Ganjis Panoramafotos erwacht diese Pracht zum Leben.

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

Deutschland

Lebensdauer von mehreren Jahrzehnten haben, erwarten die SPD-Minister gerade in diesem Bereich „frühzeitiges Handeln, um Kapitalentwertung zu vermeiden“. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bildeten künftig den Standard für Investitionen, während in fossile Energieproduktion nur noch in Ausnahmefällen investiert werde.

Wie umfassend der Klimaschutz auch in selbstverständlich gewordene Lebensgewohnheiten eingreifen könnte, ist nicht zuletzt dem Beitrag zu entnehmen, den die Landwirtschaft erbringen soll. In Deutschland ist sie derzeit zu acht Prozent an den Treibhausemissionen beteiligt. Soll der Anteil reduziert werden, gibt es laut Klimaplan nur einen Weg: Die Rinder- und Schweineställe im Land müssen entvölkert werden. „Wir kommen nicht darum herum“, sagte Ministerin Hendricks diese Woche im Bundestag, „uns mit unbequemen Themen wie dem Abbau von Tierbeständen, dem Fleischkonsum und mit der Verschwendung von Lebensmitteln zu befassen“.

Ressortchefin Hendricks sieht eher die Chancen als die Risiken des Umbruchs. „Der Klimaschutz ist schon heute ein Wachstumsmotor, der uns Beschäftigung über Jahrzehnte sichern kann“, sagte sie und verwies darauf, dass Umwelt- und Klimaschutz in der Republik schon heute für mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze sorgen.

Einer der Vordenker des Plans, der Direktor des Thinktanks Agora Energiewende, Patrick Graichen, warnt vor „Häsenfüßigkeit“. Jetzt müssten endlich einmal „dicke Bretter gebohrt werden“.

Graichen macht derzeit in Berlin die Runde in Ministerien und Verbänden, um gute Stimmung für das Konzept zu machen. „Wenn wir unsere Beschlüsse von Paris ernst meinen, müssen wir die Dekarbonisierung jetzt entschlossen anpacken“, sagt der ehemalige BMU-Beamte.

Für die Kritiker hingegen ist der Plan das genaue Gegenteil. Als Erster hat sich Hendricks' Kollege, Verkehrsminister Alexander Dobrindt, zu Wort gemeldet. „Dass es in 14 Jahren keine Verbrennungsmotoren mehr geben wird, ist Wunschdenken“, sagt er. „Der Weg hin zu den alternativen Antrieben muss konsequent weiter und mit höherer Dynamik gegangen werden, aber wir müssen aufpassen, nicht Utopien nachzulaufen.“ Hendricks wolle der deutschen Wirtschaft „eine Schrumpfkur verpassen“, ätzt auch Michael Vassiliadis, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Unterstützt wird der Genosse von Albrecht Gerber, SPD-Wirtschaftsminister von Brandenburg. In seinem Bundesland buddeln noch immer Tausende Kumpel einen der klimaschädlichsten aller Energieträger aus der Erde:



ODD ANDERSEN / APF

Umweltministerin Hendricks

„Mit dem Fleischkonsum beschäftigen“

Braunkohle. Gerber sagt: „Wir können nicht quasi gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Kohle aussteigen.“

Die Vertreter der deutschen Industrie halten ebenfalls wenig vom Hendricks-Plan. Zum ersten Entwurf, der im April herausgesickert war, verfasste der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine neunseitige Analyse – die ganz überwiegend in roter Warnfarbe gehalten war. BDI-Präsident Ulrich Grillo stört sich insbesondere daran, dass Hendricks neben der Energiewende eine Reihe weiterer Instrumente fordert, etwa Strafsteuern auf klimaschädliche Produkte.

Auch der Wirtschaftsflügel der Union stößt sich am Tempo, das Hendricks und Gabriel vorlegen. „Der Klimaschutzplan läuft darauf hinaus, dass bereits im Jahr 2030 mit einem Großteil der Maßnahmen begonnen werden muss“, sagt CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs. Damit schreite die Bundesrepublik weit schneller voran als nahezu alle anderen Industrienationen.

Fuchs will den Klimaschutzplan vor allem deswegen bremsen, weil er fürchtet, dass die vorgesehenen Zielvorgaben in den nächsten Jahren zu Koalitionsvereinbarungen und Gesetzen werden – und damit zu Bundesrecht.

Da ist etwas dran, wie aus dem Zeitplan der sozialdemokratischen Ressortchefs hervorgeht. Danach soll das Klimakonzept noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Das erste sogenannte Maßnahmenprogramm, in dem das Klimaprogramm bis 2030 fixiert werden soll, ist dann für 2018 geplant – kurz nach der nächsten Bundestagswahl.

Horand Knaup, Michael Sauga, Gerald Traufetter

Persönlicher Service im neuen ★★★★★ Genusshotel.

Luxuriöser Aufenthalt und top Komfort für frische Lebensmittel:
der neue Miele K 20.000. Jetzt auch als Blackboard edition.



miele.de

Miele
IMMER BESSER

Geblinkt, gelinkt

Opposition Mit seinem jüngsten Vorstoß zu Rot-Rot-Grün hat SPD-Chef Gabriel die starren Fronten im linken Lager in Bewegung gebracht.

Das eher schmucklose Restaurant gegenüber der Botschaft Nordkoreas in Berlin-Mitte heißt „Der Thüringer“. Selten ist das Lokal so besucht wie am vergangenen Mittwochabend. Dort feiert die „Denkfabrik“, ein Zirkel von Anhängern eines rot-rot-grünen Bündnisses auf Bundesebene. Es gibt Schwarzbier und Bratwurst, die Stimmung ist gelöst.

Vor wenigen Wochen noch waren die Denkfabrik-Treffen in Berlin eher triste Veranstaltungen. Ein Häuflein aus SPD-, Grünen- und Linken-Politikern klagte sich gegenseitig vor, wie aussichtslos die Perspektiven doch seien. Rot-Rot-Grün schien tot. Doch dann bekam die Idee eines Linksbündnisses plötzlich neues Leben, eingehaucht von SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Im SPIEGEL forderte er in der vergangenen Woche, in Europa müssten „progressive Parteien und Bewegungen füreinander bündnisbereit und miteinander regierungsfähig sein. Das gilt auch für Deutschland“. Und weiter: „Das verlangt

einiges von der Sozialdemokratie und ihren denkbaren Partnern.“

Der Vorstoß war als Kampfansage gegen den erstarkenden Rechtspopulismus in Europa formuliert. Doch viele lasen aus Gabriels Sätzen heraus, was ebenfalls enthalten war: eine politische Lockerungsübung für die nächste Bundestagswahl.

Der Beifall folgte prompt. „Sigmar Gabriel rennt mit seinem Vorstoß offene Türen ein“, lobte Juso-Chefin Johanna Uekermann. SPD-Parteivize Ralf Stegner erinnerte daran, dass zentrale SPD-Projekte wie Bürgerversicherung, Familienpolitik oder gut bezahlte Arbeit mit der Union nicht machbar seien.

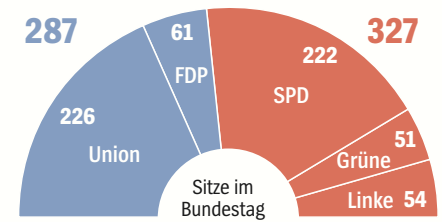
Auch die Linkspartei applaudierte. „Ich bin erfreut über das Angebot von Sigmar Gabriel“, gab der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich zu Protokoll. Er rät seiner Partei und Fraktion, „das positiv zu sehen“. Noch deutlicher wurde Parteichef Bernd Riexinger. „Wir sollten 2017 vor den Bundestagswahlen mit der SPD einen Lagerwahlkampf gegen die Bürgerlich-Konservativen führen“, empfahl er.

Auch von den Grünen kam Zuspruch. Der Abgeordnete Sven-Christian Kindler reagierte auf Twitter: „Das sollte man jetzt aufgreifen und über konkrete progressive Politik reden.“ Und Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner lobte: „Für progressive Politik brauchen wir Partner.“

Vielen in Gabriels eigener Partei jedoch ging es mit den neuen Rot-Rot-Grün-Plan spielen ein wenig zu schnell. „Eine Bündnisdebatte hilft der SPD zurzeit nicht“, sagt der niedersächsische Ministerpräsi-

Links von der Union Mandatsverteilungen

Bundestagswahl 2005



Die SPD geht als Juniorpartner in die erste Große Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel – ein rot-rot-grünes Bündnis hätte rechnerisch eine klare Mehrheit im Bundestag gehabt.

dent Stephan Weil. Erst wenn die Partei wieder deutlich über 20 Prozent liege, müsse man sich „über Bündnispartner Gedanken machen“.

Und so beeilte sich der SPD-Chef, seine Übung im Linksblinken zurechtzurücken. Wer seine Ausführungen „auf Koalitionsfragen reduziert, der nimmt die Sache nicht ernst genug“, dozierte er im Willy-Brandt-Haus. Sodann vermaß er den alten Abstand zur Linkspartei und attestierte ihr, dass sie „bis zu diesem Tag ihren Hauptgegner in der SPD“ sehe.

Der Auftritt zeigte: Gabriels Überlegungen haben die Fronten im linken Lager in Bewegung gebracht, doch die Sache bleibt schwierig. „Es wäre schön, wenn Sätze eine Gültigkeit von mehr als 48 Stunden haben“, stichelte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. Hofreiter, der sich regelmäßig mit Gabriel trifft, zählt zu denen, die offen wären für ein Linksbündnis.

„Ich habe Gabriel gelobt“

Parteien Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht, 46, ist offen für eine rot-rot-grüne Koalition – zu ihren Bedingungen.

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, eine einfache Frage mit der Bitte um ein klares Ja oder Nein: Wollen Sie regieren?

Wagenknecht: Ja sicher. Wir wollen dieses Land verändern. Und das geht aus der Regierung besser als aus der Opposition.

SPIEGEL: Aber?

Wagenknecht: Es muss dann auch eine Politik gemacht werden, die die Ungleichheit verringert und nicht das fortsetzt, was wir in den letzten 15 Jahren erlebt haben: die Zerstörung des Sozialstaats.

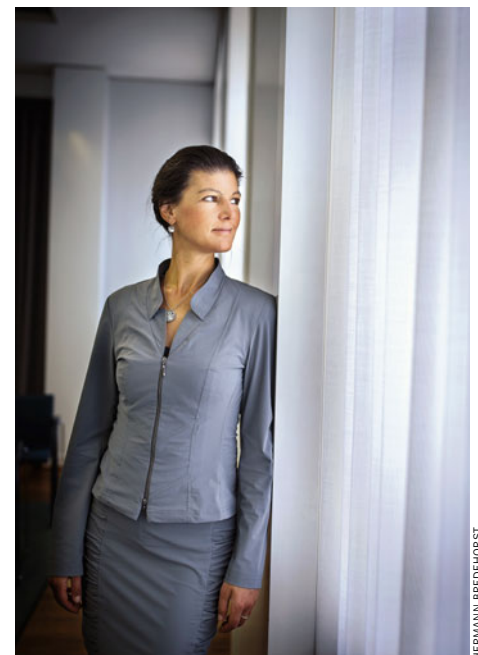
SPIEGEL: SPD-Chef Sigmar Gabriel hat in einem Essay im SPIEGEL geschrieben, die Mitte-links-Parteien müssten ihre „Eitelkeiten und Spaltungen“ überwinden.

Alle progressiven Kräfte müssten bündnisbereit und regierungsfähig sein. Was sagen Sie zu dem Vorschlag?

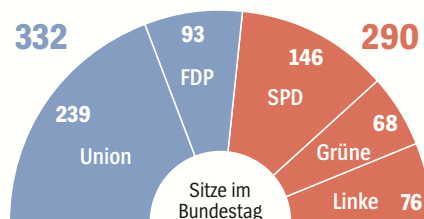
Wagenknecht: Ich würde mich freuen, wenn Herr Gabriel das ernst meint und eine Koalition anstrebt, die sich die Wiederherstellung des Sozialstaats auf die Fahnen schreibt. Dann hat er uns als Partner.

SPIEGEL: Heißt das, Sie würden gern regieren – aber nur, wenn zu 100 Prozent Linkspartei umgesetzt wird?

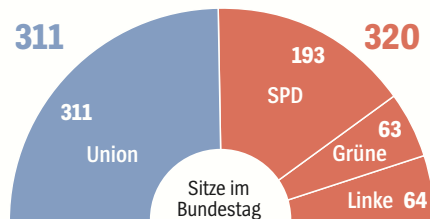
Wagenknecht: Wir wollen eine Politik, von der sich nicht immer mehr Menschen abwenden, weil sie das berechtigte Gefühl haben, dass an ihren Interessen vorbeigeh-



HERMANN BREDEHORST

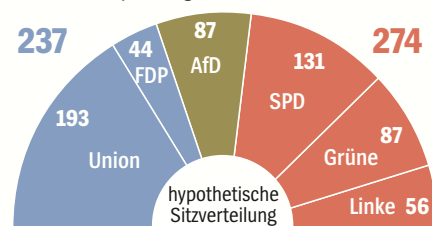
Bundestagswahl 2009

Die FDP holt mit 14,6 % ein Rekordergebnis, die SPD erlebt mit nur 23 % ein Wahldebakel. Es kommt zu einer schwarz-gelben Koalition. Das linke Lager hätte rechnerisch keine eigene Mehrheit gehabt.

Bundestagswahl 2013

Erneute Große Koalition. Auch diesmal wäre eine linke Mehrheit im Bundestag möglich gewesen, weil die FDP an der 5-Prozent-Hürde scheiterte.

Aktuelle Umfrage, Mandatsberechnung auf Basis der Infratest-dimap-Umfrage vom 17. Juni, Quelle: election.de



Das linke Lager hätte mehr Mandate als das bürgerliche, für eine eigene Mehrheit würde es aber wegen der AfD nicht reichen. Eine Jamaikakoalition aus Union, FDP und Grünen wäre gleichauf mit einer Großen Koalition – beide Varianten hätten eine absolute Mehrheit.

Und auch der Linkspartei fällt es schwer, eine konsistente Linie zu entwickeln. Auf ihrem Parteitag vor vier Wochen wollte die Linke-Spitze nichts von einer Annäherung an SPD und Grünen wissen – und zeigte sich dann Anfang dieser Woche zunächst erstaunlich aufgeschlossen.

Als sich der Fraktionsvorstand um Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht am Montag in Berlin zusammensetzte, waren die Gabriel-Äußerungen das erste Thema auf der Tagesordnung. Die meisten Teilnehmer waren sich einig, dass man offen für ein rot-rot-grünes Bündnis sein solle, wenn die Inhalte stimmten. Doch dann meldete sich der Fundi-Flügel zu Wort. Fraktionsvize Heike Hänsel fragte Parteichef Riexinger, warum er einen „Lagerwahlkampf“ herbeisehne. Vor Kurzem habe er doch selbst erklärt, es gebe kein linkes Lager mehr.

Öffentlich beteten die Fundis vor, was alles nicht zu machen sei mit ihnen: TTIP,

Hartz IV, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Bodo Ramelow, Ministerpräsident einer rot-rot-grünen Regierung in Thüringen, hält dagegen: „Man kann nicht als Zehnprozentpartei glauben, dass man hundert Prozent durchsetzen kann.“ Doch ob Ramelow und andere Realos damit durchdringen, ist ungewiss.

Selbst wenn sich SPD und Linke annähern sollten: Die Grünen haben derzeit kaum ein Interesse daran, sich auf irgend etwas festzulegen. Von einem „Kurs der Eigenständigkeit“ ist die Rede.

Das klingt ehrenwert, liegt aber auch daran, dass die Machtfrage in der Partei nicht entschieden ist. Es gibt zwei Parteien und zwei Fraktionschefs, Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt gehören zum Realo-Lager und bevorzugen Schwarz-Grün, Anton Hofreiter und Simone Peter stehen für den linken Flügel und bevorzugen Rot-Rot-Grün. Erst im Januar wollen

die Grünen festlegen, welche beiden Spitzenkandidaten den Wahlkampf der Partei anführen sollen. Wer da gewinnen will, braucht Stimmen aus beiden Lagern und darf niemanden verschrecken.

Die Grünen sind inzwischen so sehr eine Partei der Mitte, dass sie sich mit radikalen Positionen schwertun. Ein Bündnis, in dem Sahra Wagenknecht eine große Rolle spielt, wäre mit Göring-Eckardt schwer zu machen. Eine Koalition, in der Horst Seehofer mitmischte, würde wiederum Linken wie Hofreiter schwerfallen.

Dennoch hat Gabriel mit seinem Vorstoß einiges erreicht, heißt es in seinem Lager. Zwar werde kaum eine Partei mit einer festen Koalitionsaussage in die Bundestagswahl gehen. Doch dass über ein Linksbündnis zumindest wieder nachgedacht werde, sei schon ein Erfolg.

Horand Knaup, Britta Stuff, Wolf Wiedmann-Schmidt

regiert wird und einflussreiche Wirtschaftslobbys die Agenda bestimmen.

SPIEGEL: Die SPD hat sich doch längst bewegt – Mindestlohn, Rente ab 63, Änderungen bei Hartz IV; sogar für eine Vermögenssteuer zeigt sich Gabriel offen. Wo ist denn Ihr Signal des Entgegenkommens?

Wagenknecht: Die Ungleichheit wächst weiter. Zwar wurde der Mindestlohn eingeführt – aber leider ist er viel zu niedrig. Ansonsten gibt es ein Leiharbeitsgesetz, das Lohndumping nicht verhindert, eine Mietpreiskontrolle, die nicht wirkt, und eine Erbschaftsteuerreform, die steinreiche Firmenerben unverändert schont.

SPIEGEL: Das klingt nach dem, was Sie schon immer gesagt haben. Gabriel und die SPD dagegen haben in den letzten Wochen wiederholt Friedenssignale an die Linke gesendet. Wo bleiben die Friedenssignale von Sahra Wagenknecht?

Wagenknecht: Friedenssignale? Wir bieten seit Jahren eine Kooperation für eine

progressive Politik an: für Renten, die den Lebensstandard im Alter sichern, für ordentliche Löhne, für Vermögensteuern und die ernsthafte Bekämpfung von Steuerflucht. Das gilt auch für die Wahl des Bundespräsidenten: Wenn die SPD einen Kandidaten mit sozialem Anspruch gegen die Union durchsetzen möchte, hat sie unsere Unterstützung. **SPIEGEL:** Sie könnten ja auch mal rhetorisch abrüsten und Ihre Beschimpfungen der SPD einstellen. Sigmar Gabriel haben Sie wiederholt einen „Maulhelden“ genannt.

Wagenknecht: Ich hatte kaum begonnen, Sigmar Gabriel für seinen Vorstoß im SPIEGEL zu loben, da hat er ihn leider schon wieder relativiert. Wenn die SPD aus ihrem 20-Prozent-Loch rauskommen will, sollte sie ihren Schlingerkurs beenden. Wenn sie nach links blinkt, muss sie auch nach links abbiegen.

SPIEGEL: Ob der Mindestlohn bei 8,50 Euro liegen sollte oder bei 12 Euro: Darüber

kann man sich verständigen. Aber in der Außenpolitik hat die Linkspartei Positionen, die mit SPD und Grünen nie durchzusetzen sind. Die Nato aufzulösen – das wird nicht passieren. Warum akzeptieren Sie das nicht?

Wagenknecht: Wir wollen, wie die SPD zu Zeiten Willy Brandts, ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands. Dass die Nato ein Bündnis geworden ist, das den Frieden nicht sichert, sondern zunehmend gefährdet, hat sogar Frank-Walter Steinmeier eingesehen.

SPIEGEL: Jetzt geben Sie den Außenminister aber sehr verzerrt wider. Steinmeier hat vor „Säbelrasseln“ und „Kriegsgeheul“ gegenüber Russland gewarnt. Ein Nato-Gegner ist er dadurch noch lange nicht.

Wagenknecht: Von den aktuellen Nato-Manövern in Osteuropa hat er sich distanziert. Das ist ein Fortschritt.

Interview: Wolf Wiedmann-Schmidt



Vielflieger Steinmeier: „Die Kunst besteht darin, die Zwischenzeit zu überleben“

Der Unkenntliche

Karrieren Außenminister Frank-Walter Steinmeier stand lange im Schatten der Kanzlerin. Nun fragt sich nicht nur die SPD, was von seiner Amtszeit bleibt – sondern auch er selbst.

Es kommt nicht häufig vor, dass Frank-Walter Steinmeier in die Niederungen deutscher Innenpolitik herabsteigt, aber an diesem kalten Junitag in Buenos Aires, 12 000 Kilometer von Berlin entfernt, erlaubt sich der deutsche Außenminister einen Ausflug in die eigene Biografie.

Gerade hat er mit dem argentinischen Präsidenten über das Reformprogramm gesprochen, das dessen Regierung aufgelegt hat. Es sieht Entlassungen von Staatsbediensteten und den Abbau von Sozialleistungen vor, seit Monaten protestieren immer wieder Zehntausende auf den Straßen gegen die Reformen.

Steinmeier kommt das bekannt vor. Vor 13 Jahren, als er noch Chef des Kanzleramts war, organisierte er für Gerhard Schröder die Agenda 2010. Er könne aus der deutschen Erfahrung berichten, dass es einige Jahre dauere, bis man die Früchte der eigenen Reformen ernte, erklärt Steinmeier seinen argentinischen Gastgebern.

Mit einem Schmunzeln fügt er hinzu: „Die Kunst besteht darin, die Zwischenzeit zu überleben.“

Deutschland steht heute tatsächlich besser da, von der SPD kann man das nicht behaupten. Die Partei verlor die Kanzlerschaft und schrammt heute an der 20-Prozent-Marke. Von den damals Verantwortlichen ist heute niemand mehr in führender Position. Niemand außer Steinmeier.

Er hat nicht nur überlebt, Steinmeier ist als Außenminister einer der beliebtesten Politiker Deutschlands geworden. Er genießt eine paradoxe Popularität, sie beruht gerade darauf, dass die Deutschen nicht so genau wissen, was er eigentlich will. Auf insgesamt acht Jahre Amtszeit als Außenminister wird er es am Ende der Legislatur gebracht haben, nur Hans-Dietrich Genscher machte es länger. Aber so richtig kenntlich wurde er nie, dafür pflegte er das Image als bescheidener Sisyphos der Diplomatie. Wenn er einmal deutlich wur-

de, wie in der vergangenen Woche zu den Nato-Manövern an der russischen Grenze, erklärt er es im Anschluss zu einem großen Missverständnis.

Auch Angela Merkel hat es mit der Politik des Ungefährten weit gebracht. Lange machte der Außenminister keine großen Anstalten, aus dem Schatten der Kanzlerin herauszutreten. Nun aber fragt sich nicht nur die SPD, was von Steinmeiers Amtszeit bleibt – sondern auch er selbst.

Im Januar wurde Steinmeier 60 Jahre alt. Freunde und Weggefährten organisierten für ihn eine Überraschungsparty. Steinmeier steht neben seinem Freund Jean Asselborn, dem Luxemburger Außenminister, als Altkanzler Schröder auf die beiden zukommt. Schröder begrüßt Asselborn mit einem Klaps auf die Schulter, er sagt: „Gut, dass es dich gibt. Immerhin einer, der sich traut, den Mund aufzumachen.“ Es ist nicht überliefert, dass er das auch zu Steinmeier gesagt hat.

Asselborn ist, wenn man so will, der Gegenteil zu Steinmeier, direkt, undiplomatisch, klar in der Sprache. Wenn Asselborn über die neue rechtsnationale Regierung in Warschau redet, klingt das so: „Wir dürfen nicht davor zurückscheuen, mit dem Finger auf diejenigen Länder zu zeigen, in denen Grundrechte und Verfassung mit Füßen getreten werden.“ Wenn sein Freund Steinmeier über die Regierung in Warschau spricht, sagt er: „Wir sind gut beraten, wenn wir gerade jetzt mit unseren polnischen Partnern sprechen und nicht über sie.“

Der deutsche Außenminister hält nicht viel davon, Missstände in anderen Ländern öffentlich zu kritisieren. „Ich glaube, es wäre falsch, nur auf Lautstärke oder nur auf stille Diplomatie zu setzen“, sagte er Anfang des Jahres. „Wir brauchen beides, nur zu unterschiedlichen Zeiten. Mal das laute Trommeln, mal das leise Sprechen.“

Das Problem ist nur, dass Steinmeier selten laut trommelt, selbst wenn es angebracht wäre. Die Massenhinrichtungen in Saudi-Arabien prangerte Steinmeier nicht an. Als der Bundestag am Donnerstag vor drei Wochen eine Resolution zum Völkermord in Armenien verabschiedete, war der Außenminister ganz zufällig auf Reisen in Südamerika. So konnte sich niemand über ihn beschweren: nicht die türkische Regierung, nicht die Parlamentarier in Deutschland. Steinmeier war fein raus.

Am Tag nachdem der Bundestag die Armenien-Resolution verabschiedet hat, steht Steinmeier mit einer Rose in der Hand an einem Mahnmahl in Buenos Aires. Um ihn herum stehen Mütter, die erzählen, wie ihre Söhne in den Siebzigerjahren von der Militärjunta gefoltert und bei lebendigem Leib aus Flugzeugen ins Meer geworfen wurden. Plötzlich ergreift ein Menschenrechtsaktivist das Wort. Er möchte sich bedanken für die klaren Worte des Bundestags zum Völkermord in Armenien. „Das war ein ganz wichtiges Signal.“ Steinmeier verzieht keine Miene.

Für etwas gelobt zu werden, das er eigentlich bekämpft hat – so etwas kann wohl nur Steinmeier passieren. Der SPD-Politiker beherrscht es wie kaum ein anderer, seine Reden so zu halten, dass sich alle darin wiederfinden. Man könnte das die vollendete Kunst der Diplomatie nennen, wenn es nicht manchmal zur Karikatur geriete.

Am Wochenende zitierte ihn die „Bild am Sonntag“ mit der Warnung, der Westen dürfe gegenüber Russland nicht in „Säbelrasseln“ und „Kriegsgeheul“ verfallen. „Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Ostgrenze des Bündnisses mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt“, so der Außenminister.

Es war eine für Steinmeier ungewöhnlich drastische Wortwahl. Nicht nur bei

den osteuropäischen Verbündeten rieb man sich die Augen, auch vom Koalitionspartner CDU hagelte es Kritik. Am Montag sagte sein Sprecher, er verstehe die Aufregung nicht. Schließlich habe in dem Text, der an die Sonntagszeitung ging, auch der Satz gestanden, dass Russland mit der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine „bei unseren östlichen Nachbarn ein Gefühl der Bedrohung“ verursacht habe.

Wieder einmal konnte jeder in die Äußerungen des Ministers hineinlesen, was er wollte. Wenn Steinmeier mit seinen Worten aneckt, sind immer die anderen schuld. Mal die Zeitungen, die ihn nicht vollständig zitieren, zuletzt die deutsche Botschaft in Moskau, die einen Artikel des Ministers freigab, in dem eine putinkritische Passage fehlte.

Steinmeier ist kein schlechter Außenminister, er hat das Atomabkommen mit Iran verhandelt, seine Besonnenheit verschaffte ihm auf der ganzen Welt Respekt. Aber sein Problem ist, dass Merkel große Teile der deutschen Außenpolitik an sich gerissen hat. In der neuesten Ausgabe der Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ erscheint ein Aufsatz Steinmeiers. Die

Für etwas gelobt zu werden, das er eigentlich bekämpft hat, kann nur Steinmeier passieren.

Erfolge der vergangenen zwei Jahrzehnte waren demnach im Wesentlichen das Werk der SPD, der Name Merkel fiel nicht ein einziges Mal. Er schreibt sogar, dass er schon vier Kabinetten angehört habe, was formal nicht korrekt ist, weil Steinmeier in den Schröder-Jahren Staatssekretär, aber kein Minister mit Stimmrecht war.

Steinmeier und Merkel haben sich nie zerstritten, obwohl er 2009 als Kanzlerkandidat Wahlkampf gegen sie machte und anschließend als SPD-Fraktionschef die Opposition gegen die schwarz-gelbe Regierung anführte. Er fand sich lange damit ab, in der Außenpolitik die Nummer zwei zu sein. Aber Steinmeier hätte sich gewünscht, dass Merkel ihn als Kandidaten für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck vorschlägt. Laut Umfragen ist er der Wunschkandidat der Deutschen, sein ewiges Abwägen hätte ihm dann doch noch genutzt.

Aber schon vor Wochen hat die CDU-Vorsitzende SPD-Chef Sigmar Gabriel erklärt, dass sie ihrer Partei keinen SPD-Kandidaten vermitteln könne, selbst den allseits anerkannten Außenminister nicht. Ohne Merkels Unterstützung aber wäre eine Kandidatur riskant. Nur Schwarz-Rot

verfügt in der Bundesversammlung über eine komfortable Mehrheit.

Jetzt ist Steinmeier hin und her gerissen. Im dritten Wahlgang könnte es auch gegen den Willen der Union klappen. Die Grünen würden Steinmeier wohl wählen, auch in der FDP ist er nicht unbeliebt, vielleicht würden ihn nach seinen Russlandäußerungen sogar Vertreter der Linken oder der CSU wählen.

Auf seiner Lateinamerikareise wird er von Claudia Roth begleitet, der ehemaligen Grünen-Chefin und heutigen Bundestagsvizepräsidentin. Am Tag bevor Gauck bekannt gibt, dass er nicht wieder kandidiert, besteigt Steinmeier die Sonnenpyramide der mexikanischen Ruinenstadt Teotihuacan. Er trägt Jeans und einen Strohhut und erklimmt die steilen Stufen in der heißen Sonne ohne Probleme. Als er oben angekommen ist, lassen sich Jugendliche aus Deutschland mit ihm fotografieren, und die Reiseführerin sagt, dies sei der Ort, an dem Menschen zu Göttern werden.

Am Fuße der Pyramide wartet Roth. Ihr war der Aufstieg zu mühsam, aber sie ist wie immer guter Laune, vor allem, als die Reiseführerin sagt, dass an diesem Ort Wünsche in Erfüllung gehen. „Och, ich kann mir jemanden gut als Präsidenten vorstellen“, sagt Roth und grinst Steinmeier an. „Sei nicht so verschwenderisch mit deinen Wünschen, Claudia“, frotzelt Steinmeier und versucht, das heikle Thema zu beenden.

Es kommt ihm gar nicht gelegen, dass die Nachricht von Gaucks Abgang in die Reise platzt, wo er unter Dauerbeobachtung steht. Sein Sprecher Martin Schäfer schreibt ihm ein paar Zeilen auf. Die Kunst besteht darin, Steinmeiers Ambitionen zu kaschieren, gleichzeitig aber nichts auszuschießen. Wieder muss jeder alles in seine Worte hineinlesen können.

„Sind Sie zu einer Kandidatur bereit?“, fragt ein Journalist im mexikanischen Außenministerium. Steinmeier sagt, er hätte es gern gesehen, wenn Gauck noch einmal angetreten wäre. Nun hätten die Parteien acht Monate Zeit zu überlegen, „was eine richtige Besetzung für das Amt des Bundespräsidenten ist“. Auf die Nachfrage, dass er doch laut Umfragen der Lieblingskandidat der Bürger sei, sagt Steinmeier: „Ich habe dazu gesagt, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu sagen ist, und mehr gibt es nicht.“

Das war vor drei Wochen. Seitdem ist klar: Steinmeier würde immer noch gern Präsident werden. Er müsste sich dafür nur auf das Abenteuer eines dritten Wahlgangs in der Bundesversammlung einlassen. Es wäre nicht sicher, dass er dort eine Mehrheit bekommt, aber ausgeschlossen ist es auch nicht. Steinmeier müsste etwas tun, das seiner Natur widerspricht: ein Risiko eingehen.

Christoph Schult

„Plötzlich ist man Türke“

Gesellschaft Flüchtlingsdeal, Armenien-Resolution, Erdoğan: Deutsche diskutieren aktuell viel über die Türkei – aber wenig mit ihren türkischstämmigen Mitbürgern. Zehn von ihnen schildern, wie sie die aufgeheizte Debatte erleben.



MARIA FECK / DER SPIEGEL

Arzu Bakici, 42

Hotelfachfrau, Hausfrau und Mutter, Scharbeutz

Ich bin eines dieser typischen Gastarbeiterkinder. Meine Eltern wollten nur kurz hierbleiben und genügend Geld verdienen, um in ihrem Land eine Existenz gründen zu können. Uns Kinder haben sie zur Oma in die Türkei geschickt, damit sie Schichten schieben konnten in der Fabrik. Sie haben es aber nicht geschafft, in ihr Land zurückzukehren.

Schließlich entschieden sie, dass ich endgültig in Deutschland bleiben sollte. Ich wurde aus meiner gewohnten Umgebung herausgerissen und musste mich als 16-Jährige neu orientieren. Aber ich hatte immer die Türkei in meinem Herzen.

Meine Mutter war sehr streng. Ich musste mich hier anpassen und durfte keine türkischen Freunde haben, damit ich die deutsche Sprache lerne. So kam es, dass ich irgendwann einen Deutschen geheiratet habe. Wenigstens haben wir unseren Kindern türkische Namen gegeben, damit sie ihren Ursprung, meinen Ursprung, nicht vergessen.

Eines Tages im Winter nahm mir an der Tankstelle eine Frau im Pelz meinen Platz an der Zapfsäule weg. Auf meine Frage, ob sie bitte etwas weiter vorfahren könne, damit wir beide tanken können, drehte sie sich um und sagte in gebrochenem Deutsch: „Geh in dein Land schimpfen.“ Auf meine Antwort,

das hier sei ja nicht ihr Land, sagte sie voller Stolz: „Ich bin Deutsche.“

Ich war wie gelähmt. Gleich am nächsten Tag bin ich zum Amt, habe dem Beamten die Geschichte erzählt und gesagt: „So, jetzt muss ich deutsch werden, damit ich solchen Leuten meinen Ausweis unter die Nase halten kann.“ Er lachte und gab mir die Antragspapiere. Ich war allerdings zu faul, alle Dokumente zu besorgen, und blieb erst mal Türkin.

Aber wenn ich jetzt sehe, was mit der Türkei passiert, dann reicht es mir. Wenn ich sehe, was Erdoğan mit meinem Land macht. Wenn ich sehe, dass es genügend Menschen gibt, die ihn wählen, die hinter ihm stehen. Wenn ich sehe, wie die Werte und Normen vernichtet werden, welche Atatürk seiner Zeit voraus in meinem Land eingeführt hat. Wenn ich sehe, dass mein Land, das Religion und Politik voneinander getrennt hatte, jetzt alles dafür tut, diese Trennung aufzuheben – wie kann ich dann noch sagen: Ich bin Türkin? Wie kann man da tatenlos zuschauen?

Ich glaube, jetzt bin ich bereit, Deutsche zu werden, denn ich möchte nicht mit Erdoğan und seinen Anhängern in einem Atemzug genannt werden.

Yusuf Sönmez, 52
Lebensmittelhändler, Frankfurt am Main

Seit fast 35 Jahren lebe ich in Deutschland. Zuerst habe ich 12 Jahre lang bei der Lufthansa gearbeitet, dann habe ich ein Geschäft aufgemacht. Ich habe als Selbstständiger anderen Menschen Arbeit gegeben und immer ordentlich meine Steuern bezahlt.

Aber in letzter Zeit habe ich mehr und mehr das Gefühl bekommen, dass ich nicht erwünscht bin. Das liegt auch an diesen Politikern, die auf unserem Rücken Stimmung machen. Die ziehen zum Beispiel über den Islam her, nur um bekannt zu werden und in die Zeitungen oder ins Fernsehen zu kommen. Oder die Kampagne gegen Erdoğan. Ich bin kein Erdoğan-Fanatiker. Aber da geht es um die Politik in der Türkei, und die deutschen Politiker sollten sich um die Politik und die Menschen hier in Deutschland kümmern. Dafür werden sie bezahlt, von unseren Steuergeldern.

Ich glaube, dass meine Familie und ich viel geleistet haben in Deutschland. Meine beiden Söhne haben studiert und sehr gute Abschlüsse gemacht. Die werden sicherlich nie mehr zurück in die Türkei gehen. Aber wenn man hier Bewerbungen schreibt und eine Arbeit sucht, wenn man auf ein Amt geht oder bei einem Unfall mit der Polizei zu tun hat, dann ist man plötzlich wieder der Türke, der sich hinten anstellen muss.

Ich könnte jede Menge Erlebnisse erzählen, bei denen ich mich fühlte wie ein Bürger zweiter Klasse. Ich wünschte, die Politiker würden sich mehr darum kümmern, statt Resolutionen darüber zu verabschieden, was vor über hundert Jahren in der Türkei passiert sein soll.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Barış Türkoğlu, 22
Maschinenbaustudent, Hamburg

Endlich fragt mich mal jemand nach meiner Meinung! Eines will ich gleich zu Anfang klarstellen: Ich bin ein Erdoğan-Gegner. Deshalb habe ich mich über das Spottlied der Satiresendung „extra 3“ gefreut. Als Erdoğan Anzeige erstattete, dachte ich nur: Was für eine Kinderkacke! Ich habe es nur wegen der Zeilen „Kurden hasst er wie die Pest, die bombardiert er auch viel lieber als die Glaubensbrüder drüben beim IS“ nicht geteilt. Denn Kurden werden hier immer mit der PKK gleichgesetzt. Das ist falsch und regt mich auf. Die Türkei führt einen Krieg gegen die terroristische PKK und nicht gegen alle Kurden. Wenn die Terroristen den Kampf in kurdische Städte tragen, obwohl sie wissen, dass es zivile Opfer gibt, sind sie auch verantwortlich für die Toten.

Aber reden wir lieber über Armenien. Die Armenier haben im Ersten Weltkrieg an der Seite der Russen gekämpft. Die Osmanen mussten etwas unternehmen, um ihr Volk zu verteidigen, hatten jedoch meiner Meinung nach nicht die Absicht, ein ganzes Volk auszurotten. Diese Absicht ist aber Voraussetzung dafür, dass die Definition Völkermord zutrifft. Es gab damals viele Massaker, das steht außer Frage. Wenn jemand beurteilen kann, ob es sich dabei um einen Genozid handelte, dann Juristen und Historiker. Das deutsche Parlament ist dazu sicher nicht befugt.

Dass die türkischstämmigen Politiker bei der Armenien-Resolution mitgemacht haben, finde ich erst recht nicht gut. Die vertreten nicht die Türken in Deutschland, sondern machen die Politik, mit der sie am meisten Stimmen bekommen – von den Deutschen. Ich weiß das, weil ich 2013 selbst Wahlkampf für die SPD gemacht habe und damals viele Leute wie Aydan Özoguz, die heutige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, kennenlernte. Inzwischen bin ich nur noch offiziell Mitglied, ich engagiere mich nicht mehr in der Partei. Der Opportunismus dieser Politiker ist unsympathisch. Obwohl ich kein Fan des türkisch-islamischen Verbandes Ditib bin, finde ich es nur richtig, dass Özoguz vom Fastenbrechen in der Ditib-Moschee in Hamburg eingeladen wurde.



MARIA FECK / DER SPIEGEL



Burak Işıkdaglıoğlu, 29
Sportfunktionär, Berlin

Seit Wochen dreht sich in Deutschland alles nur noch um die türkische Politik. Auch in meinem Freundeskreis reden wir ständig darüber, Facebook ist voll davon. Wir Türken fühlen uns angegriffen. Ich war nicht unbedingt ein Unterstützer Erdoğan's, es geht nicht, dass er aus der türkischen Republik ein präsidiales System machen will. Aber die letzte Zeit hat mich zu einem Erdoğan-Unterstützer gemacht, weil er halt unser Staatspräsident ist und die Angriffe nicht nur gegen ihn gehen. Ich fühle mich verletzt, wenn der Staatspräsident als Ziegenficker beleidigt wird.

Ich bin doppelter Staatsbürger, ich respektiere die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ich bin sogar in die CDU eingetreten. Angela Merkel macht mich stolz, sie ist eine gute Kanzlerin und lässt sich von niemandem reinreden. Jetzt hat es ein paar türkischstämmigen Politikern wie Cem Özdemir nicht gefallen, dass sie die Flüchtlingsvereinbarung mit Erdoğan getroffen hat. Deswegen die Armenien-Resolution. Und die CDU macht mit. Ich bin sofort aus der Partei ausgetreten, aus Frust.

Die Armenien-Resolution hat der deutsch-türkischen Freundschaft Schaden zugefügt. Unser Blut kocht aus Enttäuschung. Das werden wir Türken den Deutschen nie vergeben. Die meisten Deutschtürken sind nationalkonservativ. Wir werden ganz genau gucken, wer die Resolution eingebracht hat. Diesen Leuten werden wir unsere Stimme bei den nächsten Wahlen verwehren. Die Resolution hat nicht nur Erdoğan's Partei AKP getroffen, sondern das ganze türkische Volk, in dieser Thematik haben sich fast alle Türken vereint. Da hat es sich Deutschland wirklich verscherzt.

Die Deutschen haben nicht das Recht, den Oberlehrer zu spielen. Kein Land hat eine weiße Weste, Deutschland schon mal gar nicht. Die Bundesrepublik muss erst mal ihr Rassis-musproblem klären, erst vor wenigen Tagen wurde einem Mädchen in Berlin das Kopftuch runtergerissen, wir erleben den Rassismus tagtäglich, egal ob auf der Straße oder im Sportverein. Ich fühle mich in diesem Land nicht willkommen, allein aus meinem Umfeld sind drei Familien wieder in die Türkei zurückgegangen.

Die Gemüter müssen sich jetzt wieder beruhigen. Am besten wäre es, wenn wir uns um die aktuellen Probleme kümmern, die Jugendarbeitslosigkeit, die Kriminalität – und nicht um Dinge, die vor über hundert Jahren passiert sind.

Önay Duranoez, 35
Sozialarbeiter, Dinslaken



Ich bin Quartiersmanager für den Deutschen Kinderschutz-bund im Stadtteil Lohberg. Die Arbeitslosigkeit bei uns ist hoch, die jungen Menschen haben schlechte Perspektiven. Wenn man Lohberg als türkisches Dorf mitten in Deutschland bezeichnet, trifft es das ziemlich gut: Die meisten Türken hier kamen vor Jahrzehnten, als es den Bergbau noch gab und gute Arbeitsplätze.

In den letzten Monaten habe ich beobachtet, wie viele von den türkischen jungen Leuten zunehmend frustriert wurden. Das begann mit den Flüchtlingen und den öffentlichen Statements, diese müssten gefördert werden und schnell Chancen auf Ausbildung und am Arbeitsmarkt haben. „Und was ist mit uns?“, fragten die Jugendlichen. Dann ging es weiter, dass rechtslastige oder sogar rassistische Sprüche wieder salonfähig wurden. Die Jugendlichen berichteten mir, dass sie im Job stärker angefeindet würden: als Muslime und als Türken.

Die Debatte um Böhmermann und die Armenien-Resolution hat die Dinge für sie nicht besser gemacht. Die Entwicklung der vergangenen Monate hat bei ihnen zu einer stärkeren Rückbesinnung auf die Türkei und zu einer Mischung aus Frustration und Unverständnis gegenüber Deutschland geführt.



Zühre Sevensgöl, 50
Gastwirtin, München

Mein Restaurant liegt in einem Viertel, in dem viele glühende Erdoğan-Fans Geschäfte betreiben. Hier haben viele die Böhmermann-Satire persönlich genommen. Ich fand's einfach ein

schlechtes und geschmackloses Gedicht. In meiner Bar hängt auch kein Erdoğan-Porträt, sondern eines von Willy Brandt und das des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter.

Ich bin als Gastarbeiterkind in Deutschland zur Welt gekommen und seit 18 Jahren auch auf dem Papier schwarz-rot-gold. Nach der Armenien-Resolution habe ich aber plötzlich gespürt: Mein Herz schlägt türkisch. Die Entscheidung des Bundestags hat meinen türkischen Nationalstolz zum Vorschein gebracht. Wenn ich eines nach 50 Jahren Alltag in Deutschland gelernt habe, dann dass Deutschland nicht mit dem Finger auf andere zeigen sollte, wenn es um Genozide geht.

Selbst meine Tochter, die sich für Tagespolitik gar nicht interessiert und alle Politiker, egal ob deutsch oder türkisch, für korrupt hält, hat sich über die Resolution aufgeregt. Sie findet, dass die Türken damit zu Sündenböcken gemacht werden. Ganz so wie vor der Flüchtlingskrise, als nicht den Asylbewerbern, sondern besonders gerne den türkischen Einwanderern die Schuld an vielen Problemen in Deutschland gegeben wurde.

In letzter Zeit denke ich oft darüber nach, Deutschland den Rücken zu kehren und in die Türkei auszuwandern. Das liegt aber mehr am trüben Wetter als an der Politik. Wenn man alt wird, will man einfach gern ans Meer.

Adil Yiğit, 58

Betreiber des Nachrichtenportals
Avrupa Postasi, Hamburg

Jedes Mal, wenn ich mein Büro im Hamburger Stadtteil St. Georg verlasse, sehe ich mich um, ob mir vielleicht jemand auflauert oder ich verfolgt werde. Ich habe Angst. Es gibt rechtsextreme, nationalistische Türken in der Stadt, die unberechenbar sind. Sie gehören zu den Erdoğan-Anhängern, die mit aller Macht gegen jeden kritischen Gedanken vorgehen.

Der Riss geht quer durch die türkische Gemeinde in Deutschland: Auf der einen Seite stehen rechtskonservative Landsleute, die sich durch die Armenien-Resolution des Bundestags beleidigt fühlen, auf der anderen Seite politisch liberale Türken, von denen viele einen deutschen Pass haben. Diese Leute glauben, dass eine Debatte über den Völkermord an den Armeniern sinnvoll ist.

Die Vorwürfe treffen ja nicht die türkische Republik und ihren Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, sondern das Osmanische Reich. Trotzdem ist der Streit so heftig, als hätte das Ereignis erst gestern stattgefunden. In Deutschland erscheinende nationalistische Zeitungen wie „Sözcü“, „Aydinlik“ und „Sabah“ heizen die angespannte Atmosphäre mit ihrer Propaganda weiter an. Für mich als moderaten Journalisten ist die Lage deshalb schwierig, zumal in der Türkei fast jede Woche Kollegen verhaftet werden, deren Berichterstattung nicht den Vorstellungen des Präsidenten entspricht.

Meine Mutter, die in der Türkei wohnt, fragt jedes Mal, wenn ich anrufe, wann ich sie endlich mit meinen vier Kindern besuchen komme. Ich rede mich dann raus. In Wahrheit befürchte ich, in der Türkei verhaftet zu werden, da ich zusammen mit anderen Journalisten mit Avrupa Postasi ein unabhängiges Nachrichtenportal betreibe, das auch in der Türkei von vielen gelesen wird.

Das Verhältnis zu den Deutschen hat sich für mich dagegen kaum verändert. Ich bin viel in der Stadt unterwegs, die Leute fragen mich, was ich von der Böhmermann-Satire halte oder vom Streit um die Armenier. Es gibt kaum jemanden, der seinen Unmut über Erdoğan auf die hiesigen Türken übertragen würde.

Am 1. Juni gab es vor dem Brandenburger Tor eine Kundgebung gegen die Armenien-Resolution. Kostenlose Busse haben Demonstranten von Hamburg nach Berlin kutschiert. An erster Stelle der Organisatoren stand die Türkische Gemeinde Hamburg e. V. Warum? Über diese Frage ist zwischen liberalen und konservativen Mitgliedern nun ein Streit ausgebrochen. Erdoğan trägt den Konflikt durch seine Anhänger gezielt nach Deutschland. Mir ist das unheimlich.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Muhterem Aras, 50

Landtagspräsidentin (Grüne) in Baden-Württemberg,
Stuttgart

Dass einige türkischstämmige Bundestagsabgeordnete derzeit unter Polizeischutz gestellt sind, finde ich schlimm. Wir sind deutsche Politiker und vertreten die Interessen der Gesellschaft, die uns gewählt hat. Wer glaubt, türkischstämmige Parlamentarier seien der verlängerte Arm der türkischen Regierung, hat etwas nicht richtig verstanden.

Leider glauben das auch viele junge Menschen aus der dritten Generation, die hier aufgewachsen sind und hier ihre Ausbildung absolviert haben. Gerade sie haben doch in besonderem Maß vom offenen System in Deutschland mit seiner Meinungs- und Religionsfreiheit profitiert. Demokratie ist keine Einbahnstraße, wir müssen sie aktiv verteidigen. Hierzu wünsche ich mir klare Worte von den türkischen Gemeinden und Religionsgemeinschaften in Deutschland. Leider höre ich zu oft Relativierungen, auch von liberalen Deutsch-Türken. Der Satz etwa, die Deutschen müssten sich zuerst um die Aufarbeitung der NSU-Morde kümmern, bevor sie Solidarität mit frei gewählten Abgeordneten einfordern können, ist falsch: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Genauso wenig geht es bei der Armenien-Resolution des Bundestags darum, die heutige Türkei und ihre Regierung an den Pranger zu stellen. Es geht um Geschichtsaufarbeitung. Dass türkische Politiker deutsche Abgeordnete zu Freiwild erklären und dafür noch Unterstützung bei Deutsch-Türken finden, ist fatal. Es muss uns wach rütteln, dass in Großbritannien eine Politikerin ermordet wurde. Die sozialen Medien, aber auch das AKP-lastige türkische Fernsehen transportieren viel Hass und Vorurteile. Darüber bin ich schockiert.

Die Hemmschwelle für verbale Attacken ist gesunken, viele Leute agieren im Internet mit ihrem echten Namen. Dazu haben türkische Politiker beigetragen. Alle Verantwortlichen sind aufgerufen, auf ihre Wortwahl zu achten und deeskalierend zu wirken. Wenn ein Staatschef Bluttests für Abgeordnete einfordert, dann ist das nicht hinnehmbar.



MARIA FECK / DER SPIEGEL

Canan Topçu, 50

Journalistin und Hochschuldozentin, Darmstadt

Lange habe ich zu denen gehört, die sich laut empören. Vor einigen Jahren, als es starke Proteste gegen den Bau von Moscheen gab, war ich wirklich wütend. Ich habe mich gefragt: Warum gönnen sie frommen Menschen nicht einen würdigen Platz, an dem sie zu ihrem Gott beten können?

Inzwischen hat sich aber einiges verändert. Als Muslima muss ich nicht nur registrieren, dass im Namen des Islam schlimme Verbrechen geschehen. Ich sehe auch, dass viele muslimische Gemeinden sich abschotten und Rituale pflegen, die in eine aufgeklärte Gesellschaft nicht passen. Wenn ich behaupte, dass mein Glaube es mir verbiete, Frauen die Hand zu geben, dann muss ich mich nicht wundern, wenn die Menschen in Deutschland befremdet sind vom Islam. Das Gleiche gilt für diesen merkwürdigen Nationalismus, den viele Deutschtürken hier leben. Ich verstehe nicht, dass jemand sich persönlich angegriffen fühlen kann, weil ein Politiker wie Erdoğan für seine autoritäre Herrschaft in der Türkei kritisiert wird. Oder wenn der Bundestag zu Recht feststellt, dass auf dem Gebiet der heutigen Türkei vor hundert Jahren ein Völkermord stattgefunden hat.

Das ist mir genauso unheimlich wie der zunehmende Nationalismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Für mich sind AfD-Leute und diese völkisch denkenden Rechten lauter kleine Erdoğans. Aber es reicht nicht, über sie zu schimpfen. Ich gebe Seminare über die Migrationsgesellschaft und spreche mit angehenden Polizisten an der Polizeihochschule in Wiesbaden über Rassismus. Dabei stelle ich fest, dass viele junge Leute sich noch nie damit auseinandergesetzt haben, dass wir eine plurale Gesellschaft sind und wie wir miteinander leben wollen.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Gönül Kurt, 45

Rechtsanwältin für Familienrecht und Strafverteidigerin, München



FALK HELLER / ARGUMENT / DER SPIEGEL

Ich bin in Deutschland geboren, habe einen deutschen und einen türkischen Pass. Hier wähle ich die SPD und in der Türkei die AKP, deren Mitgründer Recep Tayyip Erdoğan ist. In meinen Augen macht die AKP-Regierung erfolgreich sozialdemokratische Politik: Das Gesundheitssystem wurde reformiert, Behandlungen beim Arzt hängen nicht mehr vom Geldbeutel ab. Überall im Land werden Brücken, Flughäfen, Schulen und Staudämme gebaut. Minderheitenrechte, wie Kurdisch zu schreiben und zu sprechen, wurden wieder erlaubt, was seit Langem verboten war. Vor allem das einfache Volk profitiert. Aber in Deutschland wird nur über den angeblichen Diktator Erdoğan berichtet. Es findet zurzeit ein Türkei-Bashing statt. Selbst die PKK wird von manchen Bundestagsabgeordneten als politische Organisation gesehen. Die PKK ist keine kurdische Arbeiterpartei, sondern eine Terrororganisation und in Deutschland zu Recht verboten.

Mir scheint, dass sich die Volksparteien in Deutschland Wählerstimmen am rechten Rand auf Kosten der Türken zurückholen wollen. Ein CDU-Politiker hat neulich das Aufenthaltsrecht ausländischer Staatsbürger infrage gestellt, die sich der angeblichen „Hetze“ Erdoğan anschließen. Das ist doch Rassismus. Ich finde es auch eine hochnäsige Haltung vieler Europäer, hier die Grenzen hochziehen zu wollen, während die Türkei bitte alle Flüchtlinge aufnehmen soll. Bei mir und vielen türkischen Freunden hat die Armenien-Resolution zu einem großen Vertrauensverlust geführt. Beim gemeinsamen Fastenbrechen ist Hauptthema die Politik. So wie ich verstehen viele Türken nicht, warum der Bundestag dafür zuständig ist, andere Länder des Völkermordes zu bezichtigen. Schuldfragen sind die Sache von Historikern und Juristen. Ich hätte mir gewünscht, dass sich Volksvertreter – insbesondere die mit türkischen Wurzeln – für Verständigung zwischen den Völkern einsetzen. Die Resolution hat neue Fronten entstehen lassen und gefährdet den sozialen Frieden zwischen Deutschen und Türken.

KATAR

Die schrägen Geldgeber aus dem Morgenland

SIEMENS

Das erstaunliche Comeback des Industriedinos

Jetzt testen: Das digitale manager magazin

2 Ausgaben für nur € 11,90

manager-magazin.de/angebot

MD16-512



manager magazin

Wirtschaft aus erster Hand

Tödliches Lob

Serientäter Steht der Ruf eines Krankenhauses über dem Patientenwohl? An mehreren Kliniken wurde auf dramatische Verdachtsfälle unverantwortlich reagiert. *Von Gisela Friedrichsen*

Es scheint eine Art Rausch zu sein. Sucht man nach Parallelen, die Taten dieser Art aufweisen, fallen als Erstes die hohen Opferzahlen auf. Ein Pfleger, eine Krankenschwester, die sich, wie es in der Sprache der Juristen oft heißt, „zum Herrn über Leben und Tod aufschwingt“ und die Patienten tötet oder zu töten versucht, tut dies offenbar nicht nur einmal. Sondern die Täter manipulieren und töten, solange ihnen nicht jemand in den Arm fällt. Merkt man das im Klinikalltag nicht?

Doch, man merkt es sehr wohl. Pflegekräfte wie Niels H., 39, aus Wilhelmshaven, der seit dieser Woche als der größte Massenmörder der deutschen Nachkriegsgeschichte gilt, weil ihm wahrscheinlich rund drei Dutzend Patiententötungen nachgewiesen werden können, ordnen sich erfahrungsgemäß nur schwer unter. Getrieben von Motiven, die sich längst vom Auftrag zu helfen und zu heilen entfernt haben und ein Eigenleben führen, sind solche Täter kaum in ein Team zu integrieren.

Es gibt über sie zuerst Gerede, dann Gerüchte. Sie werden beobachtet. Sie sind nicht beliebt, allenfalls wegen ihrer Fachkompetenz anerkannt. Man stößt sich an ihrer Besserwisserei, an ihrem Eifer, Komplikationen erst hervorzurufen und dann mit großem Engagement zu bewältigen, und an der Überschreitung von ihnen gesetzten Grenzen. Von spektakulären Fällen aus der Vergangenheit sind solche Auffälligkeiten längst bekannt. Ebenso die Reaktion der Kollegen: Wer hält solche Taten bei einem Mitarbeiter für möglich, mit dem man täglich zusammen ist? Kein Kollege wagt, das Udenkbare auszusprechen.

Schon in Oldenburg, wo er bereits zum zweiten Mal unter dem Vorwurf, Patienten getötet oder dies versucht zu haben, vor Gericht stand, gab H. zu, im Klinikum Delmenhorst an rund 90 Patienten manipuliert zu haben; circa 30 seien dabei gestorben. Da er dieses Geständnis erst während der Hauptverhandlung gegenüber dem Psychiater Konstantin Karyofilis ablegte, fand ein Großteil der Ermittlungen, also Exhumierungen und toxikologische Untersuchungen, erst nach H.s Verurteilung im Februar 2015 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe statt. Die ersten Ergebnisse liegen jetzt vor.



Angeklagter Niels H. *: Stärker als der Tod sein



Exhumierung möglicher Opfer*: Kein Kollege wagt, das Udenkbare auszusprechen

* Oben: im Landgericht Oldenburg am 27. November 2014; unten: im niedersächsischen Ganderkesee am 12. März 2015.

Demnach besteht dringender Tatverdacht, dass H. in Delmenhorst in der Zeit von Dezember 2002 bis 2005 nicht nur für sechs Todesfälle verantwortlich ist. Sondern die Ermittler sind sich sicher, ihm weit mehr Fälle nachweisen zu können. Es ist die Rede von 27 weiteren Taten in Delmenhorst – und überdies Patiententötungen auch im Klinikum Oldenburg, wo H. zuvor gearbeitet hatte. Inzwischen wird H. verdächtigt, auch dort in der ehemaligen Kardio-Intensivstation durch nicht indiziertes Kalium, durch Antiarrhythmika oder durch eine Überdosis sogenannter Beta-blocker Patienten in Lebensgefahr gebracht zu haben. Taten in Oldenburg bestritt H. bisher immer. Nun sagt die Staatsanwaltschaft, er habe zugegeben, dort mit Kalium manipuliert zu haben.

Ihr Mandant, so trug die Verteidigerin von Niels H. im Februar 2015 vor dem Landgericht Oldenburg vor, habe nicht töten, sondern den Tod besiegen wollen. Der Sachverständige Karyofilis beschrieb die Taten H.s als ein Spiel mit dem Tod: Der Angeklagte habe einen „Kick“ verspürt, wenn es ihm wieder einmal gelungen sei, einen Kranken, den er zuvor selbst durch das Medikament Gilurymal in einen le-

Der Pfleger wurde mit einem guten Zeugnis und besten Wünschen verabschiedet.

bensgefährlichen Zustand versetzt hatte, durch seine Reanimationskünste dem Tod wieder zu entreißen. „Er war ein begeisterter Retter“, sagte ein Oberarzt über H.

Stärker als der Tod zu sein – und damit Anerkennung bei Ärzten und Kollegen zu provozieren, das soll H.s Motiv gewesen sein. Umgebracht habe der Angeklagte Patienten nur, so die Verteidigerin, wenn er sie nicht mehr als Individuen wahrgenommen habe. Wenn sie also nur noch Spielmaterial für ihn waren, das in seinem Wettstreit mit dem Tod bisweilen eben mal Schaden leidet oder kaputtgeht.

Zu dem Unvorstellbaren im Fall H. gehört, dass der Verdacht gegen den Mann weit zurückreicht. Bereits 2001 sei im Klinikum Oldenburg intern untersucht worden, ob ein Zusammenhang zwischen Todesfällen und der Anwesenheit einer bestimmten Pflegekraft hergestellt werden könne, teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Ergebnis: Niels H. war auffallend öfter vor Ort als andere Mitarbeiter der Station.

Folge: H. wurde mit einem guten Zeugnis und besten Wünschen verabschiedet. So ausgestattet führte ihn sein weiterer Berufsweg direkt ans Klinikum Delmenhorst.

Kein Einzelfall offensichtlich. Ein Schlaglicht auf diese Vorgehensweise von Klini-

ken wirft der Prozess gegen die Hebamme Regina K., 35, der zurzeit vor dem Landgericht München I verhandelt wird. Ihr wirft die Staatsanwaltschaft versuchten Mord und gefährliche Körperverletzung an sieben Kaiserschnittpatientinnen vor. Zwischen September 2011 und April 2012 soll sie am Krankenhaus Bad Soden drei Wöchnerinnen und zwischen April und Juni 2014 in München-Großhadern vier Patientinnen medizinisch nicht indizierte Medikamente, darunter das blutgerinnungshemmende Heparin, verabreicht haben. Einige Frauen wären beinahe daran gestorben. Eine verlor fünf Liter Blut, zweien musste die Gebärmutter entfernt werden.

Auch Regina K. war aus Bad Soden weg gelobt worden. Als man dort in der Nacht vom 6. April 2012 in der Scheide einer Patientin anlässlich einer vaginalen Untersuchung eine zum Teil bereits aufgelöste Tablette mit dem Wirkstoff Misoprostol fand, die einer gesunden Frau nicht kurz vor der Geburt gegeben werden darf, fiel sogleich der Verdacht auf die Hebamme K. Denn offenbar kam niemand sonst für die Applikation der Tablette infrage. Und das, obwohl K. wusste, dass eine solche Dosierung allenfalls nach Fehl- oder Totgeburten oder bei Schwangerschaftsabbrüchen angezeigt ist, da das Mittel unkontrollierte und langanhaltende Wehen mit Komplikationen für das Kind auslösen kann. Bei der Patientin wurde sodann ein Eilkaiserschnitt ohne weitere Komplikationen vorgenommen.

K. aber wurde vom Dienst suspendiert, wogegen sie sich arbeitsrechtlich zur Wehr setzte. Der Streit endete mit einem Vergleich: Sie bekam eine Abfindung und vor allem ein gutes Zeugnis; über die wahren Gründe der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sollte Stillschweigen bewahrt werden, im Interesse der Klinik.

Das gute Zeugnis öffnete der Hebamme die Türen in Großhadern. Denn qualifiziert ausgebildete Hebammen wie angeblich K. sind gesucht.

Das Klinikum Oldenburg ist offenbar nicht das einzige Krankenhaus, dem sein guter Ruf mehr galt als das Wohl der Patientinnen. Wie gefährlich es werden kann für Mitarbeiter, die, wenn sie nicht mitmachen beim Stillschweigen, gleich als Nestbeschmutzer gelten, zeigte die Zeugenvernehmung des damaligen Assistenzarztes Benjamin S. vor dem Gericht in München, der zur mutmaßlichen Tatzeit in Bad Soden arbeitete.

Er schilderte, wie er einmal ein Gespräch unter Hebammen mitbekam, in dem es darum ging, dass Regina K. „pansche“. „Ich sprach die Hebammen an. Die aber wollten erst nichts sagen. Dann aber hieß es, man sei sich ziemlich sicher, dass bei K. nicht alles mit rechten Dingen zugehe.“ Er sei der Einzige gewesen, der diesen Verdacht nicht einfach stehenließ. „Die

Die Anti-Shopper – Konsumverzicht statt Kaufrausch; Existenzkampf – Die dramatische Geschichte eines



Personenschutz Heiko S. im Irak

Milchbauern; Ein Deutscher an der Front – Der Kampf um Mossul.

SPIEGEL GESCHICHTE

DIENSTAG, 28. 6., 22.10 – 23.05 UHR | SKY

Garbo und Dietrich: Die Göttliche und der Blaue Engel

Marlene Dietrich und Greta Garbo waren die Filmgöttinnen ihrer Ära: sinnlich, rätselhaft, betörend. Bis heute verkörpern sie das glamouröse Hollywood der Dreißigerjahre. Dabei waren sie vor allem Rivalinnen, die von MGM und Paramount an den Kinokassen gegeneinander ausgespielt wurden.

SPIEGEL TV REPORTAGE

MITTWOCH, 29. 6., 20.15 – 21.00 UHR | SAT.1

Die Sendung entfällt wegen der EM-Berichterstattung.

XENIUS

MITTWOCH, 29. 6., 8.30 – 8.55 UHR | ARTE

Katzen – Können wir sie erziehen?

Distanziert, eigensinnig und unberechenbar – trotzdem ist die Katze das beliebteste Haustier in Europa. Die Moderatoren Dörthe Eickelberg und Pierre Girard gehen der Frage nach, warum die



Freundschaft zwischen Mensch und Mieze seit Tausenden Jahren Bestand hat.

10 x digital lesen + Prämie!



Testen Sie **10 x den digitalen SPIEGEL** mit vielen multimediale Inhalten auf Tablet, Smartphone und PC/Mac – auch offline und schon ab freitags 18 Uhr. Alle SPIEGEL-E-Books und der digitale LITERATUR SPIEGEL sind inklusive!

10 € Amazon.de Gutscheine

- ✓ 10 Wochen lesen, 50 % sparen
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ 10 € Amazon.de Gutscheine gratis

USB-PowerBank

- ✓ 10 Wochen lesen, 50 % sparen
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ Mit Universalakku fürs Smartphone, Zzgl. € 1,-

Prämie
zur Wahl



(Lieferung ohne Smartphone)

**Jetzt 10 x den digitalen SPIEGEL für
nur € 19,90 + Prämie sichern!**



abo.spiegel.de/digital10

Deutschland

anderen“, sagt er als Zeuge und meint damit seine Ärztekollegen und auch den Chefarzt, „taten es ab mit Argumenten wie ‚glaub ich nicht, ist nicht zu beweisen, und außerdem steht der Ruf des Hauses auf dem Spiel‘.“

Assistenzarzt S. sprach sich nach dem Fund der Tablette in der Scheide einer Patientin im Kollegenkreis dafür aus, die Polizei zu informieren. Er wurde zurechtgewiesen: Die akute Gefahr für die Schwangere sei ja nun beseitigt; wer über den Vorfall rede, müsse mit Kündigung rechnen.

„Hatten Sie später Probleme?“, fragt der Vorsitzende Michael Höhne nach. „Durchaus“, antwortet der Zeuge S. „Ich mache mir zum Beispiel Gedanken über die Konsequenzen, die es möglicherweise für mich hat, wenn ich hier aussage. Wir als Ärzte konnten es damals jedenfalls nicht verantworten, dass Frau K. weiter als Hebamme tätig war. Dann hörten wir, dass sie nach München gegangen sei.“

Die Frauenklinik Großhadern, wo Regina K. seit dem 15. Juli 2012 arbeitete, erfuhr von den Verdächtigungen durch einen Brief des Bad Sodener Chefarztes vom 29. August 2012. Darin wurde vor ihr gewarnt. Auch pathologische Geburtsverläufe, an denen sie beteiligt war, wurden beschrieben. Doch es waren noch Ferien, und der Brief blieb erst einmal liegen.

Warum nur ein Brief? Warum kein persönliches Gespräch zwischen Kollegen?

Einen Monat später sprach der Leiter des Großhaderner Perinatalzentrums mit ihr, sagte aber nichts von dem Schreiben aus Bad Soden. Und sie erwähnte die Umstände ihres Ausscheidens dort nicht. „Die Beweislage erschien uns nicht ausreichend“, sagte der Arzt als Zeuge vor Gericht. „Wir haben eine gewisse Psychopathologie bei ihr vermutet, die sie selbst nicht wahrnimmt.“ Aber Großhadern sei von der Unschuldsvermutung ausgegangen.

Blutungen seien in der Geburtshilfe ja nicht ungewöhnlich, fuhr er fort. „Aber weder vor noch nach Frau K. sind solche Probleme mit der Gerinnung aufgetreten.“ Die leitenden Hebammen hätten ihm von Gerüchten aus Bad Soden berichtet, von denen sie bei Facebook erfahren hätten. „Ich sagte dann zu ihr: Wir passen jetzt auf! Überall sind Radarfallen!“ Aber formal sei die Unschuldsvermutung einzuhalten gewesen. „Sie hatte ja ein gutes Zeugnis und leistete gute Arbeit.“

Im Juli 2014, als sich die Ereignisse überschlugen, erstattete Großhadern dann doch Anzeige. Verteidiger Hermann Christoph Kühn: „Es gibt Indizien, aber keinen Nachweis für eine Tat.“ Zeuge S., inzwischen Oberarzt in Bad Soden: „Ich bin mir sicher, dass Frau K. nicht nur bei den von ihr betreuten Fällen manipulierte, sondern auch bei anderen. Dann fiel der Tatverdacht nämlich nicht auf sie.“

Schwarze Korken

Steuern Winzer an Mosel und Rhein haben jahrelang die Finanzämter betrogen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Euro.

Einige Hundert Meter von der Mosel entfernt sitzt Weinbaupräsident Rolf Haxel im Hof seines Guts. Der Steilhang hinter ihm trägt saftiges Grün, der Winzer wartet auf die ersten Früchte.

Für die Weinbauern hier im Südwesten der Republik sind es keine einfachen Tage. Stürme ziehen über das Tal, auch die Kirschessigfliege könnte wieder zuschlagen, die altbekannten Sorgen. Neuerdings müssen sie aber einen Feind fürchten, der ihnen mindestens so gefährlich werden kann wie jedes Unwetter und jedes Tierchen: die deutsche Steuerfahndung.

Viele Winzer haben jahrelang und systematisch Steuern hinterzogen – mit einem simplen Trick. Sie kauften Flaschen, Korken und Etiketten, ohne sie in der Buchführung zu vermerken. Den Wein, den sie damit abfüllten, verkauften sie an der Steuer vorbei. Die Behörden gehen davon aus, dass ihnen mehr als sieben Millionen Euro entgangen sind.

Die Ermittlungen erfassen alle Anbaugebiete in Rheinland-Pfalz sowie den Norden Baden-Württembergs und Teile von Hessen. „Unehrlichkeit macht nicht an der Grenze halt“, sagt ein Fahnder. Laut dem Landesamt für Steuern wurde in Rheinland-Pfalz bislang in 87 Fällen Steuerhinterziehung nachgewiesen. Das ergab Nachzahlungen und Zinsen von 7,7 Millionen Euro. Insgesamt gibt es fünf Selbstanzeigen und mindestens 64 Strafverfahren. Die Ermittlungen werden noch Jahre dauern. In den Finanzämtern reihen sich die Akten, 660 Meter sind es schon.

Die Affäre trifft das Bundesland in einem wichtigen Wirtschaftszweig. Das Weinblatt steckt im Landeswappen, der Minister für Weinbau, Volker Wissing (FDP), ist stellvertretender Ministerpräsident. Er ist auf einem kleinen Weingut aufgewachsen, Oppositionsführerin Julia Klöckner (CDU) war mal Weinkönigin. Zwei Drittel des deutschen Weins kommen aus Rheinland-Pfalz: Rund 10 000 Betriebe liefern von hier bevorzugt Riesling und Müller-Thurgau.

Die betrügerischen Winzer scheinen ihre Masche über Jahre nahezu perfektioniert zu haben, sie führten doppelt Buch und ließen entscheidende Unterlagen ver-



MICHAEL RUNKEL / IMAGEROCKER / INTERFOTO

Weinbaugebiet Moseltal bei Wintrich: „Unehrlichkeit macht nicht an der Grenze halt“

schwinden. Am Ende wurden ihnen die Korken zum Verhängnis. Bei einer Betriebsprüfung 2012 fiel auf, dass große Mengen Korken anonym verkauft worden waren. Die Winzer hatten einen Teil ordentlich mit Rechnungsnummer und Kundenkonto gekauft, einen anderen Teil per Barzahlung.

Das ist nicht illegal, ließ Steuerfahnder aber Verdacht schöpfen. Sie beschlagnahmten Lieferscheine, Umsatzstatistiken, Inventurlisten und Quittungsdurchschläge. „Man sieht schnell, was eigentlich nie für uns bestimmt war“, sagt eine hochrangige Fahnderin. Bei Razzien entdeckten die Ermittler in Tresoren bis zu 400 000 Euro, mindestens ein Winzer hatte ein Schwarzgeldkonto in Luxemburg. Andere bauten mit den heimlichen Gewinnen offenbar ihre Ferienwohnungen aus.

„Manchen Winzern fehlt anscheinend jedes Unrechtsbewusstsein“, so die Fah-

derin. Viele seien erschrocken, wenn die Ermittler anrücken. „Ein Verdächtiger hat tatsächlich gesagt, dass er mit den 6000 Korken nur ein Floß für seinen Sohn bauen wollte“, erzählt sie. Einige Verdächtige wollen der EU eine Mitschuld zuweisen: Weil sie die Mengen begrenzt, die geerntet werden dürfen, hätten die Winzer nach anderen Wegen gesucht, damit überzählige Trauben nicht verrotten.

Wenn die Fahnder einen Betrieb des Betrugs verdächtigen, durchleuchten sie gleich die letzten zehn Verkaufsjahre. Auch Korken- und Flaschenhändler sind in das System verstrickt, die Steuerfahndung prüft den Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung und hat bereits mehrere Betriebe durchsucht. So fanden sich Hinweise, welche Korken benutzt wurden: Etwa der Typ „Diam Neutral“, ohne Logo und ohne Aufschrift. Dazu notierte ein Winzer: „Kann auch BV laufen“. Nach Erkenntnissen der Ermittler steht „BV“ für Barverkauf.

Für die Weinbauern der Region sind die Ermittlungen ein Desaster. In den kleinen Weinorten wird viel darüber gesprochen, lokale Medien wie der „Wochenspiegel“ in Cochem berichten regelmäßig. Das Image der harten, redlichen Arbeiter im Weinberg ist längst angekratzt.

Weinbaupräsident Rolf Haxel möchte deshalb auch lieber nach vorn blicken. Er preist die „Weinkulturlandschaft“, die Winzer an der Mosel geformt hätten. Er rühmt den Naturschutz durch seine Kollegen, die der Smaragdeidechse das Überleben gesichert hätten. Dann spricht Haxel doch über die Steuerfälle. Natürlich erreichten ihn Anrufe besorgter Winzer, sagt der Präsident. Er rate zur Selbstanzeige, biete Rechtsbeistand seines Verbands an.

Immerhin der Hagelsturm zieht an diesem Abend vorüber. Christian Scheweppe





Schmuckstücke aus Goldblech
Atlantis in Oberbayern

Das Wunder von Bernstorf

Archäologie Vor 18 Jahren fand ein Arzt einen angeblich uralten Goldschatz. Forscher jubelten, der Freistaat Bayern zahlte Hunderttausende Euro. Jetzt vermutet ein Experte eine Fälschung.

Manfred Moosauer gilt denen, die ihn schätzen, als Macher. Er war lange CSU-Gemeinderat in Haimhausen bei München, kämpfte für den Naturschutz und ist so etwas wie das historische Gedächtnis seiner Heimat. Sein Wissen reicht von der Frühgeschichte bis zur Zeit des Bayernregenten Edmund Stoiber, seines Freundes. Dem überreichte er als Geschenk mal eine Sumpfschildkröte – und weil Moosauer solche Begebenheiten allzu gern erzählt, gilt er denen, die ihn nicht so schätzen, als Wichtiguer.

Alle aber müssen bislang anerkennen, dass er einen Fund von historischem Wert gemacht hat. In dem winzigen Ort Bernstorf nahe dem Münchner Flughafen stieß Moosauer, 72, von Beruf Internist, gemeinsam mit der Bankkauffrau Traudl Bachmaier vor knapp 18 Jahren auf Gold.

Nicht irgendein Gold, sondern solches von besonderer chemischer Zusammensetzung: offenbar ähnlich jenem auf dem Sarg des Pharaos Echnaton, meinten die Experten der Archäologischen Staatssammlung in München. Der Fund wäre mithin 3000 Jahre alt und ein Beleg für eine Verbindung zwischen Bayern und Ägypten schon zur Bronzezeit.

Die Forscher jubelten, der Freistaat und ein Verein zahlten mehr als eine halbe Million Euro. Doch ein renommierter Experte für Metallprüfung hat mittlerweile einen bösen Verdacht: Das Gold sei weder alt noch aus Ägypten. Es stamme vielmehr aus moderner Herstellung, geeignet unter anderem für die Schmuckindustrie des 21. Jahrhunderts.

Behält der Experte recht, würde das Wunder von Bernstorf zur Blamage für den Freistaat Bayern und seine Archäolo-

gische Staatssammlung – und möglicherweise zu einem Fall für den Staatsanwalt.

Die Verwirrung im Ampertal nahe München beginnt wohl schon mit einer uralten Sage. Sie erzählt von einem Atlantis in Oberbayern, einer versunkenen Stadt bei Bernstorf. Nur ist schwer nachzuvollziehen, wann dort zuletzt ein Gewässer wogte, das Häuser verschlungen haben könnte. Seit Menschengedenken gibt es vor Ort nur den Kranzberger Badeweiher.

Die Kunde von der geheimen Stadt aber ließ die Menschen um Bernstorf nie los. 1904 stieß der Gymnasiallehrer Josef Wenzel bei Grabungen auf eine Schanze aus der Bronzezeit. 90 Jahre später untersuchten Moosauer und Bachmaier das Gebiet erneut. Inzwischen gruben dort auch andere – und zwar mit schwerem Gerät. Unter dem Wald bei Bernstorf waren reiche Kiesvorkommen entdeckt worden.

Die beiden Heimatforscher fanden in einer Kiesgrube rötlich verfärbte Schlacke. Zusammen mit dem Landesamt für Denkmalpflege begann Moosauer archäologische Grabungen. Hervor kamen Reste einer bronzezeitlichen Verteidigungsanlage aus Eichenpfählen und Lehm. Also müsse, so schätzen Wissenschaftler, in Bernstorf eine Siedlung gestanden haben. Sicher ist nur, dass alle Reste, die man finden konnte, einem verheerenden Feuer zum Opfer gefallen waren.

Mineralogische Untersuchungen weisen auf eine Temperatur von mehr als 1300 Grad Celsius hin, bei dieser Hitze verschlackt sogar Lehm. Dieser Umstand ist nicht unbedeutend für Moosauers späteren Goldfund.

Zunächst aber begann ein Wettlauf zwischen den Hobbyarchäologen und Mitar-

beitern des Kieswerks. Während Moosauer darauf pochte, den Abbau zu stoppen und nach der Siedlung zu suchen, winkten die Denkmalschützer ab. So großartig sei die Bedeutung der Ausgrabungen nicht, die Bagger könnten weitermachen.

Dann half der Zufall, so schien es jedenfalls. Als Moosauer und Bachmaier erneut über ein Waldstück spazierten, das für den Kiesabbau gerodet worden war, stießen sie im Wurzelwerk eines gefällten Baums auf Goldblech. Ein Schmuckensemble, das sorgfältig gefaltet und in Lehm eingeschlagen war, genau so, wie die Menschen laut Moosauer in der Bronzezeit Wertgegenstände aufbewahrt hatten.

Das Blech war filigran und reich verziert. Neben einer Art Diadem fanden sich mehrere Anhänger, eine 33 Zentimeter lange Nadel, der Teil eines Gürtels und ein mit Gold umwickeltes Zepter.

Der Leiter der Staatssammlung in München, Rupert Gebhard, prüfte den gesamten Ornat eingehend und befand ihn für echt. An den Goldblechen hafteten winzige Spuren Weihrauch, was die Wissenschaftler vermuten ließ, der Schmuck habe zu einer Götterfigur gehört. Jedenfalls soll er einen Hinweis auf „die Anwesenheit von Eliten“ darstellen. Das Gold stamme aus dem Mittelmeerraum, meinten die Prüfer.

Das reichte aus, um den Kiesabbau zu stoppen. Forscher besetzten das Feld, fanden aber in monatelanger Arbeit: nichts.

Dann erfolgte der nächste große Auftritt des Duos Moosauer/Bachmaier. Im Jahr 2000 holte es aus dem Boden des Burgbergs bei Bernstorf mehrere Bernsteinamulette. In eines war das Gesicht eines Mannes mit Stoppelbart geritzt, Moosauer erkannte darin eine Ähnlichkeit mit der Verzierung der Goldmaske, die ursprünglich Agamemnon zugeschrieben worden war. Ein anderes Amulett erinnerte an ein Siegel.

Die Archäologische Staatssammlung prüfte wieder und befand: Die Fundstücke stammten aus der Bronzezeit und wohl ebenso wie das Goldblech aus dem Mittelmeerraum. Der Freistaat Bayern und ein Verein erwarben den Schatz für die Staatssammlung, sie zahlten 750 000 Mark für das Gold und 350 000 Mark für den Bernstein, umgerechnet knapp 600 000 Euro. Der Eigentümer des Waldes und die Finder teilten sich das Geld.

Auch die kleine Gemeinde Kranzberg, auf deren Gebiet die Grabungsstätte liegt, wollte etwas von dem Glanz abhaben. Sie baute für 600 000 Euro ein Museum, um die prähistorische Stätte und Moosauers Verdienste ausreichend zu würdigen. Inzwischen war dem Arzt für seine Forschungen das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Besuchergruppen aus aller Welt fanden den Weg nach Kranzberg.



Eine Geschichte wie ein Märchen. Doch stimmt sie? Der Heidelberger Professor Ernst Pernicka meint: nein. Pernicka, in Europa der führende Prüfer historischer Metalle, geht von einem Betrug aus.

Als er die Geschichte von Bernstorf studierte, wunderte er sich darüber, dass die Goldbleche sorgfältig in Lehm eingeschlagen waren. Wenn es eine Feuersbrunst gegeben hätte, wie Moosauer selbst geschrieben hatte, hätte der Lehm zu Schlacke werden müssen. Und wenn nicht, dann hätte der Lehm wegen der Feuchtigkeit im Boden längst zerfallen müssen.

Pernicka fiel auch auf, dass das Holz des bronzezeitlichen Zepters völlig verkohlt war, das Goldblech außen herum jedoch ohne Brandspuren. Zudem fand sich in der Lehmverpackung eine Kiefernnadel aus dem 20. Jahrhundert.



FRANK MÄCHLER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Pernicka prüfte das Gold mit modernsten Analysetechniken – und kam auf einen Reinheitsgehalt von 99,9 Prozent, wie ihn nur Industriegold aufweist. Nun war er sich sicher, dass es sich bei den Funden von Bernstorf um eine Fälschung handelt. Gold, das in der Natur vorkommt, enthält Anteile von Silber oder Kupfer. Nur mit der modernen Elektrolyse lässt es sich derart gründlich reinigen. Aber in der Bronzezeit, sagt Pernicka, sei das noch unmöglich gewesen.

Zudem will Pernicka herausgefunden haben, dass das Gold von Bayern erhebliche chemische Unterschiede zum Gold auf dem Echnaton-Sarg aufweist. Er hält die Aussage, das Gold stamme aus Ägypten, für „nicht haltbar“, wie er in einem Fachaufsatz im Herbst 2014 geschrieben hatte.

So entbrannte ein heftiger Streit führender Archäologen um den Schatz. Staatssammlungsleiter Gebhard versprach zügige Aufklärung. Angesehene Wissenschaftler

schlugen sich auf seine Seite. Der Frankfurter Experte für Früh- und Vorgeschichte Rüdiger Krause stützte Gebhards Expertise. Beide glauben, dass man schon in der Antike die Technik der Zementation beherrscht habe, also die Trennung eines Edelmetalls von anderen Stoffen. Weitere Archäologen bezweifeln zudem, dass die filigranen und exakten Verzierungen auf dem Goldblech überhaupt imitiert werden könnten.

Die versprochene Aufklärung lässt auf sich warten. Die Staatssammlung begründet dies mit neuen Gutachten: Es liefen viele Untersuchungen, so werde das Gold derzeit noch einmal vom Bundesamt für Materialforschung geprüft. Im Herbst solle eine Publikation mit Aufsätzen „unterschiedlichster Wissenschaftler“ erscheinen, „in der Zusammenschau des Ganzen“ werde man zu einem Ergebnis kommen – dann könne sich jeder ein Bild machen.

Die Ankündigung klingt, als ließe sich das Rätsel von Bernstorf niemals wirklich lösen. Schatzfinder Moosauer jedenfalls sagt, er habe „das mit der Echtheit“ im Griff. Aber jetzt wolle er lieber gar nichts mehr sagen. Das Ganze sei eben eine Geschichte „voller Hass und Neid“.

Conny Neumann

* Mit einem Stück seines Grabungsfunds.

SPAZIERGANG

zur Bar

EMIRATES FIRST UND BUSINESS

Vertreten Sie sich die Beine und entspannen Sie sich in unserer großzügigen Bord-Lounge mit einer Auswahl an Drinks, Kanapees und Snacks.

Hello Tomorrow

Emirates

Bombe im Kopf

Strafjustiz Der Prozess gegen Halil D. aus Oberursel zeigt, wie schwer es für den Rechtsstaat sein kann, die möglichen Anzeichen eines Attentats richtig zu deuten.

Halil D. geht auf und ab, vor Verhandlungsbeginn und in den Pausen. Er nimmt erst Platz, nachdem die Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichts die Anwesenden dazu aufgefordert hat. Halil D. will nicht aufstehen müssen, wie es aus Respekt und Höflichkeit gegenüber dem Gericht üblich ist. Das verbiete der Islam, sagt er. Als er deshalb beim Prozessauftakt sitzen blieb, musste er ein Ordnungsgeld zahlen.

Der Angeklagte trägt eine knielange schwarze Wollweste und leuchtend blaue Turnschuhe mit neongelber Sohle. Weste wie Schuhe zieht er aus, sobald er sitzt. Der 36-Jährige mit Glatze und Rauschbart, kleinen Augen und ausladendem Brustkorb ist Vater zweier kleiner Kinder. Familie und Freunde nennen ihn bei seinem Zweitnamen. „Ibrahim, brauchst du was?“, fragt ein Mann durch die gepanzerte Glasscheibe, die den Verhandlungsraum von den Zuschauersitzen trennt. Ein Justizbeamter ruft zur Ordnung, Halil D. schüttelt den Kopf.

Was Halil D. braucht, ist seiner Ansicht nach ein neues Leben, weil die deutsche Justiz seines und das seiner Familie vernichtet habe; eine neue Identität, weil er fälschlicherweise zum Topterroristen erklärt worden sei; ein neues Zuhause, weil er hier in Deutschland, wo er geboren wurde, keine Gerechtigkeit erfahre.

Seit mehr als einem Jahr sitzt der strenggläubige Muslim in Untersuchungshaft. Ermittler hatten im Keller seines Hauses in Oberursel, einem Vorort Frankfurts am Main, eine selbst gebaute, mit Nägeln und Metallsplintern gefüllte Rohrbombe entdeckt. Sie war geeignet, viele Menschen schwer zu verletzen oder zu töten, wie ein Sprengstoffexperte des Landeskriminalamtes vor Gericht erklärt. Die Ermittler fanden zudem Waffen, Munition und Chemikalien, mit denen man weitere Sprengkörper hätte bauen können.

Ins Visier der Fahnder war Halil D. geraten, weil er mit seiner Frau Senay Ende März 2015 in einem Baumarkt drei Liter Wasserstoffperoxidlösung gekauft hatte. Die Kassiererin hatte dies gemeldet. Zwei Wochen lang wurde Halil D. observiert. Der Verdacht: Er habe einen islamistischen Anschlag vorbereitet, womöglich auf das Frankfurter Radrennen am 1. Mai 2015. Etwa 17 Stunden vor dem Startschuss wur-

de die Großveranstaltung abgesagt, nur einige Radfahrer gingen mit Polizeibegleitung auf die Strecke.

Halil D. wurde angeklagt: wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffrecht.

Im Januar begann der Prozess, 23 Verhandlungstage lang ging Halil D. auf und ab – und schwieg. Erst als die Kammer Mitte Juni den Hinweis gab, dass nach der bisherigen Würdigung der Beweise kein hinreichender Tatverdacht mehr für die Vorbereitung eines Bombenanschlags bestehe, brach er sein Schweigen.

Am 24. Prozesstag lässt Halil D. seinen Verteidiger eine Erklärung verlesen, die

mer für physikalische Zusammenhänge und Abläufe.“

Ja, er habe sich Videos von Gräueltaten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien angesehen – reines Interesse am Nachbarland der Türkei, der Heimat seiner Eltern.

Dass die Staatsanwaltschaft nach seiner Festnahme „solch einen Sachverhalt konstruiert“, habe er nicht für möglich gehalten. Er habe in den Vernehmungen und bis jetzt vor Gericht geschwiegen, weil er dachte, dieses Missverständnis werde sich ohnehin auflären. Stattdessen sei es immer schlimmer geworden. Er sehe keine Zukunft in Deutschland. „Eine normale Entwicklung hier ist für meine

Kinder nicht mehr möglich“, sagt er. Nach seiner Verurteilung wolle er in die Türkei auswandern und dort sein Studium beenden.

Kein Wort sagt er zu dem, was ihm im Prozess vorgehalten wird: den Kontakten zu einschlägig bekannten Islamisten aus dem Rhein-Main-Gebiet; seinen nächtlichen Ausfahrten mit seinem BMW über die Radrennstrecke, insbesondere nahe der sogenannten Applauskurve, in der sich die Zuschauer beim Wettkampf drängeln; seinen Erkundungstouren im dortigen Unterholz und den 24 000 Euro Bargeld in seiner Wohnung, viel Geld für einen Hartz-IV-Empfänger.

Warum er einmal gesagt habe, „Allah wird die Gefahr durch unsere Hände strafen“, fragt die Vorsitzende Richterin Clementine Englert. Kein Kommentar. Halil D.s Verteidiger sagt, entscheidend sei nicht, was sein Mandant gesagt habe, sondern was er gemacht habe. Denken dürfe jeder, was er wolle. „Er darf diesen Staat auch hassen.“

Das darf er. Er darf sogar, in seiner Vorstellung, Anschläge verüben. Die Gedanken sind frei und nicht strafbewehrt. Der Fall Halil D. zeigt, wie schwer sich die Ermittlungsbehörden mit mutmaßlichen Terroristen tun, wie schnell der Rechtsstaat an seine Grenzen stößt. Es war zu erwarten, dass die Beweisaufnahme den Verdacht, Halil D. habe einen Anschlag vorbereitet, nur schwer erhärten kann. Das kommt öfter vor beim Paragraphen 89a des Strafgesetzbuchs, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

„Wegen so einem Typen wurde das Rennen abgesagt!“, echauffiert sich ein Zuhö-



Angeklagter Halil D.: „Eine Gefahr ging von mir nie aus“

mehr Abrechnung ist als Einlassung, mehr Vorwurf als Aufklärung. „Eine Gefahr ging von mir nie aus“, lässt er ausrichten.

Ja, er habe bei dem Großeinkauf von Wasserstoffperoxidlösung im Baumarkt falsche Personalien angegeben. Ein Reflex, er gehe „insgesamt sehr spärlich“ mit persönlichen Angaben um. Nur deshalb habe man bei ihm auch verschiedene SIM-Karten, registriert auf verschiedene Namen, gefunden.

Ja, die Bombe habe er gebaut, allerdings vor 20 Jahren. Sie stamme aus seiner Schulzeit in Kassel, er habe sie längst vergessen gehabt. Damals habe er Zigarettensautomaten sprengen wollen. Es sei ihm um den Knall gegangen, er wollte den lautesten erzeugen. „Ich interessiere mich schon im-



Hinweis zum Radrennen in Frankfurt am Main im Mai 2015: Eine selbst gebaute Rohrbombe, mit Nägeln und Metallsplintern

rer in Saal 2 des Landgerichts. Halil D.s Schwester, fast jeden Verhandlungstag im Zuschauerraum und mehrfach von der Vorsitzenden wegen Störens gemahnt, schnauzt zurück.

Was hätten die Ermittler tun sollen? Hätten sie eine andere Wahl, als das Radrennen abzusagen? Welche Indizien hätte es noch gebraucht, um einen Anschlag zu befürchten? Halil D. bemüht sich nicht, dem Gericht Einblick in sein Leben und sein Denken zu gewähren. Er trägt nicht dazu bei, die Verschwörung gegen ihn, die er wittert, aufzulösen.

Er sagt in seiner einzigen Aussage vor Gericht nichts zu seinem Glauben, seiner Überzeugung, einer möglichen Radikalisierung. „Er wurde religiöser, aber er war nicht sozial abgegrenzt“, sagt sein Verteidiger. Man verliere durch „die veränderte religiöse Einstellung“ Freunde, ja, aber man gewinne auch neue.

Vor Gericht haben diese Freunde, falls es welche sind, große Erinnerungslücken. Ein Schulkamerad erinnert sich, dass er Halil D. immer „MacGyver“ nannte, wie den Geheimagenten der gleichnamigen TV-Serie aus den Achtzigerjahren, ein amerikanischer Daniel Däsestriebe mit Sinn für eigenartige Erfindungen. Der Kontakt zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten schlief ein, als sich Halil D. in der elften Klasse mehr dem Koran widmete.

Halil D. selbst sagt, er sei ein guter Schüler gewesen, ohne sich anstrengen zu müssen. Er schrieb sich zuerst an der Univer-

sität Darmstadt, dann in Frankfurt für Chemie ein. Kommilitonen beschreiben ihn als intelligenten, strebsamen Studenten, der sich allerdings verzettelte und womöglich deshalb keinen Abschluss machte.

Für vier Jahre heuerte Halil D. bei einem Pflegedienst an, um ausschließlich seine an einem Hirntumor erkrankte Mutter zu pflegen. Sie sollte keinesfalls von christlichen Personen betreut werden, erinnert sich eine Mitarbeiterin der Einrichtung. „Selbst die muslimischen Angestellten mussten exakt seinem Glauben, seinen Vorstellungen entsprechen.“ Mit anderen Patienten wollte Halil D. als Pfleger nicht in Kontakt kommen.

Sein ehemaliger Kommilitone Adnan M., 30, IT-Mitarbeiter, rechtskräftig verurteilt wegen Anleitung zum Bombenbau, beschreibt ihn als penibel und detailversessen, konservativ und humorvoll. „Ich kenne Ibrahim nur mit Bart, Chinos, Turnschuhen. Student eben.“

Kerim S., 30, Student aus dem Taunus, sagt vor Gericht, sein Kumpel Halil D. habe auf ein islamisches Äußeres geachtet. Wenn sie sich mit ihren Familien trafen, seien die Männer in einem Raum gewesen, die Frauen in einem anderen. Er habe Halil D. gefragt, wie er es in einer Großstadt wie Frankfurt empfinde als „Mann mit Bart und verschleierter Frau“. Halil D. habe geantwortet, es sei „okay“. Ob er mit Halil D. auch über den Dschihad gesprochen habe, will die Vorsitzende wissen. „Weiß ich nicht mehr“, sagt Kerim S. Für die Unterstützung seines Kumpels

hat er den Islamisten Bernhard Falk gewonnen, einst linksextremer Terrorist, der islamistische Häftlinge im Gefängnis besucht.

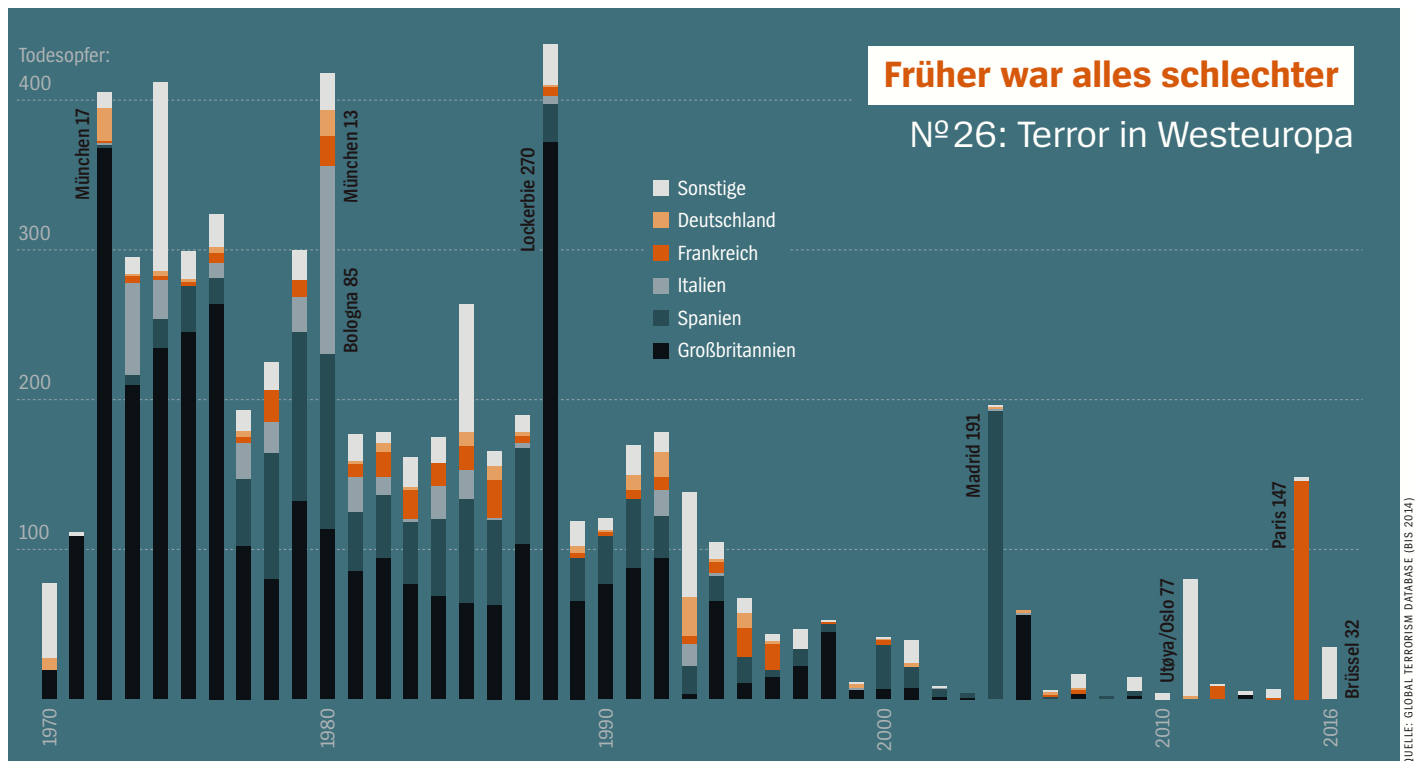
Halil D. sei von seiner Ehefrau vergöttert worden, erinnert sich ein Nachbar. „Nach dem Propheten kam direkt ihr Mann.“ Die Aussagen der Zeugen ergeben: Halil D. ist ein frommer Mann, der Frauen den Handschlag verweigert; der seinen Kindern nur Spielzeug aus Holz und Naturmaterial gestattet und das Benutzen der linken Hand, der „Hand des Satans“, untersagt; der beim Kauf von Lebensmitteln zuerst die Zutatenauflistung studiert, „typisch Chemiker“, so ein Zeuge.

Halil D.s islamistisches Weltbild fiel dem Staats- und Verfassungsschutz bereits 2008 auf; als Gefährder, also eine Person, der die Behörden extremistische Gewalttaten zutrauen, galt er damals nicht. Ohne seinen Einkauf im Baumarkt wäre Halil D. vermutlich nicht festgenommen worden. Immer wieder geht es in der Hauptverhandlung darum, wozu er derart viel Wasserstoffperoxidlösung brauchte – wenn nicht für einen Anschlag? Halil D. behauptet zunächst, er habe einen Teich damit reinigen wollen, dann sagt er, er habe in seiner Drei-Zimmer-Wohnung ein Problem mit Schimmel gehabt.

Am 4. Juli will die Staatsschutzkammer das Urteil verkünden. Das Strafmaß dürfte nicht weit über dem liegen, was Halil D. bereits mit der Untersuchungshaft abgesehen hat.

Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de



Bomben im Kopf. Die blutige Zeit des Terrors in Westeuropa waren die Siebziger- und Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. In Irland wütete die IRA, in Spanien die Eta, in Deutschland die RAF. In manchen Jahren fanden damals mehr als 400 Menschen bei Anschlägen in Westeuropa den Tod. Seit her war der Terror in unseren Breiten auf dem Rückzug. Weltweit betrachtet allerdings steigt die Zahl der Opfer in der jüngeren Vergangenheit wieder an. Die Global Terrorism Database der Universität Maryland verzeichnet zwischen 2001 und 2014 weltweit 29 565 Terrorakte mit mindestens einem Todesopfer. Nur 0,3 Prozent davon fanden in Europa statt. Warum nimmt bei uns die Angst vor dem Terror zu, wenn doch die Gefahr vor 30 Jahren so viel höher war? Eine beliebte These ist, dass die europäischen Terroristen des 20. Jahrhunderts klar

definierte, lokal begrenzte Ziele verfolgt haben, während die islamistischen Anschläge der Gegenwart überall jeden treffen können. Aber das war schon früher so. 1980 kamen bei einem Anschlag im Hauptbahnhof von Bologna 85 Menschen ums Leben, darunter etliche Kinder; im selben Jahr fielen dem rechtsextrem motivierten Oktoberfestanschlag in München 13 Menschen zum Opfer. Nüchtern betrachtet erscheint Terrorismus als äußerst erfolglose Form der Konfliktführung. Die Politikwissenschaftlerin Audrey Cronin hat 457 terroristische Feldzüge aus der Zeit von 1968 bis 2006 untersucht und kommt zu dem Schluss, dass 87 Prozent der Gruppen kein einziges ihrer strategischen Ziele erreicht haben. Praktisch alle Terrorgruppen scheitern, und die meisten werden nicht alt; ihre mittlere Lebensdauer beträgt fünf bis neun Jahre. Mail: guido.mingels@spiegel.de

Gesundheit Verschimmeln wir, Herr Böge?

Klaus-Peter Böge, 67, Gutachter der Lübecker Wohngift- und Schimmelambulanz, über Pilzbefall in deutschen Wohnungen

SPIEGEL: Herr Böge, seit Wochen herrscht in Deutschland ein ziemlich feuchtes Klima. Ein Fest für Schimmel in den eigenen vier Wänden?

Böge: Wenn sich feuchte Luft und Hitze stauen, dauert es nur Tage, bis sich unter Teppichen oder Tapeten Pilze bilden. Wer die nicht bemerkt, riskiert Husten, Schnupfen, Atemnot und Asthma.

SPIEGEL: Was tun, damit es gar nicht so weit kommt?

Böge: Lüften, lüften, lüften! Alle zwei Stunden ein Frischluftwechsel. Das Problem ist aber nicht das Wetter, es sind die Wohnungen. Früher half noch der gesunde Bauverstand gegen Schimmel. Heute sind viele Häuser zehnmal so dicht isoliert, und Luft zieht kaum noch ab. Deutschland dämmt sich krank. Die Zahl der Schimmellallergiker geht in die Millionen.

SPIEGEL: Was genau macht eine „Schimmelambulanz“?

Böge: Meine Arbeit beginnt, wenn viele Wände bereits schwarz sind. Ich lokalisiere die Ursache und gebe die In-

dikation zur Sanierung. Ich habe schon große Banken, griechische Milliardäre und alte, kranke Omas beraten. Schimmel geht alle an.

SPIEGEL: Was zeichnet einen guten Schimmeljäger aus?



Böge: Die Leute denken: Schimmel kann jeder. Aber es kommt auf die Erfahrung an und auf eine geschulte Nase. Wenn der Befall versteckt ist und für Menschen nicht zu riechen, kommt mein Suchhund Alicia zum Einsatz, ein English Springer Spaniel. Der erschnüffelt alles.

SPIEGEL: Sie klingen ziemlich besessen vom Schimmel.

Böge: Früher fiel ich manchen Leuten auf den Wecker, wenn ich ihnen sagte, man müsse sofort ihr Haus abreißen. Heute bin ich gelassener. Nur meine eigenen Schlafzimmerfenster stehen pausenlos offen, seit 38 Jahren. Aber das ist nicht paranoid, das ist notwendig. cre

Janna im Jihad

Eine Meldung und ihre Geschichte Ein zehnjähriges Mädchen posiert als Reporterin für die palästinensische Sache.

Die Bilder sind verwackelt, Stacheldraht ist zu sehen und verummte Männer. „Wir haben heute gegen die Soldaten gekämpft“, sagt eine Mädchenstimme, „unsere Jungs haben Steine geworfen, und die Soldaten haben auf uns geschossen.“ Am Ende des Videos richtet das Mädchen die Kamera auf sein Gesicht. Ein Kind erscheint, mit grünen Augen, zwei Zöpfen und einer Zahn-
lücke, es sagt: „Hier spricht Janna Jihad für das Palästinensische Fernsehen.“

Es ist eines von vielen Videos, die den Alltag im Westjordanland unter der israelischen Besatzung dokumentieren. Das „Palästinensische Fernsehen“ gibt es nicht, Janna postet ihre Fotos und Videos direkt im Internet, auf Facebook, Instagram und YouTube. Die Videos zeigen, wie das Militär ihr Dorf Nabi Salih absperrt, wie israelische Soldaten mit Tränengasgranaten und anderer Munition auf Demonstranten schießen, wie sie Kinder abführen. Einmal ist ein kleiner Junge zu sehen, die Brust übersät von den roten und blauen Abdrücken der Gummigeschosse.

Janna Jihad Ayyad sitzt auf einem geblühten Sofa im Wohnzimmer ihrer Familie. Jihad ist kein *nom de guerre*, sie heißt wirklich so. „Ich bin die jüngste Journalistin Palästinas“, sagt sie. Sie ist zehn Jahre alt und so etwas wie ein Kinderstar dieses Krieges, eine kleine Jeanne d'Arc des palästinensischen Widerstands. Sie hat 130 000 Fans auf Facebook. In Dörfern hängen Plakate von ihr, es gibt Handyhüllen mit ihrem Gesicht. Journalisten aus etlichen Ländern waren bei ihr zu Besuch, um über sie zu berichten. Janna gelingt etwas, das schwierig geworden ist: Sie kann die Weltöffentlichkeit für die Probleme der Palästinenser interessieren. Für die 600 Menschen von Nabi Salih.

„Das hier ist Palästina und nicht Israel. Verschwindet!“, ruft sie den Soldaten in ihren Filmen entgegen. „Wir werden Palästina von den Ketten befreien“, spricht sie in die Kamera. Aus dem „besetzten Jerusalem“ berichtet sie: „Wir sind auf dem Weg zur Aksa-Moschee. Aber die Soldaten lassen uns nicht durch. Wir werden nicht aufhören zu kämpfen!“ Die Palästinenser, sagt das Mädchen, werden niemals aufgeben: „Wir sind stark wie die Wurzeln der Olivenbäume!“

Wie immer in diesem Konflikt geht es um Land. 1977 kamen die ersten jüdischen Siedler nach Nabi Salih, sie gründeten „Halamish“. Am Hang gegenüber wuchs eine Kolonie weiß getünchter

Häuser mit roten Dächern. Sie stehen auf Land, das zum Teil palästinensisches Privateigentum war. Die israelische Regierung erklärte es zu Staatseigentum, schließlich wurde es den Siedlern zugeteilt. Nach internationalem Recht ist das illegal.

Unten im Tal, neben einem kleinen See, wacht ein Militärfahrzeug. Als die Siedler vor ein paar Jahren die örtliche Quelle beschlagnahmten, begannen die Bewohner von Nabi Salih, jeden Freitag zu demonstrieren. Janna war damals drei Jahre alt. Mehr als hundert Menschen wurden seither verhaftet. Im Garten von Jannas Familie hängt ein Netz mit Kartuschen, die sie gesammelt haben. Sie stammen von Gummigeschossen oder waren gefüllt mit Tränengas. Es sind Souvenirs eines Lebens in Unfreiheit, kleine, verzweifelte Beweise, die nichts bewirken.



Janna, israelische Sicherheitskräfte in einem Video

MIDDLE EAST 28 APRIL 2016
Janna Jihad: Meet Palestine's 10-year-old journalist
Janna Jihad Ayyad believes it is her duty to record Israeli injustices throughout the occupied West

Von der Website Aljazeera.com

„Ich habe keine Angst, getötet zu werden“, sagt Janna, „ich würde meine Seele für dieses Land geben.“ An den Wänden im Wohnzimmer hat sie ihren Platz schon neben den Toten: Dort ist ihr Großvater zu sehen, Hand in Hand mit Jassir Arafat. Da hängt auch das Plakat von Mustafa Tamimi, einem „Märtyrer“, der starb, als israelische Soldaten aus nächster Nähe eine Tränengasgranate auf ihn abschoßen. Janna trägt auf den Bildern die palästinensische Flagge um den Kopf gebunden, ihr Gesicht ist versteint, Kriegerinnenblick.

Neben Janna auf dem Sofa hat jetzt einer ihrer Onkel Platz genommen, Bilal Tamimi. Er war es, der vor Jahren begonnen hat, seine Nichte zu inszenieren und zu filmen. Janna ist für ihre Familie und die Palästinenser zum politischen Kapital geworden, ebenso wie zwei weitere Mädchen aus Nabi Salih, Ahad und Marah, die auch in den Filmen auftauchen. Der Onkel, vor einem Rechner sitzend, ruft jetzt Seiten im Internet auf: Auf den Aufnahmen ist Janna mal drei, mal fünf Jahre alt, sie macht das schon lange. In vielen Szenen nähert sie sich den Soldaten und brüllt sie an. Ein unschuldiges Kind, das den Mächtigen gegenübertritt. Janna wirkt wie ein Kontrastmittel, das die Schwäche der Palästinenser betont.

Aber man muss auch die israelischen Soldaten in diesen YouTube-Filmchen genau anschauen. Manche wenden sich ab, manche lachen hilflos. Auch in ihren Augen ist Panik. Sie sind oft selbst noch halbe Kinder, uniformiert und schwer bewaffnet für diesen endlosen Konflikt, der keine Gewinner kennt.

Der Muezzin der nahen Moschee ruft zum Gebet. Jannas Großmutter hustet Blut in ein Taschentuch und schlägt vor, ihre Enkelin möge für den Fotografen eine Kufija, das schwarz-weiße Palästinensertuch, umlegen. Doch Janna Jihad ist an diesem Abend nicht mehr erreichbar für den Kampf, hat keine Lust mehr auf Politik. Sie sieht sich auf

ihrem iPad Videos an und singt, ein kleines Mädchen in Jeans und pinkfarbenem T-Shirt. Sie möge Shakira und Rihanna, erzählt sie. Sie tanze gern. „Bloß keine arabischen Tänze.“
Nicola Abé



Video: Ein Interview mit Janna Jihad

spiegel.de/sp262016janna
oder in der App DER SPIEGEL

Svenja Malchin, Bad Belzig
*„Ich glaube, gerade ist
Deutschland für mich
dieses Bett, und ich
will nicht aufstehen.“*



Szenen und Zitate aus dem Film „Deutschland. Dein Selbstporträt“, alle entstanden am 20. Juni 2015

Das bewegte Land

Kino Für den neuen Film von Sönke Wortmann hielten Tausende Bürger in kurzen Videos fest, was Deutschland für sie bedeutet. In was für einem Land leben wir eigentlich? Bilder einer Heimat, die nicht zu den Schlagzeilen passen. *Von Jochen-Martin Gutsch*



Denise Kühlem, Lingen
*„Was mir recht
gut an Deutschland
gefällt, ist, dass man versucht,
obwohl die Griechen
eigentlich diese Hilfe nicht
verdient haben, dass
man denen trotzdem hilft.“*



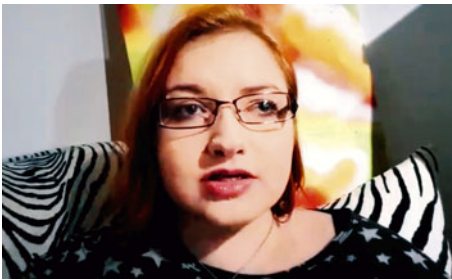
FOTOS: 2016 WARNER BROS. ENT.

Berlin



Kathrin Montero Gonzales,
Mutter von Leon, Regensburg

*„Ich bin froh, dass ich in
Deutschland lebe, denn so
hat mein Kind die
Möglichkeit, mit 740 Gramm
auf die Welt zu kommen
und zu leben.“*



Marissa Bils, Ostfildern

*„Was ist für mich
Deutschland? Das ist mein
Opa, weil er viel für
Deutschland getan hat.“*



Hiddensee

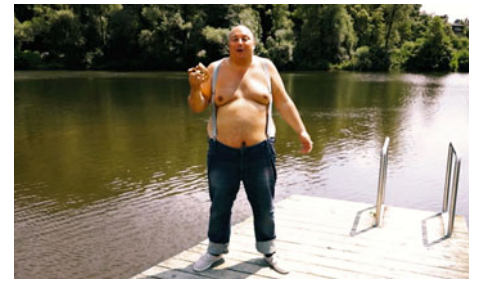
Burghausen



Tara Weiss, March im Breisgau

*„Deutschland bedeutet
mir sehr viel.
Es ist meine Heimat, und
ich mag auch Angela
Merkel. Die ist auch richtig
locker, finde ich.“*





Günther Brenner, Regensburg

„Es macht mich glücklich,
dass ich hier in
Deutschland die besten
Brezeln essen kann,
die es gibt.“

Der 20. Juni 2015, fast genau ein Jahr her, ist ein sehr deutscher Sommertag: überwiegend regnerisch, kühl, grauer Himmel, 13 Grad im Allgäu, 18 Grad in Brandenburg. Der Deutsche Wetterdienst meldet den „Zustrom polarer Meeresluft“. Auf der Zugspitze liegt Schnee. Die deutsche Nachrichtenlage wird bestimmt von der Griechenland-Krise, dem drohenden Grexit. Der Name Varoufakis ist gerade sehr berühmt.

In Berlin schaut der Filmproduzent Daniel Ehrenberg morgens aus dem Fenster und denkt: Scheiße. Wer geht heute vor die Tür und filmt ein Stück Deutschland?

Denn genau das ist der Plan: An diesem 20. Juni 2015 sollen die Menschen bei einem Filmprojekt mitmachen, das es in dieser Art in Deutschland noch nicht gegeben hat. Mit der Videokamera, dem Handy, dem Tablet sollen sie ihren Alltag filmen. Oder irgendwas, das sie für wichtig erachten an diesem 20. Juni in Deutschland. Ein paar Minuten nur. Es ist ein Samstag.

Inhaltlich gibt es keine Vorgaben. Wer will, kann sich aber beim Filmen an drei Leitfragen festhalten:

Was macht dich glücklich?

Wovor hast du Angst?

Was bedeutet Deutschland für dich?

Später soll aus diesen Tausenden kleinen Filmen ein großer Film entstehen. Eine deutsche Bestandsaufnahme, wenn man so will. Ein Selbstporträt, das der Frage nachgeht: Wie sehen die Menschen in Deutschland sich und ihr Land?

Das ist die Idee.

Es ist ein schwieriges Filmprojekt, eine Wundertüte. Es gibt kein Drehbuch und auch keinen Regisseur. Nur Sönke Wortmann, der als „künstlerischer Leiter“ fungiert und aus dem Laienmaterial später irgendetwas Großes zaubern soll.

Und dann dieser verdammte Regen. Daniel Ehrenberg, der Filmproduzent, befürchtet ein nasses, graues Selbstporträt.

Oder noch schlimmer: lauter Innenaufnahmen, weil niemand draußen filmt. Haufenweise deutsche Wohnzimmer mit deutscher Möbelgarnitur, aus denen deutsche Menschen in die Kamera winken. Wer will so etwas später im Kino sehen?

Die Idee für diese Art Film stammt von Ridley Scott, Regisseur von „Blade Runner“ und „Gladiator“, der vor ein paar Jahren „Life in a Day“ produzierte. Menschen auf der ganzen Welt filmten an einem Tag ihr Leben. Später filmten auch die Japaner ihr Leben an einem Tag. Die Briten. Die Italiener.

Jetzt waren die Deutschen dran. Wochenlang war im vergangenen Sommer für das Projekt geworben worden, vor allem im Internet. Aber würden die Deutschen auch wirklich mitmachen? Kommt am Ende mehr zusammen als nur ein Haufen wackeliger Hunde- oder Katzenvideos, wie man sie von YouTube kennt? Beteiligen sich nur junge Leute der Handy- und Tablet-Generation an dem Projekt oder auch alte Menschen? Und würden sich die kühlen Deutschen überhaupt öffnen? Würden sie persönliche, relevante Geschichten erzählen über sich und das Land?

Das sind alles so Fragen an diesem 20. Juni 2015, als die Arbeit an dem Film „Deutschland. Dein Selbstporträt“ beginnt. Die wichtigste Frage aber, die bald das ganze Projekt beeinflussen wird, stellt sich an diesem Tag noch nicht: Kann es sein, dass die Wirklichkeit den Film überholen wird? Dass er am Ende ein Deutschland zeigt, das es heute, nur ein Jahr später, so gar nicht mehr gibt? Passt der Film dann noch zum Land?

Es ist August 2015. In Berlin-Mitte, in den Räumen der Filmproduktion „Arri“, sitzen junge Menschen und schauen sich stundenlang das auf spezielle Internetserver hochgeladene Filmmaterial vom 20. Juni an. Insgesamt 16 Leute, ver-

teilt auf zwei Schichten. Eine Schicht dauert vier Stunden. Länger ist unzumutbar, sagt Daniel Ehrenberg, der Produzent. Ansonsten wird man verrückt. Denn natürlich sind da haufenweise Katzenvideos. Und Hundevideos. Und Babyvideos. Aber zum Glück nicht nur. Es geht darum, aus dem Film-Meer die Perlen herauszufischen.

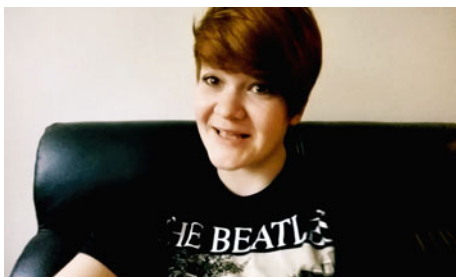
Es ist eine Materialschlacht: 10426 Videos erreichen die Produzenten. Weniger als erwartet, aber noch immer ein Wahnsinn. Alles muss gesichtet und katalogisiert werden. Über 300 Stunden Material, gut 18000 Minuten – am Ende entstehen daraus 101 Filmminuten.

Und dann sitzt man hier als Reporter unter den Filmleuten und schaut sich einen Tag lang das Rohmaterial an. Natürlich nur einen winzigen Bruchteil, mehr ist nicht zu schaffen. Germany unplugged, bis die Augen schmerzen. Was für ein Deutschland sieht man da?

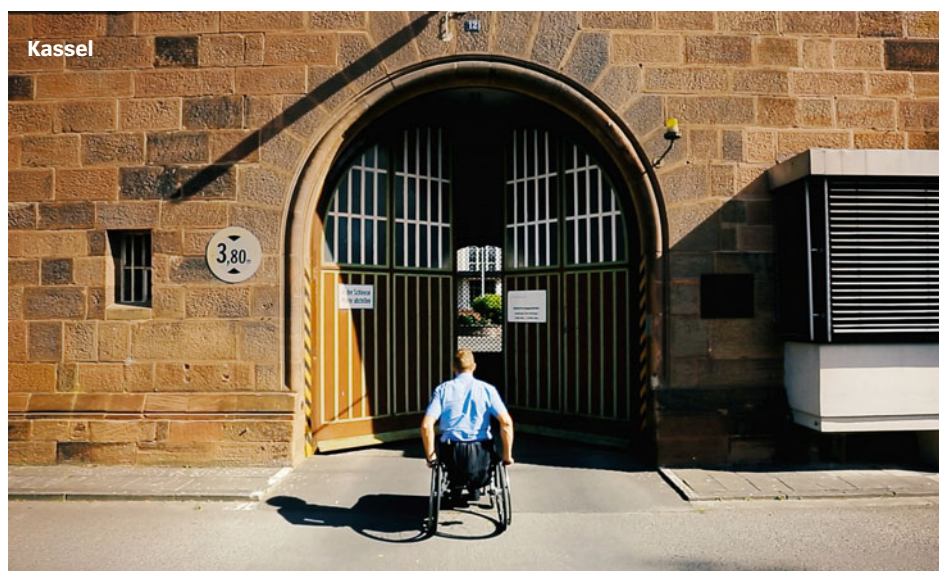
Erstaunlich viel Provinz, kaum Städte. Das deutsche Herz schlägt zwischen Wiesen, Dörfern und Kleinstädten. Berlin, die laute Hauptstadt? Nur eine Randfigur. Stattdessen sieht man sehr viel Natur. Deutschland scheint gar keine Industrielation zu sein, sondern ein Agrarland voller Biobauern und Kompostier-Fans, und ständig sagen die Menschen, wie wichtig ihnen die Natur ist. Und die Ruhe. Und die Entspannung. Nur keinen Stress, bitte. Man denkt: Deutschland ist ein Wellnesshotel.

Über die Arbeit redet fast niemand. Was das Image der Deutschen in der Welt prägt, spielt für die Deutschen selbst anscheinend keine große Rolle. Fleiß? Die Deutschen in den kurzen Filmen gehen gern spazieren. Autos und Autobahnen? Die Deutschen reiten gern auf Pferden wie in einem Rosamunde-Pilcher-Roman. Wo sind die deutschen Mädchen am Nachmittag? Beim Reitunterricht. Eine Frau sagt betrübt über den Einbruch der Moderne in ihr Leben:

Katharina Sawadski, Essen
*„Deutschland ist für
 mich definitiv, samstags
 frühmorgens von
 einem verdammten
 Rasenmäher geweckt
 zu werden.“*



FOTOS: 2018 WARNER BROS. ENT.



„Die Bioenergieanlagen haben leider überhandgenommen in der Umgebung.“

Jemand hat deutsche Baustellen und deutsche Straßenschilder gefilmt: „Dieser Weg wird bei Eis- und Schneeglätte nicht geräumt und gestreut“. Ja, denkt man. Das ist unser Land. Das ist unser Sound.

Die Deutschen erzählen oft vom Essen. Im idealistisch-moralischen Sinne. Vegetarier treten auf und Veganer. Der berühmte deutsche Wurstesser stirbt womöglich aus. Essensfragen haben klassische politische Fragestellungen abgelöst. Unter jungen Menschen scheint die Kommune wieder als alternative Lebensform im Kommen zu sein. Und hilft Kokosöl wirklich gegen Entzündungen?

Die Menschen zeigen, wie sie ins Open-Air-Theater gehen, ins Open-Air-Kino, ins Open-Air-Konzert. Die Deutschen, das scheint ein tief sitzender germanischer Trieb zu sein, wollen immer raus. Gut, dass die Sonne dann doch noch rauskam an jenem Tag.

Man sieht auch viele alte Menschen, viele einsame Menschen, arme Menschen. Die Deutschen erzählen erstaunlich offen. Über ihre Schulden, ihre Sehnsüchte, ihr verpfushtes Leben. Sie schauen in die Kamera, manche mit Tränen in den Augen. Sie verstecken wenig.

Man sieht in all diesen Filmen nichts Großes. Deutscher Alltag nur, deutsche Sorgen, deutsches Glück. Aber darin liegt manchmal eine Wahrhaftigkeit, die man gar nicht mehr gewohnt ist. Das Deutschland abseits der Schlagzeilen schimmert hervor. Abseits der Debatten, der Meinungsumfragen, der Twitter-News, der Will-Plasberg-Illner-Talkshows.

Es geht zum Beispiel viel um Freundschaft. Um den Geburtsvorbereitungskurs. Die greisen Eltern, die man pflegt, das richtige Kleid für die Abiturfeier, der Traum von der eigenen Band, Sport, Teewurst, Hauspartys, Enttäuschungen, die Angst

vor dem Aufbruch ins Erwachsensein, die Angst vor dem Alleinsein. Als Zuschauer sieht und fühlt man sich selbst in diesem Normalo-Deutschland leben.

Familien, das fällt auf, treten in den Filmen selten zusammen auf, in der Mutter-Vater-Kinder-Version. Deutschland ist ein großes Patchwork-Land.

Über Flüchtlinge wird im Sommer 2015 noch kaum gesprochen. Ein bisschen nur. Meistens unter der Fragestellung: Wovor hast du Angst?

Am meisten aber scheinen die Deutschen den Krieg zu fürchten. Bereits Kinder haben hier Angst vor Krieg. Es ist eine große deutsche Urangst, trotz Friedenszeiten, weiterverpflanzt über Generationen, seit dem Weltenbrand vor über 70 Jahren. Andere große Angstausröser: Krankheit, Altersheim, Demenz. Niemand will mehr alt werden im alten Deutschland. Schade eigentlich.

Am Ende jenes Tages im vergangenen August schreibt der Reporter in seinen Notizblock: „Deutschland ist ein unfassbar wohlhabendes Land. Ganz zufrieden mit sich selbst. Ein Land auf dem Gipfel. Vermutlich ging es uns noch nie so gut. Ein Wohlfühl-land ohne große Erschütterungen und politische Kämpfe.“

Es ist seltsam, das heute, fast ein Jahr später, wieder zu lesen. Es ist so viel passiert. Monate voller Einschläge und Veränderungen, so fühlt es sich an. Und ständig und in rasender Geschwindigkeit änderte sich seitdem auch das Deutschlandbild. Immer wieder, zu immer neuen Versionen. Manche hielten im Rückblick kaum länger als ein paar Wochen.

Das erste neue Deutschlandbild ist ein freundliches Sommerbild. Im August und September, während weiter an dem Film gearbeitet wird, kommen die Züge. Plötzlich stehen sie auf deutschen Bahnhöfen: die Menschen vom

Balkan, die Iraker, Afghanen, Syrer, angespült wie Treibgut der Weltkonflikte. Und die Deutschen? Winken. Verteilen Wasser, Kleidung, Teddybären.

Andere Deutsche zünden Flüchtlingsheime an. Die Orte Freital und Heidenau symbolisieren jetzt das „dunkle“ Deutschland. Der große deutsche Rest aber ist ziemlich hell.

Das Land erlebt einen Flüchtlingsommer und berauscht sich an sich selbst. Manchmal denkt man, es ist wieder Fußball-WM. Ein neues Sommermärchen. In den Medien wird von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Von einem „historischen Wandlungsprozess“, der „Geburt eines neuen Deutschlands“. Die Flüchtlinge werden das Land verändern und in eine „andere Zeit katapultieren“. Das Bild wandelt sich innerhalb von Tagen: Eben war Deutschland noch der ungeliebte Zuchtmeister in der Eurokrise. Jetzt ist es plötzlich das „Sehnsuchtsland der Freiheit“. Und die kühlen Deutschen sind die „Musterdeutschen des Mitgefühls“.

Schnell folgt im trüben Herbst das zweite Deutschlandbild. Es ist Anfang Oktober, und der Reporter besucht Sönke Wortmann in Prag. Er dreht hier gerade eine Fernsehserie über die Berliner Charité, aber wir wollen über den Deutschlandfilm sprechen. Es gibt jetzt eine erste 2,5-Stunden-Version. Über den Fernseher in Wortmanns Wohnung flimmern die Deutschlandbilder aus dem Juni, nur ein paar Monate alt. Doch man sieht, so denkt man, ein verschwundenes Land.

Sönke Wortmann ist einer der erfolgreichsten deutschen Regisseure, er hat unter anderem „Das Wunder von Bern“ gedreht und den „Sommermärchen“-Film zur Fußball-WM 2006. Beide trafen einen deutschen Zeitgeist. Beide waren auch Geschichten über die deutsche Identitätssuche. Die Auferstehung aus den Trüm-



FOTOS: 2016 WARNER BROS. ENT.

Andreas Mayr, Bad Grönenbach

*„Deutschland ist
nicht ausländerfeindlich.
Deutschland wird
so langsam
deutschfeindlich.“*

mern des Krieges 1954. Das patriotische Lockermachen 2006. Die Deutschen finden ihre Identität ja am allerliebsten über den Fußball.

Diesmal, so sieht es im vergangenen Oktober aus, kommt Wortmann zu spät. Er sitzt hier mit den Juni-Bildern, die fast schon historisch wirken. Wortmann hätte diesen Film im Juni 2011, 2012, 2013 oder 2014 machen können – völlig egal. Deutschland wäre weitgehend unverändert gewesen. Ein Land wie ein dicker, zufriedener Kater.

Jetzt überlagert die Flüchtlingsfrage alles. Das Land irrt, ständig sind da neue Fronten und Abgründe. Man hat das Gefühl: So viel Aufregung war in Deutschland seit dem Mauerfall nicht mehr. Die Winke-Bilder aus dem Sommer sind auch schon wieder alt. Aus „Wir schaffen das“ ist stimungsmäßig „Wir schaffen das nicht“ geworden. In den Zeitungen ist jetzt vom „enormen Kraftakt“ die Rede. Merkels Kanzlerschaft sei durch die Flüchtlingsfrage bedroht. Niemand spricht mehr von den „Musterdeutschen des Mitgefühls“.

Sönke Wortmann schaltet in Prag den Fernseher aus und sagt: „Heute würde das wohl ein etwas anderer Film werden.“

Das dritte Deutschlandbild ist ein explosives Winterbild. Im Februar 2016 ist klar, dass der Filmstart, geplant für das Frühjahr, verschoben wird. Man kann es sich irgendwie denken, warum: Die Juni-Bilder passen nicht mehr zur Gegenwart. Womöglich kommen wir im Sommer raus, sagt Daniel Ehrenberg, der Produzent. Gute Entscheidung.

In Deutschland wird es immer lauter. Nach der Silvesternacht von Köln steht die Nation kurz vor dem Untergang. Deutschland, das sagen jetzt viele, stehe „auf der Kippe“, beziehungsweise „am Abgrund“. Justizminister Heiko Maas spricht von einem „Zivilisationsbruch“. Und der SPIEGEL

titelt: „Staatssohnmacht. Können wir uns noch sicher fühlen?“

Das Land steht plötzlich ohne Zivilisation und Sicherheit da, und in den Talkshows wird mit großem Ernst darüber diskutiert, ob Deutschland sexistisch sei und ob man als Frau hier überhaupt noch vor die Tür gehen sollte.

Ist das die deutsche Wirklichkeit?

Oder die Medienwirklichkeit?

Im Sommer war völlig klar, dass die Flüchtlinge Deutschland verändern würden. Jetzt kann man überall lesen, dass die Silvesternacht Deutschland verändern wird. Das ist jetzt völlig klar. Wenig später werden dann auch noch die AfD und ihre Wahlerfolge Deutschland verändern. Deutschland verändert sich quasi im Monatstakt. Immer neue Deutschlandbilder werden ausgespuckt. Wie Tennisbälle aus einer Ballmaschine. Plopp, plopp, plopp.

Man möchte jetzt gern mal kurz durchschnaufen. Den Lärm abschalten. Ist das wirklich Deutschland? Dieses zittrige, hysterische Gebilde, das sich ständig selbst infrage stellt? Das überall den Abgrund wittert? Die große Schicksalsfrage? Und gleichzeitig einen Heißhunger nach Aufregung zu verspüren scheint?

Womöglich spielt der gemütliche Tiefeschlaf der vergangenen Jahre eine Rolle. Es ging ja gefühlt um nichts Großes mehr, politisch und gesellschaftlich. Da waren Vegetarier-Debatten, Brüderle-Dirndl-Aufschrei-Debatten, die Lkw-Maut, die Rente mit 67 oder doch mit 70 und die Frage, ob Zucker die neue Volksdroge sei. Selbst die deutschen Wahlkämpfe waren sterbensöde.

Jetzt ist endlich mal wieder Action.

Die Frage aus Wortmanns Film kommt einem plötzlich in den Sinn. Was bedeutet Deutschland für dich? Antwort: Es ist meine schöne Heimat, die sich in ihrem Wohlstand zu langweilen scheint.

Es ist Ende April. Der Rauch der Apokalypse verfliegt langsam. Deutschland ist noch da. Im „Soho House“ in Berlin gibt es einen kleinen Kinosaal. Daniel Ehrenberg, der Produzent, zeigt dem Reporter den fast fertigen Film. Und?, fragt Ehrenberg, als das Licht wieder angeht.

Das letzte Deutschlandbild ist wieder ein Sommerbild. Die Flüchtlinge sind von den Bahnhöfen verschwunden. Das dicke, reiche Deutschland hat die Menschen einfach geschluckt. Man sieht sie kaum noch. Die Grenzen sind zu. Im Fernsehen zeigen sie wieder die traurigen Bilder der Flüchtlingsboote. Dort draußen, weit weg, im Mittelmeer. Köln ist nicht untergegangen, manchmal hört man noch das Wort „Antänzer“. An die AfD hat man sich gewöhnt, wie man sich an Pickel gewöhnt. Statt über den Grexit reden wir jetzt über den Brexit. Ist das also ein anderes Deutschland heute? Besser, offener, rechter, ängstlicher, abweisender, gutmütiger?

Am 30. Juni wird „Deutschland. Dein Selbstporträt“ auf dem Filmfest in München zu sehen sein, anschließend kommt der Film in die Kinos. Seitdem die Deutschen zur Kamera gegriffen haben, um ihren eigenen Zustand und den ihres Landes zu bezeugen, ist ein Jahr vergangen, fast auf den Tag genau.

Die Kluft zwischen Film und deutscher Gegenwart schließt sich. Die deutschen Juni-Bilder von 2015 und 2016, man kann sie kaum noch unterscheiden. Sie passen jetzt wieder zueinander. Oder?

„Deutschland. Dein Selbstporträt“ kommt am 14. Juli in die Kinos.



Video: Ausschnitte aus „Deutschland. Dein Selbstporträt“

spiegel.de/sp262016deutschland
oder in der App DER SPIEGEL



Unplugged

Homestory Wenn Internet, Telefon und Fernsehen ausfallen im Haus, kommt auch das Leben zum Erliegen.

Angst vor Fortschritt hatte ich eigentlich nie. Wieso auch? Muss ja weitergehen, dachte ich. Vorsprung durch Technik. Seit Dienstag vergangener Woche bin ich mir da allerdings nicht mehr so sicher.

Wir wohnen in einem Reihenhaushaus mit Heimnetz, das heißt, wir haben in allen Zimmern mindestens eine Internetbuchse, mit Ausnahme der zwei Bäder und der Gästetoilette, aber dort funktioniert das WLAN. Wir telefonieren über das Internet, Voice over Internet Protocol, hören morgens in der Küche Internetradio, streamen abends Serien bei Netflix auf einem Smartfernseher, an den auch noch ein Apple TV angeschlossen ist. Die Kinder laden Musik und Hörbücher bei Spotify, sie spielen „Fifa 16“ auf dem Tabletrechner, und wenn sie am Wochenende „Shaun das Schaf“ schauen wollen, schalten sie im Gästezimmer den Amazon Fire Stick ein.

Es ist bei uns wie bei so vielen Menschen: Unser Leben ist weitgehend digitalisiert.

Vor drei Wochen schickte mir mein Telefon-und-Internetanbieter eine E-Mail, in der Betreffzeile stand „Glasfaser“. Er schrieb, man stelle bei uns „auf eine moderne, zukunftsichere Anschlusstechnik um“. Glasfaser, das klang nach Highspeed. Ich googelte und lernte, dass Glasfaser Daten wirklich in Lichtgeschwindigkeit transportieren kann, fast störungsfrei. Hammer! Alles noch schöner, schneller.

Wieso ausgerechnet wir in den Genuss kommen sollten, war mir zwar ein Rätsel, wir hatten nicht darum gebeten, aber egal. In unserem Haus beginnt die Zukunft jetzt, dachte ich und spielte mit dem Gedanken, einen Kühlschrank mit Home-Connect-Funktion zu kaufen. So ein Ding hat im Innenraum Kameras, ich könnte auf dem Weg von der Arbeit nach Hause über mein Handy nachsehen, ob ich noch Margarine holen muss. Schon super.

An jenem Dienstag, an dem unser Haus mit der Glasfaser verbunden werden sollte, so stand es in der E-Mail, sollten wir uns darauf einstellen, von 8 bis 16 Uhr vorübergehend nicht telefonieren zu können. Danach müsse man nur beim ersten Abheben des Hörers die ZugangspIN 2384895115 eintippen, dadurch würde auch der Internetzugang aktiviert.

Ich bin abends um halb sieben nach Hause gekommen, gut gelaunt, ich dachte an 200 Megabit pro Sekunde, aber die Stimmung war mies. Das Telefon: tot. Internet: dito. Meine Frau erwartete einen wichtigen Anruf, sie hatte

ein paarmal den Code eingegeben, aber nichts war passiert. Ihr Blick sagte: Regle das, sofort! Mein älterer Sohn wollte sich das Unplugged-Album von Cro anhören, aber das Tablet empfing nichts. Er gab mir die Schuld daran.

Ich nahm das Telefon ab und lauschte, es tutete hektisch in der Leitung. Ich tippte die PIN ein, ich dachte, ich kann das sicher besser als meine Frau, ich habe magische Finger. Es tutete aber einfach weiter. Mit dem Handy rief ich die Service-Hotline an. Zum Telefonieren musste ich vor die Haustür gehen, wir haben Stahlbetondecken und eine dicke Außendämmung, das ist gut für die Energiebilanz, aber Mist für den Empfang. Nach einer halben Stunde in der Warteschleife ging ein Kundenberater ran. Er sagte, ich solle am Router eine Tastenkombination drücken, dann gebe er mir weitere Instruktionen. Ich tat, was er verlangt hatte, aber als ich so weit war, brach die Verbindung ab.

Nächster Anruf. Dieses Mal hieß es, ich solle auf dem Laptop die Benutzeroberfläche des Routers aufrufen, der Rest ergebe sich von selbst. Schöne Idee. Aber das Internet funktionierte ja nicht. Ich klingelte bei meinem Nachbarn und ließ mir sein WLAN-Passwort geben. Ich wollte mich in sein Netz einwählen, aber weder Laptop noch Tablet fanden es. Ich war von der Außenwelt abgeschnitten. So

gern hätte ich den Service-Typen angeschrien, aber der hatte längst aufgelegt.

Meine Frau schaltete den Fernseher an. Die Kinder wollten Kika gucken, es lief „Wissen macht Ah!“. Warum auch immer, aber auf dem Bildschirm erschienen plötzlich unsere IPv4-Adresse und der aktuelle Telefoniestatus: „deaktiviert“.

Die Kinder motzten. Ich aber jubelte über das zarte Lebenszeichen aus dem Netz. Inzwischen hatte ich wieder jemanden aus dem Kundencenter am Handy, aber der konnte sich das alles auch nicht erklären.

Wir machten den Fernseher aus und nach fünf Sekunden wieder an. Das Bild war nun normal, dafür lief auf einmal, wie von Geisterhand gesteuert, für kurze Zeit das Radio. Ich schwöre, es ist die Wahrheit. Keine Ahnung, was da durch die Glasfaser in mein Haus kam, aber ich mochte es nicht. Ich dachte an Geheimdienste, die NSA, den BND und all die Spuren, die wir im Netz hinterlassen.

Am Handy hörte ich nur noch die nervtötende Melodie der Warteschleife. Ich war kurz vor der Explosion, als mir dann jemand sagte, das Problem sei nun gelöst, er sprach von Zugriffsrechten, Voreinstellungen, Konfigurationen. Höflich entschuldigte er sich. Ich ging zum Telefon, tippte die PIN ein. Und hörte ein Freizeichen. Auch das Internet ging wieder. Wir waren online. Reanimiert. Erleichtert.

Vor zwei Tagen erreichte mich eine SMS meines Anbieters: Ich sollte neue Hardware erhalten. Warum, weiß ich nicht, ich habe keine bestellt. Gestern brachte mir der Postbote dann den neuen Router. Auf dem Karton steht, das Gerät sei ideal für Glasfaser: „Atemberaubendes HD-Fernsehen und Ihre Lieblingsmusik warten jetzt auf Sie – und nicht umgekehrt.“ Alles, was ich für die Installation noch benötige, sei das Kennwort. Es lautet: vdnzn89qcp.

Ich habe den neuen Router in die Besenkammer gestellt. Ich bin zu feige, ihn anzuschließen. Maik Großekathöfer



THILO ROTHACKER FÜR DEN SPIEGEL



Börsenhändler in New York

Konzerne

Monsanto bleibt stur

US-Anleger glauben noch nicht an eine Übernahme durch Bayer.

Bayer-Chef Werner Baumann tritt mit seinem Übernahmeangebot für den US-Saatguthersteller Monsanto auf der Stelle. Auf ein Schreiben der Bayer AG, in dem Baumann vor wenigen Tagen den Kaufpreis von 122 Dollar pro Aktie wiederholte und gleichzeitig Einblick in die Geschäftsbücher des US-Riesen verlangt, gab es bislang keine Reaktion der Gegenseite. Der selbstbewusste Monsanto-Chef Hugh Grant hält den gebotenen Preis für viel zu niedrig. Er pocht vor Gesprächen auf eine höhere Offerte der Deutschen. Eine feindliche Übernahme gegen den Willen des Monsanto-Managements will Baumann bislang vermeiden. Deshalb

hat Bayer in den USA eine Charmeoffensive gestartet. So bemühen sich seine PR-Profis und Lobbyisten derzeit in St. Louis, am Stammsitz Monsanto, Bürgermeistern und Kommunalpolitikern die Furcht vor Werkschließungen und Arbeitsplatzabbau zu nehmen. Baumanns Team versucht, auf einer Roadshow US-Investoren von den Vorzügen eines gemeinsamen Konzerns zu überzeugen, bislang jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Die US-Aktionäre bleiben skeptisch. Am Donnerstag lag der Kurs der Monsanto-Aktie noch immer bei 109 Dollar – und damit weit von dem Bayer-Gebot entfernt. fdo

Siemens

Tüftler gesucht

Die Siemens-Führung hat erste Projekte für ihren Innovationsfonds ausgewählt, den sie im vergangenen Dezember mit dem Betriebsrat und der IG Metall vereinbart hatte. Konzernchef Joe Kaeser hatte damals angekündigt, in den kommenden drei Jahren bis zu 100 Millionen

Euro für zukunftssträngige Ideen von Mitarbeitern bereitzustellen. Anders als bei Siemens üblich können die Vorschläge ohne ein vorab fertig durchgerechnetes Geschäftsmodell eingereicht werden. Von zunächst 14 Förderanträgen wurden immerhin 11 dem sechsköpfigen Vergabeausschuss vorgestellt. Sieben davon kamen durch, darunter ein Projekt zur



Kaeser

Inspektion von Überlandleitungen mithilfe von Drohnen, ein Vorschlag zur Entwicklung von besonders effizienten Ladesystemen für dezentrale Energiespeicher oder die Anregung, innovative Hochtemperaturwärmepumpen zu bauen. Bewährt sich das Modell, soll es demnächst auch bei Konzernablegern im Ausland eingeführt werden. did

Kuka Schutz vor schnellem Ausverkauf

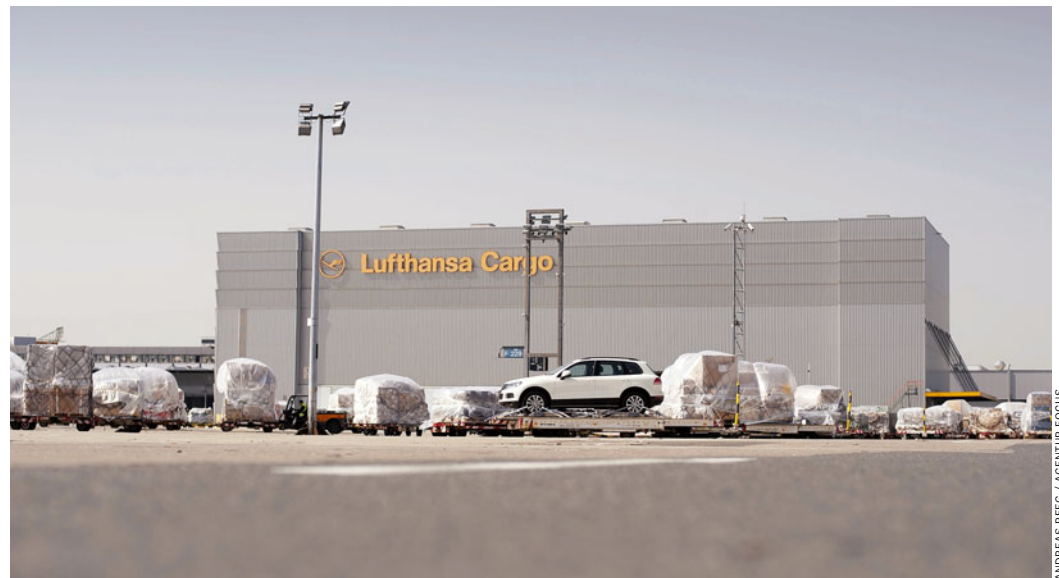
Die Sorge vor einem Ausverkauf deutschen Know-hows nach einer möglichen Übernahme des Roboterherstellers Kuka durch Chinesen lässt sich in einem wichtigen Punkt entkräften. Seit zwei Jahrzehnten arbeitet das Institut für Robotik und Mechatronik am Deutschen Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit dem Augsburger Unternehmen zusammen; einige Schlüsselprodukte basieren auf Forschungsergebnissen des Instituts. Bei der Entscheidung, wem es Lizenzen zur Nutzung der technologischen Entwicklungen zur Verfügung stellt, spielen wirtschaftspolitische Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle. Das DLR-Institut verknüpft die Vergabe der Rechte an die Zusicherung, dass die Wertschöpfung in Deutschland bleibt. Der Lizenznehmer könne zwar aus dem Ausland kommen, aber er müsse sicherstellen, dass die kommerzielle Verwertung hierzulande geschehe, sagt Institutsdirektor Alin Albuschäffer. Diese Bedingung betrachtet der Robotikexperte als „moralische Verpflichtung“ für ein Forschungszentrum der Bundesrepublik. *aju*

Lufthansa Frachtochter verschärft Sparkurs

Die Lufthansa plant in ihrer Frachtsparte offenbar noch weitaus tiefere Einschnitte als bislang vermutet. Anfang Juni war bekannt geworden, dass der Konzern bei der wirtschaftlich unter Druck stehenden Tochter Cargo bis zu 800 Stellen streichen will, davon 500 in Deutschland. Doch auch die verbleibenden Mitarbeiter sollen erhebliche Sparbeiträge leisten. Das geht aus einem internen Rundschreiben der Dienstleistungs-

gewerkschaft Ver.di hervor, das am Montag dieser Woche verschickt wurde. Demnach sollen die derzeit noch rund 2000 Tarifbeschäftigten auf ihre erst im vergangenen Herbst ausgehandelte Gehaltserhöhung von 2,2 Prozent ab Januar 2017 verzichten. Die Arbeitszeit soll von 38 auf 35 Wochenstunden gesenkt werden und parallel dazu auch die Vergütung. Die soll ohnehin deutlich niedriger ausfallen als bisher, weil das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt und die maximal erreichbaren Endgehälter reduziert werden sollen. In

ihrer Schreiben fordern die Autoren die Mitarbeiter auf, ihre Meinung zu den Plänen mitzuteilen. Viele haben dies in den vergangenen Tagen nach Aussagen der zuständigen Ver.di-Sekretärin Anja Schlosser schon getan – und ihrem Ärger Ausdruck verliehen. Am 7. Juli wollen die Gewerkschaftsfunktionäre in einer internen Sitzung über ihr weiteres Vorgehen beraten. „Was jahrzehntelang erkämpft wurde“, erklärt die Ver.di-Angestellte kämpferisch, „werden wir nicht mit einem Federstrich dem Arbeitgeber überlassen.“ *did, mum*



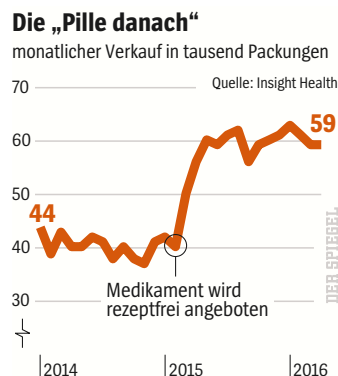
Lufthansa-Frachtzentrum in Frankfurt am Main

ANDREAS REEG / AGENTUR FOCUS

Pharma Pillenknick

Kritiker der Neuregelung hatten es geahnt: Seitdem im März 2015 die „Pille danach“ von der Rezeptpflicht befreit wurde, wird sie erheblich häufiger verkauft als zuvor. Wurde das Notfallverhütungsmittel 2014 monatlich rund 40 000-mal in deutschen Apotheken abgegeben, stieg der Absatz auf etwa 60 000 Packungen pro Monat. Der Trend scheint mehr als ein Jahr nach der Änderung ungebrochen anzuhalten, wie Zahlen des Marktforschers Insight Health belegen. Frauenärzte kritisieren, dass in

Apotheken nicht immer ausreichend aufgeklärt werde, bevor das Verhütungsmittel, das nicht von den Krankenkassen bezahlt wird, abgegeben wird. *mum*



Affären Rekordbußgeld gegen Deutsche Bank

Die Finanzaufsicht BaFin hat gegen die Deutsche Bank wegen gravierender Mängel in der Geldwäscheprävention im vergangenen Jahr ein Rekordbußgeld von fast 40 Millionen Euro verhängt. Bußgelder der BaFin erreichen fast nie die Millionengrenze. Auslöser war die Rolle des Konzerns in einem Umsatzsteuerkarussell mit CO₂-Zertifikaten; Bankmitarbeiter hatten Betrügern geholfen, so Hunderte Millionen Euro Umsatzsteuer zu hinterziehen. In etlichen Fällen, in denen die Bank mit

dubiosen CO₂-Handelsfirmen Geschäfte machte, hätten Meldungen wegen des Verdachts auf Geldwäsche erfolgen müssen, was aber nicht oder zu spät geschah. Im Zuge ihrer Sonderprüfung fand die BaFin dann weitere Regelverstöße. Mittlerweile hat die Bank die Geldwäscheprävention rundernuert, zu dem Bußgeld äußert sie sich nicht. Das Frankfurter Landgericht hatte vor Kurzem fünf frühere Mitarbeiter der Bank zu Bewährungsstrafen verurteilt, einen Manager zu drei Jahren Haft. Die Generalstaatsanwaltschaft hat in vier Fällen Revision gegen das Urteil eingelegt. *mhs*

VW-Chefkontrolleur Pötsch auf der Hauptversammlung am 22. Juni in Hannover



Das Paralleluniversum

Autoindustrie An der Spitze von Volkswagen herrscht ein Machtvakuum, die Großaktionäre sind sich uneinig wie nie. Das wäre die Stunde des Aufsichtsratschefs. Doch Hans Dieter Pötsch ist vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Die beiden Briefe der Staatsanwaltschaft Braunschweig erreichten den VW-Konzern am vergangenen Montag. Einer war an Prof. Dr. Martin Winterkorn adressiert, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Autokonzerns, der andere an Dr. Herbert Diess, den Chef der Marke Volkswagen.

Die Staatsanwaltschaft teilte mit, dass sie ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Männer wegen des Verdachts der Marktmanipulation eröffnet habe. Gegen Mittag erreichte Winterkorn die Nachricht

in seiner Villa in München, wo er mit seiner Frau lebt, seit er wegen des Dieselskandals zurücktreten musste.

Es war ein neuer Tiefschlag für den Manager, der bis vor Kurzem zu den angesehensten des Landes zählte. Aber auch für den Volkswagen-Konzern, der sich unter der Führung von Winterkorns Nachfolger Matthias Müller gerade anschickt, die großen Herausforderungen anzugehen: Elektromobilität, autonomes Fahren, neue Konkurrenten aus dem Silicon Valley.

Erst vor wenigen Tagen hatte Müller seine Strategie bis 2025 präsentiert. Es geht darum, beim herkömmlichen Geschäft mit Benzin- und Dieselmotoren Milliarden zu sparen, um dieses Geld in neue Technologien investieren zu können. Einerseits werden dabei viele Tausend Arbeitsplätze überflüssig, während andererseits neue Stellen entstehen. Mehr Veränderung war selten nötig, um den VW-Konzern mit seinen zwölf Marken von Audi über Seat, Škoda, Porsche und Bentley bis zu den Lastwagenherstellern



PETER STEFFEN / DPA

MAN und Scania fit für die Zukunft zu machen.

Doch die Nachricht, dass die Staatsanwaltschaft gegen den Exchef und den Volkswagen-Vorsitzenden ermittelt, genügt, um diese Herausforderungen erst einmal in den Hintergrund zu rücken. Auf der Hauptversammlung am Mittwoch kam es prompt zum offenen Schlagabtausch zwischen den Großaktionären des Konzerns, den Familien Porsche und Piëch (52 Prozent der Stammaktien), dem Emirat Katar (17 Prozent) und dem Land Niedersachsen (20 Prozent).

Ministerpräsident Stephan Weil wollte die Entlastung von Winterkorn und Diess vertragen. Dies hätte keine Konsequenzen für die beiden Manager. Doch es wäre ein Signal dafür, dass der VW-Konzern die Ermittlungen zum Dieselskandal ernst nimmt. Aber die Familien Porsche und Piëch setzten sie durch. Niedersachsen wurde auf der Hauptversammlung überstimmt. Dem gesamten VW-Vorstand wur-

de die Entlastung erteilt, als wäre nichts geschehen. Paralleluniversum Wolfsburg.

Es ist das dritte Mal in kurzer Zeit, dass die Großaktionäre gegeneinander antreten. Zuerst ging es um die Frage, ob der VW-Vorstand trotz des Dieselskandals Boni erhalten soll. Dann um die Dividende und jetzt um die Entlastung des Vorstands. Der Streit wird ganz offen in den Aufsichtsratssitzungen ausgetragen, in denen es erstmals seit Jahren zu Kampfabstimmungen kommt, und auf der Hauptversammlung, auf der die großen Aktionäre gegeneinander stimmen.

Offen ausgetragene Auseinandersetzungen schienen lange unvorstellbar in Wolfsburg. Meinungsverschiedenheiten, die es häufig gab, wurden in vertraulichen Runden geklärt. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende Ferdinand Piëch brachte Arbeitnehmervertreter, die wechselnden Ministerpräsidenten Niedersachsens und die mitunter zerstrittenen Familienmitglieder stets auf eine Linie.

Seit Piëchs Abgang im vergangenen Jahr herrscht ein Machtvakuum. Der aktuelle Vorsitzende des Aufsichtsrats, Hans Dieter Pötsch, kann es nicht füllen. Er ist der falsche Mann auf diesem Posten. Pötsch war viele Jahre neben Winterkorn die dominierende Figur in der Konzernspitze. Wichtige Entscheidungen besprach Winterkorn zuerst mit Pötsch. Wenn es um eine Frage aus dem Reich der Finanzen ging, sagte der Techniker Winterkorn oft: „Wo ist der Pötsch, der kann das beantworten?“

Winterkorn übernahm die Verantwortung für den Dieselskandal und trat zurück. Pötsch dagegen stieg an die Spitze des Kontrollgremiums auf. Dort soll er den Dieselskandal aufklären, in dem es auch darum geht, welche Rolle der damalige Finanzvorstand Pötsch spielte, der für die Kommunikation mit den Finanzmärkten verantwortlich war.

Derart unter Druck gelingt es Pötsch nicht, die wichtigsten Mitspieler zusammenzuführen: auf der einen Seite Wolfgang Porsche, der die Familien anführt und dem es darum geht, dass der Volkswagen-Konzern profitabler wird. Und auf der anderen Seite Stephan Weil, der Niedersachsens Interessen vertritt und möglichst viele Arbeitsplätze in seinem Bundesland halten will.

Pötsch ist damit beschäftigt, sich selbst zu verteidigen, wie jetzt auf der Hauptversammlung, wo Aktionäre seine Ablösung forderten. Warum informierte er als Finanzvorstand nicht spätestens am 3. September 2015, als der Konzern in den USA den Einsatz einer verbotenen Software in Dieselmotoren eingestand, die Aktionäre? Pötsch schwieg, wie die übrigen VW-Vorstände, bis die US-Behörden den Skandal am 18. September veröffentlichten. Aktionäre verloren dadurch Milliarden, die sie

jetzt in Schadensersatzklagen vom Konzern zurückfordern.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) schickte schon am 14. Oktober vergangenen Jahres detaillierte Fragen an den VW-Konzern. „Wann genau (Datum, Uhrzeit) wurden die Verantwortlichen der Volkswagen AG erstmals wegen Unstimmigkeiten bei den Emissionswerten von den US-Behörden kontaktiert? In welcher Form (schriftlich oder telefonisch) hat die erste Kontaktaufnahme seitens der US-Behörden stattgefunden?“

Die ersten Antworten der Wolfsburger reichten der BaFin nicht. Sie wollte es genau wissen. „Wann (Datum, Uhrzeit) war dem Vorstand der Volkswagen AG erstmals bewusst, dass Rückstellungen zu bilden sind? Warum wurde die Abgasmanipulation nicht bereits vor der Veröffentlichung der US-Behörden per Ad-hoc-Mitteilung veröffentlicht?“

In ihrem Brief an VW, der dem SPIEGEL vorliegt, schreibt die BaFin, „durch die Einräumung der vorsätzlichen Manipulation am 3.9.2015 gegenüber den beiden US-Behörden EPA und CARB ist davon auszugehen, dass es spätestens ab diesem Zeitpunkt für den Vorstand der Volkswagen AG hinreichend konkret sein musste, dass erhebliche finanzielle Milliardenzahlungen auf den VW-Konzern zukommen werden“.

Die BaFin erstattete bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig Strafanzeige gegen den damals amtierenden VW-Vorstand, also auch gegen Hans Dieter Pötsch.

Es gibt Hinweise darauf, dass der damalige Finanzvorstand frühzeitig von den drohenden Risiken in den USA erfahren haben könnte, kurz nach dem 24. August 2015 – mehrere Wochen bevor der Skandal bekannt wurde.

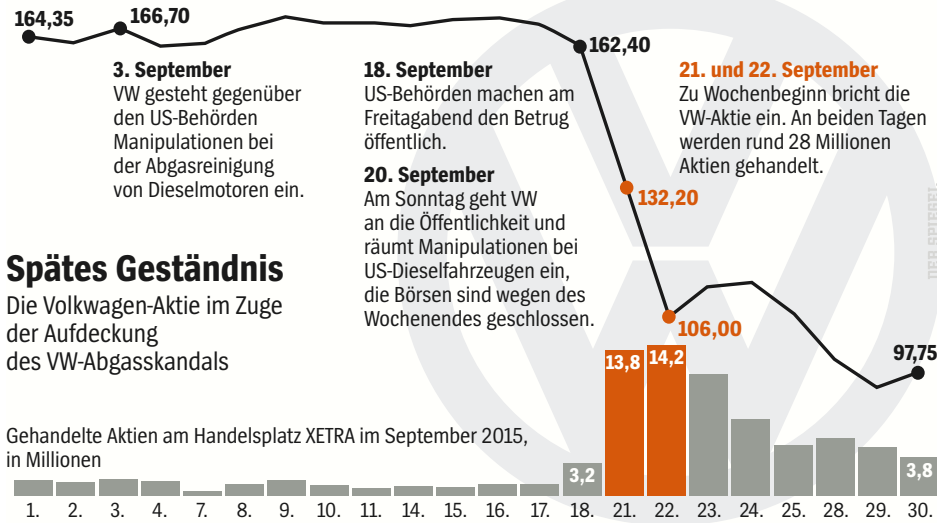
An jenem Montag tagte in Wolfsburg der Vorstand der Marke Volkswagen. Der Entwicklungschef berichtete über den Einsatz einer verbotenen Software bei Dieselmotoren in den USA. Experten trugen nach Angaben von Teilnehmern auch vor, dass möglicherweise Strafzahlungen von



ALEXANDER KOERNER / GETTY IMAGES

Ex-VW-Chef Winterkorn
„Wo ist der Pötsch?“

Kurs der VW-Vorzugsaktie im September 2015



Spätes Geständnis

Die Volkswagen-Aktie im Zuge der Aufdeckung des VW-Abgasskandals

mehr als 20 Milliarden Dollar drohten. Anwesend war neben Volkswagenchef Herbert Diess auch der Finanzvorstand der Marke, Arno Antlitz.

Wolfsburger Manager berichten, es sei im VW-Konzern üblich, dass die jeweiligen Fachvorstände den ihnen übergeordneten Konzernvorständen über wesentliche Ereignisse in den Marken berichten. Der Fi-

nanzvorstand der Marke Volkswagen also dem Finanzvorstand des VW-Konzerns, Hans Dieter Pötsch.

Auf Anfrage des SPIEGEL, ob Pötsch von Antlitz über die drohenden Milliardenzahlungen in den USA informiert worden sei, antwortet dessen Sprecher: „Grundsätzlich gilt, dass wir uns zum Stand der Ermittlungen nicht äußern können.“

Die Staatsanwaltschaft ließ sich lange Zeit, um die Anzeige der BaFin zu prüfen. Ermittlungen nahm sie dann nur gegen zwei Vorstände auf. In der entsprechenden Pressemeldung steht ein äußerst ungewöhnlicher Satz: „Bei dem zweiten Beschuldigten handelt es sich nicht um den amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden.“

Seit wann veröffentlichen Staatsanwälte, gegen wen sie nicht ermitteln? Der Satz wirkt wie ein Kniefall vor dem Volkswagen-Konzern, dessen Hauptversammlung zwei Tage später ebendieser Aufsichtsratsvorsitzende Pötsch leiten sollte.

Klaus Ziehe, der Sprecher der Staatsanwaltschaft, sagt: „Ein solcher Vorwurf ist komplett falsch und abwegig. Er wird allein schon durch den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Pressemitteilung am Montag widerlegt.“ Man habe den Namen des zweiten Beschuldigten neben Winterkorn aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht genannt. Zu erwarten gewesen sei danach eine öffentliche Spekulation darüber, ob es sich bei dem zweiten Mann um den Aufsichtsratsvorsitzenden Pötsch handle, in dessen Zuständigkeitsbereich grundsätzlich auch die Ad-hoc-Mitteilungen fielen. Es sei deshalb erforderlich, diese Person vor einer falschen

1954



Die wahrscheinlich schönste Schlammschlacht vor Erfindung der Promi-Scheidungen: Beim „Wunder von Bern“ helfen Kampfgeist, Fritz-Walter-Wetter und leichtere Fußballschuhe mit den ersten **Schraubstollen aus Polyamid**.

1998



Wer auf Fußball steht, muss dies fortan im Sitzen tun: Einzelsitze werden bei europäischen Begegnungen Pflicht. Dank der Chemie sind die **Kunststoffsitze** farbig und robust.

In Frankreich schon sicher im

1996



Für alle, die lieber im Applaus baden als im Schweiß: In Trikots aus **atmungsaktiven Chemiefasern** kickt sich die deutsche Elf zum dritten EM-Titel.

2006



Deutschland wird Weltmeister – im Public Viewing: Allein in Frankfurt verfolgen rund 2 Mio. Zuschauer „Deutschlands Sommermärchen“ auf riesigen lichtstarken LED-Videowänden. **Halbleitern** aus der Chemie sei Dank!

Schlussfolgerung in der Öffentlichkeit zu schützen.

Am Mittwoch auf der Hauptversammlung war Pötsch zumindest vor dem Zorn der Aktionäre nicht mehr zu schützen. Manche wurden ausfallend: „Hören Sie auf, gehen Sie raus.“ Ein Aktionär, der sachlich blieb, warf dem Chefkontrolleur vor: „Sie sind der personifizierte Interessenkonflikt.“

Das ist der Kern. Pötsch kann die Rolle des Aufklärers nicht spielen. Als Aufsichtsratschef muss er beispielsweise darüber entscheiden, ob der Konzern Manager wegen des Dieselbetrugs auf Schadensersatz verklagt, ehemalige Kollegen, mit denen er jahrelang zusammengearbeitet hat. Möglicherweise auch, ob Schadensersatz vom einstigen Finanzchef zu fordern ist, also von sich selbst. Absurd.

Bislang rettet sich Pötsch bei Interessenkonflikten oft dadurch, dass er sich der Stimme enthält. Das ist häufig der Fall. Als es um Bonuszahlungen an Vorstände für das Jahr 2015 ging, in dem er selbst noch diesem Gremium angehörte. Oder als zu klären war, ob der Konzern eine Dividende ausschüttet. Da wollte er im Streit zwischen den Familien Porsche und Piëch auf der einen und dem Land Niedersach-

sen auf der anderen Seite nicht Partei ergreifen. Aber wie kann einer das Kontrollgremium führen, der bei wichtigen Themen nicht mitentscheidet?

Auf der Hauptversammlung musste zweimal über einen Antrag abgestimmt werden, Pötsch abzulösen. Weil sich in die-

Wenn VW effizienter arbeitet, sind wohl mehr als 10 000 Arbeitsplätze überflüssig.

sem Fall die Großaktionäre Niedersachsen, Porsche und Piëch ausnahmsweise einig waren, hatten die Kritiker keine Chance.

Die nächsten Konflikte aber stehen an. Es geht darum, wie die Marke Volkswagen ihre Kosten senkt, damit mehr Geld für die Investitionen in Elektroautos zur Verfügung steht. Wenn Volkswagen effizienter arbeitet, sind wohl mehr als 10 000 Arbeitsplätze überflüssig, die meisten davon in den niedersächsischen Werken, in Emden, Wolfsburg, Hannover, Braunschweig und Salzgitter.

Niedersachsens Ministerpräsident Weil und Betriebsratschef Bernd Osterloh drän-

gen darauf, dass der VW-Konzern eine eigene Batteriefertigung aufbaut und neue Arbeitsplätze schafft. Als mögliche Standorte für eine Fabrik werden Salzgitter oder Wolfsburg genannt. Wirtschaftlich sinnvoller aber wäre es nach Ansicht vieler Manager, die Batteriezellen bei großen Produzenten wie Samsung einzukaufen.

Deshalb werden sich in der Frage, ob der Konzern Milliarden in eine Batteriefabrik investiert, wieder zwei Lager gegenüberstehen: das Land Niedersachsen und der Betriebsrat auf der einen Seite und die Familien Porsche und Piëch auf der anderen. Der Dauerstreit der Großaktionäre wird zur Zerreißprobe für den Konzern.

Und was macht der Mann, der den Wolfsburger Autohersteller über knapp ein Jahrzehnt prägte?

Winterkorn hatte gehofft, dass in Kürze der Bericht der Kanzlei Jones Day veröffentlicht wird, der ihn wohl eher ent- als belastet. Dass die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt, habe ihn getroffen, sagen Vertraute. Nun muss er warten, bis die Staatsanwälte entscheiden, ob sie Anklage erheben. Doch wenn Winterkorn etwas nicht beherrscht, dann ist es: ruhig abwarten.

Hubert Gude, Dietmar Hawranek

2016



Ganz schön helle: **Hightechkunststoffe** im Dach von Lyons neugebautem „Stadion der Lichter“ sorgen für UV-Licht-Durchlässigkeit und verhelfen dem EM-Rasen so zu rasendem Wachstum.

2026

Endspiel dabei: die Chemie.

2020

Ob auf Hartplatz, Kunstrasen oder auf der großen Bühne bei internationalen Meisterschaften – die Chemie ist ein wichtiger Spielmacher des Rasenballsports: mit Polyamid für Stollen, mit atmungsaktiven Fasern für Trikots oder mit Hightechkunststoffen für Stadionsdächer. Mehr Informationen gibt es in der Verlängerung: www.ihre-chemie.de.

Ihre Chemie.

Freuen Sie sich auf die Zukunft.



GILLES SABRIE / DER SPIEGEL

„Größtmöglicher Hebel“

Weltwirtschaft Joachim von Amsberg, Vizepräsident der neu gegründeten asiatischen Investitionsbank, über Pekings Ehrgeiz und die Rolle der Deutschen bei diesem Projekt

Der Berliner **Amsberg**, 52, hat in führenden Funktionen für die Weltbank gearbeitet, seit Februar leitet er die Bereiche Politik und Strategie bei der Ende 2015 gegründeten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) in Peking. Die AIIB ist mit einem Kapital von 100 Milliarden Dollar eine der weltgrößten Entwicklungsbanken, Deutschland ist mit 4,6 Prozent nach China, Indien und Russland ihr viergrößter Anteilseigner. Diese Woche wird die Bank ihre ersten Großprojekte verkünden, darunter den Bau zweier Autobahnen in Pakistan und in Tadschikistan.

SPIEGEL: Es gibt den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und andere Entwicklungsbanken. Wozu braucht die Welt eine weitere Institution, um in armen Ländern Geld zu verteilen?

Amsberg: Weil der Bedarf an Investitionen in diesen Ländern so groß ist. Allein für den Ausbau von Infrastruktur fehlen 3000 Milliarden Dollar jährlich. Gemessen an diesem Bedarf sind die Kapazitäten der bestehenden Entwicklungsbanken sehr klein – etwa 130 Milliarden Dollar jährlich. Wie sehr der Mangel an solchen Investitionen die Entwicklung aufhält, kann man in vielen Ländern sehen. Wie weit umgekehrt große Investitionen ein Land voranbringen können, das sieht man hier in China.

SPIEGEL: China ist der größte Geldgeber der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, ihr Sitz ist in Peking, ihr Präsident

ist Mitglied der Kommunistischen Partei. Wird diese Bank vor allem Chinas Interessen durchsetzen?

Amsberg: Die AIIB ist auf Chinas Initiative hin entstanden, doch es ist eine internationale Bank mit derzeit 57 Mitgliedern, darunter Deutschland. Unsere Währung ist der Dollar, unsere Geschäftssprache ist Englisch, wir stehen Mitarbeitern aus allen Ländern offen – nicht nur den an der Bank beteiligten. China ist mit rund 30 Prozent zwar der größte, aber kein dominanter Anteilseigner.

SPIEGEL: Der US-Anteil an der Entwicklungsbank der Weltbank beträgt nur etwa 17 Prozent.

Amsberg: Der starke Rückhalt Chinas ist ein großer Vorteil für die AIIB. Aber die Bank wird geführt wie andere große Entwicklungsbanken auch: Mitarbeiter und Vorstand sind einem Verwaltungsrat verantwortlich, und dort sitzen die Vertreter aller Mitgliedsländer.

SPIEGEL: China versuchte jahrelang, seine Anteile und Stimmrechte im IWF und in der Weltbank zu erhöhen. War es ein Fehler, dass die USA und Europa das verhindert haben?

Amsberg: In den Schwellenländern ist insgesamt Frust darüber entstanden, dass sie die Anteilsstruktur nicht verändern konnten. We-

der stimmten die Industriestaaten einer ausreichenden Kapitalerhöhung zu, noch akzeptierten sie, dass die Schwellenländer ihren Anteil erheblich erhöhen. Diese Frustration hat zur Gründung der AIIB geführt. Es ist weise von den europäischen Staaten, dass sie an diesem Vorhaben teilnehmen.

SPIEGEL: Die USA nehmen nicht teil, ja, sie haben sich mit dem Versuch, auch ihre Verbündeten davon abzuhalten, blamiert: Außer dem zögernden Kanada, Japan und den USA selbst machen alle G-7-Mitglieder mit.

Amsberg: Ich kann dazu nur sagen, dass die Bank weiterhin allen Ländern offensteht. Wir haben über unsere derzeitigen Mitglieder hinaus eine Reihe von Interessenten und erwarten, dass noch 20 bis 30 weitere Staaten beitreten.

SPIEGEL: Kurz nach der AIIB wurde die von den sogenannten Brics-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika finanzierte New Development Bank gegründet, mit Sitz in Shanghai und einem Kapital von 50 Milliarden Dollar. Auch dort spielt China eine wichtige Rolle. Ist das der Anfang vom Ende des westlich dominierten Weltfinanzsystems?

Amsberg: Die Gründung dieser Banken spiegelt wider, dass sich die Gewichte in der Welt verschieben. Aufstrebende Länder wie China spielen eine größere Rolle. Ich halte das für eine gute Entwicklung. Die Gründung der AIIB zeigt, dass China bereit ist, sich zusammen mit anderen Staaten und Organisationen zu engagieren. Es ist unser ausdrücklicher Auftrag, mit den bestehenden Entwicklungsbanken zusammenzuarbeiten. Das ist sicher im Interesse der Weltgemeinschaft.

SPIEGEL: Was wird die AIIB anders machen als andere Entwicklungsbanken?

Amsberg: Auch wir werden Kredite vergeben, auch wir werden hohe Sozial-, Umwelt- und Antikorruptionsstandards einhalten. Aber wir unterscheiden uns in der Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft: Asien ist mit mehr als der Hälfte der Stimmrechte vertreten. Außerdem werden wir nur Infrastruktur finanzieren: Wasser, Transport, Energie, digitale Netze und Städtebau. Und des Weiteren werden wir uns auf konkrete Projekte konzentrieren. Die bestehenden Entwicklungsbanken haben breite Mandate: Armutsbekämpfung, Entwicklungsförderung, Politikberatung, Aufbau von Institutionen. All das ist wichtig, aber es ist nicht unser Schwerpunkt.

SPIEGEL: Megaprojekte wie Staudämme und Kraftwerke waren lange als „Weiße Elefanten“ verpönt: Sie verschlingen sehr viel Geld



**Asiatische
Infrastruktur-
Investitions-
bank**

Größte
Kapitalgeber

China
30,3 Mrd. \$

Indien
8,5 Mrd. \$

Russland
6,7 Mrd. \$

Deutschland
4,6 Mrd. \$

Südkorea
3,8 Mrd. \$

Australien
3,8 Mrd. \$

und haben oft fragwürdige soziale und ökologische Folgen. Warum will die AIIB zu diesem Modell zurück?

Amsberg: Die Hoffnung der vergangenen Jahre, dass der Privatsektor große Infrastrukturprojekte inzwischen allein stemmen kann und die Entwicklungsbanken sich auf Politikberatung und das Soziale zurückziehen können, hat sich nicht erfüllt. Genau daraus folgt unser Mandat: Wir wollen den öffentlichen und privaten Sektor zusammenführen und die größtmögliche Hebelwirkung entfalten, um den unglaublichen Investitionsbedarf in den Entwicklungsländern zu stillen.

SPIEGEL: Jin Liqun, der Präsident der AIIB, hat seiner Bank ein schmissiges Motto gegeben: „Lean, clean, green“ – schlank, sauber, nachhaltig. Ist Chinas riesiger Staatsapparat ein gutes Beispiel für eine schlanke Verwaltung?

Amsberg: Unsere Konzentration auf wenige Sektoren und konkrete Projekte wird uns dabei helfen, effizient zu arbeiten. Und zum Vergleich: Bei der Weltbankgruppe sind insgesamt mehr als 10.000 Mitarbeiter beschäftigt, wir streben mittelfristig um die 500 Mitarbeiter an – bei immerhin mehr als der Hälfte an eingezahltem Kapital.

SPIEGEL: Das zweite Schlagwort lautet „clean“, also sauber, frei von Korruption. Ist ausgerechnet China mit seinem massiven Korruptionsproblem dafür ein Vorbild?

Amsberg: Unsere Projekte werden transparent und international ausgeschrieben, damit unsere Kreditnehmer die besten Konditionen bekommen. Wir gehen sogar weiter: Die Ausschreibungen stehen Unternehmen aus allen Ländern offen, nicht nur aus den Mitgliedsländern.

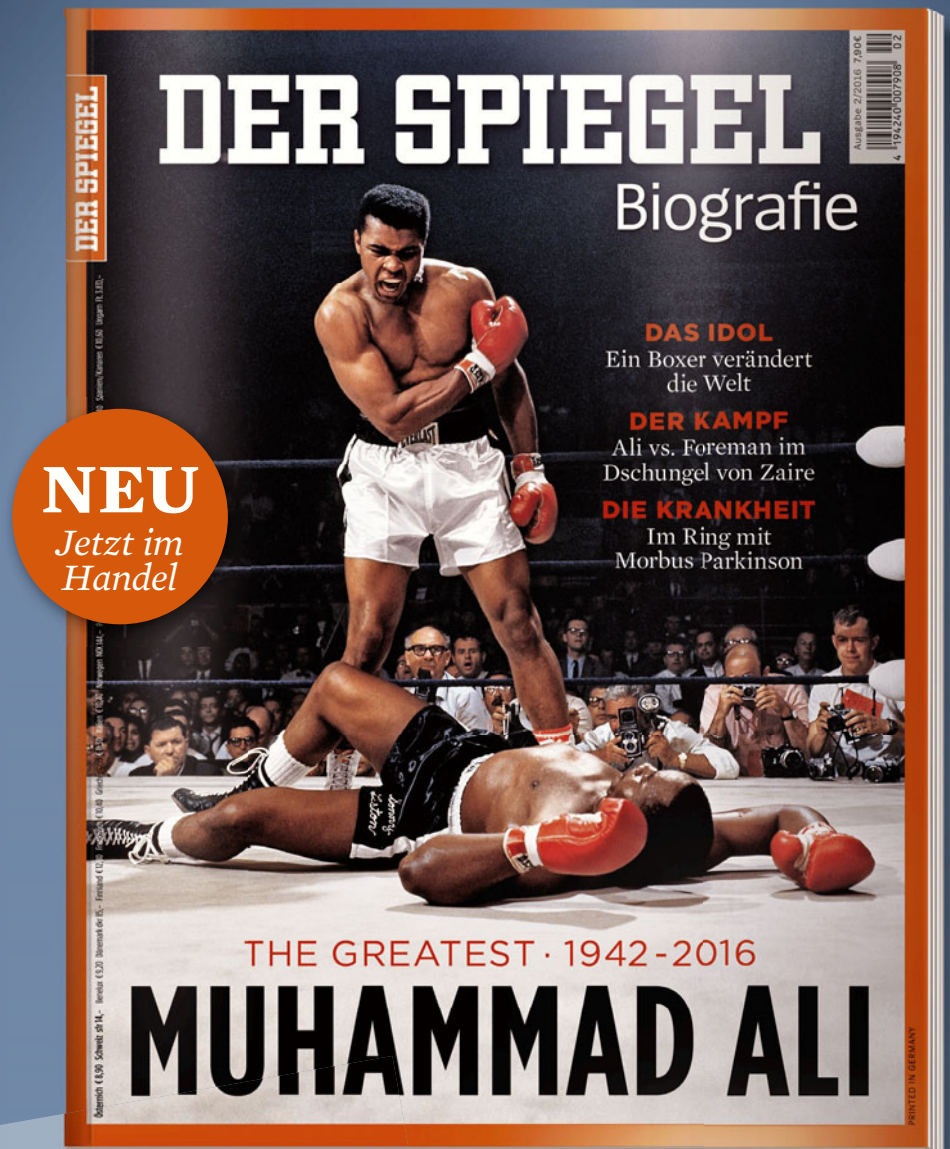
SPIEGEL: Und „green“? Chinas Entwicklungsmodell mag viele Erfolge erzielt haben, aber für Nachhaltigkeit steht es sicher nicht.

Amsberg: Vor allem die europäischen Mitgliedstaaten haben sich bei den Gründungsverhandlungen besonders dafür eingesetzt, dass die AIIB den höchsten Umwelt- und Sozialstandards folgt. Darüber gab es Übereinstimmung.

SPIEGEL: Können Sie ausschließen, dass Ihre Bank, wie in China heute üblich, große Kohlekraftwerke und sogar Atomkraftwerke finanzieren wird?

Amsberg: Wir haben uns darauf verständigt, dass wir nicht in die Energieerzeugung investieren, bevor wir für diesen Sektor eine gemeinsame Strategie festgelegt haben, und bereiten keine Projekte dieser Art vor. Die AIIB muss auf jeden Fall dazu beitragen, dass überall in Asiens Schwellenländern Strom aus der Steckdose kommt, aber wir werden vor allem in erneuerbare Energien investieren.

Interview: Bernhard Sand



www.spiegel-biografie.de

Tänzer im Ring
Seine Kämpfe, seine Gegner

Politischer Held
Protest gegen den Kriegsdienst

Ewiges Großmaul
Alis beste Sprüche



Rot wie Blut

Textilindustrie Betroffene eines Fabrikbrandes in Pakistan wollen in Deutschland Betriebsräte des Billiganbieters Kik treffen – als Zeichen der Solidarität unter Arbeitern. Es kommt anders.

Überall Licht, strahlend weiße Wände und blitzblanke Kleiderständer. Als Saeeda Khatoon das erste Mal in ihrem Leben eine Filiale von Kik betritt, macht sie der Kontrast sprachlos.

Ihr Sohn Ejaz hatte immer von der bedrückenden Enge im Keller der Textilfabrik erzählt. Von dem Krach der Nähmaschinen, dem Staub, der Hitze und den Stoffbergen, die sich bis unter die Decke türmten. „Wie in der Hölle“, erklärte Ejaz seiner Mutter. Zwölf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche schuftete Ejaz in der Fabrik. Nach vier Jahren hatte er sich vom einfachen Helfer zum Zuschneider hochgearbeitet. 8000 Rupien, rund 70 Euro, verdiente er im Monat, das war alles, was sie zum Leben hatten. Die Jeans, die er und seine Kollegen fertigten, waren für die Modekette Kik in Deutschland bestimmt. Für diese – aus Saeeda Khatoons Sicht – so unglaublich sauberen Läden.

Als am 11. September 2012 die Textilfabrik Ali Enterprises im pakistanischen Karatschi niederbrannte, starben 260 Arbeiter. Auch Ejaz kam in den Flammen ums Leben. Er wurde nur 17 Jahre alt.

Knapp vier Jahre später fährt Saeeda Khatoon durch das Ruhrgebiet. Sie trägt eine warme Strickjacke über ihrer tradi-

tionellen Kurta und dazu ein passendes Kopftuch. In jeder Stadt deutet die Pakistanerin mit dem Zeigefinger auf das rote Kik-Symbol. „Die Kunden in dem Geschäft waren ganz junge Menschen“, hat Saeeda Khatoon beobachtet, sie müssten doch wissen, wer die Jeans schneidert, die sie dort kaufen. „Das Rot im Kik-Label“, sagt Khatoon mit fester Stimme, „steht für mich für das Blut unserer Kinder.“

Gemeinsam mit zwei weiteren Angehörigen und einem Überlebenden der Brandkatastrophe hat Saeeda Khatoon einen Schritt gewagt, den viele deutsche Unternehmen, die ihre Ware in Billiglohnländern wie Pakistan, Bangladesch oder China fertigen lassen, seit Jahren fürchten: Die Pakistaner haben den Textildiscounter Kik vor dem Landgericht Dortmund auf Schadensersatz verklagt. Weil es in der Fabrik keine angemessenen Brandschutzmaßnahmen gab, Fluchtwege versperrt und Feuerlöscher defekt waren. Weil die Firma Ali Enterprises um den Zeitpunkt des Brandes zu mehr als 70 Prozent für Kik produzierte. Weil Kik ihrer Meinung nach als Hauptauftraggeber der Firma auch eine Verantwortung für die Sicherheit der Arbeiter trägt (SPIEGEL 12/2015). „Aber in erster Linie geht es uns um Ge-

rechtigkeit“, sagt Saeeda Khatoon. „Wir werden nicht länger schweigen.“

Die Klage ist ein Präzedenzfall. Zum ersten Mal könnte ein Gericht hierzulande darüber entscheiden, ob ein deutsches Unternehmen für die Arbeitsbedingungen bei einem Zulieferer im Ausland haften muss. Die Konsequenzen wären für die hiesigen Preisdrücker verheerend. Tops für 1,99 Euro könnten Unternehmen wie Kik, Lidl oder Aldi dann teuer zu stehen kommen.

Die Anwälte der Berliner Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) sowie der Hilfsverein Medico International unterstützen die Pakistaner bei der Klage und haben Saeeda Khatoon und einen weiteren Kläger nach Deutschland geholt. Eine Woche lang werden sie unterwegs sein. Sie sollen der Ausbeutung ein Gesicht geben. Sie wollen von dem Tag berichten, der ihr Leben für immer verändert hat. Von den juristischen Verfahren gegen die Firmenbesitzer in Pakistan und vom Prozess gegen einen Auditor aus Italien, der Ali Enterprises noch drei Wochen vor dem Unglück den anspruchsvollen SA-8000-Standard bescheinigt hatte. Und sie wollen sich mit Mitarbeitern aus der Kik-Zentrale in Bönen austauschen, die in Deutschland

für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Für Nasir Mansoor, Gewerkschafter aus Karatschi und ebenfalls Mitglied der kleinen Delegation, ist das Treffen mit den deutschen Betriebsräten einer der Höhepunkte der Reise. Der Schiffsbauingenieur engagiert sich seit mehr als 25 Jahren für die Rechte von Arbeitern in Pakistan, immer wieder musste er deshalb um sein Leben und das seiner Familie fürchten.

Bis heute sind nur etwa zwei Prozent der pakistanischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Unter anderem weil viele ohne gültige Arbeitsverträge beschäftigt werden und sich so überhaupt nicht bei einer Gewerkschaft registrieren können. Auch der minderjährige Sohn von Saeeda Khatoon hatte nie einen Vertrag mit Ali Enterprises unterschrieben. Seine Beschäftigung konnte sie überhaupt nur nachweisen, weil die Firmen-Zugangskarte, die ihn als Mitarbeiter auswies, noch immer um den Hals seiner Leiche hing.

Die Reise nach Deutschland ist für Mansoor auch eine Reise in ein Land, das für die Geschichte seiner Arbeitnehmerrechte internationales Ansehen genießt. „Ich habe so viele Fragen an die deutschen Kollegen“, sagt der Gewerkschafter.

Im Weltladen in Bönen warten die Gäste aus Pakistan zwischen fair gehandeltem Kaffee und Keksen mit Bioschokolade auf ihre deutschen Vorbilder. „Dieses Treffen ist für uns ein ganz wichtiges Zeichen der Solidarität“, sagt Mansoor. „Wenn wir uns international vernetzen, können wir wirklich etwas bewegen.“

Wer für Kik arbeitet, gehört in der Ersten wie in der Dritten Welt nicht zu den Gewinnern der Globalisierung. Im vergangenen Jahr tobte in Bönen, wo containerweise Kleidung aus Pakistan und Bangladesch angeliefert und umverpackt wird, einer der großen Arbeitskämpfe im deutschen Einzelhandel. Wie ihre Kollegen bei Amazon streikten die Staplerfahrer und Kommissionierer der Kik-Logistikzentrale für die Einbindung in den Einzelhandelsstarifvertrag. Es ging um etwa 400 Euro brutto mehr pro Monat. Wochenlang stritten die Betriebsräte und Vertreter der Gewerkschaft Ver.di mit dem Management der Kik-Tochter, die die Streik-Lücken einfach mit noch billigeren polnischen Leiharbeitern stopfte. Ein kritisches Betriebsratsmitglied, das sich zu der Aussage hinreißen ließ, letztlich herrsche bei Kik ein „Lohndumping-Geschäftsmodell“, das in Bangladesch wie in Bönen praktiziert werde, soll mit 14 Abmahnungen und einer außer-

ordentlichen Kündigung verabschiedet worden sein.

Negative Schlagzeilen gehören für Kik zum Alltagsgeschäft. Dem Brand bei Ali Enterprises 2012 folgte ein Jahr später der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch, bei dem mehr als 1100 Menschen starben und mehr als 2000 verletzt wurden. Auch unter diesen Trümmern lagen Shirts einer Kik-Marke.

Das Unternehmen, das zur Tengelmann-Gruppe gehört, hat den Anspruch, ein komplettes Outfit für unter 30 Euro anzubieten. „Die meisten Kunden interessiert nur der Preis“, hat der ehemalige Kik-Chef Heinz Speet in Interviews erklärt – und damit bis heute recht behalten. Der Umsatz lag 2014 bei rund 1,7 Milliarden Euro, aktuell betreibt Kik in neun Ländern mehr als 3200 Filialen, davon 2600 in Deutschland. Das Unternehmenskürzel steht für „Kunde ist König“. Den Mitarbeitern hat man offenbar eine andere Rolle zugeordnet.

Im Prozess gegen den renitenten Betriebsrat engagierte Kik die einschlägige, bundesweit agierende Kanzlei Dr. Schreiner und Partner, die unter anderem Schulungen mit Titeln wie „In Zukunft ohne Betriebsrat“ oder „Die Kündigung ‚störender‘ Arbeitnehmer“ anbietet.

Inzwischen hat Kik zwar den Lohn der Mitarbeiter um 100 Euro erhöht, verwei-

gert aber weiterhin jeden Schritt in Richtung eines Tarifvertrags. Der aufmüpfige Exbetriebsrat hat offenbar einen Vergleich mit dem Unternehmen geschlossen und eine Schweigeklausel unterzeichnet. Anfragen von Journalisten beantwortet er nicht mehr.

„Auch hierzulande wird mit harten Bandagen gekämpft“, erzählt Norbert Glaßmann, Ver.di-Funktionär aus Hamm, der die Kik-Leute während des Streiks begleitet hat und ihnen für ihren Einsatz Respekt zollt. „Die Kollegen haben große Sorge um ihre Jobs, sie wissen, dass sie für Kik am Ende leicht zu ersetzen sind.“

Mansoor und Saeeda Khatoon warten derweil im Weltladen noch immer auf die Kik-Mitarbeiter. Die Witwe, die bei dem Brand ihren einzigen Sohn verlor, bittet um eine Schmerztablette. Sie streicht ihr Kopftuch glatt und streckt den Rücken durch. Gerade hat sie einer jungen Redakteurin der Lokalzeitung noch einmal ihre Geschichte erzählt, das Foto ihres Sohnes gezeigt, auf dem Ejaz so stolz in die Kamera blickt. Sie hat noch einmal geschildert, wie sie vor der Fabrik stand und die Todesschreie der Arbeiter hörte. Man kann sehen, wie erschöpft die Frau ist.

Irgendwann ist der Kaffee auf dem Tisch kalt und allen Wartenden klar, dass niemand von Kik zu dem Treffen erscheinen

wird. Funkstille auf allen Kontaktnummern. Der Termin war seit Wochen geplant. Auch die Anwältinnen des ECCHR, die Mitarbeiter von Medico und der Ver.di-Mann haben keine Erklärung.

Die Kik-Pressestelle sagt: „Kik war über die Reise der Kläger nach Deutschland nicht informiert. Bedauerlicherweise haben weder die Veranstalter noch die Gastgeber der einzelnen Auftritte den Versuch unternommen, einen Vertreter von Kik einzuladen. Im Gegenteil: Uns wurde zu verstehen gegeben, dass unsere Anwesenheit nicht erwünscht sei.“

Gewerkschafter Glaßmann versucht, diplomatische Worte zu finden: „Es ist schade, dass es uns nicht gelungen ist, den Kik-Betriebsrat und die pakistanischen Gäste zusammenzubringen.“ Sicher hätten sich beide Seiten „als engagierte Interessenvertreter im Bemühen um Gerechtigkeit und humane Arbeitsbedingungen“ stützen können.

Als Saeeda Khatoon und Nazir Mansoor schon zum Auto gehen, um zum nächsten Termin zu fahren, kommt noch eine SMS. „Wir wünschen den Leuten aus Pakistan viel Glück“, schreibt ein Kik-Mitarbeiter. Dann ist das Handy ausgeschaltet.

Simone Salden



MARCUS SIMAITIS / DER SPIEGEL

Klägerin Khatoon: „Wie in der Hölle“



CHAMPIONS VON MORGEN (IV) Neue Technologien krempeln ganze Branchen um. Der SPIEGEL stellt in loser Folge deutsche Unternehmen vor, die das Zeug haben, in der Wirtschaft von morgen eine große Rolle zu spielen.

Herr der Dinge

Zukunft Teamviewer aus Göppingen ist schon jetzt eine der größten Softwarefirmen des Landes. Dem Unternehmen und seinen Kapitalgebern reicht das noch lange nicht.

Firmen wie Permira haben nur ein Ziel: aus Geld noch mehr Geld zu machen. Sie kaufen Unternehmen, um sie in einigen Jahren wieder zu verkaufen – mit einem hohen, manchmal auch mit einem sehr, sehr hohen Aufschlag.

Bei Teamviewer könnte diese Rechnung aufgehen, obwohl Permira vor zwei Jahren 870 Millionen Euro, rund eine Milliarde Dollar, für die damals gerade zehn Jahre alte Softwarefirma aus dem schwäbischen Göppingen gezahlt hat. „Das ist aktuell eines der spannendsten Investments der Permira-Fonds“, sagt Jörg Rockenhäuser, Deutschlandchef der Beteiligungsgesellschaft. Das Unternehmen habe fast noch Start-up-Charakter und „das Potenzial, in einigen Softwaremärkten weltweit tonangebend zu sein“.

Der Mann, der dieses Potenzial ausschöpfen soll, heißt Andreas König. Permira lockte den Österreicher, der Maschinenbau studiert und zuletzt beim Schweizer Konzern Swisscom gearbeitet hatte, in die schwäbische Provinz, in ein Gebäude, das einmal die örtliche Sparkasse beherbergte. „Man kann nicht nur vom Silicon Valley aus die Welt erobern“, sagt König.

König, 51, kurze gelbe Haare, modisch zerschlissene Jeans, hatte zuvor nie etwas von Teamviewer gehört. Er führt das auf die schwäbische Mentalität der Gründer zurück. Die scheuten die Öffentlichkeit und wirkten lieber im Verborgenen.

Tatsächlich fand König in Göppingen einen wahren Hidden Champion vor. So werden Unternehmen genannt, die – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – auf ihrem Spezialgebiet Weltmarktführer sind. In Deutschland gibt es viele davon, vor allem im Bereich Maschinenbau, dort, wo Ingenieurskunst gefragt ist.

Teamviewer stellt nichts zum Anfassen her, sondern eine Software, die Endgeräte miteinander verbindet und vor allem für die Fernwartung eingesetzt wird. In diesem Segment ist das Unternehmen tatsächlich Weltmarktführer, innerhalb weniger Jahre stieg es zum drittgrößten deutschen Softwareanbieter auf. Künftig will es auch bei der Digitalisierung der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

Weltweit wurde die Teamviewer-Software mehr als eine Milliarde Mal heruntergeladen, rund 200 Millionen Menschen nutzen sie aktiv. Mit ihrer Hilfe können sich Außenstehende, Experten, Kollegen oder Freunde in einen Computer einlog-




TeamViewer
gegründet **2005**
Jahresumsatz **ca. 200 Mio. €**
Investor **Permira**
Marktwert **über 1 Mrd. \$**
rund **600** Mitarbeiter, davon
400 in Göppingen, Baden-
Württemberg

Unternehmenschef König in San Francisco: „Die Fantasie kennt keine Grenzen“

gen und dort Probleme lösen. Sie können gemeinsam Präsentationen ansehen und an Projekten arbeiten.

Täglich kommen fast eine Million neuer Nutzer dazu. Die aktuellen Zahlen zeigt eine große Leuchtschrift in der Zentrale des Unternehmens sekundengenau an.

Für Privatpersonen ist die Teamviewer-Software kostenlos, professionelle Nutzer, sie sind die Minderheit, müssen zahlen. Das Unternehmen setzt darauf, dass immer mehr Kunden auf die Bezahlvariante umsteigen, wenn sie erst mal vom Produkt überzeugt sind. Auch so kommen immerhin rund 200 Millionen Umsatz im Jahr zusammen. Das Unternehmen bestätigt diese Zahl ebenso wenig wie die angebliche Gewinnmarge von über 50 Prozent. Jedenfalls ist genügend Geld für die ehrgeizigen Expansionspläne da.

Die Ursprünge von Teamviewer liegen in einem kleinen schwäbischen Softwarehaus. Dessen Mitarbeiter hatten es satt, ständig zu den Kunden fahren zu müssen, um ihr Produkt zu präsentieren oder Probleme zu lösen. Deshalb entwickelten sie dafür eine eigene Software, die schnell erfolgreicher war als ihr eigentliches Produkt. Die Gründer wurden von diesem Erfolg überrollt, sie waren vollauf damit beschäftigt, von morgens bis abends die Flut der Aufträge abzuarbeiten. Schließlich spalteten sie das neue Geschäft ab und verkauften es an einen Investor, von dort landete es bei Permira. „Wir hatten über Kontakte unseres Büros im Silicon Valley gehört, dass Teamviewer zum Verkauf stand“, sagt Rockenhäuser.

Permira stellte ein internationales Managementteam zusammen, um den Verkauf zu intensivieren, kundennahe Produkte zu entwickeln und in benachbarte Märkte zu expandieren. 600 Menschen aus über 50 Nationen arbeiten inzwischen bei Teamviewer, 400 in Göppingen, über 100 in Florida.

Für das kleine Büro im Silicon Valley hat König eine ehemalige Microsoft-Führungskraft angeheuert, die dort für den Messaging-Dienst Skype verantwortlich war. „Die USA haben sich zu unserem wichtigsten Markt entwickelt“, sagt er. Zurzeit führt er Gespräche mit amerikanischen Unternehmen, die ihre eigenen Produkte mit der Teamviewer-Software verknüpfen wollen.

König hat das Wachstum weiter beschleunigt, auf 20 Prozent, aber der eigentliche Treiber soll IoT werden. Das Kürzel steht für „Internet of Things“, das Internet der Dinge, es beschreibt eine Welt, in der zunehmend alles mit allem vernetzt wird, Maschinen mit Menschen und Maschinen mit Maschinen. „Schon in wenigen Jahren ist IoT vermutlich größer als alles, was wir heute haben“, sagt der Teamviewer-Chef.

Das klingt erstaunlich, denn bislang ist das Internet der Dinge nicht viel mehr als ein Schlagwort. Als Beispiel für die künftige Vernetzung vieler Gegenstände wird gern der Kühlschrank genannt, der meldet, wenn die Milch alle ist, und gleich Nachschub bestellt. König hält diese Anwendung für „nicht sehr wahrscheinlich“.

Er hat seine eigene Sicht der Dinge. IoT sieht er gerade auf dem Gipfel des Hype-Cycle. Dieser Begriff, den eine amerikanische IT-Beraterin geprägt hat, beschreibt die Phasen einer technologischen Entwicklung. Demnach kommt nach dem Durchbruch der Hype, ihm folgt der Absturz ins Tal der Tränen, aus dem es dann langsam aufwärtsgeht. Bis IoT diesen Zyklus durchlaufen hat und in der Industrie angekommen ist, dauert es nach Königs Schätzung noch 10 bis 15 Jahre.

Diesen Zyklus will er durchbrechen, durch ganz einfache, schnell erfahrbare Lösungen auf der Basis der Teamviewer-Software, anwendbar „grundsätzlich überall, wo Sie keine Menschen vor Ort haben, sondern direkt aufs Gerät gehen“. Das Unternehmen verfügt über eine weltweite Infrastruktur mit einem Netzwerk von Servern. Die Verbindung sei absolut sicher, betont er.

Schon jetzt gibt es zahlreiche Anwendungen. Die Lachsfarm in Schottland startet den Fütterungsprozess aus der Ferne, in der Landwirtschaft werden Bewässerungsanlagen an- und abgeschaltet, Schneekanonen werden automatisch gesteuert und gewartet, Kassen von Franchise-Unternehmen zentral ge- und entsperrt. Über sogenannte Augmented-Reality-Brillen können Experten aus der Ferne mitsehen und dem weniger ausgebildeten Personal vor Ort Anweisungen geben. „Die Fantasie kennt keine Grenzen“, sagt König.

Gefragt ist auch die Fantasie der Kunden. Teamviewer fordert sie auf, ihre Probleme zu schildern. Die Mailing-Liste des Unternehmens umfasst 8 Millionen Adressen, über Social Media werden 200 Millionen Menschen erreicht.

König sieht in der eigenen Technologie aber auch eine Chance für die anderen Hidden Champions des Landes, die noch greifbare Güter fertigen: „Sie können so einfacher ihre Produkte in der digitalen Welt vernetzen.“

Irgendwann wird Permira aussteigen und Kasse machen, das ist das Geschäftsmodell von Private-Equity-Gesellschaften. Die durchschnittliche Haltedauer liegt bei fünf bis acht Jahren. Ein schneller Verkauf liege aber nicht in ihrem Interesse, sagt Permira-Deutschland-Chef Rockenhäuser: „Wir glauben, dass Teamviewer ein Unternehmen ist, aus dem man etwas sehr Großes machen kann.“

Armin Mahler

Mail: armin.mahler@spiegel.de

Jetzt im Handel



SCHWERPUNKT: DAS PERFEKTE TEAM

Weitere Themen:

■ BRANDING

So geht Marketing im Zeitalter von Social Media

■ FORSCHUNG

Warum Aufsichtsräte den nächsten CEO auslösen sollten

Jetzt testen:

Der digitale Harvard Business Manager
2 Ausgaben für nur € 18,90

harvardbusinessmanager.de/angebot



HD16-512

www.harvardbusinessmanager.de



Harvard Business manager

DAS WISSEN DER BESTEN



Containerschiffe im Hamburger Hafen

„Da ist nicht viel zu erwarten“

Tatsächlich aber fing der Ärger erst an. 2013 nämlich entschied der Bundesgerichtshof bei zwei ähnlichen Fonds, dass die Rückforderung solcher „Darlehen“ unrechtmäßig sei, da die Ausführungen im Gesellschaftervertrag nicht eindeutig seien. Und im Gesetz ist eine solche Rückforderung nur für den Insolvenzfall vorgesehen.

Reiter hätte das Geld also gar nicht zahlen müssen, wie auch seine Fondsgesellschaft eingestand. Kurze Zeit später rutschte diese in die Pleite. Also wandten sich die Reiter an den Insolvenzverwalter und verlangten, in die Reihe der Gläubiger des Fonds aufgenommen zu werden. So würden sie zumindest noch einen kleinen Anteil ihrer Zahlung wiederbekommen, dachten die Eheleute. Die Sache landete vor Gericht – und der Insolvenzverwalter des Fonds entschloss sich zu einem überraschenden Schachzug.

Er stimmte der Forderung der Reiter zu. So galt ihre Zahlung offiziell als freiwilliger Kredit an die Fondsgesellschaft. Gleichzeitig verklagte der Insolvenzverwalter die Reiter wieder: auf die Rückzahlung früherer Ausschüttungen.

Was absurd klingt, kam vor Gericht durch. Das Amtsgericht Hamburg gab dem Insolvenzverwalter recht: Die Reiter sollten erneut 4908,40 Euro zahlen, plus Zinsen. Gleichzeitig soll ihre frühere Zahlung über 4908,40 als Forderung in die Insolvenzliste aufgenommen werden. „Da ist aber wahrscheinlich nicht viel zu erwarten“, sagt Rechtsanwalt Veil. „Es sei denn, der Insolvenzverwalter unternimmt besondere Anstrengungen und stellt zum Beispiel Schadensersatzansprüche gegenüber dem Emissionshaus oder den Banken, die sich alles andere als korrekt verhalten haben.“

Reiters Emissionshaus wehrt sich gegen Vorwürfe. Für das Ziel einer geordneten Abwicklung ohne Insolvenzverfahren sollten einst „geringfügige Ausschüttungen“ von Anlegern zurückgefordert werden, heißt es in einer Stellungnahme – insgesamt 2,9 Millionen Euro. Man selbst habe ebenfalls auf rund eine halbe Million Dollar verzichtet. Durch die steuerlichen Verlustzuweisungen hätten die Anleger zudem keinen Totalverlust erlitten, sondern über 50 Prozent „Kapitalrückfluss generieren“ können.

Veil hat für die Reiter trotzdem Beruhigung eingelegt. Denn nicht alle Richter haben in der Sache gleich entschieden, und bei Reiters zahlt die Rechtsschutzversicherung. „Für andere Anleger könnte es allerdings teuer werden, wenn sich die Sichtweise des Hamburger Gerichts durchsetzt“, sagt Veil.

Anne Seith

Mail: anne.seith@spiegel.de

Doppelt abkassiert

Finanzen Anleger, die in Schiffsfonds investiert haben, werden zur Kasse gebeten: Sie sollen frühere Ausschüttungen zurückzahlen – und das gleich zweifach.

MS „Cape Sorrell“, das hörte sich nach einem aufregenden Geschäft an: ein Containerschiff, benannt nach einer Landzunge der Insel Tasmanien, das als Zubringer für riesige Transporter in den großen Häfen der Welt tätig sein sollte. Die „Cape Sorrell“ werde vom prosperierenden Seehandel profitieren und für regelmäßige Ausschüttungen an ihre Anleger sorgen, so stellt es der Verkaufsprospekt des dazugehörigen geschlossenen Fonds in Aussicht. Dank der Möglichkeit, Verluste steuerlich abzusetzen, liege die „erwartete Rendite“ sogar bei mehr als 14 Prozent.

Harald Reiter*, früher leitender Angestellter in einer Elektronikfirma, ärgert sich gewaltig, dass er darauf hereingefallen ist und rund 15.000 Euro investiert hat. „Da war vieles auf Hinterhältigkeit ausgelegt“, ist er heute überzeugt. Schon seit Jahren steckt der Rentner in einem juristischen Kleinkrieg fest, der zur Posse geworden ist.

Die jüngste Wendung: Reiter soll, genau wie andere Anleger, frühere Ausschüttungen aus seinem inzwischen pleitegegangenen Fonds zurückzahlen. Und zwar schon zum zweiten Mal. So will es der Insolvenzverwalter der Fondsgesellschaft – und auch das Amtsgericht Hamburg. Für Reiter geht

es um 4908 Euro, „bei anderen Mandanten aber auch schon mal um mehrere Zehntausend Euro“, sagt der Münchner Anwalt Ralph Veil.

Dabei schien Reiters Fonds bis zum Jahr 2008 ordentlich zu laufen, regelmäßig floss Geld auf sein Konto. Im November 2009 allerdings erreichte den Rentner ein Brandbrief. Die Containerschiffahrt stecke in einer Krise: „Die Charraterraten sind von Ende 2008 bis Mitte 2009 um bis zu 60 Prozent eingebrochen.“ Man müsse deshalb alles „Erforderliche veranlassen“, um die Fondsgesellschaft zu retten.

In dem Brief wurden Reiter und seine Frau zum ersten Mal aufgefordert, frühere Ausschüttungen an den Fonds zurückzuüberweisen. Bei diesen Geldern, so erfuhr sie, habe es sich nicht um „ausschüttungsfähige Gewinne“ gehandelt. „Viele Fonds haben ihren Anlegern auch in schlechten Jahren Geld überwiesen, um vorzugaukeln, dass es gut läuft“, sagt Anwalt Veil. Das Emissionshaus, bei dem Reiter unterschrieben hatte, hält dagegen, solche Ausschüttungen seien im Prospekt ausdrücklich vorgesehen und „in den Neunzigerjahren durchweg üblich“ gewesen.

Als aber 2008 mit der Finanzwelt auch die Handelsschiffahrt in die schwerste Krise ihrer Geschichte geriet, begannen Fondsgesellschaften diese Gelder in großem Stil von ihren Anlegern zurückzuverlangen oder sogar einzuklagen (SPIEGEL 13/2014) – mit einer bizarren Begründung: „Gemäß § 11 Ziff. 3 des Gesellschaftervertrags“ seien solche Ausschüttungen nur „darlehensweise“ gezahlt worden, erfuhr etwa Reiter aus einem Schreiben. Sprich: Das Geld war eine Art Kredit an das Paar. Dieser müsse nun zurückgezahlt werden. Schon damals wurde Reiter sauer, entschloss sich aber nachzugeben. Dann wäre die Sache vom Tisch, und vielleicht würde die Fondsgesellschaft ja sogar die Wende schaffen, hoffte er.

* Name geändert.

Kontaktverbot im Web

Gesundheit Eine Regelung aus dem Deutschen Reich behindert die moderne Onlinemedizin. Ein neues Gesetz soll die Situation sogar noch verschärfen.

Die Arztpraxis, an der sich die deutsche Politik stört, liegt in London und behandelt an einem guten Montag 2000 Patienten. Keiner der zwölf Ärzte dort hat ein Stethoskop um den Hals baumeln, es gibt kein Wartezimmer, und niemand muss sich auf einen Termin in vier Wochen vertrösten lassen.

DrEd ist keine normale Praxis, sondern ein virtuelles Sprechzimmer im Internet. In der Onlineordination werden jeden Tag auch rund 400 Patienten aus Deutschland behandelt – wegen Blasenentzündung, Heuschnupfen oder Haarausfall. „Fast alle wollen ein Rezept haben“, sagt DrEd-Gründer David Meinertz, 42, dessen Vater Chefkardiologe am Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf gewesen ist. Die Patienten arbeiten sich durch einen Fragebogen auf der Website, bezahlen je nach Aufwand zwischen 9 und 29 Euro. Passt alles, gibt es am Ende ein Rezept per Post oder digital an eine Versandapotheke.

Der Service ist für Patienten komfortabel, für deutsche Ärztefunktionäre aber ein Ärgernis. Sie würden die unliebsame Konkurrenz aus dem Netz am liebsten loswerden und berufen sich dabei auf das „Verbot der ausschließlichen Fernbehandlung“, ein Relikt in der Berufsordnung. Die Ursprünge liegen wohl in einem Reichsgesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten von 1927; es ging darum zu regeln, dass Ärzte Syphilis oder Tripper nicht aus der Ferne therapieren dürfen. Seitdem gilt: Ein Arzt muss einen Patienten mindestens einmal gesehen haben, bevor er ihn auch online oder per Telefon behandeln darf.

Was in Vor-Internet-Zeiten erachtet wurde, wirkt heute in vielen Fällen absurd und zementiert Deutschlands digitale Rückständigkeit. „Man muss nicht jeden Patienten persönlich getroffen haben. Nach sechs Jahren Studium und einer noch mal so langen Facharzt-ausbildung sollte ein Arzt in der

Lage sein, selbst zu entscheiden, ob er einen Patienten gesehen haben muss“, sagt Markus Müschenich, Kinderarzt und im Vorstand des Bundesverbands Internetmedizin. Für Bagatellen wie Mückenstiche bei Kindern oder simplen Durchfall müsse der Patient nicht immer in eine Praxis, findet er.

Doch der Gesetzgeber will das Verbot sogar noch verschärfen: Geplant ist eine Regelung, die es Apothekern verbietet, Rezepte einzulösen, wenn sie den Verdacht haben, dass diese durch ausschließliche Fernbehandlung zustande gekommen sein könnten.

Unter Experten heißt das Vorhaben „Lex DrEd“. Ziel sei es, argwöhnen sie, den Londonern das Handwerk zu legen. Die Konsequenzen wären aber weitreichender. „Das Gesetz macht die Onlinemedizin kaputt. Bekommt man kein Rezept, macht eine Fernbehandlung keinen Sinn“, sagt Mediziner Müschenich. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und Telemedizinexperte Dirk Heidenblut hält die Restriktion für falsch und sieht darin „eine problematische Einschränkung in der Versorgung von Patienten“.

Dank Smartphone wissen Patienten heute bisweilen mehr über ihren Gesundheitszustand als nach der schnellen Untersuchung in einer schlecht ausgestatteten Praxis. Man kann ein iPhone etwa mit einem EKG ausstatten und eine App den

Herzrhythmus analysieren lassen. Vorhofflimmern, Risikofaktor für einen Schlaganfall, kann die Smartphone-Kamera sicher erkennen. Per Bluetooth lässt sich eine Blutdruckmanschette mit dem Handy verbinden. Sogar über die Wirksamkeit der Betreuung psychisch Erkrankter per Videokonferenz gibt es vielversprechende Studien.

Dermatologen berichten, dass sie immer häufiger Fälle per Mail übermittelt bekommen – Patienten schießen Fotos ihrer Hautprobleme und bitten um eine Diagnose. Das ist zwar medizinisch-technisch möglich, aber, wenn der Arzt den Patienten nie gesehen hat, nicht erlaubt. Selbst eine reisemedizinische Behandlung, etwa die Ausstellung des Rezepts für eine Malaria-Prophylaxe, verstößt gegen geltendes Berufsrecht, wenn der Arzt den Patienten nicht kennt und aus der Ferne berät. Ebenso verboten ist es ihm, mal eben nachts per Videoschleife mit Neupatienten akute Beschwerden zu besprechen.

„Es geht nicht darum, dass jeder Patient aus der Ferne behandelt werden soll. Aber die grundsätzliche Option dafür sollte es geben, wenn es Arzt und Patient wollen“, sagt Thomas M. Helms, Kardiologe und Vorstandsmitglied der Deutschen Stiftung für chronisch Kranke. Er sieht noch ein anderes Problem: „Sehr bald werden unzählige Kollegen ihre Facharztpraxen aufgeben und damit eine Patientenbetreuung aus der Ferne notwendig machen. Es ist fahrlässig, Telemedizin derart zu behindern.“

In vielen europäischen Ländern gibt es weit weniger Einschränkungen der ärztlichen Fernbehandlung als in Deutschland. In der Schweiz ist es längst üblich, vor einem Praxisbesuch zunächst mit dem Telearzt zu sprechen, um herauszufinden, ob der Besuch überhaupt nötig ist. „Wäre das auch in Deutschland so, müssten sich die Ärzte nur noch um die Fälle kümmern, die ihre Hilfe wirklich brauchen, und wir hätten die Debatte um volle Wartezimmer relativiert“, sagt Susanne Mauersberg, Referentin im Team Gesundheit und Pflege beim Verbraucherzentrale Bundesverband.

Mauersberg hat einen Verdacht, warum die Ärzteschaft die Möglichkeit einer wirklichen Fernbehandlung unterbindet. „Letztlich ist es doch ein Abrechnungsproblem. Patienten, die der Arzt einfach nur deshalb einmal im Quartal einstellt, um das Praxisbudget zu sichern, würden einfach wegfallen.“

Martin U. Müller

Mail: martin.mueller@spiegel.de

Twitter: @MartinUMueller



Gründer Meinertz

Mückenstiche oder simpler Durchfall



Ohrenbetäubend

Ein Artillerist der irakischen Regierungstruppen feuert bei Falludscha, westlich von Bagdad, auf Stellungen des „Islamischen Staates“. Obwohl dieses Geschütz mit langer Leine abgefeuert wird, ist der Lärm ohrenbetäubend. Die Zentralregierung behauptete vergangene Woche zunächst, sie habe Falludscha erobert. Laut US-Quellen haben die Regierungseinheiten und mit ihr verbündete schiitische Milizen erst ein Drittel der Stadt von der Terrormiliz befreit.

Westafrika

Richtungskampf bei Boko Haram

Die nigerianische Terrorgruppe Boko Haram ist offenbar tief zerstritten. Anlass für die internen Differenzen ist nach amerikanischen Geheimdienstinformationen das Verhältnis zum sogenannten Islamischen Staat (IS). Der Boko-Haram-Anführer Abubakar Shekau hatte der Terrormiliz vor gut einem Jahr öffentlich die Treue geschworen. Weil Shekau aber Anweisungen des IS nicht strikt genug befolge, soll sich die Hälfte der bis zu 9000 Mann star-



Shekau

ken Truppe vom Boko-Haram-Chef losgesagt haben. Die Abtrünnigen werfen Shekau vor, es sei ihm nicht

gelingen, wirklich enge Verbindungen zum IS herzustellen. Das passt zu dem Verdacht, dass die verkündete

Allianz nur eine inhaltsleere PR-Aktion war. Nach US-Informationen soll das Kalifat bislang kaum Geld geschickt oder sonstige nennenswerte Unterstützung an Boko Haram geleistet haben. Das Zerwürfnis kommt zu einer Zeit, in der die Terrorgruppe militärisch immer mehr unter Druck gerät. Nicht nur die Regierung in Abuja geht gegen Boko Haram vor, sondern auch die Nachbarländer Niger, Kamerun und Tschad bekämpfen inzwischen die Shekau-Truppe. Die USA und Frankreich unterstützen die Militäraktionen mit Geheimdienstinformationen. jpu

Ägypten

„Die häusliche Gewalt nimmt zu“

Yara Fathi, 37, Menschenrechtsaktivistin einer NGO für Kommunikationsstrategien in Kairo, will ägyptische Männer zu Mitstreitern für den Feminismus machen.

SPIEGEL: Frau Fathi, Ihre Kampagne richtet sich gezielt an ägyptische Männer. Sie sollen sich bei Ihnen registrieren lassen als Kämpfer für die Rechte von Frauen. Warum?
Fathi: Wir haben festgestellt, dass die Gewalt gegen Frauen in Ägypten seit der Revolution sogar noch angestiegen ist. Die meisten Programme zu ihrer Bekämpfung richten sich nur an Frauen. Offensichtlich ist das nicht wirkungsvoll genug. Die ägyptische Gesellschaft wird von Männern kontrolliert. Wir dürfen sie nicht nur als Teil des Problems ansprechen. Sie müssen Teil der Lösung werden.

SPIEGEL: Was sollen die Männer genau tun?

Fathi: Wir suchen nach Vorbildern, die bereit sind, anderen von ihren Erfahrungen



Belästigte Frauen in Kairo

SAMUEL MOHSEN / AP

zu erzählen. Das kann ein Vater sein, dem die Erziehung seiner Töchter wichtiger ist als eine frühe Heirat; ein Cousin, der hilft, eine Vergewaltigung oder häusliche Gewalt anzuzeigen; ein loyaler Ehemann oder ein Dorfältester, der sich gegen weibliche Beschneidung einsetzt. Sie sollen anderen Männern zeigen, dass Respekt gegenüber Frauen nicht im Widerspruch zu ihrer Männlichkeit steht.

SPIEGEL: Als die islamistischen Muslimbrüder 2012 die Macht übernahmen, machte man sich viele Sorgen um die Rechte der Frauen. Nun re-

giert ein säkularer Präsident aus dem Militär. Warum verschlechtert sich die Situation dennoch?

Fathi: Das liegt vor allem an der katastrophalen Wirtschaftslage – in patriarchal strukturierten Gemeinschaften leiden darunter zuerst die Frauen. In armen Gegenden werden wieder verstärkt sehr junge Mädchen verheiratet, oft an reiche Ehemänner aus den Golfstaaten. Andere werden als Hausmädchen eingesetzt, da beobachten wir zahlreiche Fälle von Missbrauch. Die häusliche Gewalt nimmt zu, auch weil die Frustration so hoch ist. *abe*

Balkan

Wölfe an der Donau

Wladimir Putins Rockerfreunde sind wieder auf Tour: Seit Donnerstag rollen die Biker vom rechtsnationalistischen Motorradklub „Nachtwölfe“

gen Westen. Diesmal ist das Ziel der Kolonne der Balkan: Bulgarien, Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro. „Slawische Welt 2016“ lautet das Motto des Trips, der Russlands „regionale und internationale

Verbindungen“ zu den orthodoxen slawischen Ländern stärken soll: „Wir fühlen uns dort zu Hause“, sagte ein Nachtwölfe-Sprecher. Die Motorradgang unter Führung Alexander Saldostanow steht hoch in der Gunst des Kreml, Präsident Putin mischt sich gern unter die Rocker. Moskau versucht seit Längerem, Balkanländer, vor allem Serbien, von der EU abzubringen, und lockt mit militärischer Zusammenarbeit und günstigen Rohstoffpreisen. Doch auf dem Balkan sind die Rocker nicht jedem willkommen: „Das ist eine russische Provokation“, protestiert der ehemalige bulgarische Parlamentspräsident Alexander Jordanow: „Russland spielt sich als Wächter der slawischen Welt auf, die weiterhin von Moskau dominiert werden soll.“ *jpu*



Rockerboss Saldostanow, Kremlwache

ALEXEI NIKOLSKIY / TASS / ACTION PRESS

Fußnote

1000

Kilometer Flughöhe erreichte eine Mittelstreckenrakete, die am Mittwoch in Nordkorea vom Regime des Diktators Kim Jong Un getestet wurde. Die US-Regierung verurteilt den Start als „inakzeptabel“. Denn aus der Flughöhe schließen Experten, dass die „Hwasong-10“ auf eine Reichweite von 4000 Kilometer kommt – und sogar den US-Stützpunkt auf der Pazifikinsel Guam treffen könnte.

Der Zuchtmeister

Philippinen Der neue Präsident Rodrigo Duterte nennt den Papst einen „Hurensohn“, will 100 000 Kriminelle töten lassen und den Armen helfen – wer ist der Grobian wirklich? *Von Katrin Kuntz*

Bevor Rodrigo Duterte sein Amt als Präsident antritt, könnte er sich hier in seiner Heimatstadt Davao auf der Insel Mindanao noch einmal so richtig feiern lassen, doch dann geschieht ein Missgeschick. Es ist ein schwüler Abend im Juni, 200 000 Fans sind in einen Park gekommen, sie wollen ihren Bürgermeister bejubeln, der bald der wichtigste Mann der Philippinen sein wird.

Duterte betritt die Bühne im karierten Hemd, er streckt eine Faust Richtung Himmel, wie es sich für den ersten selbst ernannten linken Präsidenten der Philippinen gehört. Der Moderator reicht ihm ein Mikrofon.

Dann bewegt Duterte die Lippen. Aber es bleibt still. „Sound!“, johlen die Menschen, „Sound!“ Doch die Anlage ist defekt. Duterte könnte abbrechen, sich kurz fassen, aber natürlich tut er das nicht. Und so ist 40 Minuten lang kaum ein Ton zu hören, aber alle sehen die eindeutigen Gesten des künftigen Präsidenten:

Hand an der Kehle.

Zeigefinger säbelnd unter dem Kinn.

Schießbewegungen mit Daumen und Zeigefinger.

Ab Juli wird Rodrigo Duterte, 71 Jahre alt, Herrscher über 7107 Inseln und 100 Millionen Einwohner sein, über freundliche Menschen in einem Land voller Armut, Kriminalität und Korruption. Über ein Land, das auch an einer Schnittstelle der Welt-politik liegt: Hier im Pazifik stehen sich die Großmächte China und USA gegenüber. Immer wieder kommen sich ihre Militärs gefährlich nahe, weil China ein gewaltiges Seegebiet beansprucht, das auch Alliierte der Amerikaner – unter anderem die Philippinen – für sich reklamieren.

Die Frage muss also nicht nur lauten: Wird Duterte ein guter Präsident für die Philippinen? Sondern auch: Wie gefährlich ist er an dieser Stelle?

Duterte ist hemdsärmelig, schwer berechenbar, gewaltbereit. Als der Papst in Manila zu Besuch war und der Verkehr noch zäher floss als sonst, nannte er ihn einen „Hurensohn“. 100 000 Kriminelle will er in die Bucht von Manila werfen lassen, „um die Fische dort zu mästen“. Als es um die Gruppenvergewaltigung einer australischen Missionarin ging, witzelte er: Die Frau sei so schön gewesen, da hätte er als Bürgermeister doch der Erste sein müssen.

Selbstverständlich will Duterte die Todesstrafe wieder einführen: durch Hängen. Er hat selbst schon mutmaßliche Kriminelle erschossen, Hemmungen kennt er offenbar nicht. Die Opposition nimmt er nicht allzu ernst, und Kritik kann er nicht leiden: Mit Journalisten will er gar nicht mehr reden, verkündete er – mit dem SPIEGEL spricht er dann doch noch, Stunden nach seinem Auftritt im Park, auf einem Schemel in der Küche seines Lieblingsklubs.

Den „Trump des Ostens“ nannte die „Washington Post“ Duterte. Das US-Magazin „Time“ zeigte ihn auf dem Cover als „The Punisher“, den Bestrafer. Und der „Guardian“ nannte ihn „Duterte Harry“ – nach dem Film-Polizisten „Dirty Harry“.

Mit dem Wort „Wandel“ hat Duterte die Wahlen gewonnen, und den Begriff meint er innenpolitisch durchaus radikal: Er hat angekündigt, innerhalb von maximal sechs Monaten Kriminalität, Drogenmissbrauch und Korruption auszumerzen, er will die Struktur der Polizei überholen und das Militär gegen Kriminelle einsetzen.

Duterte gefällt sich als Polizist seiner Inselwelt. Provokation ist sein liebstes Mittel.

Außenpolitisch klingt er moderater, dürfte allerdings als Partner der Amerikaner nicht mehr so verlässlich sein: Im Konflikt um das Südchinesische Meer will er mit China verhandeln – er hofft, dass die Chinesen ihm wirtschaftlich helfen. Der Hauptstreitpunkt sind Riffe und Atolle etwa im Gebiet der Spratly-Inseln vor der philippinischen Küste. Sollte die Großmacht aber nicht genug bieten, so ließ Duterte wissen, werde er eben einfach mit einem Jetski losfahren und eine „Flagge auf einer Spratly-Insel hissen“, um klarzumachen, wer der Boss ist.

Duterte gefällt sich als Polizist seiner Inselwelt, als Mann fürs Grobe, als Zuchtmeister. Er ist ein Kraftmensch, ein Populist, der mit Ängsten arbeitet, und Provokation ist sein liebstes Mittel. Sein Programm, das er während des Wahlkampfs fast nur auf innere Sicherheit ausrichtete, folgt einem Credo: Erst wird aufgeräumt, dann folgt der Wohlstand von ganz allein.

Wie Donald Trump setzt Duterte auf seine Aura der Grobschlächtigkeit und unver-schämten Stärke.

Das Erstaunliche ist nur: Wenn er bei seiner Agenda der Verbrechensbekämpfung nicht übertreibt, wenn er sich an Regeln hält und den Sprung vom Kampagnenmodus zur Realpolitik schafft, könnte er trotzdem ein guter Präsident werden.

Denn Duterte plant, die Verfassung zu ändern und ein föderales System aufzubauen, um den Provinzen mehr Wohlstand und Selbstbestimmung zu geben. Er will Frieden schließen mit aufständischen Muslimen und Kommunisten und die Nation dadurch einen. Er könnte eine Landreform voranbringen und die Macht der politischen Dynastien beschränken, die das Land seit Jahrzehnten regieren.

Der Unterschied zu seinem Vorgänger Benigno Aquino, der zur politischen Elite gehörte, ist enorm. Aquino war ein erfolgreicher Wirtschaftspolitiker. Unter ihm wuchs die Wirtschaft um rund sechs Prozent jährlich – das Problem war nur: Der Wohlstand kam bei sehr vielen Menschen nicht an. Nur einige Industriesektoren profitierten. Rund ein Viertel aller Philippiner lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Ihnen verspricht Duterte jetzt Jobs und Sicherheit. Der Mittelschicht stellt er in Aussicht, Verkehrsprobleme zu lösen und öffentliche Gelder auch außerhalb Manilas einzusetzen. Die Oberschicht liebt ihn für sein Versprechen, Gangster zu beseitigen. Der Außenseiter Duterte bekam so bei der Wahl im Mai 39 Prozent der Stimmen. Es ist zu erwarten, dass viele Abgeordnete anderer Parteien zu ihm überlaufen werden, so ist es üblich auf den Philippinen. Eine Mehrheit, mit der er zu Beginn seiner Amtszeit praktisch alles durchsetzen kann, ist ihm damit nahezu sicher.

Der Charme des Machers ebnete ihm den Weg: Während des Wahlkampfs, am Ende einer Rede vor 300 000 Menschen in Manila, schloss Duterte mit den Worten: „Wenn ihr euren Müll nicht mitnehmt, zwingen ich euch, ihn zu essen.“ Ein typischer Duterte-Satz. Die Lokalpresse berichtete, das Gelände sei danach sauber gewesen.

Aber nie wäre Duterte so weit gekommen ohne seinen Erfolg in der 1,6-Millionen-Einwohner-Stadt Davao auf der Insel Mindanao im Süden. In Davao, einst eine



Pappfigur Duterte in Davao, Sicherheitsfanatiker Duterte beim Schießtraining: „Wenn ihr euren Müll nicht mitnehmt, zwingt ich euch, ihn zu essen“





Slum am Stadtrand Davaos: Sehnsucht nach Wandel

der gefährlichsten Städte des Landes, regierte Duterte über 22 Jahre lang als Bürgermeister. Er hat eine Taskforce aus Militärs geschaffen, Soldaten patrouillieren durch die Straßen, Drogendealer werden schon mal einfach so erschossen. Duterte erließ ein Rauchverbot, Feuerwerk ist nicht erlaubt, Alkohol nur bis ein Uhr, Minderjährige dürfen nach 22 Uhr nicht auf die Straße. Davao ist Dutertes Blaupause für das Land, so sicher soll es überall werden.

„Davao hat Duterte und seinen Methoden alles zu verdanken“, sagt Jesus Dureza, ein gut gelaunter Mann mit Brille und Seidenhemd, er sitzt in einer Hotellobby der Stadt. Dureza wird Berater im Kabinett Duterte, die beiden kennen sich seit über 50 Jahren. „Früher als wir hier zusammen zur Schule gingen, war das einzige Gesetz, dass es keines gab“, sagt er und grinst. Das hasste Duterte schon als Jugendlicher. „Es hat ihm großen Spaß gemacht, andere zu bestrafen.“

Als sie sich kennenlernten, waren sie 14 Jahre alt. Duterte und Dureza schliefen mit den anderen Schülern in einem Saal voller Stockbetten, eine wilde Horde Jungs, die sich einen Spaß daraus machte, andere zu verprügeln. Duterte sei ihr Anführer gewesen, erinnert sich Dureza. Wenn es Streit mit anderen gab, kletterten sie nachts über den Zaun, und Duterte suchte den Anführer der Bande, um ihm eine Lektion zu erteilen. „Hatte er ihn,

ging er geradewegs auf ihn zu und boxte ihm auf die Nase“, sagt Dureza. Diese Freude am Strafen zieht sich durch Dutertes Leben.

Dureza erzählt, dass Duterte sehr strenge Eltern hatte. Seine Mutter war Lehrerin, sein Vater Anwalt und in den Fünfziger- und Sechzigerjahren Gouverneur der damaligen Provinz Davao.

Wenn der Sohn etwas tat, was seinen Eltern nicht gefiel, musste er niederknien, die Arme ausgebreitet, und stundenlang auf ein Kreuzifix an der Wand starren. „Ich brauche keine Bindung zu Jesus“, habe Duterte gewitzelt, wenn er mit seinen Freunden zur Schulmesse musste, „ich habe ihn zu oft schon betrachtet.“

Nach der Schule studierten Duterte und Dureza Jura in Manila, trafen sich ab und zu in einer Bar, immer ging es um Frauen und Politik. Duterte arbeitete als Ausbilder bei der Polizeiakademie, wurde dann unter Diktator Ferdinand Marcos Strafverfolger in Davao. Tagsüber jagte er aufständische Kommunisten und Kriminelle, abends gab er im Radio kostenlos Rechtsbeistand. Duterte habe zwei Seiten, sagt Dureza: „Er ist ein Strafender und Robin Hood.“

In den Achtzigerjahren, unter Diktator Marcos, galt Davao als „blutiges Labor der Kommunisten“, erzählt Dureza, in dem Aufständische und Sicherheitskräfte sich beschossen. Als der Diktator stürzte, wurden Marcos-Funktionäre von ihren Posten

vertrieben, in Davao sollte Duterte Mutter Bürgermeisterin werden. Weil sie sich zu alt fühlte, schickte sie ihren Sohn vor.

In dem blutigen Chaos brachte Duterte seine Karriere voran. Es heißt, dass er Todesschwadronen tolerierte, die über tausend vermeintliche Kriminelle erschossen. Die Killer morden bis heute, doch sobald es zu einem Prozess kommen könnte, fehlen jedes Mal Zeugen.

„Am liebsten erledigt Duterte Verbrecher selbst“, sagt sein Freund Dureza. Einmal hätten Vergewaltiger sich in einem Haus in Davao verschanzte. Da sei Duterte mit einem Gewehr losmarschiert, habe sich vor die Tür gestellt und gebrüllt: „Hier ist der Bürgermeister! Kommt sofort runter!“ Er habe gewartet, bis die Männer ihre Waffen hoben. „Dann drückte er ab.“

Ein anderes Mal stand Dureza nachts auf der Straße, und Duterte fuhr mit einem Taxi heran, auf seinen Knien lag eine Waffe. „Was machst du?“, fragte Dureza. „Ich jage Verbrecher, die Taxis überfallen“, sagte Duterte und grinst.

Wenn Dureza fand, dass Duterte es übertrieb mit der Jagd auf Kriminelle, kritisierte er ihn in einer Kolumne der Lokalzeitung. „Doch was will man machen?“, sagt er. „Duterte kennt die Feinheiten des Gesetzes genau.“ Selbst Ermittler der Uno konnten ihm nie Gesetzesbruch nachweisen. „Stattdessen hat er es geschafft, in der Stadt eine Atmosphäre des Gehorsams

zu erzeugen“, sagt Dureza. Heute könnte genau das zum Problem werden: dass Dutertes Rhetorik ein Klima schafft, in dem Menschen einander lynchen.

Die Philippiner im Rest des Landes hörten bald von diesem Bürgermeister, der gnadenlos aufräumte. In der einheimischen Politik sind Charismatiker wie er selten. Als sich Präsident Aquinos Amtszeit nach sechs Jahren dem Ende zuneigte, boten die Konkurrenten Dutertes keine echte Alternative.

„Politisch war Duterte ein völliger Außenseiter“, sagt Nic Gabunada, einer seiner Kampagnenmanager; er sitzt in einem Nudelrestaurant von Davao und hat gerade sein Social-Media-Team gebrieft. „Duterte wollte partout nicht antreten“, erzählt er. „Er dachte: Gegen das Establishment? Ohne Geld? Ohne Maschinerie? Keine Chance.“ Doch Gabunada hat Erfahrung, er hat schon für Aquinos Kampagne gearbeitet – und er glaubte an Duterte.

Zur Sicherheit ließ er in fünf Städten testen, wie Duterte ankommt. Er produzierte einen Werbeclip, in dem Duterte etwa Glücksspielautomaten anzündet – das rabiate Video kam an. Gabunada fand zudem heraus, dass die meisten Philippiner sich für „Brot-und-Butter-Themen“ interessierten, für Lebensnotwendiges. Er versah Dutertes Kampagne mit einem Symbol, der Faust. Er erfand den Hashtag #MyDuterteStory – auf Twitter konnten Menschen erzählen, wie Dutertes Politik ihnen geholfen hat. „Am Ende beknieten die Bürger ihn, dass er kandidiere.“

„Als Duterte zum ersten Mal auf der Bühne stand, passte er seine Sprache den Massen an“, sagt Gabunada. Duterte fluchte, das war für die Massen ein Ventil. „Lasst mich für euch Scheiße sagen“ – darum sei es im Prinzip gegangen. Duterte, bekannt als Frauenheld, aber seit Langem zusammen mit seiner Partnerin Honeylet, schoss dann etwas über das Ziel hinaus. Als er den Witz über die Vergewaltigung riss, dachte Gabunada, dass man jetzt eigentlich ein Statement rausgeben müsse, um den verheerenden Eindruck abzumildern. Aber Duterte wollte nichts zurücknehmen. Grundsätzlich nicht. Sie hätten deshalb einfach nichts getan, sagt Gabunada. Und Duterte? Gewann so weiter an Fahrt.

In einer klimatisierten Mall von Manila, zwei Flugstunden von Davao entfernt, sagt Richard Heydarian: „All die Haudraufsprüche Dutertes wären verhallt, wenn er keine Substanz hätte.“ Heydarian ist Politikprofessor an der De-La-Salle-Universität und hat einen präzisen Blick auf Duterte.

„Duterte hat im Prinzip drei Persönlichkeiten“, sagt Heydarian. „Er ist der Entertainer, der Bestrafer, aber auch der Machiavelli.“ Er sei ähnlich autoritär wie der Türke Recep Tayyip Erdoğan oder wie Premier Narendra Modi in Indien. Niemand



Duterte-Freund Dureza
„Spaß am Strafen“

hätte er Davao in den Griff bekommen, wenn er nicht wüsste, wie Realpolitik geht.

Ein gutes Beispiel dafür sei der Guerillakrieg mit den Muslimen in Mindanao, bei dem seit den Siebzigerjahren mehr als 120.000 Menschen gestorben sind. „Den Friedensprozess, den die Regierung Aquino begonnen hat, kann niemand so gut vollenden wie er.“ Duterte weiß, dass es ohne Frieden auf einer der drei großen Inselgruppen kaum ausländische Investitionen geben wird. Immer wieder erinnert er daran, dass die Muslime schon da waren, als die Spanier landeten, damals im 16. Jahrhundert. Bei einer Rede rief Duterte „Alahu akbar“ – Gott ist groß –, und er will Muslime auch an der Regierung beteiligen.

Dutertes Kabinett besteht hauptsächlich aus alten Freunden, doch hat er die Posten geschickt verteilt: Soziale Angelegenheiten und die geplante Landreform verwalten Linke, ein General a.D. wird Verteidigungsminister, Technokraten bilden das Gerüst in der Mitte. Das Wirtschaftskon-

zept habe er im Prinzip von seinem Vorgänger Aquino übernommen – es war erfolgreich, warum also nicht?

Dieser Pragmatismus dürfte auch seine Außenpolitik bestimmen. Aquino hat China vor den Ständigen Schiedshof in Den Haag gebracht, um die Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer klären zu lassen. „Doch Duterte“, sagt Heydarian, „weiß, dass China selbst in Konfliktgebieten wie Mindanao Infrastruktur hinstellen kann. Und er ist viel zu pragmatisch, um sich das zu verschmerzen.“ Mit Straßen, Bahntrassen, Häfen könnte Peking also Dutertes Entgegenkommen kaufen.

Und was die USA angehe, sei Duterte skeptischer als sein Vorgänger, so Heydarian. Geprägt durch den Vietnamkrieg und durch kommunistische Lehrer, war Duterte nie Teil jener politischen Elite, die Amerika die Treue hielt. Dennoch hält er sich Verhandlungen mit beiden Seiten offen.

Duterte hat seit seinem Sieg eine komfortable Machtposition und die besten Voraussetzungen, um seine Reformen durchzusetzen. Die Frage wird sein, ob er demokratische Institutionen weiter schwächt und im neuen Amt als ernsthafter Autokrat auftritt.

Sechs Stunden nach seinem Auftritt im Park von Davao, bei dem das Mikrofon versagte, steht Rodrigo Duterte in der „After Dark Bar“, seinem Lieblingsklub in Davao, umringt von seinen Leuten. Im Hintergrund dudelt die Karaoke-Maschine, Duterte trägt immer noch das Karohemd, sitzt vor dem Tresen und gestattet seinen Anhängern ab und an Selfies mit ihm.

Kurz zuvor hat er offiziell verlauten lassen, dass er grundsätzlich nicht mehr mit Reportern reden wolle, sogar Morde an vermeintlich korrupten Journalisten hatte er verteidigt. Aber dann sagt er nach einigem Hin und Her doch: „In Ordnung, gehen wir in die Küche.“ Er quetscht sich an Messern und Töpfen vorbei und setzt sich auf einen Hocker neben einem Aquarium. Es ist vier Uhr in der Nacht.

Mister Duterte, was erhoffen sich Ihre Wähler von Ihnen?

„Die Menschen wählen einen Führer, mit dem sie sich identifizieren können. Sie glauben, dass ich etwas tun kann.“

Und das können Sie?

„Sehen Sie, wir werden hier überschwemmt von Crystal Meth, das kann ich nicht ertragen. Als Bürgermeister wurde ich schon wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Ich bin mir sicher, dass mir das auch in Zukunft passieren wird.“

Menschenrechte halten Sie für vernachlässigbar. Gleichzeitig wollen Sie Ihr Land in die Zukunft führen. Wie soll das gehen?

„Es ist doch so, diese Menschenrechtler tun ihren Job, und ich tue meinen. Die haben ihre Rechte, und ich habe meine. Ich werde Militär und Polizei ermuntern, Ver-



2858 \$ BIP pro Kopf 2015
zum Vergleich Deutschland: 40.997 \$

5,8 % Wirtschaftswachstum 2015

Quelle: IWF

brecher auszulöschen, sobald sie Gegenwehr leisten.“

Was den Konflikt auf den Spratlys angeht, haben Sie davon gesprochen, selbst mit einem Jetski auf die Inseln fahren zu wollen. Wie ist Ihr Kurs wirklich?

„Wenn China das Urteil des Schiedshofs in Den Haag nicht annimmt, sind wir natürlich Alliierte des Westens. Wir können nicht allein gegen China kämpfen, das gäbe ein Massaker an meinen Leuten. Aber wenn es den USA ernst mit der Sicherheit ist, brauchen wir mehr Material.“

Duterte zählt genauer auf, was er braucht, es ist eine lange Liste: Nachtsichtgeräte, Schnellboote, Militärgerät jeder Art.

Eigentlich wollte er nur zehn Minuten sprechen, jetzt ist knapp eine halbe Stunde vorbei. Rodrigo Duterte sitzt da mit verschränkten Armen. Sobald es um sein Herzenthema Kriminalität geht, wirkt er hellwach. Fragt man ihn, welche Schwerpunkte er neben Drogen, Kriminalität und Korruption setzen wolle, so sagt er: „Ich denke, Drogen, Kriminalität und Korruption.“

Andere drängende Probleme erwähnt er kaum. Landreform, Bildung oder Sozialpläne scheinen ihn, zumindest an diesem Abend, zu langweilen. Kokettiert er mit seinem Selbstbildnis des Sheriffs? Oder kommt er einfach nicht darüber hinaus?

Gern erklärt er, dass er Donald Trump für „brillant“ halte, und nach 40 Minuten in der Küche des Klubs ist klar: Rodrigo Duterte kann seine Tonlage ändern, kann höflich sein, sogar charmant, aber er scheint wirklich davon überzeugt zu sein, dass Drogen und Verbrechen die Hauptprobleme sind – und nicht die fehlenden Arbeitsplätze, die extreme Armut oder der Konflikt im Südchinesischen Meer. Kurz bevor er sein Amt antritt, ist Duterte immer noch: der Bürgermeister mit der Knarre.

Als er aus der Küche hinausgeht, warten seine Fans an der Karaoke-Maschine auf ihn. Duterte blickt zu seiner Partnerin Honeylet. Als er dann ein Liebeslied für sie singt, steht sie, eine herzliche Frau aus der Provinz, mit Tränen in den Augen daneben.

Bevor Duterte seine Kandidatur einreichte, hätten sie bei jedem Essen diskutiert, ob die nationale Bühne das Richtige für ihn sei oder ob sie in Davao nicht glücklicher blieben, sagt sie. Jeden Tag hätten dann aber Bürger bei ihnen geklingelt und Duterte von ihren Problemen erzählt.

„Ich habe zu Gott gebetet, dass sie ihn nicht wählen“, flüstert sie an diesem Abend in der Bar: „Aber die Menschen sehnen sich so sehr nach Wandel. Ihre Hoffnung auf einen echten Anführer war einfach stärker.“



Video:
Der Trump Asiens

spiegel.de/sp262016duterte
oder in der App DER SPIEGEL



Demonstration des „Asow“-Bataillons in Kiew: „Keine Kapitulation“

Gesetz für Selbstmörder

Ukraine Wahlen in den Rebellengebieten sollen endlich Frieden an der Grenze zu Russland bringen – aber Hardliner auf beiden Seiten versuchen, sie zu verhindern.

Am Telefon gibt er den Ton für das Interview vor: Wer seine Männer als Neonazis abstempeln wolle, mit dem treffe er sich nicht, sagt Andrij Bilezky – will dann aber doch mit sich reden lassen.

Bilezky, studierter Historiker und Oberstleutnant der Polizei, ist so etwas wie der Schirmherr des ukrainischen Freiwilligen-Bataillons „Asow“. Die Einheit, in der Rechtsextremisten kämpfen, liegt am Asowschen Meer und hält Stellungen gegenüber der Donezker Separatistenrepublik. Bilezky war lange Zeit Asow-Kommandeur, jetzt sitzt er in der Werchowyna Rada, dem ukrainischen Parlament.

Vor fünf Wochen ist er mit ein paar Tausend seiner Milizionäre zum Rada-Gebäude marschiert. Sie hatten blauegelbe Staatsflaggen dabei und Schilder, auf denen stand: „Keine Kapitulation“. Vor dem Parlament zündeten sie Feuerwerkskörper an, dicker Rauch zog durch die Stadt. Kiew roch mal wieder nach Ausnahmezustand.

Anlass des Aufmarsches waren die geplanten Lokalwahlen in den von prorussischen Rebellen besetzten Gebieten in der Ukraine. Diese Wahlen sind, allerdings nur vage, in den „Minsker Vereinbarungen“ festgeschrieben, mit denen voriges Jahr die Kämpfe zwischen Separatisten und Armee offiziell beendet wurden – jetzt herrscht erst mal ein sehr brüchiger Waffenstillstand. Russland fordert nun die Wahlen und der Westen auch. Die Menschen in der vom Krieg heimgesuchten Region sollen ihre Zukunft selbst bestimmen.

Das entsprechende Wahlgesetz, das die Ukraine auszuarbeiten hat, ist so gut wie fertig. Der Text ist bislang nicht bekannt, aber bereits am 14. Juli soll das Gesetz im Parlament verabschiedet werden.

Das Problem ist: Nicht nur Bilezkys Bataillon will diese Abstimmung nicht. Mehr als 52 Prozent der Ukrainer lehnen sie ebenfalls ab. Sollten in den Rebellengebieten Wahlen stattfinden, dann würden Russlands Marionettenrepubliken auf ukrainischem Boden legitimiert, so befürchten sie. Quasi-Staatsorgane würden entstehen, Ministerien, Parlamente, Gerichte.

„Dann würde, was dort passiert, endgültig nicht mehr als Krieg mit Russland wahrgenommen, sondern als innerukrainischer Konflikt“, sagt Bilezky. Eine solche Auseinandersetzung ginge den Westen nichts mehr an, er würde seine Sanktionen gegen Russland aufheben.

Selbst gemäßigte Politiker halten die geplanten Wahlen für „nationalen Verrat“ oder für „unrealistisch“ – so etwa Expräsident Leonid Kutschma, der ukrainische Vertreter in der Kontaktgruppe in Minsk, die nach dem Waffenstillstand einen dauerhaften Frieden im Donbass aushandeln soll.

Für die Ukrainer ist der Urnengang im Osten zur Schicksalsfrage geworden, denn mit ihm verbindet sich die Ungewissheit, wie es mit den besetzten Gebieten weitergehen soll. Viele haben das Gefühl, dass Präsident Petro Poroschenko die Wahlen will. Denn Poroschenko steht unter Druck: Vor allem Deutsche und Franzosen drän-



ALEKSEY FILIPPOV / AFP

Prorussischer Kämpfer am zerstörten Flughafen in Donezk: Neue Kriegstechnik aus Moskau

gen ihn, die Abstimmung in Gang zu setzen. Sollten Mitte Juli die nötigen Stimmen für das Wahlgesetz zusammenkommen, könnte kurz darauf ein neues Ukraine-Gipfeltreffen zwischen Frankreich, Deutschland, Russland und der Ukraine stattfinden.

Die Wahlen sind dem Westen wichtig. Denn bei einem regulären Urnengang in Donezk und Luhansk könnten Männer an die Macht kommen, mit denen Kiew einen direkten Dialog beginnen kann. Dann könnten endlich die dringendsten Probleme gelöst werden: die Versorgung der jetzt von den Ukrainern abgeriegelten Gebiete, Renten- und Gehaltszahlungen für die dort lebenden Einwohner, der Wiederaufbau der zerstörten Werke, Straßen und Wohngebiete. Und: Russland könnte nicht mehr behaupten, der Friedensprozess scheitere an der Starrsinnigkeit der Ukraine.

Kiew weigert sich, mit den jetzigen Separatistenführern zu reden. Denn das sind Männer, die unter undurchsichtigen Umständen auf ihre Posten gelangt sind. Alexander Sachartschenko, „Staatsoberhaupt, Ministerpräsident und Oberkommandierender der Donezker Volksrepublik“, arbeitete früher als Elektriker in einem Bergwerk und war in Donezk weitgehend unbekannt, bis er im April 2014 mit sechs bewaffneten Männern das Rathaus besetzte.

Igor Plotnizki wiederum, „Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Luhansker Volksrepublik“, gelernter Artillerist, war Benzinhändler und soll sein Geld inzwischen mit dem Verkauf von Kohle aus den übernommenen Bergwerken verdienen. Seine Konkurrenten sind in den vergangenen Monaten unter mysteriösen Umständen verschwunden – die meisten von ihnen wurden umgebracht.

Sachartschenko und Plotnizki sind in Kiew verhasst. Mit ihnen werde nicht verhandelt, sagt Poroschenko, andere Männer müssten her. Aber wie können in den Rebellensrepubliken, denen Russland nach

Angaben internationaler Beobachter ständig neue Kriegstechnik und Munition liefert und wo nichts ohne Zustimmung Moskaus geschieht, ehrliche Wahlen organisiert werden?

Die Rebellen Sachartschenko und Plotnizki haben die Hürden hochgelegt. Sie wollen nur dann eine Abstimmung zulassen, wenn Kiew ihren Gebieten vorher einen Sonderstatus gewährt und alle Separatisten, die an den Kämpfen mit Kiew beteiligt waren, amnestiert. Parteien aus der übrigen Ukraine würden nicht zugelassen. Flüchtlinge, die sich aus dem Kriegsgebiet in den Rest der Ukraine oder nach Russland gerettet haben – und das sind fast drei Millionen –, dürften nicht abstimmen.

Für Kiew sind diese Forderungen unannehmbar. Aus Angst vor den radikal gesinnten Nationalisten in der Ukraine hat Poroschenko sich öffentlich darauf versteift, dass Wahlen erst dann stattfinden könnten, wenn im Osten „vollständige“ Waffenruhe herrsche. Das aber dürfte Jahre dauern: Allein im Mai sind 37 Soldaten an der Front ums Leben gekommen. Poroschenko fordert zudem die Stationierung bewaffneter OSZE-Einheiten in Luhansk und Donezk sowie die Kontrolle auch über jene Abschnitte der russisch-ukrainischen Grenze, die in den Separatistengebieten liegen.

Beide Seiten geben sich hart – und klopfen erneut militante Sprüche. Sachar-

tschenko redet plötzlich wieder über den Anschluss weiterer ukrainischer Gebiete an seine Volksrepublik. Poroschenko antwortete darauf mit der Drohung, man werde „bald in Donezk unter gelbblauer Flagge die ukrainische Hymne singen“.

„Wir müssen aufhören, immer dieselben Fehler zu machen“, sagt Roman Bessmertny: „Nur Selbstmörder können jetzt ein Gesetz über Wahlen im Donbass annehmen.“ Bessmertny war einst Vizepremier und ukrainischer Vertreter bei den Verhandlungen in Minsk, Ende April hat er den Posten niedergelegt. „Die Minsker Vereinbarungen sind Geschichte“, sagt er, „wir müssen eine neue Lösung finden.“

Die Stimmung in den besetzten Gebieten sei nicht mehr nur gegen Kiew gerichtet, sondern inzwischen auch gegen Russland und die Separatisten, weil es den Menschen dort immer schlechter gehe, sagt Bessmertny. „In diesen Krieg spielen die Weltpolitik, innerukrainische und regionale Probleme hinein sowie der Streit zwischen den Clans in Donezk und Luhansk. Wir können die Probleme nicht einzeln lösen. Wir müssen vom Ende her denken und ein Gesamtpaket schnüren, das die Sicherheitsinteressen des Ostens und der gesamten Ukraine berücksichtigt und die Europas gleich mit. Sonst weitet sich dieser Konflikt zur Katastrophe aus.“

Die Einzigen, die im Parlament derzeit für das Wahlgesetz stimmen würden, sind Poroschenkos direkte Gegner – die früheren Anhänger des geflüchteten Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Sie sind im „Oppositionsblock“ vereint und zählen 43 Abgeordnete, ihr Führer ist Jurij Bojko.

Man findet Bojko in einem feinen Büro im Kiewer Zentrum, es ist ein Wunder, dass er noch da ist. Denn bis zum Aufstand auf dem Maidan war er unter Janukowytsch Vizepremier, vorher sein Energieminister und geriet in der Zeit unter Korruptionsverdacht. 2014 trat er als Präsidentschaftskandidat gegen Poroschenko an.

Bojko sagt, das jetzige Parlament sei zu keinem Kompromiss fähig, aber auch er hält die Minsker Vereinbarungen für hinfällig. „Finden die Wahlen nicht statt“, sagt er, „wird man wohl zur Idee zurückkehren, im Osten von beiden Seiten akzeptierte Kompromissfiguren als Statthalter einzusetzen.“

Aber noch wird weiter am Gesetz gearbeitet. Es gebe Bewegungen auf beiden Seiten, sagen westliche Diplomaten. Den Plan offen zum Scheitern zu bringen können sich weder Kiew noch die Rebellen leisten. Sollte das Wahlgesetz tatsächlich durchkommen, werde es aber eines sein, das für Donezk unannehmbar ist, glaubt ein früherer Kiewer Regierungsberater.

Formal wäre dem Minsker Abkommen Genüge getan. Doch faktisch wäre dieser Weg zum Frieden verbaut. Christian Neef





KONSTANTINOS TSAKALIDIS / DER SPIEGEL

Flüchtling Mahmud: „Ich dachte, Europa würde die Menschenrechte achten“

Zurück auf Los

Griechenland Zehntausende Flüchtlinge stecken im Land fest. Nun kehren die ersten in die Türkei zurück – mithilfe von Schleppern.

Mesut Mahmud hat von einem Leben in Deutschland geträumt, in Frankreich, in Schweden. Doch jetzt, nach vier Monaten als Flüchtling in Griechenland, hat er nur noch einen Wunsch: Europa zu entkommen.

Er kriecht durch ein Dickicht aus Schilf und Gehölz im griechisch-türkischen Grenzgebiet. Mücken stechen ihm ins Gesicht. Schweiß rinnt ihm von der Stirn. Seine Arme sind von Dornen zerkratzt, die Schuhe vom Schlamm verkrustet.

Nach Einbruch der Dunkelheit ist Mahmud, 37, vom Bahnhof der griechischen Grenzstadt Orestiada die Gleise entlang in Richtung Türkei gelaufen – gemeinsam mit seiner Schwester Selma, 23, seinem Bruder Yilmaz, 11, und einem Schlepper aus Tunesien. Sie sind am Ortsrand auf einen Feldweg abgebogen, haben sich in einem Graben vor griechischen Polizisten versteckt, sind durch einen Sumpf gewatet.

Nun kann er das Rauschen des Grenzflusses Evros hören. Er leuchtet mit seinem Telefon nach dem Weg, greift nach der Hand seiner Schwester. Er sagt: „Selma, halte durch. Bald sind wir am Ziel. Bald sind wir in der Türkei.“

Lange Zeit bewegten sich Flüchtlinge nur in eine Richtung: Sie reisten aus der Türkei über Griechenland und den Balkan nach Mittel- und Nordeuropa. Doch seit ein EU-Staat nach dem anderen seine

Grenzen geschlossen hat, stecken die Menschen fest. In Griechenland warten fast 60 000 Schutzsuchende darauf, nach Norden weiterzuziehen. Aber die ersten von ihnen kehren nun freiwillig in die Türkei zurück – aus Frust und Verzweiflung.

Der Rückzug der Flüchtlinge illustriert das Scheitern der europäischen Asylpolitik. Die EU bietet den Gestrandeten in Griechenland keinen ausreichenden Schutz. Die Rückkehrer überqueren die Grenze zur Türkei mithilfe von Schleppern, aus Mangel an legalen Alternativen. Griechische Polizisten schätzen, dass in den vergangenen Wochen jeden Tag 30 bis 40 Migranten irregulär über den Evros in die Türkei gelangten – unter ihnen etliche Familienväter aus Syrien, die in Deutschland lebten, aber ihre Frauen und Kinder nicht nachholen konnten. Die Bundesregierung hat Flüchtlingen den Familiennachzug Anfang des Jahres weiter erschwert.

Mesut Mahmud, ein hagerer Mann mit schütterem Haar und müden Augen, hat in Kamischli, im kurdischen Nordosten Syriens, als Lastwagenfahrer gearbeitet. Kurz nach Kriegsbeginn ist er mit seinen beiden Geschwistern und seiner Frau in die süd-türkische Hafenstadt Mersin geflohen. Er hat einen Job bei einer Baufirma gefunden und einen Sohn bekommen. Er wollte in Mersin bleiben, bis der Krieg in seiner Heimat endet. In den vergangenen Monaten

aber sei das Leben für Kurden in der Türkei unerträglich geworden, erzählt er. Die türkische Regierung hat ihren Feldzug gegen kurdische Separatisten auf die Städte und Dörfer im Südosten des Landes ausgedehnt. Bei Militärschlägen in der Region kamen seit dem Winter Hunderte Zivilisten ums Leben.

Ende März verständigten sich die EU und die Türkei auf einen Pakt zur Eindämmung der Migration über die Ägäis nach Europa. Wenige Wochen zuvor war Mahmud mit seiner Schwester Selma und dem kleinen Bruder Yilmaz in der türkischen Hafenstadt Izmir in ein Schlauchboot von Schleppern gestiegen. Sie wollten erst nach Lesbos, um dann nach Deutschland weiterzureisen. Seine Frau und das Baby wollte Mahmud nachholen. Er ahnte nicht, dass Mazedonien die Route über den Balkan da schon geschlossen hatte. Mahmud strandete, wie so viele Verzweifelte, in Idomeni, einem Dorf an der griechisch-mazedonischen Grenze.

Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, bezeichnete Idomeni als „Schandfleck für die EU-Staaten“. Bis zu 14 000 Migranten hausten dort über Monate in Zelten, hungerten, froren. Die Polizei schlug Aufstände mit Knüppeln und Tränengas nieder. Ende Mai ließ die griechische Regierung das Lager räumen. Mahmud zog in das „Hotel Hara“, ein Camp auf dem Parkplatz eines Motels, ein paar Kilometer von Idomeni entfernt.

Nur wenige Migranten beantragen Asyl in Griechenland. Die Bedingungen für sie sind nach Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise miserabel. Flüchtlinge warten Monate, oft Jahre darauf, ein Asylgesuch stellen zu können. Der griechische Staat bringt sie an den Stadträndern in Industriebaracken ohne Strom und fließendes Wasser unter.

Mahmud harnte Wochen im Camp Hotel Hara aus. Er schlief auf einem Pappkarton. Ratten krochen über seine Beine, die Schreie von Kindern und Kranken raubten ihm den Schlaf. Die EU-Kommission hatte vergangenen Herbst angekündigt, 160 000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien über die EU-Staaten zu verteilen. Bislang wurden erst wenige Hundert Migranten umgesiedelt.

„Ich dachte, Europa würde die Menschenrechte achten. Aber das Leben in Griechenland ist schlimmer als in der Türkei. In der Türkei gibt es wenigstens Arbeit“, sagt Mahmud.

Anfang Juni rief er seine Frau an, er weinte. Es fiel ihm schwer, seine Hoffnung auf ein Leben in Deutschland aufzugeben – dort, so hatte er geglaubt, könnte die Familie endlich wieder in Sicherheit und Freiheit leben. Doch mittlerweile wusste er, dass Europa ihm nicht helfen würde. „Liebling, ich komme zurück nach Mersin“, sagte er ins Telefon.

Die EU schiebt Migranten im Zuge des Flüchtlingsdeals mit Ankara von den griechischen Inseln in die Türkei ab. Für jene Flüchtlinge aber, die Griechenland vor dem Pakt erreichten, bestehen kaum legale Wege zur Rückkehr. Mahmud und seine Geschwister kratzten also ihr letztes Geld zusammen, um mit einem Taxi von der griechisch-mazedonischen Grenze nach Thessaloniki zu fahren und von dort mit dem Zug weiter in die griechisch-türkische Grenzstadt Alexandroupolis.

Lange spielte Alexandroupolis für Migranten kaum eine Rolle. Athen hatte 2012 die Route aus der Türkei über den Fluss Evros abgeriegelt. Danach kamen die meisten Schutzsuchenden mit Booten über die Ägäis. Nun nützen Flüchtlinge auf dem Rückweg in die Türkei Alexandroupolis erneut als Durchgangsstation, da griechische und türkische Polizisten das Meer strenger bewachen als die Landgrenze.

Der Bahnhof in Alexandroupolis hat sich zu einem Sammelpunkt für Gestrandete und Enttäuschte entwickelt. An einem schwülen Junitag warten am Bahnsteig mehrere Flüchtlinge, die in die Türkei zurückkehren wollen: eine schwangere Syrerin, die vor dem Elend in einem Atherner Lager geflohen ist, ein kurdisches Wai-

senkind aus dem Hotel Hara, ein Krankenpfleger aus Damaskus, der in einem Heim in Bayern monatelang vergebens darauf gewartet hatte, dass seine Frau und seine Tochter aus der Türkei nachziehen dürfen. Er sagt: „Deutschland kann mich nicht zwingen, ohne meine Familie zu leben.“

Mahmud kam an einem Sonntagvormittag in Alexandroupolis an. Ein Schlepper sprach ihn am Bahnhof an. Der Mann be-

Türkische Schleuser spannen Flüchtlinge ein, um neue Kunden zu rekrutieren.

teuerte, er werde Mahmud und seine Geschwister über die Stadt Orestiada und den Evros bis in die Türkei bringen.

Türkische Schleuser kontrollieren den Menschensmuggel in der Region. Sie spannen Flüchtlinge in der Türkei und in Griechenland ein, um neue Kunden zu rekrutieren. Lange Zeit verdienten die Banden ihr Geld damit, Migranten nach Europa zu lotsen. Inzwischen bieten sie auch den umgekehrten Weg an: Für 800

Euro pro Kopf versuchen sie, Flüchtlinge aus Alexandroupolis nach Istanbul zu bringen – aber nicht immer kommen sie durch.

Die Morgendämmerung hat bereits eingesetzt, als Mahmud und seine Geschwister die Grenze erreichen. Mahmud atmet schwer. Eine alte Verletzung am Bauch schmerzt, dort hat ihn in Syrien mal eine Kugel getroffen. Er zwingt sich durchzuhalten und tritt aus dem Dickicht, als er einen Befehl hört: „Stopp!“ Er dreht sich um. Griechische Polizisten laufen auf ihn zu. Mahmud hebt die Hände. Seine Schwester und sein Bruder kauern neben ihm. Der Schlepper flüchtet in den Wald.

Die Polizisten nehmen die drei Syrer fest. Mahmud gibt auf der Wache in Orestiada seine Personalien an. Er identifiziert den Schmuggler auf einem Handyfoto. Dann darf er gehen. Griechenland hat kein Interesse daran, Migranten, die in die Türkei fliehen, einzusperren. Mittags kauert Mahmud mit seinen Geschwistern am Bahnhof von Orestiada. Er will ins Hotel Hara zurückkehren. Er weiß nicht, wo er sonst hinsoll. Seine Ersparnisse hat er jetzt aufgebraucht. „Griechenland“, sagt er, „ist für uns ein Gefängnis.“

Riham Alkousa, Maximilian Popp

Twitter: @Maximilian_Popp

**FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
GEHT PHYSIOTHERAPEUT
JAN DAHIN, WO ES WEH TUT.
WIR SAGEN DANKE.**

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/jan | **IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

Idol der Linken

USA Sie ist klug und rabiater, sie kann kämpfen und mitreißen: Die Demokratin Elizabeth Warren könnte Vize unter Hillary Clinton werden. Aber sie ist eine Frau.

Elizabeth Warren nähert sich mit knallenden Schritten der Schultür, es soll jetzt schnell gehen. Ein Mann hat seine Handykamera bereits auf sie gerichtet. Sie kennt ihn schon, er lungert überall herum, wo sie auftritt. Für die Truppe des Präsidentschaftskandidaten Donald Trump filmt er Warren – Trumps schärfste Gegnerin.

Sie hetzt über den Asphalt, vor ihr zwei Sicherheitsleute. Als sie es fast geschafft hat, läuft ihr Leibwächter gegen eine verschlossene Tür. Die Gruppe versucht es beim nächsten Eingang. Ohne Erfolg. Also die dritte Tür: auch zu.

Warren starrt durch das Glas, der Trump-Mann streckt das Handy in Richtung ihres Hinterkopfs, Warren dreht sich nicht um. Dann endlich öffnet eine Frau von innen, die Senatorin stürmt in den Vorraum der Schule in Manchester, New Hampshire.

Die Demokratin gehört seit einigen Wochen zu jenen Politikern, die besonders aufmerksam beobachtet werden, von allen Seiten. Denn sie gilt als mögliche Kandidatin für den Job der Vizepräsidentin unter Hillary Clinton. In Washington kursieren Listen mit aussichtsreichen Bewerbern. Weit oben steht meistens sie.

Clintons Anhänger wünschen sich laut einer Bloomberg-Umfrage Warren als Vizepräsidentin: 35 Prozent wollen die Senatorin, auf Platz zwei liegt abgeschlagen mit 17 Prozent Cory Booker, Senator aus New Jersey. Es wäre das erste Mal, dass zwei Frauen aus einer der großen Parteien gemeinsam für die Spitzenämter der USA kandidieren.

Elizabeth Warren, 67, ist das Idol der Linken in den USA. Sie lieben ihren kompromisslosen Willen zum Kampf gegen Banken und die Zocker der Wall Street sowie ihre Geradlinigkeit. Sie erscheint vielen mutiger als Hillary Clinton und dabei weniger kauzig als Clintons parteiinterner Konkurrent Bernie Sanders. Warrens Attacken gegen den Republikaner Donald Trump sind nicht zaghaft, sondern oft brachial.

Deshalb gilt sie als eine Schlüsselfigur für Clinton, deren Kampagne derzeit vor allem von den Schwächen und Fehlern Trumps profitiert – und weniger von eigenen Stärken. Warren könnte den Demokraten ein progressives Image zurückgeben, sie könnte auch ein Gefühl des Aufbruchs erzeugen, mit einem Hauch von

Barack Obamas „Yes, we can!“-Wahlkampf. Was Clinton so alles nicht kann.

Doch Warren polarisiert auch wie kaum eine andere Politikerin in den USA. Sie hat sich mit der Wall Street angelegt und gilt als kompromisslose Ideologin. Sosehr die Linken sie lieben, so sehr graust es manchem Traditionsdemokraten beim Gedanken an ihren Aufstieg in der Partei.

Und vor allem: Sie ist eine Frau. Sind die Amerikaner schon weit genug, im Jahr 2016, zwei Frauen an die Macht zu wählen?

Manchester am vergangenen Samstag, ein heißer Sommertag. Elizabeth Warren steht auf der Bühne der Schulaula. Sie ist

recht groß und schlank, ihr Blick oft skeptisch und immer hellwach. Sie wirkt wie eine Lady, aber dann ballt sie die Faust und ruft: „Donald Trump ist ein dünnhäutiger, rassistischer Tyrann.“ Der Immobilienspekulant sei „ein erwiesener Pleite-Geschäftsmann“. Er könne nicht Oberbefehlshaber des Landes werden, „sondern höchstens Oberbetrüger“.

Die vermeintliche Lady kann so rabiater zulangend wie Trump selbst und liefert sich mit ihm gern auch Duelle via Twitter, jeder Post bis zu 140 Zeichen voller Verachtung: „Deine Ideen sind gefährlich. Deine Worte sind ruchlos. Deine Bilanz peinlich. Und



Senatorin Warren: Ein Hauch von Barack Obamas „Yes, we can!“-Wahlkampf

dein Trip für lau ist nun vorbei“, so Warren über Trump.

Als sie 2014 eine erste Bilanz ihres politischen Lebens zog, schrieb sie im Buch „A fighting Chance“: „Mit 16 war ich nicht hübsch, ich hatte auch nicht die besten Noten. Aber ich habe gemerkt, dass ich kämpfen kann. Nicht mit Fäusten, sondern mit Worten.“

Sie ist eine gute, eine emotionale Rednerin – auch das ganz anders als Clinton. Schon mit 16 gewann Warren den Schülerwettbewerb ihres Bundesstaates in der Kunst des Debattierens. Und auf jeder zweiten Seite des Buchs findet sich ein Absatz, in dem sie von ihren Kämpfen erzählt. Die Kapitel heißen „Schauen, mit wem man sich anlegt“ oder „Bankrott-Kriege“.

Denn kämpfen musste sie immer schon, ihre Familie war arm: Der Vater arbeitete als Hausmeister, die Mutter sortierte Bestellungen bei einem Versandhaus. Die Tochter, jüngstes von vier Kindern, biss sich durch, ehrgeizig, willensstark.

Sie schaffte es als Erste der Familie auf die Universität, studierte Jura und brachte es bis zur Dozentin in Harvard. Nebenbei heiratete Warren zweimal, bekam zwei Kinder, schrieb diverse Bücher.

Um 1979 stieß sie auf das Thema ihres Lebens: Für eine Studie untersuchte sie, was Menschen in den Bankrott treibt. Sie sah, dass es hauptsächlich die Mittelklasse trifft. Und sie wühlte sich mit der für sie typischen Hartnäckigkeit durch die Geschäftsbedingungen der Banken, das Kleingedruckte, die Regeln, die Codes der Finanzwelt, die sonst nur Eingeweihte verstehen. Dort stieß sie auf all jene „Tricks und Fallen“, mit denen Banker die Bürger der Mittelschicht ausnehmen wie einen „Truthahn“.

In die Politik wechselte sie um 1995. Als dann 2008 der Senat eine Aufsichtsbehörde ins Leben rief, die den Finanzsektor kontrollieren sollte, wurde Warren Vorsitzende der dazugehörigen Senatskommission. Sie hatte da schon länger gewarnt, dass unregulierte Banken die Wirtschaft in den Untergang reißen können.

So war sie zu diesem Zeitpunkt bereits zu einer derart prominenten Kämpferin gegen riskante Kreditgeschäfte an der Wall Street geworden, dass sie in der Wirtschaft mächtige Feinde hatte. 2011 verhinderten Lobbyisten deshalb, dass sie den Vorsitz der Aufsichtsbehörde übernahm. Doch was zunächst wie eine Niederlage erschien, machte sie bei den linken Demokraten nur noch beliebter.

„Hillarys Albtraum“, so schrieb die Zeitschrift „New Republic“ 2013, „ist eine Demokratische Partei, die realisiert, dass ihre Seele bei Elizabeth Warren ist.“

Ein Jahr später gründeten Warrens Fans die Initiative „Ready for Warren“. Ihre Anhänger wollten, dass sie selbst das Rennen um die Präsidentschaft wagt. Doch Warren zögerte, entschied sich früh dagegen, wohl auch, weil ihr Clinton zu stark erschien. Stattdessen trat der Linke Bernie Sanders gegen Clinton an.

Je erfolgreicher Sanders war, desto klarer wurde Clinton, dass sie auf die Linken in ihrer Partei zugehen musste. Plötzlich forderte sie Steuererhöhungen für Reiche und distanzierte sich von ungeliebten Handelsabkommen wie TTIP, für die sie bislang gefochten hatte.

Vor wenigen Wochen lud Clinton dann Warren zu sich nach Hause ein, zu Beginn der vergangenen Woche besuchte Warren auch Clintons Wahlkampf-Hauptquartier in Brooklyn.

Doch es gibt unter Demokraten massive Zweifel, ob Warren eine glückliche Wahl für Clinton wäre.

Der Hauptpunkt ist ein taktischer. Viele fürchten, dass zwei Frauen an der Spitze der Kampagne männliche Wähler verprellen könnten, vor allem solche, die politisch

zwar liberal sind, gesellschaftlich aber noch durchaus konservativ denken. „Eine rein weibliche Kandidatur ist unwahrscheinlich“, so die „New York Times“ Anfang der Woche – auch wenn die männlichen Aspiranten weniger populär sind.

Ein gemischtes Team wäre für viele wohl attraktiver, und auf die Frage, ob sie selbst sich ein Frauenduo an der Spitze vorstellen könne, blieb Clinton vage. „Vielleicht ist es jetzt so weit, vielleicht auch erst später“, sagte sie.

„In Liz Warrens Welt gibt es einen einzigen Star – und das ist Liz selbst.“

„Mit Warren als Vizepräsidentschaftskandidatin würde sie mehr verlieren als gewinnen“, sagt Marisa DeFranco, Rechtsanwältin und Parteifreundin Warrens aus Massachusetts. Warren „würde mehr moderate Wähler der Mitte abschrecken, als sie linke Wähler dazugewinnen kann“. Doch DeFranco glaubt noch aus einem anderen Grund daran, dass ein Duo Clinton/Warren scheitern würde.

DeFranco sitzt in ihrem Büro in einem Rotklinkerbau bei Boston. Es ist karg, der Teppich verblüht. Nur ein ausgeschnittener Artikel an der Wand deutet noch darauf hin, dass die Anwältin sich 2012 um einen Sitz im Senat beworben hatte.

DeFranco scheiterte – an einer rigorosen und finanziell viel stärkeren Gegnerin Elizabeth Warren. Vor allem menschlich sei Warren schwierig, „völlig von sich selbst eingenommen“, sagt DeFranco: „In Liz Warrens Welt gibt es einen einzigen Star – und das ist Liz selbst.“

Sollte Clinton diese Einschätzung teilen, dürfte sie sich kaum für Warren entscheiden. Wie kaum eine andere achtet Hillary Clinton in ihrem Team auf Loyalität, sie braucht kein zweites Alphonse neben sich. Über Jahre hat Clinton ein Netzwerk von politischen Unterstützern um sich versammelt – Warren gehörte nie dazu. Die zögerte denn auch recht lange, Clintons Kandidatur öffentlich zu unterstützen.

Eine Passage aus einem von Warrens Büchern gibt einen Eindruck davon, was sie von der damaligen New Yorker Senatorin hielt. Warren machte sich lustig über Clintons Arroganz gegenüber einfachen Leuten, den autoritären Ton, und beschreibt eine Sitzung mit ihr so: „Frau Clinton drehte den Kopf scharf zur Seite und rief in den Raum: ‚Wo bleibt das Mittagessen? Ich bin hungrig.‘“

Denkbar, dass Clinton ihr eine solch kleine Beobachtung jetzt übel nimmt.

Gordon Repinski

Mail: gordon.repinski@spiegel.de, Twitter: @GordonRepinski



DREW ANGERER / GETTY IMAGES

Neu: DER SPIEGEL ins Haus ohne Mindestlaufzeit!



**Jederzeit
kündbar**



**Gratis
zur Wahl**

Gratis für Sie: eine Wunsch-Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE, WISSEN oder BIOGRAFIE oder „Dein SPIEGEL“.

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar
- ohne Mindestbezug
- 4 % günstiger als im Handel
- kostenloser Urlaubsservice
- inklusive LITERATUR SPIEGEL

Ja, ich möchte bequem den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, kann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündigen und erhalte ein SPIEGEL-Gratisheft nach Wunsch dazu!

Einfach jetzt anfordern:



abo.spiegel.de/jederzeit



040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP16-216)



Borger

SELIM SUDHEIMER / PICTURE ALLIANCE / INSIDE-PICTURE / DPA

Olympia Deutsche Copacabana

Das Beachvolleyball-Turnier soll ein Highlight der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro werden, die Partien finden am Strand der Copacabana statt. Damit sich die deutschen Beachvolleyballer optimal vorbereiten können, haben sie den brasilianischen Sand für ihr Training kopieren lassen. Eine Firma aus Braunschweig hat mehrere Hundert Tonnen Sand hergestellt, der zu 99 Prozent jenem an der berühmten

Copacabana entsprechen soll. Es handelt sich um hellen, fast weißen Sand, er hat einen hohen Quarzanteil und eine feine Körnung. Kürzlich wurde der Olympiasand auf acht Lastwagen nach Stuttgart transportiert, wo die Beachvolleyballerinnen Britta Büthe und Karla Borger für die Olympischen Spiele trainieren. Knapp 15 000 Euro hat ihr neues Spielfeld gekostet. „Es ist extrem wichtig, den Sand kennenzulernen“, sagt Büthe. „Ist er hart oder weich? Können wir darauf gut abspringen, oder sinken wir ein? Die Unterschiede sind groß, und wir hoffen, dass wir mit dem neuen Feld noch ein paar Prozent rausholen können.“ le

Zeitgeschichte Attacke!

Fußball ist in autoritär regierten Ländern ein beliebtes Instrument der Propaganda. Frühere Diktaturen wollten sogar vorgeben, wie ihre Mannschaften zu spielen hatten. Der Sporthistoriker Johannes Hanf von der Universität Leipzig hat den Fußball in der DDR, in der Zeit des

Nationalsozialismus und in der Franco-Diktatur untersucht. In allen Regimen wurde von der politischen Führung Offensivspiel eingefordert. Der NS-Sportfunktionär Karl Oberhuber plädierte 1940 für einen „Blitzkrieg“-Fußball. In Spanien setzten sich unter General Franco zunächst die Fürsprecher der „Furia Española“ durch, einer angeblich „ursprünglichen“ Spiel-

weise der „spanischen Rasse“. Opferbereitschaft und Offensivgeist sollten über taktische Feinheiten triumphieren. In der DDR polterte der Generalsekretär des Fußballverbands, Erich Jahnsmüller, in den Fünfzigerjahren über Vereine, die auf Defensivspiel setzten. Mit einer „Sicherheitstaktik“ sei „unsere DDR“ nicht „würdig vertreten“. Jahnsmüller blies zur

Attacke: „Heraus aus der Defensive!“ Das Ergebnis der Doktrin ist bekannt: Die Nationalmannschaft der DDR konnte sich nach einem Zwischenhoch bei der WM 1974 nicht mehr für ein großes Turnier qualifizieren. ame

Johannes Hanf: „Politische Initiativen für Offensivfußball“, jetzt erschienen im Sammelband „Die Gleichschaltung des Fußballsports im nationalsozialistischen Deutschland“, Kohlhammer Verlag.



Offensivmann Götze beim EM-Gruppenspiel gegen Nordirland

Auf der Suche

Deutsche Elf Nach seinem Finaltor vor zwei Jahren in Rio war Mario Götze auf dem Weg zum Weltstar. Seither lief viel schief in seiner Karriere, Bayern München will ihn loswerden. Bei der Nationalmannschaft spielt der Angreifer auch um seine Zukunft.

Ein Minibus mit der Aufschrift „La Mannschaft“ stoppt vor dem EM-Medienzentrum in Évian, dem Quartier des DFB-Teams. Die Seitentür öffnet sich, Mario Götze klettert aus dem Auto. Er sieht aus wie nach einem Nickerchen. Götze streckt sich, federt leicht in den Knien, zupft die Trainingsjacke zurecht. Es regnet in Strömen, aber jemand hat für ihn einen großen Schirm aufgespannt. Der Junge soll ja nicht nass werden.

Götze ist 24 Jahre alt, mit seinem kindlichen Gesicht wirkt er jünger. Wenn er lacht, werden seine Augen ganz klein. Er sieht dann aus wie ein Teenager, der Spaß hat, und nicht wie der Profi, über den sich alle Sorgen machen.

Mario Götze war zu Beginn seiner Profikarriere ein herausragender Mittelfeldspieler bei Borussia Dortmund; als er 20 Jahre alt war, bezahlte der FC Bayern München 37 Millionen Euro für ihn. Ein Jahr später schoss er Deutschland beim WM-Endspiel gegen Argentinien zum Titel, und es schien möglich, dass der Hochbegabte seinen Weg gehen würde, so wie die anderen deutschen Superstars Manuel Neuer, Toni Kroos, Jérôme Boateng.

Doch dann schaffte es Götze zuletzt beim FC Bayern nicht mehr zum Stammspieler. Er wurde kritisiert, es hieß, er sei zu dick, zu langsam, er laufe zu wenig, er konzentriere sich zu wenig auf den Fußball. Inzwischen wollen die Münchner ihn loswerden. Das große Versprechen des deutschen Fußballs hat sich auf dem Weg zur Weltkarriere verlaufen.

Die Europameisterschaft soll für Götze der Neustart werden. Aber ist er in der Lage, sich neu zu erfinden?

Mit seinem Tor im Maracanã-Stadion von Rio ist Götze in die Fußballgeschichte eingegangen wie Gerd Müller 1974 in München und wie Andreas Brehme 1990 in Rom. PR-Leute wollten ihn schon in Dortmund zur globalen Marke aufbauen: MG10, in Anlehnung an den mehrfachen Weltfußballer Cristiano Ronaldo und dessen Kürzel CR7. Inzwischen wurde die Idee verworfen. Götze macht jetzt Werbung für Fernseher.

Berater können hilfreich sein für Fußballer, doch Götze wirkt manchmal wie ferngesteuert. Bei seiner Präsentation in München, einem Klub, an dem Adidas Anteile hält, trägt er ein Shirt mit großem

Nike-Logo. Vor Beginn des EM-Turniers veröffentlichte die „Bild“-Zeitung ein Foto, das Götzes Freundin gepostet hatte. Die junge Dame heißt Ann-Kathrin Brömmel, nennt sich aber Vida in ihrer Eigenschaft als Künstlerin – sie singt im Internet einen Song von Justin Bieber. Auf dem Foto stemmt der Fußballstar sie in die Luft, beide sind spärlich bekleidet. Ihr roter Nike-Schuh sticht hervor.

Man fragte sich, ob Mario Götze das eigentlich selbst merkt. Wo seine Natürlichkeit bleibt, wer für ihn denkt. Wer über die Karriere entscheidet. War vielleicht auch der Schritt zum FC Bayern, der sich so viele gute Spieler leisten kann, in seinem Alter ein Fehler?

Jetzt aber mal halblang. Götze beugt sich über den runden Tisch im Medienzentrum in Évian. Kunstfigur? „Das wird mir hier und da anscheinend nachgesagt. Das muss mir mal jemand erklären. Was sind die Gründe dafür?“ Das mit dem Nike-Shirt bei Bayern München? Drei Jahre her! Götze sagt: „Ich spreche für mich, bin ein erwachsener Mensch. Alles, was passiert, ist meine Verantwortung.“

Er fragt: „Mache ich den Eindruck, als würde ich zu allem Ja und Amen sagen?“

Sein neuer PR-Berater Roland Eitel sagt, seit Wochen habe man unter Götzes Namen keinen Reklame-Tweet mehr abgesetzt. Offenbar sah er da einen Änderungsbedarf, Eitel hat auch schon für Mesut Özil, Joachim Löw und Jürgen Klinsmann gear-



beitet. Er beschreibt Götze als intelligent und zuverlässig. Der parke nicht mal falsch.

Sein früherer Berater, der Kölner Volker Struth, war wie ein Freund. Götze fuhr mit ihm Fahrrad im Urlaub auf Formentera. Der Agent brachte ihn zu den Bayern, obwohl er den Wechsel eigentlich für falsch hielt. Zusammen mit Götzes Vater hatte Struth eine Marketingfirma, in die alle Werbeeinnahmen flossen. Im vorigen Jahr löste der Vater die Firma auf. Die Vermarktung sollte in der Familie bleiben, Struth sich nur noch um den sportlichen Werdegang kümmern.

Kurz vor der EM kam es zum Bruch. Angeblich hatte der Agent mögliche Vereinswechsel vorbereitet, Borussia Dortmund hätte Mario Götze zurücknehmen wollen, der FC Liverpool hätte zugegriffen und auch reichlich Geld hingelegt. Der Klub wird von Götzes früherem Mentor Jürgen Klopp trainiert.

Doch Götze wollte zumindest vorerst bei Bayern bleiben, mit dem neuen Trainer Carlo Ancelotti einen Neuanfang versuchen. Jedenfalls konnte er sich nicht für einen Wechsel entscheiden, mal wollte er dies, dann wieder das.

Dann ohne mich, so soll es Struth beim vorerst letzten Treffen gesagt haben, am Samstag des DFB-Pokalfinales, bei dem Götze wegen einer Rippenverletzung nicht spielen konnte. Das Gespräch in einem Luxushotel am Berliner Gendarmenmarkt soll acht Minuten gedauert haben. „Lass uns in Kontakt bleiben“, sagte Mario Götze angeblich am Ende von sechs Jahren Zusammenarbeit. Er will sich dazu nicht mehr äußern.

Jürgen Götze auch nicht. Der Vater des Spielers ist Professor für Datentechnik an der Technischen Universität Dortmund. Inzwischen arbeitet er in Teilzeit.

Am Montagmorgen, vier Tage nach dem EM-Spiel gegen Polen, ist er zum Gespräch in ein Café in der Duisburger Fußgängerzone gekommen. Er befindet sich auf der Durchreise vom Düsseldorfer Flughafen, er hat auch eine Wohnung in München.

Die Betreuung des Bayern-Profis ist nun eine Familienangelegenheit. Um die Vermarktung kümmert sich jetzt Jürgen Götzes ältester Sohn Fabian. Er studiert Inter-



Angreifer Götze, Nationaltrainer Löw
„Raffinierter Spieler in kleinen Räumen“

national Management an einer Münchner Privatuniversität.

Der Professor ist ein Mann der Zahlen. Er hat sich die Daten seines Sohnes angeschaut, Einsatzzeiten, Tore, Laufwerte und diese Dinge. Das Ergebnis: Mario sei in den letzten drei Jahren nicht schlechter geworden.

Das hat niemand behauptet. Aber die vorhergesagte große Karriere ist irgendwie versandet. Die Bayern haben immer mehr teure Spieler geholt, für die Außenpositionen, fürs Zentrum. Irgendwann konnte man nicht mehr sagen, auf welcher Position Götze der Bessere hätte sein sollen. Nie gab es ein Signal, dass Bayern den 2017 auslaufenden Vertrag hätte verlängern wollen.

Doch es ist Götzes vertragliches Recht, noch bis zu einem Jahr zu bleiben, seinen Stellenwert bei dem neuen Coach auszuloten. Dass er nach der EM dann in München „bei minus X“ anfangen würde, müsse ihm natürlich auch klar sein, sagt der Vater. Mit einem Malus also, weil er den Bayern auf der Tasche liegt. Aber X könne ja auch null sein.

Jürgen Götze trägt zwei graue T-Shirts übereinander. In drei Stunden hat er in Dortmund eine Vorlesung. Er möchte hier nicht als Berater reden. Er habe sowieso keine Kontakte und müsse warten, bis ein Klub sich meldet. Aber er spricht als Vater, der sich Sorgen macht.

Einmal wirft er eine Frage auf: Wenn nun tatsächlich internationale Topvereine wie Real Madrid oder Manchester United kämen, was wäre dann gewonnen? Er meint, für Mario als Mensch. Auch solche Klubs hätten genug Geld, weitere noch teurere Stars zu holen. Auch diese Mannschaften würden in ihren Ligen auf dichte Abwehrreihen treffen, so dass Götze vielleicht keinen Raum für seine Dribblings fände. Würde er wieder zuschauen müssen?

In München müsste er eine solche Situation nur noch höchstens ein Jahr lang aushalten, dann sei es vorbei. In Madrid würde es drei Jahre dauern.

Aber was bleibt dann noch? Klubs wie RB Leipzig?

Wenn man Jürgen Götze und seinen Sohn richtig versteht, will der Junge erst mal im Training bei Ancelotti vorspielen. Vielleicht lässt der das Bayern-Team nicht mehr so dominant agieren, dass für einen wie Götze mehr Raum für Konterattacken wäre wie einst in Dortmund. Bis zum Ende der Transferperiode Ende August hätte Götze Zeit, das herauszufinden.

In München wurde verbreitet, Ancelotti habe bereits sein Desinteresse geäußert. In einem Tele-

fonat habe er dem Spieler gesagt, dass er ihn nicht brauche. Götze hat das Gespräch anders verstanden. Sie haben englisch geredet.

Die Bayern haben ein wirtschaftliches Interesse an einer schnellen Trennung. Götze bekäme für eine weitere Saison auch weitere rund zwölf Millionen Euro, selbst wenn er nicht mitspielt. Zusammen mit einer Transfereinnahme, die den Bayern entgeht, kostet es sie fast 40 Millionen Euro, wenn Götze stur bleibt. Da könnte man auf die Idee kommen, Druck zu machen.

Womöglich müssten die Bayern-Manager den passenden Klub für den Weltmeister besorgen. Und dem Spieler vielleicht eine Abfindung zahlen, falls dieser Klub das Gehalt nicht stemmen kann.

Professor Götze hat zwei von bisher drei EM-Spielen der Deutschen live im Stadion in Frankreich gesehen. Täglich telefoniert er mit seinem Sohn. Dem gehe es gut. Wahrscheinlich fühlt er sich besser als zuletzt in München.

Frühere Weggefährten, die nicht zitiert werden möchten, glauben, Götze habe zu viel an seinem Körper herumgedoktert. Der verschlossene Junge habe dauernd seine Ernährung umgestellt, sich zu viele Muskeln antrainiert und seine Spritzigkeit verloren. An den Gegenspielern komme er schlicht nicht mehr vorbei.

Sein früherer Jugendtrainer Peter Hyballa meint, das Talent habe ein wenig die

Fähigkeit zu „seinen Klebstoffdribblings“ eingebüßt, bei denen der Ball am Fuß haftete. Auch dazu muss man schnell sein. Am Dienstag gegen Nordirland verlor Mario Götze dreimal im Dribbling den Ball.

Als er 2012 nach einer langwierigen Verletzungspause zurückkam, wirkte sein Oberkörper wie aufgepumpt. Für einige Zeit sah es aus, als könne er vor Kraft kaum laufen. Im vergangenen Sommer ließ Götze sich in der Kölner Sporthochschule vermessen, mögliche Dysbalancen aufspüren. Alles sei gut gewesen, sagt er.

Götze arbeitet verbissen. Neuerdings macht er Hot Yoga in bis zu 38 Grad beheizten Räumen. Auf einer Amerikareise lernte er über Nike einen früheren American-Football-Trainer kennen, der auch schon mit der Basketballikone Kobe Bryant gearbeitet hat. Götze trainierte an der University of California in Los Angeles mit dem Coach, einmal ließ er ihn nach München kommen. War das alles falsch?

Mario Götze sagt, dass er bloß Verletzungen vorbeuge. Einige hatte er ja schon. Natürlich könne er noch dribbeln und sprinten, und er sei auch früher nicht schneller gewesen. „Wenn der Gegner tief steht, wird der Raum automatisch enger. Dann hat man nicht die langen Sprints, wie ich sie vielleicht früher in der Jugend hatte.“ Götze hält sich an seiner Wasserflasche fest, rollt sie zwischen den Handflächen. Ab und zu sucht er den Blickkontakt zum DFB-Pressesprecher, der sich dazugesetzt hat. Es komme auch auf das Spielsystem an. In Dortmund sei er vielleicht mehr gesprintet, „dafür habe ich dann wahrscheinlich weniger Pässe gespielt als jetzt“.

Mit 17 Jahren hatte er seinen ersten Einsatz bei den Profis. Mit 24 habe er nun wohl die Hälfte der Karriere hinter sich, hat sein Vater beinahe erleichtert festgestellt.

Der Finaltorschütze von Rio hat sein Selbstbewusstsein nicht verloren. Bundestrainer Löw hat ihn immer gelobt – als „raffinierten Spieler“, vor allem „in kleinen Räumen“.

Also grundsätzlich, sagt Götze in Évian, sein Lieblingsfüßwort, aber jetzt kommt tatsächlich eine Art Resümee: „Ich bin 24, spiele mein drittes Turnier, ich habe über 50 Länderspiele gemacht – so schlecht kann das alles nicht gewesen sein.“

Als er aufsteht, öffnet er kurz seine DFB-Trainingsjacke. Darunter, sagt Götze scherzend, trage er ein T-Shirt von Nike. Er müsse jetzt los, „Werbung machen“.

Ein guter Witz. Hoffentlich.

Peter Ahrens, Rafael Buschmann,

Jörg Kramer



PR-Figur Götze, Freundin Brömmel: Kann er sich neu erfinden?



Kroatische Fans beim EM-Spiel gegen Tschechien in Saint-Étienne

Der Fluch des Vaterlands

Gewalt Kroatien bezaubert mit leichtfüßigem Fußball und weltgewandten Stars. Doch in den Kulissen tobt ein grotesker Kleinkrieg: zwischen radikalen Fans und korrupten Funktionären.

Als Kroatiens Sieg über Titelverteidiger Spanien endgültig feststeht, wirft sich im VIP-Bereich des Stadions ein grau melierter Starstürmer früherer Tage in Positur: Davor Šuker.

Der 48-Jährige ist – oder: war – Nationalheld in seiner Heimat. Weil er Lothar Matthäus und Konsorten einst schwindlig spielte beim unvergessenen 3:0 über Deutschland während der WM 1998 in Frankreich; weil er zum Torschützenkönig des Turniers wurde damals und zum Idol seiner stolzen, eben erst dem sozialistischen Jugoslawien entkommenen Nation.

Nun, 18 Jahre später, ist Šuker zurückgekehrt nach Frankreich: Als Verbandspräsident hält er Hof bei der Fußballeropa-meisterschaft, wo das kroatische Team schon vor dem Achtelfinalspiel gegen Portugal streckenweise brillanten Fußball bot. Was mitgereiste Fans nicht daran hinderte, während des Spiels gegen Tschechien Brandfackeln aufs Feld zu schleudern und sich untereinander bis an den Rand der Bewusstlosigkeit zu prügeln – um ein Zeichen zu setzen, wie es heißt, gegen Šuker und seine Kamarilla.

Doch so, wie der Verbandschef da steht, nach dem 2:1 über die Spanier in Bordeaux, wie er seinen erst Monate zuvor aus der U-Haft entlassenen Vize Zdravko Mamić sowie andere Finstermänner umarmt und dabei in Kameras grient, zeigt er allen: Ihr könnt mich mal. Šuker und der Strippenzieher Mamić, das sind – verkürzt gesagt – die einen bösen Buben in diesem traurigen, sehr kroatischen Fußballpanorama. Es geht

dabei um Korruption und kriminelle Machenschaften, um blinden Nationalismus und offenen Faschismus.

Die anderen bösen Buben sind die Fans – vor allem die „Bad Blue Boys“ vom Serienmeister Dinamo Zagreb aus der Hauptstadt und die „Torcida“-Jungs vom Dauerrivalen Hajduk aus der dalmatinischen Küstenstadt Split. Gemeinsam ist beiden Lagern der Hang zur Verherrlichung von Kroatiens faschistischer Vergangenheit sowie der Hass auf die der Korruption verdächtigen Verbandsspitze um Šuker und Mamić. Durch Randalie unter den Augen der Weltöffentlichkeit sollen die Funktionäre blamiert werden – notfalls auch, so verkündeten radikale Fans, zu lasten der eigenen Nationalmannschaft.

Sie sind die Geiseln in diesem absurden Stück: die kroatischen Spieler. Wie sie da in Frankreich auf dem Rasen zaubern, Stars wie Luka Modrić von Real Madrid, Ivan Rakitić von Barça oder Ivan Perišić von Inter, vereinen sie das Erbe der gerühmten jugoslawischen Ballschule mit taktischer Disziplin auf höchstem internationalen Niveau. In ihrer Weltläufigkeit verkörpern die Spieler den größtmöglichen Gegensatz zum Kleingeist der Fans und der Verbandsspitzen.

Das Problem der Kroaten beginnt ja schon am Spielfeldrand und setzt sich fort auf der Ehrentribüne. Der aktuelle Koo-trainer Josip Šimunić etwa, ehemals als Raub-bein bei Hertha BSC aktiv, ist vor allem

dafür berühmt, dass er sich nach geglückter Qualifikation für die WM 2014 ein Mikrofon im Stadion schnappte und „Za Dom ...“ brüllte, woraufhin von den Rängen ein tausendfaches „Spremni“ erscholl. „Za Dom – Spremni“ – für die Heimat – bereit – war der Wahlspruch der faschistischen Ustascha-Bewegung im von Hitler tolerierten kroatischen Marionettenstaat.

Šimunić wurde in der Folge zwar für die WM 2014 gesperrt, vom Funktionär Šuker aber zum Märtyrer geadelt. Man werde das Weltturnier nun „zu Ehren von Joe Šimunić“ bestreiten, sprach der Verbandsboss, der seine eigene Vorliebe für die Zeit, als Kroatien noch von starker Hand regiert wurde, offen einräumt. Fotos aus dem Jahr 1996 zeigen Šuker lächelnd in Madrid am Grab des Ustascha-Führers Ante Pavelić. „Ich bin dorthin gefahren, wie andere Menschen nach Berlin oder Auschwitz fahren“, erklärte Šuker ungerührt im Nachhinein.

Die Uefa belohnte den Pavelić-Verehrer 2015 mit einem Sitz im Exekutivkomitee. Noch weiter als Šuker hat es von den Kroaten nur Zvonimir Boban gebracht: Der ist inzwischen Fifa-Vizegeneralsekretär. Boban, der spätere Milan-Star, hatte 1990, in jungen Jahren als Spieler bei Dinamo Zagreb, mit seinem Fußtritt gegen einen jugoslawischen Polizisten Schlagzeilen gemacht. Er gilt seither unter Landsleuten als Symbolfigur der Auflehnung gegen die Einheit der Südslawen.

Sobald es um Kroaten geht, scheinen die Anti-Rassismus-Kampagnen von Uefa



und Fifa vergessen. 100 000 Euro Strafe – und auch die nur „auf Bewährung“ – verhängte die Uefa nach der Randalie im Spiel gegen Tschechien. Dabei war den Kroaten bereits 2014 nach Ausschreitungen in einem Match gegen Italien die „letzte Warnung“ zugestellt worden. Was damals folgte? Ein offenkundig in den Rasen geätztes Hakenkreuz beim EM-Qualifikationsspiel gegen Italien im Juni 2015.

Auf Spielern wie dem langmännigen, betont zurückhaltend auftretenden Real-Star Modrić lastet derweil der Fluch der vaterländischen Mission: Sie leben im Ausland, kennen die Welt und die dort geltenden Regeln, müssen aber im Trikot mit dem kroatischen Schachbrettmuster einen rabiaten Nationalstolz bedienen, wie er europaweit seinesgleichen sucht. Im Fall Modrić kommt erschwerend hinzu: Bei seinem Wechsel 2008 zu Tottenham Hotspur soll der Dinamo-Manager Zdravko Mamić kräftig mitkassiert haben.

Der heutige Verbandsvize, der zuletzt zweimal kurz im Gefängnis saß, wird beschuldigt, in seiner Zeit als Vereinsvizepräsident mehr als 15 Millionen Euro aus Transfererlösen an den Finanzbehörden vorbeigeschleust zu haben. Bruder Zoran, heute Trainer von Dinamo, kam gleichfalls in U-Haft. Laut Ermittlungen soll der mittlerweile in Madrid glänzende Spielgestalter Modrić sich verpflichtet haben, bis ans Karriereende 20 Prozent seines Gehalts an die Mamićs zu überweisen. Modrić, kroatischen Medien zufolge Kronzeuge der Staatsanwaltschaft, hat bereits ausgesagt.

Mamić bestreitet die gegen ihn gerichteten Vorwürfe. 120 Millionen Euro an Spielerverkäufen soll er dennoch in seiner Amtszeit bei Dinamo Erlöst und teilweise abgezweigt haben. Die Dinamo-Hooligans verzeihen ihm das nicht.

In Zagreb boykottieren sie aus Protest die Heimspiele ihres Vereins, und in Frankreich, beim Ländermatch gegen Tschechien, hätten sie um ein Haar einen Spielabbruch erzwungen – mit einer scheinbar straff geplanten Aktion, deren organisatorische Einzelheiten dank Facebook schon im Vorfeld zugänglich waren: „Die Fackeln befinden sich unterhalb der Osttribüne, Eingang F, Reihe 3, Sitz 24.“

Zumindest die Drohung der Hooligans, während der folgenden Partie gegen Spanien den niederländischen Schiedsrichter tätlich anzugreifen, wurde am Ende nicht wahr. Und so konnte dann Nikola Kalinić kurz vor der Halbzeit noch zeigen, was die eigentliche Stärke des kroatischen Fußballs ist: Mit einem artistisch eingesprungenen Hackentrick lenkte der Stürmer des AC Florenz eine Perišić-Flanke ins Tor.

Es war ein Treffer ganz nach dem Geschmack von Tribünengast Davor Šuker: eiskalt und abgezockt. Walter Mayr

„Tödlicher Schlag“

Doping Stabhochsprung-Weltrekordlerin Jelena Issinbajewa über den Ausschluss der russischen Leichtathleten von den Olympischen Spielen in Rio

Issinbajewa, 34, ist die erfolgreichste Stabhochspringerin der Welt. Sie wurde siebenmal Weltmeisterin und gewann sowohl bei den Olympischen Spielen 2004 in Athen als auch 2008 in Peking die Goldmedaille.

SPIEGEL: Sie haben in dieser Woche bei den russischen Meisterschaften 4,90 Meter übersprungen, eine neue Weltjahresbestleistung. Sie wären Favoritin auf Gold bei den Olympischen Spielen im August, doch der Welt-Leichtathletikverband, die IAAF, hat Ihre Mannschaft für Rio de Janeiro gesperrt, also auch Sie. Wie sehr trifft Sie dieser Bann?

Issinbajewa: Ich bin von Gefühlen überwältigt, von guten wie von schlechten. Ich freue mich wahnsinnig über meine Leistung, ich habe bewiesen: Jelena Issinbajewa ist die Nummer eins der internationalen Leichtathletik. Das zeigt aber auch, wie ungerecht alles ist, was gerade in unserem Sport passiert. Ich wurde in den Sog der Affären gezogen. Eigentlich wollte ich in Rio meine Karriere beenden, jetzt werde ich womöglich um dieses Highlight gebracht. Ein schrecklicher Gedanke.

SPIEGEL: Russlands Leichtathleten dürfen wegen zahlreicher Dopingkandale schon seit Herbst 2015 nicht mehr bei internationalen Wettbewerben starten.

Issinbajewa: Nach meinem Sieg bei der WM 2013 in Moskau bin ich Mutter geworden. Ein Jahr danach habe ich wieder mit dem Training begonnen, ich habe intensiv gearbeitet. Dann wurden wir gesperrt. Wissen Sie, ich habe mir mein Renommee durch zwei Olympiasiege hart erarbeitet. Plötzlich war die einhellige Meinung, alle Russen seien gedopt. Durch die Sperre ist für mich ein enormer Schaden entstanden, auch finanziell. Sponsorenverträge bekommen wir Athleten nur, wenn wir auch bei Wettbewerben antreten.

SPIEGEL: Die IAAF spricht von einer tief verwurzelten Kultur des Dopings unter Russlands Athleten. Zu Recht?

Issinbajewa: Leichtathleten sind Individualisten. Gäbe es die Diskussion in einem Mannschaftssport, wo 20 Spieler zusammen trainieren, essen, in einem

Bus unterwegs sind und sich das Hotel teilen, dann wäre auch die Frage berechtigt: Steckt dahinter System? Leichtathleten sind aber ganz unterschiedliche Menschen. Ich wohne in Wolgograd, andere in Sankt Petersburg oder Nowosibirsk. Wir sehen uns alle vier Jahre bei Olympia, ich kenne das halbe Nationalteam gar nicht.

SPIEGEL: Was wollen Sie damit sagen?

Issinbajewa: Wir sind voneinander unabhängig, jeder kämpft für sich allein, mein Trainer und ich treffen unsere Entscheidungen autonom. Niemand kann uns ein Trainingssystem aufzwingen oder uns dazu bringen zu dopen. Wenn jemand in unserem Sport zu verbotenen Substanzen greift, ist das immer seine ganz individuelle Entscheidung.

SPIEGEL: Sie reden das Problem klein. Schon 2015 veröffentlichte die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada einen Report, der systematisches Doping in der russischen Leichtathletik belegte.

Issinbajewa: Nochmals: In Russland gibt es kein Dopingsystem. Das sage ich Ihnen. Wenn andere Trainer und Athleten sich entscheiden, die Dopingregeln zu verletzen, müssen sie dafür die Verantwortung übernehmen. Ich aber nicht.

SPIEGEL: Eine Arbeitsgruppe der IAAF hat die Dopingproblematik in Russland untersucht. Was glauben Sie, warum kamen die Experten zu dem Schluss, Ihr Land von Olympia auszuschließen?

Issinbajewa: Die IAAF-Leute haben es wahrscheinlich nicht geschafft, ihre Arbeit zu Ende zu bringen. Sie waren aber unter Druck, wurden immer wieder aufgefordert, eine Entscheidung zu treffen.

SPIEGEL: Sie glauben, es war eine überhastete Entscheidung?

Issinbajewa: Sebastian Coe, der IAAF-Präsident, sagte im übertragenen Sinn: „Wir sind nicht imstande, saubere Athleten von Dopingsündern zu trennen, also wird keiner von euch nach Rio fahren.“ Das ist doch nicht zu fassen. Wenn man nach einem Diebstahl zehn Tatverdächtige hat, aber nicht ermitteln kann, wer von denen gestohlen hat, dann schickt man doch auch nicht alle zehn für



SEBASTIEN NOGIER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Werbester Issinbajewa

„Enormer finanzieller Schaden“



ADRIAN DENNIS / AFP

Stabhochspringerin Issinbajewa: „Keiner darf mir verbieten, meinen Beruf auszuüben“

zwei Jahre ins Gefängnis. Ich bin Individualsportlerin, ich kann hier nur für mich und meinen Trainer sprechen. Ich habe Dopingproben überall auf der Welt abgegeben, dabei wurde ich von internationalen, unabhängigen Experten getestet. Und wissen Sie, was? Alle Proben waren negativ.

SPIEGEL: Sie bezeichneten die Sperre der russischen Leichtathleten kürzlich als Menschenrechtsverletzung. Harte Worte.

Issinbajewa: Aber das trifft es doch. Keiner darf mir verbieten, meinen Beruf auszuüben, das zu tun, was ich wirklich gut kann. Aber genau das macht die IAAF, und zwar ohne jeden Grund.

SPIEGEL: Man kann auch sagen: Die IAAF setzt ein Zeichen und bestraft konsequent jahrelangen Dopingbetrug.

Issinbajewa: Ich trainiere hart von morgens bis spätabends, ich habe kein anderes Leben, ich sehe meinen Mann und meine Tochter nur selten. Ich habe alles darangesetzt, meine dritte Goldmedaille bei Olympia zu holen. Und jetzt darf ich nicht an den Spielen teilnehmen, und zwar nicht, weil ich etwas Falsches gemacht hätte, sondern allein deswegen, weil ich Russin bin. Das ist diskriminierend. Nicht nur mir gegenüber, sondern auch gegenüber meinem Land und seiner Jugend.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Issinbajewa: Olympia hat einen besonderen Zauber in sich. Vier lange Jahre warten wir darauf. Auch Kinder verfolgen die Wettkämpfe, sie fiebern mit, wenn ihre Sportler auftreten. Nach den Winterspielen 2014 in Sotschi hatten die Kindersportgruppen und Sportschulen in Russland einen großen Zustrom. Wenn es uns russischen Athleten verwehrt bleibt, in Rio dabei zu sein, ist das ein tödlicher Schlag für unsere Nachwuchssportler.

SPIEGEL: In Sotschi sollen Dopingproben russischer Sportler manipuliert worden sein. Wada-Experten untersuchen derzeit den Fall und veröffentlichen ihren Report Mitte Juli. Sollte sich der Betrug beweisen lassen, könnte das gesamte russische Team für Rio gesperrt werden.

Issinbajewa: Das wäre der Super-GAU für den russischen Sport. Wollen Sie das?

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor, um das Dopingproblem in Russland zu lösen?

Issinbajewa: Die Wada sollte überlegen, wie Dopingsünder besser und effektiver erwischt werden können. Und dann sollte der Weltverband diese Betrüger sperren, das ist noch immer die beste Lektion für diejenigen, die auf Doping setzen. Was aber nicht geht, ist, dass man mich in eine Reihe mit Dopern stellt. Ich

werde diese Kollektivstrafe nicht akzeptieren.

SPIEGEL: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Issinbajewa: Ich werde vor den Internationalen Sportgerichtshof Cas ziehen und versuchen, mein Startrecht in Rio einzuklagen. Wenn mich der Cas in meinen Rechten bestätigt, gehe ich mit diesem Gerichtsbeschluss zur IAAF. Sie wird das akzeptieren müssen.

SPIEGEL: Es sind noch sechs Wochen bis zur Eröffnungsfeier in Rio. Reicht die Zeit?

Issinbajewa: Dazu kann ich Ihnen nicht viel sagen. Nur so viel: Mir wurde zugesichert, dass es sich hier um eine olympische Angelegenheit handelt, um etwas Außerordentliches. Es heißt, es sei gut möglich, dass solche Klagen im Schnellverfahren geprüft werden.

SPIEGEL: Das IOC hat am Dienstag verkündet, dass Russlands Athleten, die sich außerhalb des dortigen Anti-Doping-Systems testen lassen, vielleicht doch in Rio starten dürfen.

Issinbajewa: Das hat mich ein wenig ermutigt. Vergangene Woche standen meine Chancen, bei Olympia dabei zu sein, bei 1 zu 100. Jetzt würde ich sagen: Die Chancen stehen 5 zu 100.

Interview: Lukas Eberle, Wladimir Schirokow

Design-Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



KitchenAid-Toaster in 2 Farben

Toasten, warmhalten, auftauen! Mit siebenstufigem Bräunungsregler und breiten Schlitten. Ohne Zuzahlung.



Schnell bestellen:
nur bis 4.7.2016

€ 110,- Geldprämie

Bei Bestellung bis 4.7.2016 erhalten Sie € 110,- als Geldprämie. Schnell sichern!



KitchenAid Classic

Mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und Edelstahlschüssel. Zuzahlung € 189,-.



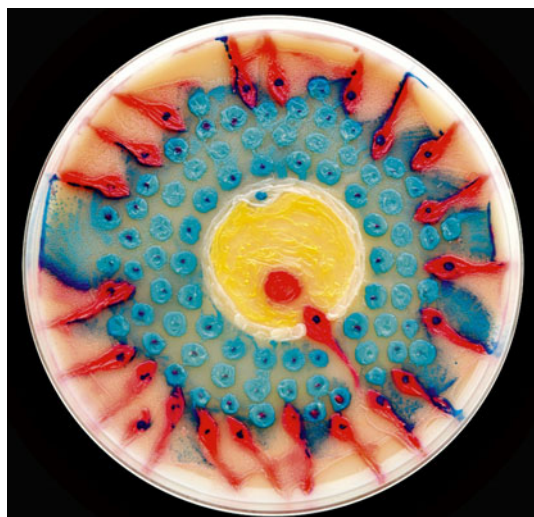
Liegestuhl „Copa Cabana“

Aus Eukalyptusholz, FSC-zertifiziert. Mit Fußablage und Wendeauflage in Grün/Beige. Ohne Zuzahlung.



Beeindruckende Performance trifft auf elegantes, schlankes Design.

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Keimmalerei

Staphylokokken-Kolonien, die rot und weiß leuchten, schwarze Salmonellen, Kolibakterien in Sonnengelb: Einmal im Jahr ruft die American Society for Microbiology Forscher und Studenten auf, Kunst aus Bakterien zu erschaffen. In Petrischalen, gefüllt mit einem Nährmedium, tupfen die Gelehrten allerhand Keime. Heraus kommen Werke von oft schriller Schönheit. Der Sieger dieses Jahres heißt „Das erste Rennen“ und soll die Befruchtung einer Eizelle darstellen (oben, 2. v. l.).



Medizin

Gen-Schere in Menschenzellen

Die neue und als revolutionär geltende Gendtech-Methode mit dem sperrigen Namen Crispr-Cas9 wird in den USA wahrscheinlich erstmals für

den Einsatz beim Menschen zugelassen. Forscher der University of Pennsylvania wollen mit dem Verfahren 18 Krebspatienten behandeln, denen mit keiner anderen Therapie mehr zu helfen ist. Die Forscher planen, weiße Blutkörperchen der Patienten gentechnisch so

zu verändern, dass sie Krebszellen besser erkennen und abtöten können. Dafür wollen die Ärzte das Erbgut der sogenannten T-Zellen an drei Stellen mit der Crispr-Cas9-Gen-Schere verändern und die modifizierten Immunzellen dann auf die Krebszellen loslassen.

Das vor vier Jahren entwickelte Crispr-Cas9-Verfahren erlaubt es, Erbgut schneller und gezielter zu verändern als bisher. Knochenmark-, Haut- und Weichteilkrebs könnten mit der Methode besser bekämpft werden, hoffen die Forscher. Finanzier des Therapiever-

Ökologie

„Tabuzonen für Schleppnetze“

Henning von Nordheim, 62, Meeresexperte des Bundesamts für Naturschutz, über die Wiederansiedlung der Europäischen Auster in der Nordsee

SPIEGEL: Welchen Nutzen hätte die Europäische Auster für die Nordsee?

Nordheim: Noch bis vor 150 Jahren lebten vor unseren Küsten Abermillionen dieser Austern. Wir haben den Auftrag von der Europäischen Union, die Meere gesünder zu machen. Die Austern-Wiederansiedlung wäre ein Beitrag dazu. Austernbänke sind wichtige Ökosysteme und bieten vielen Fischen und Wirbellosen eine Heimat. Außerdem wirken Austern wie eine biologische Kläranlage für das Meer, weil sie ständig Nahrung und Schwebstoffe aus dem Wasser filtrieren.

SPIEGEL: Die Austern sind vor allem deshalb aus der deutschen Nordsee verschwun-

den, weil sie überfischt wurden. Der Hunger nach Nahrung aus dem Meer ist heute größer denn je – wie sollen die Tiere jetzt überleben können?

Nordheim: Wir brauchen unbedingt Tabuzonen für die Schleppnetzfisherei. Sonst haben die Austern keine Chance. In den Natura-2000-Gebieten der Nordsee soll es solche Zonen geben. Auch Windpark-Areale kommen eingeschränkt als Austerngrund infrage.

SPIEGEL: Wie lassen sich Austern wieder ansiedeln?

Nordheim: Wir wollen zunächst einige Hundert Tiere aus Zuchtanlagen in 20 bis 30 Meter Was-

sertiefe in Käfigen aussetzen. Sie könnten in ein oder zwei Jahren Larven produzieren, die sich dann hoffentlich weiterverbreiten. Auf Dauer wünschen wir uns, dass die Larven über die Grenzen der Schutzgebiete hinausschwimmen. Dann könnten auch die Fischer profitieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es wieder Austernfischerei in der Nordsee geben wird, dann aber nachhaltig.

SPIEGEL: Pazifische Austern wachsen dort schon.

Nordheim: Ja. Und das hätte niemals passieren dürfen. Die Pazifische Auster ist eine aktiv eingeführte Art. Wir

gehen aber davon aus, dass sie die Wiederansiedlung der heimischen europäischen Spezies nicht behindern wird.

SPIEGEL: Welche Auster schmeckt besser?

Nordheim: Kenner sagen: die Europäische. Kein Zweifel. phb



Europäische Auster

G. LACZ / PICTURE ALLIANCE / DPA

Kommentar

Selber töten

Warum das vollautonome Auto gar nicht erst entwickelt werden sollte

Es könnte bald Autos geben, die unter bestimmten Bedingungen vollautomatisch entscheiden, Fußgänger zu überfahren. Möchten Sie in einem solchen Auto sitzen? Ich nicht.

Das Szenario ist keineswegs so absurd, wie es klingt. Forscher der Universitäten Toulouse und Oregon sowie des Massachusetts Institute of Technology haben jetzt durchgespielt, was geschähe, wenn vollautonome Autos durch die Straßen rollten. Die gute Nachricht: Die Zahl der Unfälle nähme um bis zu 90 Prozent ab. Die schlechte: Bei den verbleibenden 10 Prozent stünde das Auto häufig vor einem entsetzlichen Dilemma. Wie soll es reagieren, wenn fünf Passanten plötzlich auf die Straße stürmen und der Bremsweg nicht reicht? Die Fußgänger überrollen oder gegen die nächste Wand rauschen und die Insassen töten?

Die meisten Menschen, so das Ergebnis der Studie, entscheiden sich dafür, die Passanten zu schonen, und wünschen sich Autos, die im Zweifel die Passagiere opfern. Werden sie dann jedoch gefragt, ob sie ein solches Auto kaufen

würden, verneinen sie. Am Ende würden wir, so die Forscher, unsere Moral eben doch über Bord werfen und uns für Gefährte entscheiden, die nicht uns selbst, sondern die Fußgänger töten.

Aber das kann ja nicht die Lösung sein. Auch wenn er den Fortschrittsapologeten und Technikräumern nicht in den Sinn kommen mag – ein gänzlich anderer Ausweg aus dem Dilemma bietet sich an: Wir sollten einfach auf die Vollautomatik verzichten. Sie ist eine Ingenieursfantasie, die die Welt nicht braucht. Wenn halbautonome Wagen uns dabei helfen, die Ödnis der Autobahn zu meistern, ist dagegen nichts zu sagen. Dem Fahrer jedoch noch das letzte Stück seines Weges durch die Stadt oder die Dörfer abnehmen zu wollen produziert Maschinen, die uns das Maß unseres Mitgefühls diktieren.

Die IT- und Autofirmen sollten vom Kontrollwahn ablassen und ihren Intellekt darauf verwenden, neue Verkehrskonzepte jenseits des Individualverkehrs zu entwerfen. Damit wäre der Welt tatsächlich geholfen. Philip Bethge

Mail: philip.bethge@spiegel.de

suchs mit Gentech ist der Napster-Mitgründer Sean Parker. In Berlin hat sich unterdessen der deutsche Ethikrat mit Crispr-Cas9 beschäftigt. Chancen und Risiken der Technik müssten umfassend debattiert werden, forderten die Experten. phb

FOTOS: ASW/S 2016 AGAR ART CONTEST



Honigbienen auf der Wabe

ANDREAS REEG / DER SPIEGEL

Summ herum

Landwirtschaft Tödliche Seuchen, Verlust von Lebensraum, Nervengifte in Ackerpflanzen – es steht schlecht um die Honigbiene und ihre wilden Schwestern.

Das Sterben der Bestäuber könnte zu einer Bedrohung für die Menschheit werden.

Werner Seip herrscht über ein Heer von Arbeiterinnen, die nur bei schönem Wetter bereit sind zu schuften. Bei Regen ist mit den Damen nichts anzufangen. Sie spüren, wenn sich ein Tief ankündigt, und stellen schon Stunden vorher die Arbeit ein. An Tagen wie diesen, wo es regnet, blitzt und stürmt, kann sich Seip nur an den Schreibtisch setzen und die Steuer machen.

Aber er hasst Büroarbeit. Er will raus, in den Wald, auf die Felder.

Werner Seip ist Imker, einer der großen in Deutschland. Er lebt von seinen Honigbienen und vom Handel mit Imkereibedarf. Rund 500 Völker fliegen auf seinem Hof im Dörfchen Ebersgöns in der hessischen Wetterau. Er züchtet Königinnen, möglichst sanftmütig sollen sie sein, und verkauft sie an Imkerkollegen, bis nach Russland mitunter, das Stück ab elf Euro.

Seip betreibt auch eine Landwirtschaft, hundert Hektar groß. Auf seinen Flächen gedeihen alte Roggensorten, die kaum Chemie brauchen; es gibt Felder mit Ackerseuf und Phazellie, sieben Hunde, frei laufende Hühner und einen imposanten Hahn – ein richtiger Bauernhof wie früher. Wenn Seip eines seiner Bentheimer Weideschweine schlachten lässt, stehen die Freunde Schlange fürs Fleisch.

Gäbe es noch viele Bauern wie den Imker Seip, dann müsste der sich wohl nur wegen des Regens grämen.

Doch er hat auch andere Probleme. Rund um seine Ländereien starben über die Jahrzehnte die kleinen Höfe. Es blieben, wie überall sonst in Deutschland, in ganz Europa und auch an vielen anderen Orten der Welt: die Großbauern, die auf riesigen Flächen Raps für Biodiesel, Mais und Weizen anbauen. Es schwanden: die bunten Blühstreifen am Feldrand, die Hecken, die satten Wiesen, gelb von Löwenzahn. Es kamen: Pestizide mit Namen wie „Poncho“, „Gaucho“, „Calypso“ und „Cruiser“, so giftig, dass mitunter wenige Milliarden Gramm jene Insekten töten können, die den Bauern die Ernte zerstören.

Es kam, kurz gesagt, die moderne Hochleistungslandwirtschaft. Inklusive ihrer Verheißung, die wachsende Weltbevölkerung mit ebenso hochwertiger wie kostengünstiger Nahrung zu versorgen. Und inklusive der Biogasanlagen, die Landwirte

dazu verlocken, ihr Geld mit Mais- und Gras-Silage zu machen.

Für Imker Seip bedeutet das, dass seine Bienen kaum noch Nektar finden, sobald der Raps verblüht ist. „Früher haben wir dreimal im Jahr Honig geschleudert“, sagt er. Es gab die Frühjahrs-, die Sommer- und die Herbstblüte. Vorbei. So produziert Seip eben fast nur noch Rapshonig.

Der Strukturwandel raubt hoch spezialisierten Wildinsekten den Lebensraum und die Nahrungsgrundlage. Es ist ein menschengemachter Schwund, der ernste Folgen haben könnte – für die gesamte Menschheit. Für unsere Ernährung und Lebensqualität.

Im Februar kam das erste Gutachten des Weltbiodiversitätsrats IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) heraus. Thema: die Lage der Bestäuber, in einer gewaltigen Bestandsaufnahme erstmals analysiert für den gesamten Erdball.

Bedroht sind danach mancherorts mehr als 40 Prozent jener Insekten, die den Pollentransport von Blüte zu Blüte sichern, Wildbienen etwa oder Schmetterlinge. Bei den Wirbeltieren, auch unter ihnen gibt es Bestäuber (einige Vogelarten zum Beispiel), sind es weltweit rund 16 Prozent.

Als Gründe für den Massenschwund nennen die Forscher um Hauptautor Si-

mon Potts von der britischen University of Reading den Strukturwandel in der Landwirtschaft, neben Klimaveränderungen und der Bedrohung durch gebietsfremde Feinde und Konkurrenten. „In Europa lässt sich seit etwa 40 Jahren ein deutlicher Rückgang der Bestäuber beobachten“, sagt Wissenschaftler Potts, „das ist auch der Zeitraum, in dem sich die Landwirtschaft dramatisch verändert hat.“

So lässt die Gier nach immer höheren Erträgen ausgerechnet jene Arten schwinden, die diese Erträge bei vielen Nutzpflanzen erst möglich machen.

Denn ohne die Bestäubung durch Honigbienen und Hummeln, durch Schmetterlinge, Schwebfliegen oder Mücken würden Kulturpflanzen wie Kakao, Kiwi oder Wassermelone kaum gedeihen; bei Apfel, Kirsche, Kaffee, Mandeln, Avocado und Nektarine dürften Ausbeute und Qualität zumindest deutlich sinken.

Der Grund ist ein einzigartiges Tauschgeschäft zwischen Blüten und Bestäubern. Mit ihrem Rüssel saugen Honigbienen Nektar aus der Blüte. Zugleich füllen sie die Borstenkörbchen an ihren Hinterbeinen mit dem Pollen der Pflanze. Dann geht es weiter zur nächsten Blüte, wo sie einen Teil des Pollens verlieren: Die Blüte ist bestäubt, die Pflanze kann Früchte bilden.

Mehr als drei Viertel der weltweit angebauten wichtigsten Nahrungspflanzen sind zumindest teilweise auf Befruchtung durch Insekten oder kleine Wirbeltiere angewiesen (siehe Grafik Seite 101). Ihre Dienste, so die IPBES-Forscher, sind bis zu 577 Milliarden Dollar jährlich wert.

Und ihr Wert dürfte noch steigen, denn seit 1960 hat sich die geerntete Menge bei Obst- und Gemüsepflanzen sowie Nüssen, die auf Bestäubung angewiesen sind, vervierfacht. Darunter sind viele Gewächse, die wertvolle Nährstoffe liefern. Könnten sie nicht mehr ausreichend produziert werden, sagt Potts, würde die Mangelernährung in der Welt zunehmen.

Warum dann nicht einfach mehr Honigbienen halten? Vor allem unter umweltbewussten Städtern steigt das Interesse an der Hobbyimkerei. Doch auf *Apis mellifera* allein sollten die Bauern der Welt sich nicht verlassen: Zu spezialisiert ist ihre Arbeitsweise, zu labil ihre Gesundheit.

So steuern Honigbienen am liebsten Blüten auf der Sonnenseite der Pflanzen



Imker Seip mit Bienenzuchtkästen
„Einst dreimal im Jahr Honig geschleudert“

ANDREAS REEG / DER SPIEGEL



Zoologe Potts im Flugkäfig mit Hummeln und Himbeerpflanzen: „Manchmal ist eine Sache erst etwas wert, wenn sie ein Preisschild hat“

an. Sie fliegen beim Sammeln meist auf derselben Pflanze von Blüte zu Blüte; anders als Wildbienen, die einen Zickzackkurs bevorzugen und eher mal das Bäumchen wechseln – zum Vorteil der Bestäubungsleistung, wie neuere Untersuchungen ergeben haben. Hummeln und andere Wildbienen fliegen auch bei Wind und Nieselregen aus, wenn Honigbienen gemütlich daheimbleiben.

Zudem machen *Apis mellifera* Parasiten wie die Varroa-Milbe zu schaffen. Sie ist der wichtigste Grund für die Winterverluste bei den Bienenvölkern in Deutschland, wo diese mitunter bei über 25 Prozent liegen.

Imker fürchten auch die Amerikanische Faulbrut, eine bakterielle Erkrankung, die Bienenlarven tötet. Gegenwärtig grassiert die Krankheit in mehreren deutschen Landkreisen. „Es kann immer eine neue Seuche auftauchen“, warnt Wissenschaftler Potts, „dann rächt es sich, wenn man alles auf eine Karte gesetzt hat.“

Der Umgang mit solchen Malaisen verlangt den Imkern Sachkunde und Erfahrung ab, über die nicht alle gleichermaßen verfügen. Und so können wohlmeinende Kleinstimker durch falsches Seuchenmanagement sogar dazu beitragen, dass sich Bienenkrankheiten verbreiten – statt dem Bestäubermangel entgegenzuwirken.

„Wenn wir von Bestäubung reden, geht es um sehr viel mehr als die Honigbiene“, sagt Alexandra-Maria Klein, Ökologin an der Uni Freiburg.

Rund 20000 Wildbienenarten gibt es auf der Welt, manche von ihnen spezialisiert

auf wenige Pflanzenspezies. Wie viele von ihnen tatsächlich schon heute fehlen, ist schwer zu ermitteln. Gut möglich, dass manche Wildbestäuber ausgestorben sind, bevor sie überhaupt entdeckt wurden.

„Ich frage die Leute immer, ob sie sich daran erinnern, wie sie früher mit dem Auto durch die Gegend gefahren sind und immer verschmutzte Windschutzscheiben hatten – und ob die heute weniger verklebt seien“, erzählt Josef Tumbrinck vom Naturschutzbund Deutschland (Nabu). „Die meisten sagen: Ja.“

Für ein paar Gebiete in Nordrhein-Westfalen haben der Nabu und der Entomologische Verein Krefeld versucht, den Schwund zu beziffern. Dort sammelten Insektenfreunde über 25 Jahre hinweg an 88 Standorten Fluginsekten, bestimmten die Art und wogen ihre Ausbeute. 1995 gingen den Hobbyforschern noch 1,6 Kilogramm Biomasse in die Fallen, 2014 waren es nur noch rund 300 Gramm: ein Rückgang um bis zu 80 Prozent.

Viele Studien belegen inzwischen die wichtige Rolle wild lebender Fliegen und Bienen bei der Bestäubung. „Es ist der Mix von Honigbienen und wilden Insekten, der den Erfolg sichert“, sagt Potts.

Ökologin Klein und ihre Kollegen haben das an verschiedenen Pflanzen in 19 Ländern nachgewiesen. Fast immer waren Ertrag und Qualität besser, wenn neben Honigbienen auch Wildinsekten anwesend waren. Anders ausgedrückt: 100 Honigbienen plus 50 Wildbienen bestäuben ein Feld weitaus effektiver als 150 Honigbienen.

Eines immerhin haben die Bestäuber anderen bedrohten Arten voraus. Sie sind offensichtlich nützlich – und allmählich spricht sich herum, wie sehr der Mensch sie braucht. Zoologe Potts hofft daher auf eine Zeitenwende. „Bestäuber sind das Rückgrat vieler Ökosysteme“, sagt er, das Bewusstsein dafür habe zugenommen. „Ich bin immer noch besorgt, aber auch optimistisch.“

An einem windigen Junimorgen steht Potts in einem sogenannten Flugkäfig auf dem Campus der University of Reading – einer Art Gewächshaus mit Wänden aus Moskitonetz. Der Biologe ist fasziniert von seinen Schützlingen, auch nach 25 Jahren in der Bestäuberforschung. Gestochen wurde er selten, für Fotografen oder Fernsichtteams setzt er sich gern mal eine Hummel auf die Nase. Angst hatte er nur einmal, als er versehentlich einen Stock sogenannter Killerbienen aufscheuchte: „Da bin ich gerannt.“

Vor Kurzem haben Potts und sein Team Himbeerbüsche in die Flugkäfige gestellt. Dass die Blüten der Himbeere bestäubt werden müssen, ist bekannt – aber Potts will es genauer wissen. In die Käfige gelangen nur jene Insekten, die die Forscher dort haben möchten. So können sie die Qualität der Früchte von unterschiedlich bestäubten Pflanzen vergleichen. Ist es egal, welches Tier den Pollen von A nach B trägt? Oder unterscheiden sich die Himbeeren in Größe, Farbe, Geschmack?

Ähnliches testet seine Kollegin Klein in Freiburg an Äpfeln. Sie will wissen, ob die

Bestäubung etwa den Kalziumgehalt im Obst steigern kann.

Anfang Mai erst haben Potts und Kollegen eine Studie im Fachblatt „Plos One“ publiziert, auf die der Biologe besonders stolz ist. Er konnte darin am konkreten Beispiel zeigen, dass auch wilde Bestäuber bares Geld wert sind. Die Forscher hatten untersucht, welchen Anteil bestimmte Insekten an der Bestäubung von Apfelbäumen haben – und wie dies den Ertrag steigert.

Ergebnis: Bestimmte Wildbienen, die sogenannten solitären Bienen, sorgten bei der Apfelproduktion für Ertragssteigerungen von umgerechnet rund 66 Millionen Euro pro Jahr. Die Dienste der Honigbienen hingegen bringen nur etwas mehr als 27 Millionen. „Manchmal ist eine Sache erst etwas wert, wenn sie ein Preisschild hat“, sagt Potts.

Beim vielleicht wichtigsten Kampf allerdings, den Forscher und Naturschützer gegenwärtig im Namen der Biene führen, geht es um viel mehr Geld. Es ist der Streit mit Chemie Giganten wie Bayer und Syngenta, jenen Konzernen, die mit Gaucho, Poncho und Cruiser weltweit Milliardenumsätze erzielen.

Die Chemikalien gehören zur Klasse der Neonicotinoide, und ihre Entwicklung seit den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts erschien als Glücksfall für die Landwirtschaft. Die Nervengifte sind wasserlöslich und stabil, hochwirksam in winzigen Dosen; man kann sie versprühen oder bereits im Saatgut (als sogenannte Beize) einsetzen. Die Pflanze wächst dann gleichsam mit Schutzschild aus der Krume, Nachspritzen nicht nötig.

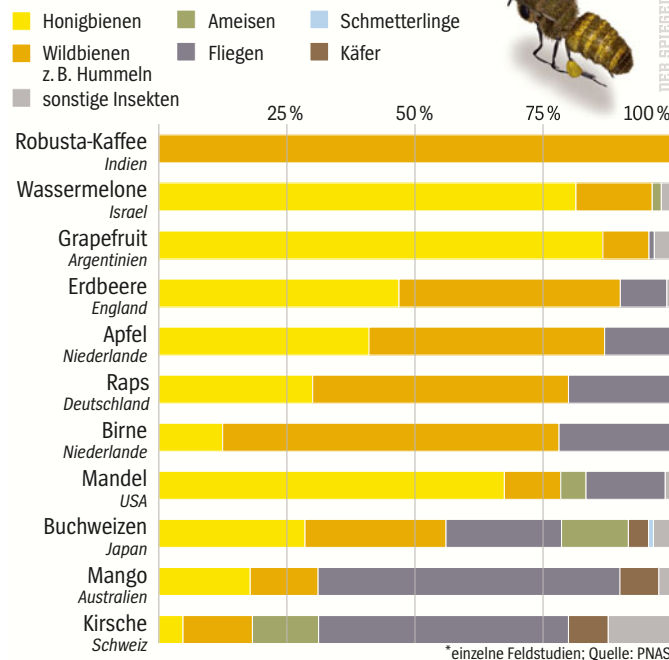
Es findet sich auf Erden kaum ein Ackerfleck, auf dem diese Pestizide nicht angewendet werden. Poncho & Co. sind die meistverkauften Insektenbekämpfungsmittel der Welt. Fielen sie weg, müsste die Hochertragslandwirtschaft den Pflanzenschutz neu erfinden.

Bienenschützer hoffen, dass genau dies passiert. Denn in den letzten Jahren häuften sich Hinweise, dass die Wundermittel einen großen Anteil am weltweiten Bestäubersterben haben.

Zwar sind jene Mengen, die Bienen zum Beispiel beim Nektarsammeln aufnehmen, nicht tödlich – das mussten die Konzerne für ihre Zulassungsverfahren nachweisen. Doch beinahe im Wochentakt erscheinen neue Studien, in denen Wissenschaftler zeigen, welche Verheerungen die Mittel dennoch anrichten können.

Wertvolle Bestäuber

Anteil verschiedener Insektengruppen an Blütenbesuchen auf Nutzpflanzen*



Randolf Menzel, Neurobiologe an der Freien Universität Berlin, hat sein Forscherleben dem Bienenhirn gewidmet. Darin gibt es genug zu entdecken: Honigbienen verfügen über ein einzigartiges Kommunikationssystem („Schwänzeltanz“) und über eine ganz spezielle Navigation. Stets kehren sie nach Sammelflügen zielicher zum Stock zurück, immer finden sie den richtigen Eingang, selbst wenn sich, wie bei Imker Seip, Dutzende Bienenkästen nebeneinander drängen.

Es sei denn, die Bienen waren Neonicotinoiden ausgesetzt.

Menzel schnallt Honigbienen Miniaturantennen auf den Rücken. Mit einem Radargerät kann er dann ihren Flug analysieren. Ein Ergebnis: Bienen, die mit Neonicotinoiden in Kontakt kamen, brauchen länger für den Heimflug als ihre Kolleginnen. Manche finden niemals zum Stock zurück.

Menzels Kollege Dave Goulson von der britischen University of Sussex berichtete 2012 im Wissenschaftsblatt „Science“, dass Dunkle Erdhummeln, denen ein bestimmtes Neonicotinoid verabreicht wurde, weniger Jungköniginnen produzieren. Ohne Königin gibt es im Folgejahr keine neuen Hummeln – ein weiterer Langzeiteffekt mit schlimmen Folgen für den Stand der Wildbestäuber.

„Es reicht nicht, zu untersuchen, ab welcher Schwelle diese Mittel tödlich sind“, erklärt Wissenschaftler Menzel. „Sie haben chronische Wirkungen, die stärker werden, je länger die Tiere ihnen ausgesetzt sind.“

Es waren solche Studien, die die Europäische Kommission 2013 dazu brachten, den Einsatz von zumindest drei Neonicotinoiden und einem anderen Insektizid europaweit drastisch einzuschränken. Ein beispielloses Vorgehen, da bestehende Zulassungen einkassiert wurden. Ob das rechtens war, muss nun das Gericht der Europäischen Union klären. Bayer, BASF und Syngenta haben Klage eingereicht.

Peter Hoppe, Veterinär und einst selbst Forscher bei einem Chemiekonzern, ist einer der sogenannten Streithelfer beim Prozess. Hoppe kämpft auf der Seite der „Task Force on Systemic Pesticides“, eines internationalen Zusammenschlusses von unabhängigen Wissenschaftlern, der ein grundsätzliches Verbot der Neonicotinoide erwirken will. In dieser Funktion hatte Hoppe Einsicht in Unterlagen, die sonst kaum jemand zu Gesicht bekommt: die Zulassungsanträge der Konzerne.

„Die Unternehmen argumentieren immer damit, dass ihre Studien Betriebsgeheimnisse enthalten“, sagt Hoppe. Das mache es unabhängigen Wissenschaftlern unmöglich, die Giftigkeitstests zu bewerten, ein Umstand, den auch Bestäuberexperte Potts beklagt. „Ich konnte in den Unterlagen aber nichts finden, was Geheimhaltung erfordern würde“, berichtet Hoppe – etwa die genaue Synthese eines Pflanzenschutzmittels, die man vor der Konkurrenz verstecken müsste.

Warum also die Heimlichtuerei?

Noch ist ungewiss, ob die Einschränkungen Bestand haben werden. Sie betreffen auch nicht alle Neonicotinoide. Der Wirkstoff Thiacloprid etwa, der immer noch eingesetzt werden darf, raubt Honigbienen nach neuesten Untersuchungen von Forscher Menzel ebenso den inneren Kompass wie andere Wirkstoffe.

„Solange die Landwirte solche Substanzen einsetzen dürfen, werden sie das auch tun“, vermutet Menzel. Verglichen mit anderen Methoden der Schädlingsbekämpfung sind sie günstig, effektiv und unkompliziert. „Wir müssen nach neuen Wegen suchen“, sagt der Forscher. „Und die werden viel Geld kosten.“ Die Zukunft der Bestäuber, hofft Menzel, werde uns das wert sein.

Julia Koch

Mail: julia.koch@spiegel.de



Video:

Der Kampf der Imker

spiegel.de/sp262016biene
oder in der App DER SPIEGEL



Bauarbeiten im Großen Saal der Elbphilharmonie

AXEL HEINKEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

„Spielt leiser!“

Musik Der Akustiker Yasuhisa Toyota erklärt, warum Orchester an hässlichen Orten nicht schön klingen können – und verrät seine Tricks beim Klangdesign der Hamburger Elbphilharmonie.

SPIEGEL: Herr Toyota, in wenigen Monaten soll die Elbphilharmonie in Hamburg eröffnet werden. Sie sind für die Akustik verantwortlich. Graut Ihnen vor der Premiere?

Toyota: Nein, überhaupt nicht. Die Premiere und alle Konzerte danach machen mir überhaupt keine Sorgen. Der schwierigste Tag ist der, an dem das Orchester zum ersten Mal probt.

SPIEGEL: Warum?

Toyota: Stellen Sie sich vor, Sie bauen ein Haus. Sie haben alles mit dem Architekten besprochen, Sie wissen eigentlich genau, wie alles sein wird. Dennoch gehen Sie am ersten Tag hinein und wissen nichts. Wie funktionieren die Lichtschalter? Welche Tür öffnet sich in welche Richtung? Alles ist neu. Und genauso geht es den Musikern. Sie kennen die Akustik nicht und müssen sich erst damit anfreunden.

SPIEGEL: Die Hamburger erwarten eine Konzerthalle, deren Klang sich mit dem der besten Konzerthäuser der Welt messen kann. Können Sie das versprechen?

Toyota: Ich bin zuversichtlich, dass die Elbphilharmonie ein Weltklasse-Konzertsaal sein wird, mehr kann ich nicht sagen.

SPIEGEL: Warum nicht?

Toyota: Weil es noch niemand weiß. Es gibt historische Orchestersäle wie etwa das klassisch aufgebaute Konzerthaus in Wien mit einer Bühne am Ende eines rechtwinkligen Besuchersaals. Wir nennen das den Schuhkarton-Stil. Dort lassen sich akustische Eigenschaften wie Echo oder Nachhall relativ leicht vorhersagen. Die Elbphilharmonie dagegen ist im sogenannten Weinberg-Stil gebaut, bei dem die Bühne in der Mitte liegt. Der Raum hat eine ungewöhnliche Form, ist groß und mit etwa 30 Metern vergleichsweise hoch. Außerdem sind die Zuschauerränge ziemlich steil. Das ist für uns etwas Neues, Aufregendes.

SPIEGEL: Einer Ihrer deutschen Kollegen, der Akustiker Uwe Stephenson, hat kritisiert, die Halle sei viel zu hoch, um einen Topsound zu liefern. Hat er recht?

Toyota: Wir kennen solche Diskussionen schon von anderen Projekten. Bald kann sich ja jeder das Ergebnis anhören.

SPIEGEL: Warum können Sie keine Garantie für einen guten Klang geben?

Toyota: Akustikdesign folgt ähnlichen Regeln wie Architektur. Architekten garantieren ja auch keine Schönheit.

SPIEGEL: Aber Funktionalität.

Toyota: Wer wissen möchte, ob wir gut arbeiten, kann sich andere Projekte ansehen, zum Beispiel die Walt Disney Concert Hall in Los Angeles. Dort haben wir ähnliche akustische Prinzipien angewandt wie jetzt in Hamburg.

SPIEGEL: Nämlich?

Toyota: Die Zuschauerränge haben wir zum Beispiel mit Holzwänden abgesetzt, hinter denen zehn Zentimeter Beton liegen. Solche schweren, dicken Materialien sind bedeutend, weil damit die Frequenzen der tiefen Instrumente in den Saal reflektiert werden. Wichtig ist auch die Bühne, die den Klang des Orchesters verstärkt. Sie nimmt die Schwingungen vor allem von Instrumenten wie Cello oder Kontrabass auf. Das erzeugt einen warmen Gesamtklang, den die meisten Menschen bevorzugen. In der Elbphilharmonie funktioniert die Bühne übrigens auch als Klangverstärker.

SPIEGEL: Und wie sind Sie nun mit der großen Höhe des Saals umgegangen?

Toyota: Direkt über der Bühne hängt ein 50 Tonnen schwerer Reflektor. Ohne ihn würde der Orchesterklang nach oben verschwinden. Außerdem sind die Wände mit

der „Weißen Haut“ bedeckt. Sie besteht aus 10 000 Gipsfaserplatten. Jede von ihnen wiegt zwischen 35 und 200 Kilogramm und ist dick und schwer genug, die Bässe in den Saal zurückzuwerfen.

SPIEGEL: Die Oberfläche jedes dieser Paneele ist individuell gefräst und mit Vertiefungen versehen. Welchen akustischen Effekt hat dies?

Toyota: Die Oberfläche muss unregelmäßig sein, damit der Schall gestreut und gleichmäßig im Raum verteilt wird. Es geht darum, direkte Reflexionen und Echos zu vermeiden. Die Paneele erfüllen übrigens den gleichen akustischen Zweck wie Ornamente und Skulpturen in historischen Konzerthallen.

SPIEGEL: Um die Akustik zu entwerfen, haben Sie mit Computersimulationen und mit einem 1:10-Modell gearbeitet, in dem sogar Konzertbesucher aus Filz sitzen. War der Aufwand wirklich nötig?

Toyota: Der Computer gibt uns erste Anhaltspunkte, ob und wo es akustische Probleme geben könnte. Im 1:10-Modell spielen wir dann richtige Töne ab und horchen. Dafür muss allerdings alles entsprechend skaliert werden. Wir verzehnfachen zum Beispiel die Frequenz der eingespielten Töne. Und wir müssen Stickstoff in das Modell einleiten, um die Schallabsorption anzupassen. Dann können wir beispielsweise nachteilige Echos erkennen. Das 1:10-Modell war nicht billig. Aber es ist viel billiger, als Probleme erst dann zu lösen, wenn der Saal bereits fertig ist.

SPIEGEL: Und dennoch können Sie die Akustik der Elbphilharmonie nicht voraussagen? Wissen Sie nicht einmal, ob der Nachhall bei etwa zwei Sekunden bleiben wird, wie in anderen guten Konzerthallen?

Toyota: Der Nachhall ist sehr wichtig, das stimmt. Aber er ist nur ein Aspekt von vielen. Das ist so, als wollte ich einen Whisky nur anhand des Alkoholgehalts beschreiben. Mit dem Whisky ist es ähnlich wie mit der Akustik. Selbst Experten können nicht erklären, warum der eine gut schmeckt und der andere nicht.

SPIEGEL: Der finnische Klangdesigner Tapio Lokki hat die Beurteilung der Akustik von Konzerthallen mit einer Weinprobe verglichen.

Toyota: Richtig. Der Hörsinn ist ähnlich komplex wie der Geschmackssinn. Beide sind direkt mit unserem Gehirn verschaltet. Um Akustik zu verstehen, müssen wir eigentlich wissen, wie unser Gehirn funktioniert. Hörwahrnehmung ist subjektiv und hängt von sehr vielen Faktoren ab, unter anderem auch von der Architektur.

SPIEGEL: Wie das?

Toyota: In einem schönen Umfeld, in dem man sich wohlfühlt, klingt ein Orchester ganz anders als an einem hässlichen Ort. Das hängt übrigens auch mit dem Erleben der Musiker zusammen. Wenn ein Musiker



RALF MEYER / VISUM

Toyota, 63, ist einer der bekanntesten Akustikdesigner der Welt. Seine Firma Nagata Acoustics hat den Raumklang für mehr als 50 Konzerthallen weltweit entworfen, darunter die Walt Disney Concert Hall in Los Angeles, die Philharmonie de Paris, die Suntory Hall in Tokio und die renovierte Konzerthalle im Sydney Opera House. Vor zehn Jahren wurde Toyota mit der Akustikplanung des Großen Saals der von den Schweizer Architekten Herzog & de Meuron entworfenen Elbphilharmonie beauftragt. Nach enormen Kostensteigerungen soll das 865-Millionen-Euro-Projekt in diesem Jahr fertiggestellt werden.

einen Konzertsaal zum ersten Mal betritt und denkt, „wow, das wird hier wundervoll klingen“, wird er anders spielen, als wenn er von der Halle von Anfang an enttäuscht ist. Deshalb können Weltklasse-Konzerthallen nur entstehen, wenn Akustiker und Architekten eng zusammenarbeiten. Wir verfolgen das gleiche Ziel: Es geht darum, etwas Einzigartiges zu erschaffen, Identität zu stiften.

SPIEGEL: Die Elbphilharmonie ist als Orchestersaal konzipiert, und zwar insbesondere für die Musik des 19. Jahrhunderts. Allerdings sollen dort auch Jazz-, Pop- und Rockkonzerte stattfinden. Kritiker sagen, beides lasse sich nicht vereinen.

Toyota: Elektronisch verstärkte Musik erfordert ganz andere Bedingungen als ein Orchester mit natürlicher Akustik. Bei einem Orchester muss der Raumklang die Balance zwischen den Instrumenten herstellen. Werden dagegen Mikrofone und Lautsprecher verwendet, kann der Tontechniker jedes Instrument so laut machen, wie er möchte. Akustische Elemente würden nur stören. Für Jazz- oder Popkonzerte lassen sich in der Elbphilharmonie deshalb Vorhänge vor die „Weiße Haut“ ziehen.

SPIEGEL: Wir leben im Zeitalter der digitalen Musik, die an Perfektion kaum zu überbieten ist. Trotz der Unsummen, die ins Klangdesign gesteckt wurden, müssen Sie möglicherweise damit rechnen, die Konzertbesucher am Ende doch zu enttäuschen...

Toyota: ... stimmt, wir müssen heute mehr bieten als die reine Musik. Wenn Sie 30 Euro haben, gehen Sie dann in ein Konzert? Oder kaufen Sie sich eine besondere Aufnahme, die Sie zu Hause auf dem Sofa bei einer Tasse Kaffee genießen? Das Konzert ist nur konkurrenzfähig, wenn es zu einem besonderen Ereignis in besonderer Umgebung wird. Sie diskutieren mit den anderen Konzertbesuchern über die Musik. Sie genießen die Architektur. Auch die Sitzordnung ist wichtig. Mit der Bühne in der Mitte können die Zuhörer nicht nur die Musiker, sondern auch andere Gäste sehen. Das ist sehr reizvoll. In historischen Hallen sehen Sie immer nur die Rücken der anderen Besucher.

SPIEGEL: Welche Konzertsäle halten Sie für die besten der Welt?

Toyota: Es ist Unsinn, Konzertsäle gegeneinander aufzuwiegen. Es geht immer um das Gesamtkonzept. Passen Akustik und Architektur zusammen? Fühle ich mich wohl in dem Raum, mit der Musik? Das empfindet jeder anders. Mich persönlich vermag die Philharmonie in Berlin immer wieder zu faszinieren. Sie wurde vor mehr als 50 Jahren entworfen, aber ihr Design ist immer noch revolutionär.

SPIEGEL: Sie haben einmal gesagt, nach dem Akustiktest am Modell und letzten Anpassungen helfe nur noch Beten. Haben Sie schon damit angefangen?

Toyota: Ja, ich bete (*lacht*). Und ich hoffe; vor allem, dass die Musiker zufrieden sind. Für sie ist es extrem wichtig, sich selbst und die anderen gut zu hören. Andernfalls werden sie nervös und spielen lauter, und zwar alle auf einmal, das gesamte Orchester mit 80 Instrumenten. In Los Angeles ist genau das am Anfang passiert. Die erste Probe war das reinste Chaos! Die Musiker konnten die Balance zwischen den Instrumenten nicht korrigieren. Sie kamen zu mir und sagten: „Wir können uns nicht hören!“

SPIEGEL: Was haben Sie ihnen geraten?

Toyota: Spielt leiser! Hört besser hin! Nach der zweiten Probe kamen dieselben Leute, lobten die Akustik und fragten, was ich verändert hätte. Ich antwortete: Gar nichts. Aber sie wollten mir nicht glauben. An der Elbphilharmonie wird es am Anfang auch viel Kritik geben. Aber zum Glück kenne ich das schon. Ich bitte Musiker und Besucher um Geduld. Geben Sie dem Raum und dem Klang Zeit. Am Ende wird Sie beides überzeugen.

Interview: Philip Bethge
Mail: philip.bethge@spiegel.de

Durchgeknallt

Medizin Hunderttausende Soldaten kehren seelisch zerrüttet aus dem Krieg zurück – haben sie in Wahrheit unheilbare Hirnschäden erlitten?

Seit vier Jahrzehnten beäugt Daniel Perl Gehirnpräparate unterm Mikroskop. „Aber so etwas“, sagt er, „hatte ich noch nicht gesehen.“ An vielen Stellen waren winzige Narben wie Streusel im Gewebe verteilt.

Die Proben, die der amerikanische Neuropathologe untersuchte, stammten von fünf toten Kriegsveteranen. Was war mit den Männern geschehen?

Zu Lebzeiten hatten sie als Soldaten der U. S. Army in Afghanistan und im Irak gekämpft. Sie hatten Granatenbeschuss und explodierende Sprengfallen überlebt. Danach, im Zivilleben, schienen sie wie verloren.

Einer der Veteranen, in 25 Dienstjahren mehrfach ausgezeichnet, kämpfte nun mit Sprachstörungen und Wutanfällen; das Autofahren fiel ihm schwer, oft war er deprimiert. Am Ende erschoss er sich.

Psychologen stellten in allen Fällen eine posttraumatische Belastungsstörung fest. Die Soldaten hatten offenbar Entsetzliches erlebt, und die Aufnahmen der Hirnscanner zeigten keinerlei sichtbare Schäden.

Der Pathologe Perl aber machte sich die Mühe, dünne Scheibchen des Hirngewebes unterm Mikroskop zu studieren. So ent-

deckte er das punktförmig vernarbte Gewebe. Und nun glaubt er zu wissen, warum das Leben dieser Männer aus den Fugen geraten war.

Das Rätsel treibt die Forschung seit einem Jahrhundert um. Schon im Ersten Weltkrieg zeigten Soldaten häufig befremdliche Symptome. Hunderttausende kehrten zerrüttet heim von der Front: schlotternd, schlaflos, von Panikattacken geplagt. In Deutschland nannte man sie die Kriegszitterer.

Besonders verheerend waren offenbar Materialschlachten wie bei Verdun, wo die Gegner einander über Wochen und Monate unter Artilleriebeschuss nahmen. Ganze Kompanien wurden dort von „nervösen Zuständen, Weinkrämpfen, Erbrechen usw. befallen“, schrieb damals ein Psychiater. In den Berichten der Soldaten selbst ist häufig vom grauenhaften Lärm der Bomben und Granaten die Rede.

Das sei kein Zufall, vermutet Perl: Wahrscheinlich waren es ebendiese Detonationen, die den Kriegszitterern so nachhaltig auf das Gehirn schlugen.

Im Ersten Weltkrieg kam erstmals in großem Umfang TNT zum Einsatz, ein Sprengstoff neuen Typs: Wenn er explodiert, breitet sich ringsum eine gewaltige Druckwelle aus, die schneller ist als der Schall. Ihre Opfer im Umkreis trifft sie ohne Vorwarnung – ein lautloser Schock. Erst kurz darauf folgt das Getöse der Detonation. In diesem Augenblick kann das Gehirn, wenn Perl recht hat, bereits irreparabel geschädigt sein.

Gut möglich also, dass der Forscher auch bei den Kriegszitterern vernarbtes Hirngewebe aufgespürt hätte. Die damaligen Ärzte aber, da sie keine äußerlichen Verlet-

zungen fanden, schlossen auf Hysterie – seinerzeit der Inbegriff weibischer Zimperlichkeit.

Beflissene Psychiater versuchten, die vermeintlichen Simulanten mit Hypnosen und erfindungsreichen Torturen wieder fronttauglich zu machen. An Grausamkeit taten sich vor allem die berühmten „Starkstromlazarette“ hervor. Die Insassen bekamen dort Elektroschocks in rascher Folge verabreicht, begleitet von militärisch gebrüllten Kommandos.

Erst jetzt, ein Jahrhundert später, erscheinen die Kriegszitterer in neuem Licht – und mit ihnen Zehntausende Soldaten von heute, die unter vergleichbaren posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Ähnlich rätselhaft sind die Symptome, die Aussichten auf Heilung schlecht.

Heute dürfen die Traumaopfer allerdings auf mehr Verständnis hoffen. Statt Elektroschocks bekommen sie Tabletten und Psychotherapien verschrieben. Aber kaum jemand zog bislang Hirnverletzungen als Ursache in Betracht.

Im Grunde stehen die gebrochenen Veteranen noch immer unter Schwächlingsverdacht: Waren sie einfach nicht hart genug für den Krieg?

Das ist nach der Entdeckung des Pathologen Perl kaum mehr zu halten. Die verstörte Psyche ist wohl nur ein Teil des Problems. Die Schäden in den obduzierten Gehirnen legen einen anderen Schluss nahe: Was hier waltete, ist die gleichgültige Physik der Sprengkörper.

Wenn die Druckwelle einer Detonation das Gehirn durchpulst, trifft sie auf Stoffe verschiedener Dichte: graue Substanz, weiße Substanz, Hirnflüssigkeit. Wo diese Zonen aneinandergrenzen, wirkt der Überschallschock besonders zerstörerisch.

Narben zeigten sich vor allem in den Arealen, in denen der Schlaf reguliert wird, das Gedächtnis und die Selbstkontrolle der Gefühle. In den Gehirnen von Zivilisten fand Perls Forschergruppe dagegen keine solchen Spuren – auch nicht bei Leuten, die Schädelprellungen beim Sport oder bei Unfällen erlitten hatten.

Noch ist der Befund nicht gesichert; ein paar Einzelfälle genügen nicht als Beweis. Aber wenn weitere Fachleute auf ähnliche Schäden stoßen, wird sich das Bild vom Krieg ändern. Ist der Soldatenberuf dann überhaupt noch einem Menschen zumutbar?

Die blinde Gewalt der Druckwellen trifft gleichermaßen den harten Kerl wie den vorsichtigen Überlebenskünstler. Beide mögen den Granaten entgehen – aber was, wenn schon der Knall genügt, die Soldaten zu vernichten? Wer äußerlich unverletzt nach Hause kommt, kann dennoch kaputt sein fürs Leben.

Manfred Dworschak

Mail: manfred.dworschak@spiegel.de



Starkstromtherapie im Ersten Weltkrieg: Veteranen unter Schwächlingsverdacht

OTIS HISTORICAL ARCHIVES, NATIONAL MUSEUM OF HEALTH AND MEDICINE / SCIENCE PHOTO LIBRARY

Ins Herz der Finsternis

Luftfahrt Eine kleine Propellermaschine ist zum Südpol geflogen, um zwei Schwerkranke von der Forschungsstation zu retten – die Piloten riskierten ihr Leben.

Etwa 50 Menschen überwintern jedes Jahr in der amerikanischen Amundsen-Scott-Forschungsstation direkt am Südpol. Wen es hierher verschlägt, der braucht das Gemüt eines Astronauten. Im Februar fliegt das letzte Flugzeug davon.

Im März bricht die Polarnacht herein. Die Temperatur sinkt auf bis zu minus 82 Grad, Stürme ziehen auf. Wegen der extremen Kälte kann das nächste Flugzeug frühestens Ende Oktober landen, und so lange, das wissen alle, kommt hier niemand weg.

Eigentlich.

In gut 17 000 Kilometer Entfernung ging Mitte Juni bei der Flugesellschaft Kenn Borek Air in Calgary, Kanada, ein Notruf ein. Die National Science Foundation (NSF), die für die Südpolstation zuständig ist, teilte mit, dass einer ihrer dortigen Mitarbeiter einen Herzinfarkt erlitten habe. Er müsse dringend in ein Krankenhaus. Ob die Firma vielleicht helfen könne?

Für solche Einsätze gibt es weltweit nur diese eine Adresse. Kenn Borek ist der Spezialist für Extremflüge aller Art, getreu dem Firmenslogan „Anytime, Anywhere... Worldwide“.

Im antarktischen Sommer schwirren oft mehr als ein Dutzend der rot-weißen Maschinen auf dem riesigen Eiskontinent umher. Sie setzen Forscher und Material ab und führen Messflüge durch. Boreks Piloten steuern auch die deutschen Forschungsflieger „Polar 5“ und „Polar 6“ des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts.

Im langen Winter aber sinkt die Temperatur am Pol so tief, dass sich Kerosin zu Gelee versteift. Obwohl Menschen seit fast 60 Jahren permanent am Südpol leben, sind deshalb bisher nur zwei Flugzeuge ins kalte Herz der Finsternis geflogen und dort auch gelandet, eines im April 2001, eines im September 2003. Beide stammten von Borek, beide



Twin-Otter-Einsatz am Südpol: Schicksalsschwere Entscheidung am Point of no Return

brachten unter hohem Risiko schwer kranke Überwinterer ins Krankenhaus.

Jetzt ist das Kunststück ein drittes Mal gelungen; diesmal im dunkelsten Monat des Jahres. Wieder wurde keine Hightech-Maschine eingesetzt, sondern eine mehr als 35 Jahre alte Twin Otter. Sie ist klein, leicht und zäh – und so schlicht konstruiert, dass an ihr wenig kaputtgehen kann. Kein anderes Flugzeug käme für diese Aufgabe infrage.

Kenn Borek schickte für die gewagte, aber klug ausgestützte Aktion gleich zwei Maschinen auf den Weg, je mit zwei Piloten, einem Mechaniker und medizinischem Personal. Nach sechstägigem Flug trafen sie am Montag in der Polarregion ein. Westlich der antarktischen Halbinsel landeten sie auf der britischen Forschungsstation Rothera, wo sie neu betankt und mit Skikufen ausgestattet wurden.

Eines der beiden Teams wachte hier über die weitere Mission. Hätte die andere Maschine irgendwo in der Eishölle notlanden müssen, wäre es zu Hilfe gekommen und hätte die Überlebenden aufgenommen.

Am Dienstag startete der Rettungstrupp mit Zusatztanks im Passagierraum der Twin Otter zum riskantesten Teil der Reise: dem fast zehnstündigen Flug zum rund 2500 Kilometer entfernten Südpol. Winzige Mengen Licht durchbrachen die totale Finsternis, denn der Vollmond ragte knapp über den Horizont. Etwa

auf halber Strecke mussten die Piloten am Point of no Return die schicksalsschwere Entscheidung treffen: Würde das Wetter am Pol gut genug sein für eine Landung Stunden später? Für eine Rückkehr nach Rothera hatten sie von da an nicht mehr genug Sprit.

Wie eine Webcam am Pol zeigte, hatten Mitarbeiter der Amundsen-Scott-Station die Lan-

debahn aus gepresstem Schnee befeuert – im wahrsten Sinne: Fässer mit brennendem Kerosin und Holz markierten die Piste in der düsteren Nacht. Eiskristalle wirbelten in der Luft, aber dennoch setzte die Maschine am Dienstagabend deutscher Zeit nach NSF-Angaben ohne größere Probleme auf.

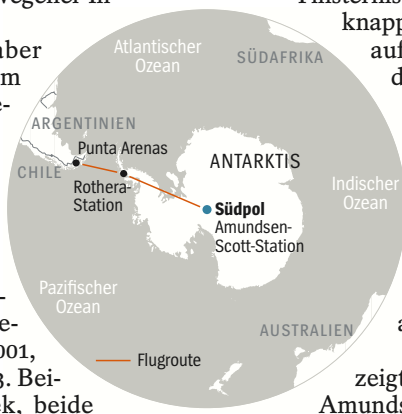
Als die Twin Otter zum Stillstand kam, wurde die Kälte von minus 60 Grad schlagartig ihr ärgster Feind. Helfer installierten aufwendige Vorrichtungen, um das Flugzeug, all seine Flüssigkeiten und Systeme warm zu halten. Heizkissen wurden auf die Turboprop-Triebwerke montiert, Batterien ausgebaut und an einen beheizten Ort gebracht. Unter die Skikufen schob man Bambusstangen. Sie sollten verhindern, dass das Flugzeug festfror – was der Twin Otter bei ihrem Rettungsflug 2001 beinahe zum Verhängnis geworden war.

Nach zehnstündiger Nachtruhe machte die Besatzung die Maschine startklar. Mittwochmittag hob sie ab Richtung Rothera. Mit an Bord: zwei Patienten. Eine weitere Mitarbeiterin der Station war unterdessen krank geworden. Zum Schutz ihrer Privatsphäre macht die NSF weder Angaben zum Krankheitsverlauf noch zur Identität der beiden Notfälle. In Rothera wurden sie auf die dort wartende Twin Otter umgeladen, Stunden später erreichten sie Punta Arenas im Süden Chiles.

Der Herzinfarktpatient ist offenkundig in einem sehr bedrohlichen Zustand, denn die NSF legt die Hürde für die gefährlichen Evakuierungsflüge hoch. 1999 fand die Ärztin der Station einen Knoten in ihrer Brust. Sie entnahm sich selbst eine Gewebeprobe, die dann nötigen Medikamente für ihre Chemotherapie stellte man ihr per Fallschirm zu. Im August 2011 erlitt die Leiterin der Station einen Schlaganfall. Bis Mitte Oktober musste sie warten – dann erst transportierte Kenn Borek sie mit der ersten regulären Frachtmaschine ins Krankenhaus.

Marco Evers

Mail: marco.evers@spiegel.de

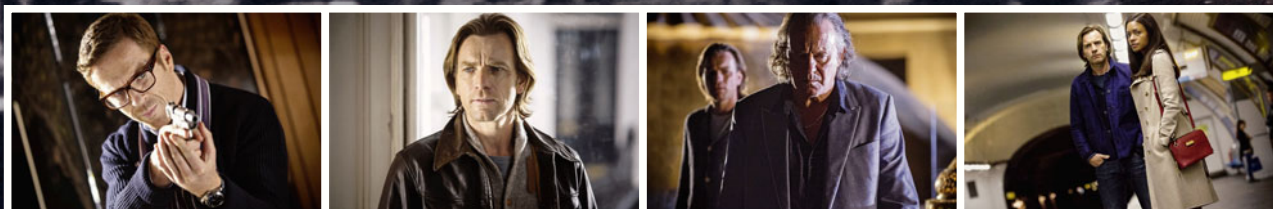




Die exklusive Kino-Preview!

Präsentiert von **DER SPIEGEL**

Jetzt zwei kostenlose Karten reservieren.



DER SPIEGEL – das deutsche Nachrichten-Magazin.



Preview am 4. Juli
Kinostart am 7. Juli

www.verraeterwiewir.de

[f /STUDIOCANAL.GERMANY](https://www.facebook.com/studiocanal.germany)



QR-Code scannen
und Trailer ansehen.

VERRÄTER WIE WIR

Der Oxford-Dozent Perry (Ewan McGregor) verbringt mit seiner Frau, der Anwältin Gail (Naomie Harris), einen romantischen Urlaub unter Palmen in Marrakesch. Dort lernen die beiden den zwielichtigen Russen Dima (Stellan Skarsgård) kennen. Nach einer wilden Party offenbart Dima seinem neuen Freund Perry ein ernsthaftes Problem: Als Geldwäscher der russischen Mafia trachten ihm Killer nach dem Leben. Dima will nach England überlaufen – und der unauffällige Perry ist dafür die perfekte Tarnung. Als der britische Geheimagent Hector (Damian Lewis) auf den Plan tritt, geraten Gail und Perry zwischen die Fronten – und in eine Hetzjagd über Paris und London bis in die Schweizer Alpen, bei der am Ende niemand mehr dem anderen trauen kann ...

Mit „Verräter wie wir“ kommt nach „Der Ewige Gärtner“, „Dame, König, As, Spion“ und „A Most Wanted Man“ eine weitere hochkarätig besetzte John-le-Carré-Verfilmung in die Kinos. Der Altmeister des Politthrillers führt den Zuschauer in diesem hintergründig-spannenden Thriller in die Spionagewelt des 21. Jahrhunderts, in der die klaren Grenzen des Kalten Kriegs längst verwischt sind.

Die Preview-Aktion wird am **Montag, dem 4.7.2016**, stattfinden. Sie können **zwei kostenlose Kinokarten** – solange der Vorrat reicht – von Samstag, den 25.6.2016, 12 Uhr, bis Montag, den 4.7.2016, 12 Uhr, unter den angegebenen Telefonnummern reservieren.

Achtung: Die Tickets sind nicht übertragbar. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

Berlin

Kino in der Kulturbrauerei
Schönhauser Allee 36
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-00***

Hamburg

CinemaxX Dammtor
Dammtordamm 1
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-02***

München

Mathäser Filmpalast
Bayerstraße 3–5
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-04***

Frankfurt am Main

Harmonie Kinos
Dreieichstraße 54
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-01***

Köln

Cinedom
Im Mediapark 1
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-03***

Stuttgart

Metropol Kino
Bolzstraße 10
Beginn: 20 Uhr
Hotline **0900 3242040-05***

Wählen Sie die Hotline eines der sechs aufgeführten Kinos. Sie erhalten eine **vierstellige Eintrittsnummer** und können Ihre Karten bis kurz vor Beginn der Vorführung abholen. Bei einer ausgebuchten Veranstaltung in Ihrer Stadt erhalten Sie eine entsprechende kurze Ansage.

* Mondia Media, 0,69 €/Min. aus dem dt. Festnetz; Mobilfunk ggf. abweichend.

Kochbücher Kunst im Bauch



MARIA DEL PILAR GARCIA AYENSA / COLLAGE: ANDREAS KOCH / STUDIO OLAFUR ELIASSON

Der in Berlin lebende Däne Olafur Eliasson ist ein weltweit gefragter Künstler und nun außerdem Herausgeber eines Kochbuchs. Seine eigentlichen Werke – etwa seine künstlichen Wasserfälle, seine Gebilde aus Stahl, Spiegeln und Licht – sind oft technische Höchstleistungen, die sich

nur mit vielen Mitarbeitern verwirklichen lassen. Um sie bei Laune zu halten, lässt Eliasson frisches Essen auf-tischen, zubereitet von einer Köchin mit eigener Mannschaft, gelegentlich auch von Gastköchen. Daraus ist das Buch „The Kitchen“ (Knesebeck) entstanden, das viel

über die Rituale in einem mittelständischen Kunstunternehmen verrät. Die Mengenangaben in den Rezepten für die Kastanien-Kürbis-Gersten-Suppe oder das Schwarze-Bohnen-Chili reichen wahlweise für 6 oder für 60 Personen, obwohl bei Eliasson oft noch mehr Leute am Tisch

sitzen. Zwiebeln müssen kiloweise geschält werden. Zum Gemeinschaftsgefühl gehört auch: Nicht der Koch wäscht ab, sondern diejenigen, die bekocht wurden. Kochen ist hier nicht die neue Kunst, wie sonst gern gesagt wird, sondern eine eigene Philosophie. **uk**

Kommentar

Fair Play für Dercon!

Die Berliner Volksbühne ist in Aufruhr – viel zu früh.

Was steckt hinter dem öffentlichen Protest von 200 Mitarbeitern der Berliner Volksbühne gegen den künftigen Intendanten Chris Dercon? Keiner der Unterzeichner der Protestnote dürfte gehofft haben, der Mann sei noch zu verhindern. Stattdessen geht es darum, Dercon schon vor seinem Amtsantritt zu beschädigen. Was ist passiert? Dercon, 57, hat als Kunstmanager an großen Museen gearbeitet, zuletzt als Chef der Tate Modern in London, im Sommer 2017 soll er Frank Castorf als Intendant des berühmten Berliner Theaters ablösen. Doch in einem offenen Brief verpassen Techniker und Künstler des Hauses, darunter René Pollesch, Herbert Fritsch, Sophie Rois, Birgit Minichmayr und Martin Wuttke, dem neuen Chef nun eine Breitseite. „Uns schreckt nicht das Neue“, versichern sie – und empören sich über einen Auftritt Dercons im Theater Ende April, bei dem er „keine neuen künstlerischen Herausforderungen“ vorgestellt und sich als Vertreter einer „global verbreiteten Konsens-kultur“ präsentiert habe. Nun gehört es zum Theatergeschäft,

dass bei Intendantenwechseln zahlreiche Mitarbeiter gehen müssen. Das mag einen Teil des Unmuts erklären. Allerdings ist Dercon in Berlin auch außerhalb seines künftigen Hauses mit einer Menge Abneigung konfrontiert. „Verkauft“, stand auf dem Banner, das nach Dercons Berufung auf dem Dach der Volksbühne wehte, viele Künstlermenschen wollen in ihm die Symbolfigur einer Theaterabwicklung sehen, an deren Ende eine „Eventbude“ stehe, wie der Theatermann Claus Peymann es nennt. In Wahrheit verstoßen die schrecklich voreiligen Dercon-Hasser gegen alle Fair-Play-Regeln der Kulturwelt: Was der Mann wirklich vorhat mit der einst revolutionären und dann im eigenen Ruhm erschlafften Volksbühne, muss er nicht jetzt sagen. Sondern frühestens bei der Vorstellung seines ersten Spielplans im nächsten Frühjahr. Liefern muss er dann im Herbst, wenn seine Intendanz beginnt. Bis dahin ist der vorgebliche Heilsbringer Dercon ebenso ein Scheinriese wie das Schreckgespenst, das viele in ihm sehen wollen.

Wolfgang Höbel

Festspiele

Was die Halle erzählt

Markus Fein, 45, Intendant der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, über seine Konzertreihe „Unerhörte Orte“

SPIEGEL: Herr Fein, Konzerte in Fabrikhallen oder in einer Strandschiffmanufaktur – warum müssen auch Sie noch vermeintlich originelle Orte für Musik aufsuchen?

Fein: Wenn man aus reiner Originalitätssucht das Gesamtwerk Beethovens in einem Stollen unter Tage aufführen würde, hätte das aus meiner Sicht keinen Sinn. Wir hingegen gehen vom Ort aus und fragen uns, was er zu erzählen hat.

SPIEGEL: Was erzählen die „Vorwärts“-Hallen Schwerin? **Fein:** Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der DDR. In diesen Hallen wurden zentral die Trabis, Wartburgs

und Lastwagen repariert. Inzwischen ist daraus eine Industriebranche geworden. Wir haben uns von ehemaligen Mitarbeitern deren Geschichte erzählen lassen und zu einer Collage mit Kammermusik verarbeitet. Und passend zur Monumentalität der Hallen spielen wir am Ende Strawinskis „Le Sacre du Printemps“.

SPIEGEL: Diese Spielstätten haben meist eine dürftige Akustik.

Fein: Klar, die Berliner Philharmonie klingt besser, aber unsere „unerhörten Orte“ werden auf ihre akustischen Qualitäten geprüft. Es ist doch ein einmaliges Erlebnis, im September ein Konzert mit Werken, die alle das Thema Licht behandeln, in Greifswald in der weltberühmten Experimentieranlage Wendelstein 7-X zu erleben, wo die Kernfusion erforscht wird. kro



Lorenz in „Lou Andreas-Salomé“

SEBASTIAN GEYER / AVANTI MEDIA FICTION / WILD BUNCH GERMANY

Kino

Die Muse will nicht küssen

Sie verdrehte allen den Kopf, dem zaudernden Dichter Rainer Maria Rilke und dem vor Selbstbewusstsein strotzenden Philosophen Friedrich Nietzsche, der mit ihr Helden zeugen wollte: Lou Andreas-Salomé, 1861 in Sankt Petersburg geboren und 1937 in Göttingen gestorben, war Schriftstellerin, Psychoanalytikerin, Muse. Sie hatte sich ein Keuschheitsgelübde auferlegt, das ihre Verehrer in die Raserei trieb – und zu geistigen Höchstleistungen.

Nun entdeckt die Filmbiografie **Lou Andreas-Salomé** eine bislang vergleichsweise unbekannte Figur der Geistesgeschichte, eine Intellektuelle, die Rilke davon überzeugte, seinen Vornamen René in Rainer umzuwandeln, was männlicher klang. Die Regisseurin Cordula Kablitz-Post und ihre vier Salomé-Darstellerinnen (unter anderen Katharina Lorenz und Nicole Heesters) machen daraus eine interessante Emanzipationsgeschichte über eine Frau, die ihre sinnlichen Bedürfnisse nach und nach entdeckt. Leider ist der Film konventioneller als seine Heldin. lob

Elke Schmitter Besser weiß ich es nicht

Im Sprachparadies



Mit der Sprache verhält es sich wie mit der Höflichkeit: Solange sie ihren Zweck erfüllt, muss man sie nicht hinterfragen. In beiden Feldern geht es um Verständigung, und die beruht ja vor allem darauf, dass man sich über die Verständigung selbst eben nicht verständigen muss. Im Alltäglichen

zeigt sich das beim Gruß, der auch funktioniert, wenn die Beteiligten ihn im Innersten weder billigen noch verstehen; entscheidend ist hier der Kontext. „Pfuiat“ geht im Süddeutschen immer und auch Atheisten über die Lippen, „Alter, was geht?“, läuft unter annehmenden männlichen Führungskräften auf jedem beliebigen Schulhof. Ob sich in den Reihen der AfD ein fröhliches „Petry Heil!“ durchsetzen mag, gilt abzuwarten; einstweilen sitzt der Schützling der Vorsitzenden und bekennende Gegner des „Judaismus“ als „innerer Feind des christlichen Abendlandes“, der Abgeordnete Wolfgang Gedeon, ein bisschen abseits von seiner Fraktion im Stuttgarter Landtag und wird da weiterhin Zähne zeigen, bis ein „wissenschaftliches Gutachten“ klärt, ob ein Antisemit auch Antisemit genannt werden darf.

Manchmal setzen sich allerdings Bezeichnungen in der Sprache durch, die zwar funktionieren, aber in der Hartnäckigkeit, mit der sie falsche Konnotationen befördern, der Korrektur bedürfen. Die „Steuerflucht“ beispielsweise vermittelt so erfolgreich die Assoziation einer existenzbedrohenden Gefahr, dass der Steuerflüchtling inzwischen der einzige geworden ist, der schrankenlosen europäischen Schutz genießt. Auch die entsprechende Oase und das Paradies verkehren in aller idyllischen, sogar elysischen Unschuld jede Ankündigung eines Finanzministers, sie unzugänglich zu machen, zu einem ungemütlichen Akt; aus dem Paradies will eben niemand einen Menschen vertrieben sehen, zumal wenn der unter einer Last ächzt, die alle Leidensgenossen spüren. Wenn also jemals Ernst gemacht werden soll mit einer Steuerreform hin zu Gerechtigkeit und Transparenz: Fangt mit der Sprache an!

Ein weiteres irreführendes Wort ist die Homophobie, unlängst jenem Mann zugeschrieben, der in Orlando einhundert Menschen niedermähte, die als Lesben, Schwule und Transgenderleute an einem für sie bis dato sicheren und ressentimentfreien Ort tanzten, redeten, feierten: Es gibt keine Angst vor Schwulen, die zu Gewalttaten führt, das können nur Hass und Verachtung. Erstmals wurde das Wort Ende der Sechzigerjahre in einem amerikanischen Magazin gedruckt; es sollte die Furcht von Männern bezeichnen, für schwul gehalten zu werden. Durchgesetzt hat es sich möglicherweise mittels der adelnden Verführungskraft, die Fremdwörter griechischen Ursprungs im Westen nun einmal haben. Zudem ist eine Phobie ja nichts, dessen man sich schämen muss: Als Phobiker ist man, so wie der Steuerflüchtling, schon mal auf der Seite der Opfer und steht in einer unschuldigen Reihe mit Menschen, die Angst vor Spinnen oder Gewürm haben. Insofern ist es erstaunlich, dass Gedeon noch nicht vorgeschlagen hat, den „Antisemitismus“ durch „Hebräerphobie“ zu ersetzen. Klingt es nicht deutsch genug?

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Künstler Baselitz im Frankfurter Städel Museum vor dem 1963 entstandenen Bild „Oberon“
„Ich traue diesem Land nicht“

„Ich wollte dastehen wie ein Leuchtturm“

SPIEGEL-Gespräch Georg Baselitz erinnert sich, wie er als junger Maler gegen Gesellschaft und Kunstbetrieb aufbegehrte – und beklagt die deutsche Neigung, andere zu kontrollieren.

Baselitz wurde 1938 als Hans-Georg Kern im sächsischen Ort Deutschbaselitz geboren, 1956 begann er, in Ostberlin zu studieren, wurde aber wegen „gesellschaftlicher Unreife“ von der Hochschule verwiesen; sein Studium setzte er in Westberlin fort. Das Städel Museum in Frankfurt am Main zeigt nun seine frühe, kunsthistorisch bedeutende Serie „Die Helden“*. Es sind imposante Gemälde und Zeichnungen von kaputten, verstörten Typen in zerfetzten Uniformen. Baselitz schuf sie Mitte der Sechzigerjahre als Erinnerung an die Kriegszeit.

SPIEGEL: Herr Baselitz, dieses Land beschäftigt sich mit wenigen Künstlern so eingehend wie mit Ihnen. Museen widmen Ihnen, wie jetzt in Frankfurt, große Ausstellungen. Aber ist das überhaupt noch Ihr Land? Sie haben 2015 die österreichische Staatsbürgerschaft angenommen, zusätzlich zur deutschen. Sie fühlen sich, so heißt es, in Salzburg recht wohl.

Baselitz: Das stimmt.

SPIEGEL: Angeblich sehen Sie sich auch in der Schweiz nach einem Wohnsitz um. Zieht es Sie aus Deutschland weg?

Baselitz: Das ist nicht so leicht, ich bin jetzt fast 80, wenn es einen großen Strom gäbe ins Exil, dann würde ich mich anschließen, aber den gibt es ja nicht. Und doch habe ich ein tief sitzendes Unsicherheitsgefühl. Sogar Angst, eine geradezu physische Angst. Ich traue diesem Land nicht, ich traue dem Frieden nicht.

SPIEGEL: Wovor haben Sie Angst?

Baselitz: Ich habe Angst vor der Politik, die mir nicht behagt. Ich habe zwei Gesellschaftsordnungen hinter mir gelassen, den Nationalsozialismus, dann den Sozialismus beziehungsweise Kommunismus. Und die deutsche Neigung, sich einzumischen in das Leben der Menschen, ist im Moment wieder sehr groß. Siehe das neue Kulturschutzgesetz.

SPIEGEL: Das hat in dieser Woche den Bundestag passiert. In dem Gesetz geht es darum, Werke zu identifizieren, die von

nationaler Bedeutung sein könnten – sie dürfen nicht dauerhaft aus dem Land gebracht werden. Sie haben aus Wut über diese Pläne Ihre Bilder, die Sie staatlichen Museen geliehen hatten, abhängen lassen. Wäre es wirklich so schlimm, wenn Ihre Werke zum nationalen Kulturgut erklärt werden würden?

Baselitz: Mich schockiert das alles. Dieses Gesetz ist die Fortsetzung von etwas, von dem wir dachten, wir hätten es hinter uns gelassen. Aber siehe da, es ist nicht so. Kunst gehöre in die Obhut des Staates und nicht unter den Hammer, so sagte die Kulturstaaatsministerin. Denken Sie an den Zugriff auf Kunstwerke in der Vergangenheit, unter welchen fadenscheinigen Gründen der auch stattfand, letztens die Beschlagnahme bei Gurlitt aus Steuergründen, wobei man Beweise schuldig blieb. In der DDR waren es ebensolche „Steuergründe“, vorher waren es „Rassegründe“.

SPIEGEL: Sie waren immer ein streitbarer Mann – aber dieser Vergleich mit DDR und Nationalsozialismus geht doch zu weit.

Baselitz: Ich habe einfach Angst vor einem Polizeistaat. Manchmal macht der Staat einen sehr schwachen Eindruck, aber wenn es darauf ankommt, dann ist er das nicht.

SPIEGEL: Sagen Sie das auch aus eigener Erfahrung, weil Sie die Steuerfahnder im Haus hatten? Der SPIEGEL hat 2013 darüber berichtet – und eigentlich wollten Sie daher auch mit uns nicht mehr sprechen.

Baselitz: Dieser Steuerüberfall wurde ohne Schuldspruch eingestellt.

SPIEGEL: Sie sind in dem sächsischen Dorf Deutschbaselitz aufgewachsen, haben sich sogar nach dem Ort Ihrer Kindheit benannt. Besorgt Sie die Woge von rechts, von Pegida, in Ihrer alten Heimat Sachsen?

Baselitz: Vermutlich wird da eine politische Umstrukturierung oder Umwälzung stattfinden, das sieht man eigentlich und spürt es auch. Aber ich sehe eine Beteiligung aller Deutschen an unserem Unglück, unserer Geschichte, ohne Ausnahme. Und deren Fortsetzung nach dem Krieg sehe ich auch ohne Ausnahme.

SPIEGEL: Angeblich wollen Sie deutschen Museen sogar Bilder schenken – wie passt

das alles zusammen, mit Ihrem Misstrauen, damit, dass Sie Bilder abhängen lassen?

Baselitz: Ich habe ein sehr starkes Verantwortungsgefühl, ich denke, ich habe eine Bringschuld, manche Leute und Institutionen haben sehr viel für mich getan, in Stuttgart, München, Dresden, Chemnitz, aber auch international in Wien, Paris, London, New York. Da möchte ich etwas wiedergeben. Aber die Steuergesetze sind hinderlich. Wir versuchen seit einem Jahr, dafür Konstruktionen zu finden, damit ich für das Schenken nicht mit weiteren Steuern bestraft werde.

SPIEGEL: Das Frankfurter Städel Museum widmet Ihnen nun eine besondere Ausstellung; sie erinnert an den frühen Baselitz. Konnten Sie sich damals, Mitte der Sechzigerjahre, vorstellen, einmal einer der erfolgreichsten Künstler der Welt zu sein?

Baselitz: Nein, das konnte ich nicht, das gehörte ins Reich der Fantasie. Die Situation war verheerend schlecht. Es gab kein Publikum für Kunst. Die Anzahl der Leute, die sich Bilder ansahen, war winzig. In Westberlin gab es zu dieser Zeit zwei und eine halbe Galerie. Das waren kleine Wohnungen. Die Bilder waren auch klein.

SPIEGEL: Als Sie 1965 anfangen, Ihre Helden zu malen, waren Sie 27 Jahre alt, hatten Frau und Kind. Litten Sie unter Existenzangst?

Baselitz: Na sicher, das war unsere Hauptbeschwerde, die existenzielle Angst.

SPIEGEL: Immerhin, man kannte Sie bereits. 1963 waren zwei Ihrer Bilder beschlagnahmt worden, und zwar wegen „unzüchtiger Darstellungen“. Es waren expressive, düsterfarbene und damit irgendwie sehr deutsche Bilder – auf beiden Gemälden spielten aber auch überdimensionale männliche Geschlechtsteile eine Rolle. Beamte hatten die Werke in Decken gehüllt und aus der Galerie gebracht. Sie kamen damit in die Presse, auch der SPIEGEL schrieb ausführlich – ebenso darüber, dass die Bilder sofort verkauft waren.

Baselitz: Keines der Bilder aus der Ausstellung wurde verkauft! Aus mangelndem Interesse. Kunst wurde damals nur wahrgenommen, wenn sie unter Pornografiever-

* „Georg Baselitz. Die Helden“. Von 30. Juni bis 23. Oktober im Städel Museum in Frankfurt am Main. Das Gespräch führte die Redakteurin Ulrike Knöfel.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Maler Baselitz
„Entschlossen, dagegen zu schwimmen“

dacht fiel, ich wurde als Pornograf angesehen. Insofern war das ein Misserfolg. Im Grunde war die Situation aber eine andere. Diese kleine Kunstwelt, dieses nicht vorhandene Publikum ließ denen, die Kunst schufen, eigentlich alle Freiheiten. Ich konnte ja dann machen, was ich wollte, und es interessierte keinen. Aber das ging eben so weit, dass ich nichts zu beißen hatte. Und ich dachte, das würde immer so bleiben. Am Horizont war nichts zu sehen. Wir hatten auch Angst vor der Bedrohung aus dem Osten. Die Unsicherheit war riesig, der Zorn auch. Aber aus diesem Gebrauh kann, wenn man das in richtige Bahnen lenkt, etwas Gutes entstehen.

SPIEGEL: Die frühen Bilder, die nun ausgestellt werden, zeigen ungewöhnliche Kerle, breite Männergestalten mit kleinem Kopf, in Uniformen, so zerschlagen, dass diese kaum noch zu erkennen sind. Und in dieser Kluft erscheinen sie nackt, verloren. Diese Zeichnungen und Gemälde wirken, als hätte sie jemand gemalt, der in seinem Leben viel gesehen hat. Dabei waren Sie noch jung.

Baselitz: Ich habe ein großes Reservoir von Erinnerungen, die ich bis heute mit mir herumschleppe. Damals habe ich es herausgemalt.

SPIEGEL: Welche Erinnerungen meinen Sie?
Baselitz: Ich habe als Kind in der Oberlausitz die letzten Tage, die letzten Wochen des Krieges miterlebt, heftig – sozusagen an der Front. Dann das zerstörte Dresden auf der Flucht. Eine Woche nach der Bombardierung sind wir durch diese Stadt. Wir wollten nach Bayern, weil wir den Russen entgehen wollten, aber wir sind nur bis kurz hinter Dresden gekommen, da war der Krieg zu Ende. Ich hatte Verpflichtungen, obwohl ich erst sieben Jahre alt war, denn mein Vater war in Gefangenschaft. Meine Schwester war ein wenig älter, aber ich war der älteste Junge.

SPIEGEL: Sie waren erwachsen mit sieben?
Baselitz: Ja. Und das ging jedem so. Mich schickten sie los, um nach Lebensmitteln zu betteln, also klapperte ich Kleinbauer für Kleinbauer ab, doch die waren knauserig. Dass das keine lustige Zeit war, kann man sich vorstellen. Aber so traurig wiederum war sie auch nicht. Es gab zwar nichts zu essen, alles war voller Kriegsmüll, aber es gab enorm viel Freiheit. Mehr, als meine Kinder danach hatten in friedlichen Zeiten. Diese Freiheit war einfach die Nicht-Kontrolle, die Nicht-Erziehung. Grenzenlos.

SPIEGEL: Bis Sie 19 waren, haben Sie in der DDR gelebt, haben zuerst in Weißensee, dann ab 1957 in Westberlin studiert. Haben Sie später dort, im Westen, mit Ihren Bildern 1965 etwas vorweggenommen, was andere erst 1968 auf die Straße getrieben hat, die Wut auf die Vätergeneration, auf die große Verdrängung?

Baselitz: Ich war damals tief melancholisch. Ich war vollständig isoliert. Aber ja: Ich habe da etwas vorweggenommen. Ich wollte dastehen wie ein Leuchtturm und wollte meine Position klären, indem ich eindeutige, unverrückbare Bilder abgeliefert habe. Wie Modelle des Widerstands.

SPIEGEL: Haben Sie sich später den 68ern zugehörig gefühlt?

Baselitz: Diese 68er hatten, so sagt man, fast alle ein intaktes Elternhaus und lebten diesen westdeutschen Wirtschaftswunderaufbruch, gegen den verwehrten sie sich und protestierten.

SPIEGEL: Sie waren eben in der DDR erwachsen geworden.

Baselitz: Bei mir gab es einen Vater, der schwerbeschädigt zurückkam aus der Kriegsgefangenschaft und der dann gleich ins Gefängnis musste, weil er überzeugter Nationalsozialist gewesen war. Er war Lehrer, wir wohnten in einer Dienstwohnung in der Schule, und meine Mutter hatte den Job meines Vaters übernommen; ohne ausgebildet zu sein dafür, hat sie die Kinder unterrichtet. Aber da waren immer die Fragen, wie lange geht das gut. In meiner Familie herrschte großer Pessimismus angesichts der Frage, wie alles enden sollte. Wir hatten Flüchtlinge im Haus, das als Schulgebäude öffentlicher Besitz war. Es war eine ständige Pression, auch mit Drohungen untereinander. Mein Vater wurde schließlich entnazifiziert, dann kam er frei.

SPIEGEL: Wie sind Sie mit seiner Vergangenheit umgegangen?

Baselitz: Ich hatte großen Respekt vor meinem Vater. Wie Kinder das normalerweise haben. Ich habe natürlich darauf gewartet, bei ihm Selbstkritik zu vernehmen, aber die kam nicht, er war davon überzeugt, dass das, was er gemacht hat, richtig war. Das ist ja den meisten so gegangen. Mein Vater hatte in Leipzig Pädagogik studiert, war mehrsprachig, war in einer schlagenden Verbindung, aber das war normal, er war erst Mitglied in der Zentrumsparterie, dann in der NSDAP, alle seine Freunde waren das ebenso. Es gab da später keinen weltanschaulichen Bruch, keine Zweifel.

SPIEGEL: Haben Sie mit Ihren Eltern gebrochen?

Baselitz: Was man bei aller Renitenz vermeiden wollte, ist, dass die Eltern Kum-

mer haben mit ihren Sprösslingen. Mit mir hatten sie eine Menge Kummer. Sie sagten, du kannst doch nach Dresden als Porzellanmaler gehen, sie hatten mich dort angemeldet. Da verdienst du Geld und kannst deiner Kunst nachgehen. Das war für mich aber nicht drin, ich musste schon ins kalte Wasser springen. Das löste sich aber, mit 18 ging man aus dem Haus, dann sogar in den Westen, Briefe konnte man schreiben, aber die schrieb man immer seltener. Telefon war praktisch unmöglich, gesehen hat man sich Jahre nicht. Ich habe später meine Akten bei der Stasi eingesehen, ich beschäftigte mich noch heute mit meiner Vergangenheit, und zwar täglich. Natürlich habe ich mir Gedanken gemacht, braucht man als Maler solch einen Stoff?

SPIEGEL: Und, brauchen Sie ihn?

Baselitz: Ich hatte irgendwann den Pop-Art-Künstler Robert Rauschenberg und andere Amerikaner kennengelernt. Wenn man mit solchen Leuten über dieses Schicksal, dieses Grauen des Krieges gesprochen hat, dann sagten die, nein, nein, wir haben nur Hollywood. Hollywood hat uns alles gezeigt, was Geschichte ist. Aber wir hier in Deutschland haben Geschichte erlebt. Die Frage ist jedenfalls geblieben: Welchen Erlebnishintergrund brauchen Bilder?

SPIEGEL: Wie war es für Sie als junger Student im Westen?

Baselitz: Als ich nach Westberlin kam, habe ich das natürlich als große Befreiung empfunden. Aber diese Befreiung war so heftig, dass ich mich ausgeschlossen fühlte.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Baselitz: Ich sagte mir, ich gehöre nicht dazu. Hier findet etwas statt, was ich gar nicht vertreten kann. Was sollen Weißwandreifen, wenn alles in Trümmern liegt? Was soll der Amerikanismus? Ich habe das einfach nicht kapiert. Und wenn ich es kapiert habe, habe ich es dennoch verworfen. Denn ich war ja belastet durch diese Propaganda aus der DDR. Ich wurde als Jugendpionier und FDJler erzogen, ich hatte alles aufgenommen, was die gesagt haben, ich wollte da auch eigentlich nicht weg. Ich war indoktriniert, kontaminiert würde man heute sagen, von diesem sozialistischen System, ich brauchte fast ein Jahr, um mich davon zu befreien.

SPIEGEL: Die Bilder der mittleren Sechzigerjahre wirken wie im Rausch gemalt, expressiv, schnell, wütend.

Baselitz: Nein, ich habe immer mit klarem Kopf gearbeitet, ich wollte mich nicht vergessen. Ich habe damals überlegt, schwimme ich in der Kunst mit dem Strom oder dagegen? Ich habe mich entschlossen, dagegen zu schwimmen. Mit dem Strom zu schwimmen hätte bedeutet, dass ich mich anschließe, etwa an die Rheinländer, die sich der Pop-Art verschrieben hatten. Oder an die Abstrakten. Diese Mitschwimmen-

„Fast alle diese Helden haben den Kopf, das Gesicht, die Physiognomie meiner Frau.“



Baselitz-Bild „Rebell“ von 1965, Jungkünstler Baselitz 1966: „Alle Freiheiten, nichts zu beißen“

den im Strom lieferten die angenehmen Bilder. Ich tat das nicht.

SPIEGEL: Wer schwamm noch gegen den Strom?

Baselitz: Schauen Sie sich diese merkwürdigen Gemälde von Lucian Freud oder Frank Auerbach an, die beide als Kinder aus Berlin geflüchtet sind. Die haben als Maler in London etwas begonnen, was es eigentlich nicht mehr gab, die gegenständliche Malerei des alten Berlin, sie haben ihre Bildideen durchgesetzt und sich als avantgardistisch empfunden und sind es auch. Das beschäftigt mich gerade sehr, das habe ich damals so noch nicht verstanden.

SPIEGEL: Ihre Bilder aus den Jahren 1965 und 1966 heißen „Partisan“, „Rebell“, „Der Hirte“, „Ein neuer Typ“, sind das nun Helden oder keine?

Baselitz: Natürlich sind das keine Helden.

SPIEGEL: Ging es in diesen Bildern auch um ein Bild von Männlichkeit, das in Trümmern lag und das Sie neu zusammensetzten?

Baselitz: Nicht um Männlichkeit, eher um Gewalttätigkeit, ums Aufbegehren. Merkwürdigerweise habe ich aber etwas getan, gemalt, was mir damals nicht bewusst war. Fast alle diese Helden haben den Kopf, das Gesicht, die Physiognomie meiner Frau.

SPIEGEL: Wie kam es dazu?

Baselitz: Ich weiß es nicht. Das habe ich später erst festgestellt. Ich lese ja auch sehr viel, was über mich geschrieben wird, und irgendjemand hat einmal behauptet, dass die Figuren auf dem Bild „Die großen Freunde“ keine Männer seien, weder der eine noch der andere. Aber eine Frau sei es auch nicht, irgendetwas dazwischen. Dann habe ich mir die Figuren angeguckt

und festgestellt: Das ist ja meine Frau. Das ist da einfach hineingekommen. Es ist überflüssig, das immer alles auszudeuten. Da würde ich die Lust verlieren. Damals hätte ich allerdings behauptet, ich kann keine Frauen malen, sie kommen in meinem Programm als Maler nicht vor, in diesem rein männlichen, pathetischen, romantischen Programm.

SPIEGEL: Zehn Jahre nach diesen Bildern hatten Sie es dann geschafft – Sie zogen in ein Schloss in der niedersächsischen Provinz. Sie führten ein bürgerliches, sogar großbürgerliches Leben.

Baselitz: Ja, mit kalten Füßen. Es gab dafür ein Vorbild, den Dichter Gottfried Benn. Er hielt seine bürgerliche Existenz hoch, eine wunderbare Haltung. Ich habe mich für diese Variante entschieden. Außerdem nannte man mich vorher schon einen Malerfürsten.

SPIEGEL: Der Kunsthistoriker Wolfgang Ullrich schrieb vor Kurzem, Baselitz produziere Kunst für die Elite und die Sieger der Gesellschaft, Siegerkunst für Vorstandschefs und reiche Sammler – sehen Sie sich heute auch so, als Maler einer wirtschaftlichen Elite?

Baselitz: Es gibt heute so viel Geschrei, Spekulation. Die Mitsprache ignoranter Leute ist groß, gerne im Sinne von „meine Tochter kann das auch“. Der Umkehrschluss ist, dass die Museen am Abnippeln sind, ohne Ausnahme. Im Unterschied zu Italien, Frankreich, England und den USA.

SPIEGEL: Wie hängt das nun zusammen?

Baselitz: Es gibt eine schlechte Stimmung in Deutschland, erfolgreiche Künstler werden als Gesellschaftsschranzen verdächtigt. Ich bin zeit meines Lebens attackiert wor-

den, nicht nur ich, auch meine Kinder, weil sie Kunsthändler sind. Anderen geht es ebenso. Wenn einer zu viele Ringe an den Fingern trägt oder einen Rolls-Royce fährt, wird der geschmäht. Das ist ein Phänomen, das in einer Neidgesellschaft wuchert, ganz übel, und Deutschland hat dazu alle Fundamente gelegt.

SPIEGEL: Sie können auch gut austeilen.

Baselitz: Ich muss mich so verteidigen. Sie sehen doch, was in Deutschland verkümmert und anderswo blüht.

SPIEGEL: Gibt es in diesem Land Fehden unter den berühmtesten Künstlern, etwa zwischen Ihnen und Gerhard Richter?

Baselitz: Überhaupt nicht.

SPIEGEL: Er sagte in einem Interview, es ärgere ihn schon, wenn Ihre Bilder am Markt noch höher gehandelt werden sollten als seine Werke. Zitat: „Ich würde denken, der ist ja nicht so gut.“

Baselitz: So kann man sich irren. Vor einiger Zeit hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen aus Staatsbesitz zwei Gemälde von Andy Warhol versteigern lassen und über 150 Millionen Dollar erzielt. Richter hat gesagt, er verstehe das, der Staat brauche eben Geld und es handle sich ohnehin nur um Siebdrucke. Das sagt doch alles über sein Kunstverständnis. Eigentlich trägt es sich aber anders zu, es gibt mehr Umarmungen, mehr Freundschaften unter Künstlern als früher. Julian Schnabel hat mich gerade besucht, wir können kaum voneinander lassen. Ich bekomme Mut, wenn ich jemanden wie Schnabel erlebe, dann fühle ich mich, als hätte ich fremdes Blut in mir, wie ein Vampir.

SPIEGEL: Herr Baselitz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Donna Leon** **Ewige Jugend** Diogenes; 24 Euro
- 2 (3) **Jonas Jonasson** **Mörder Anders und seine Freunde nebst dem einen oder anderen Feind** Carl's Books; 19,99 Euro
- 3 (2) **Juli Zeh** **Unterleuten** Luchterhand; 24,99 Euro
- 4 (5) **Jojo Moyes** **Ein ganz neues Leben** Wunderlich; 19,95 Euro
- 5 (4) **Elke Heidenreich** **Alles kein Zufall** Hanser; 19,90 Euro
- 6 (6) **Benedict Wells** **Vom Ende der Einsamkeit** Diogenes; 22 Euro
- 7 (7) **Dörte Hansen** **Altes Land** Knaus; 19,99 Euro
- 8 (9) **John Irving** **Straße der Wunder** Diogenes; 26 Euro
- 9 (8) **Karin Slaughter** **Schwarze Wut** Blanvalet; 19,99 Euro
- 10 (10) **Martin Walker** **Eskapaden** Diogenes; 24 Euro
- 11 (11) **Siegfried Lenz** **Der Überläufer** Hoffmann und Campe; 25 Euro
- 12 (13) **Isabel Bogdan** **Der Pfau** Kiepenheuer & Witsch; 18,99 Euro
- 13 (15) **Jane Gardam** **Ein untadeliger Mann** Hanser; 22,90 Euro
- 14 (17) **Joachim Meyerhoff** **Ach, diese Lücke, diese entsetzliche Lücke** Kiepenheuer & Witsch; 21,99 Euro
- 15 (–) **Joël Dicker** **Die Geschichte der Baltimores** Piper; 24 Euro
- 16 (19) **Jane Gardam** **Eine treue Frau** Hanser; 21,90 Euro
- 17 (14) **Heinz Strunk** **Der goldene Handschuh** Rowohlt; 19,95 Euro
- 18 (18) **Sarah Lark** **Unter fernen Himmeln** Bastei Lübbe; 18 Euro
- 19 (16) **Judith Hermann** **Lettipark** S. Fischer; 18,99 Euro
- 20 (–) **Hans Fallada** **Kleiner Mann – was nun?** Aufbau; 22,95 Euro

Ganz schön groß geworden: Die Originalfassung von Falladas berühmtem Roman bietet 100 Seiten mehr als die bislang veröffentlichte Version



Sachbuch

- 1 (1) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro
- 2 (6) **Peter Wohlleben** **Das Seelenleben der Tiere** Ludwig; 19,99 Euro
- 3 (2) **Dalai Lama** **Der Appell des Dalai Lama an die Welt** Benevento; 4,99 Euro
- 4 (5) **Antoine Leiris** **Meinen Hass bekommt ihr nicht** Blanvalet; 12 Euro
- 5 (4) **Rainer M. Schießler** **Himmel – Herrgott – Sakrament** Kösel; 19,99 Euro
- 6 (8) **Peter Hahne** **Finger weg von unserem Bargeld!** Quadriga; 10 Euro
- 7 (10) **Harald Welzer** **Die smarte Diktatur** S. Fischer; 19,99 Euro
- 8 (3) **Thilo Sarrazin** **Wunschdenken** DVA; 24,99 Euro
- 9 (7) **Sahra Wagenknecht** **Reichtum ohne Gier** Campus; 19,95 Euro
- 10 (12) **Wilhelm Schmid** **Gelassenheit** Insel; 8 Euro
- 11 (9) **Stefan Kruecken** **Sturmwarnung** Ankerherz; 29,90 Euro
- 12 (11) **Alexander von Schönborg** **Weltgeschichte to go** Rowohlt; 18 Euro
- 13 (14) **Tim Marshall** **Die Macht der Geographie** dtv; 22,90 Euro
- 14 (13) **Benjamin von Stuckrad-Barre** **Panikherz** Kiepenheuer & Witsch; 22,99 Euro
- 15 (16) **Christian Hartmann / Thomas Vordermayer / Othmar Plöckinger u. a. (Hg.)** **Hitler, Mein Kampf – Eine kritische Edition** Institut für Zeitgeschichte; 59 Euro
- 16 (18) **Matthias Weik / Marc Friedrich** **Kapitalfehler** Eichborn; 19,99 Euro
- 17 (17) **Ilija Trojanow** **Meine Olympiade** S. Fischer; 22 Euro

Ganz schön sportlich: Der Schriftsteller Ilija Trojanow hat 80 olympische Disziplinen trainiert – er lässt seinen Körper wie ein Buch



- 18 (–) **Ildikó von Kürthy** **Neuland** Wunderlich; 19,95 Euro
- 19 (–) **Bill Bryson** **It's teatime, my dear!** Goldmann; 19,99 Euro
- 20 (–) **Deborah Feldman** **Unorthodox** Seccession Verlag für Literatur; 22 Euro

Mein Schiff.

Buchen Sie den Unterschied.



PREMIUM
ALLES INKLUSIVE
Ohne Aufpreis*

Nur Mein Schiff® hat Premium Alles Inklusive an Bord. Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf www.tuicruises.com oder unter +49 40 60001-5111.



TUI Cruises

* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Kinderbetreuung, Entertainment und Trinkgelder.
** Flex-Preis (limitiertes Kontingent) für 7 Nächte p. P. bei 2er-Belegung einer Innenkabine ab/bis Singapur.
TUI Cruises GmbH · Anckelmannsplatz 1 · 20537 Hamburg

Philosophie aus Beton

Visionen In J.G. Ballards „High-Rise“ ist das Hochhaus Sinnbild unserer Gesellschaft. Jetzt kommt der Roman ins Kino, grausam und stilsicher verfilmt.

Das Hochhaus war der Sehnsuchtsort der Moderne, die Leiter zum Himmel und eine betongewordene Metapher für den Aufstieg im räumlichen, vor allem aber im zivilisatorischen Sinn. Wer hier lebte, der hatte es geschafft, war den Fängen der Vergangenheit entkommen und hatte sich, unter Umgehung der Gegenwart, direkt in die Zukunft gerettet. So beschreibt es der britische Schriftsteller J.G. Ballard in seinem Roman „High-Rise“. Viele Bewohner von Ballards Londoner Hochhaus sind Teil der sich gerade formierenden kreativen Klasse: Nachrichtensprecher, Schauspieler, Galeristen, Werber und natürlich Architekten, die neuen Sinnstifter einer Zeit, in der Häuser mehr waren als Häuser, nämlich Philosophie aus Beton, Stahl und Glas, Soziologie auf 40 Stockwerken.

In der angelsächsischen Welt wird James Graham Ballard, genannt J.G. Ballard, geboren 1930, gestorben 2009, längst als wichtiger Schriftsteller des 20. Jahrhunderts anerkannt, ein großer Stilist, Chronist unserer Paranoia. „High-Rise“ erschien 1975 und war der dritte in einer Reihe von Romanen über die Schönheit und den Schrecken von Sex, Gewalt und Einsamkeit in der Betonmoderne, zu der auch „Crash“ (1973) und „Betoninsel“ (1974) gehören*.

Wenn nun im Jahr 2016 mit mehr als 40 Jahren Abstand die brillante und ebenso stilsichere wie brutale Verfilmung von Ballards Roman ins Kino kommt und, endlich, auch eine Neuauflage von „High-Rise“ im Diaphanes Verlag erscheint, dann kann man zum einen den oft unterschätzten Visionär J.G. Ballard als Klassiker der Postmoderne neu entdecken.

Man kann aber vor allem einen Blick auf unsere Gegenwart werfen, die so sillernd und ambivalent wirkt wie selten: Denn die Verhältnisse, die Ballard schildert, sind historisch fern und vertraut zugleich, eine Art Doppelbelichtung der Dystopie von 1975 und der Realität von 2016.

Erzählt wird die Geschichte dreier Männer, sie zeigt, wie hart die soziale Schich-

tung der scheinbar klassenlosen Nachkriegsgesellschaft wirklich war – bei Ballard repräsentiert durch die Stockwerke.

Da ist Richard Wilder, Weiberheld, Muskelmann, Dokumentarfilmer, aus dem zweiten Stock, mit Frau und Kindern – ein großes Thema in „High-Rise“, Kinder sind ein Problem und leben vor allem in den unteren Stockwerken und in steter Konkurrenz zu den Hunden, deren Besitzer die oberen Etagen bevölkern.

Einer davon ist Anthony Royal, der nicht zufällig so heißt: Royal ist der Architekt des Hauses, er lebt mit Frau und Hund

nen Lebensumstände zu verteidigen, finden sich die deutlichsten Parallelen zur heutigen Angestelltenmoderne. Wuchtig und überzeichnet lässt Ballard die Kräfte von Bürgertum und Hedonismus aufeinanderprallen.

Das Hochhaus mit seiner brutalistischen Lobby und den betongefrästen Wohnungen erscheint im Film des Regisseurs Ben Wheatley wie aus einem Shooting für die Zeitschrift „Wallpaper“. Im Entertainment-Furor der Bewohner spiegelt sich die ganze Ratlosigkeit einer Gesellschaft, die nur auf ihr eigenes Ende wartet. Kannibalismus,

zeigt „High-Rise“, ist durchaus eine Möglichkeit.

Wheatley findet die Balance zwischen Grauen und Groteske, und das liegt auch daran, dass sein Hauptdarsteller Tom Hiddleston als Robert Laing die ideale Projektionsfläche für all das ist, was diese apokalyptische Meute antreibt: „Sicherheit, Nahrung und Sex“. Es kommt zu Raubzügen, die allgemeine Regression schreitet voran, der Pool verwandelt sich in eine gelblich stinkende Ödnis, alles, was schön hätte sein können, wird böse.

Aber, und das unterscheidet sowohl das Buch wie den Film „High-Rise“ vom banalen Kulturpessimismus: Es ist hier eine große Neugier am Werk, es geht darum herauszufinden, wer der Mensch ist, mit seinen Trieben, mit seinen Leidenschaften, mit seinen Ängsten.

Und so ist „High-Rise“ eben, bei aller Unterhaltsamkeit, auch eine weitsichtige Abhandlung über die Frage, wie modern die Moderne war, wie stark sie von den Kräften geprägt war, die sie verdrängen wollte, vom Stammesdenken, das uns womöglich nie verlassen hat.

Ballard sagt nie, dass es früher besser gewesen sei. Es geht ihm um etwas anderes. Er zeigt, dass Gerechtigkeit, sozialer Aufstieg und andere zivilisatorische Grundwerte möglicherweise Fiktion sind – eine gefährliche Fiktion, weil sie die Gewalt, die in jeder Gesellschaft ist, nur verdrängen.

Georg Diez



„High-Rise“-Szene mit Darstellerin Sienna Guillory
„Sicherheit, Nahrung und Sex“

im Penthouse, er ist somit wahrhaft königlich positioniert in dieser sozialen Stratosphäre einer neofeudalen Meritokratie.

Wilder und Royal sind die beiden Antagonisten der Geschichte, zwischen ihnen kommt es zum Showdown – dazwischen steht Robert Laing, Mediziner, frisch geschieden und Bewohner der 25. Etage: jener Gegend, in der die meisten Schlachten stattfinden, die den Alltag der Menschen im Hochhaus prägen.

Nach und nach versagen die Mechanismen, die das Leben im Haus bestimmten, Müllabfuhr, Strom- und Wasserversorgung, nach und nach brechen die Barrieren der Zivilisation, und die Selbstverständlichkeit und Logik, mit denen Ballard diese Rückbildung in einen grausamen Urzustand des Menschen schildert, sind große und auch komische Kunst.

Genussvoll inszeniert er diesen Bürgerkrieg der Besserverdienenden, gnadenlos schildert er die Konflikte der Mittelschicht. Und in der Angst und Aggression, die eige-

* J.G. Ballard: „High-Rise“. Aus dem Englischen von Michael Koseler. Diaphanes Verlag, Zürich/Berlin; 256 Seiten; 17,95 Euro.



Video:
Ausschnitte aus „High-Rise“

spiegel.de/sp262016film
oder in der App DER SPIEGEL

Für Sie: 10 Hefte, 1 Prämie!

JETZT 10x DEN SPIEGEL TESTEN, PRÄMIE SICHERN + 35% SPAREN.

**Prämie
zur Wahl**



10 € Amazon.de Gutscheine*

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Technik und mehr zur Auswahl.



ABUS-Fahrradschloss

Mit gehärteter 6-mm-Vierkantkette, Stahlschloss und Textilschlauch gegen Kratzer. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung € 1,-.

Aufstellbares Display

Hitzefestes Silikonkabel

Einstichfühler aus Metall



Bratenthermometer

Zur optimalen Zubereitung von Fleisch und Geflügel. Mit vorprogrammierten Garstufen und Alarmfunktion. Inklusive Batterie. Zuzahlung € 1,-.

* Amazon.de ist kein Sponsor dieser Werbeaktion. Amazon.de Gutscheine („Gutscheine“) sind für den Kauf ausgewählter Produkte auf Amazon.de und bestimmten Partner-Webseiten einlösbar. Sie dürfen nicht weiterveräußert oder anderweitig gegen Entgelt an Dritte übertragen werden, eine Barauszahlung ist ausgeschlossen. Aussteller der Gutscheine ist die Amazon EU S.à r.l. in Luxemburg. Weder diese noch verbundene Unternehmen haften im Fall von Verlust, Diebstahl, Beschädigung oder Missbrauch eines Gutscheins. Gutscheine können auf www.amazon.de/einloesen eingelöst werden. Dort finden Sie auch die vollständigen Geschäftsbedingungen. Alle Amazon ® -Produkte sind Eigentum der Amazon.com, Inc. oder verbundener Unternehmen. Die Gutscheine sind bis zu dem angegebenen Ablaufdatum einlösbar. Es fallen keine Servicegebühren an.

Ja, ich möchte 10 x den SPIEGEL für nur € 29,90 frei Haus testen, **35 % sparen** und eine Prämie!

Meine SPIEGEL-Testvorteile:



- ✓ 10 x den SPIEGEL testen
- ✓ 35 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ Inklusive LITERATUR SPIEGEL
- ✓ Praktischer Urlaubsservice

Gleich mitbestellen!

- ☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 3,99 im Einzelkauf.

SD16-029

Meine Wunschprämie:

- ☐ 10 € Amazon.de Gutschein (5065)
☐ ABUS-Fahrradschloss, Zzlg. € 1,- (4246)
☐ Bratenthermometer, Zzlg. € 1,- (5335)

Anschrift:

- ☐ Frau
☐ Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 8. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

☐ Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE
IBAN

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum

Unterschrift

SP16-062



Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg



040 3007-2700



abo.spiegel.de/ma2016

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,- erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Die größte Liebe unseres Lebens

Zeitgeist Narzisst ist das Schimpfwort der Stunde, Narzissmus gilt als Leitneurose der emanzipierten Gesellschaft. Doch nicht jeder, der stört, ist auch gestört.

Als der ehemalige Fifa-Präsident Joseph Blatter vor einigen Wochen seine Biografie vorstellte, sagte er über seinen Rücktritt: „Ich habe gelitten, auch Christus hat gelitten. Aber jetzt geht es mir wieder gut.“

Als der Mexikaner Joaquín „El Chapo“ Guzmán, der übelste Drogenboss der Welt, das letzte Mal aus dem Knast geflohen war, kam er auf zwei irre Ideen. Erstens: einen Film über seine Heldentaten drehen zu lassen und selbst nach Produzenten und Schauspielern zu suchen. Zweitens: dem Schauspieler Sean Penn im Untergrund ein siebenstündiges Interview für das Magazin „Rolling Stone“ zu geben. Das Treffen brachte die Polizei auf seine Spur. Jetzt sitzt er wieder in Haft.

Als Lance Armstrong einmal gefragt wurde, was der größte Fehler seines Lebens gewesen sei, antwortete er nicht: dass ich gedopt habe. Er antwortete: „Dass ich in den Rennsport zurückgekommen bin.“ 2005 hatte er zum siebten Mal die Tour de France gewonnen, so oft wie kein anderer vor ihm, und daraufhin seine Karriere beendet. Ein Held mit vermeintlich weißer Weste. 2009 wollte er es noch einmal wissen, weil er daheim vorm Fernseher saß und zusah, wie „Leute Rennen gewinnen, die ich auch ohne Doping locker abgehängt hätte“. Armstrong wurde nach seinem Comeback als Doping-sünder enttarnt. Seine sieben Toursiege wurden ihm aberkannt.

Die drei Anekdoten erzählt der Schweizer Moderator, Medienunternehmer und ehemalige Sat.1-Geschäftsführer Roger Schawinski in einem neuen Buch. Der Titel: „Ich bin der Allergrößte“. Der Untertitel: „Warum Narzissten scheitern“. Es geht um Männer, denen ihr Hochmut zum Verhängnis wurde. Um Männer wie Franz Beckenbauer, die Lichtgestalt des deutschen Fußballs, der die WM 2006 ins Land holte und nun der Korruption verdächtigt wird. Männer wie Thomas Middelhoff, einst Vorstandsvorsitzender von Bertelsmann und Arcandor, der wegen Untreue und Steuerhinterziehung im Gefängnis sitzt. Und Männer wie Josef Ackermann, der die Deutsche Bank ins Verderben führte, ein Egomane, der Besucher stundenlang vor seinem Büro warten ließ, nur um seine Macht zu demonstrieren. Überall in unserer Gesellschaft, so schreibt Schawinski auch, breite sich der Narzissmus aus.

Wo man hinschaut, selbstverliebte Alphatiere, männliche und weibliche Egozentr-

ker, Junge und Alte, die sich vor allem mit sich selbst beschäftigen. Im Fernsehen, im Internet, im Alltag. In den Reality- und Castingshows, in denen sich Mochtegermodells und Trautmtänzer in Szene setzen. In den sozialen Netzwerken, wo auf Instagram täglich 80 Millionen Bilder geteilt werden, unzählige davon mit dem wichtigsten Motiv eines digitalen Lebens: dem Selfie.

In den Wartezimmern der Schönheitschirurgen, die 2015 fast zehn Prozent mehr Kunden hatten als im Jahr zuvor. In den Fitnessstudios, wo inzwischen fast jeder sechste Deutsche seinen Körper formt. Die Schriftstellerin Ildikó von Kürthy hat sich für ihren Bestseller „Neuland“ das Gesicht mit Botox und Hyaluron aufspritzen lassen, eine Darmreinigung absolviert und ein Kautraining, sie war sogar im Schweigekloster, und manch einer wünschte, sie wäre dort geblieben. Sie hat sich, so muss man es wohl sagen, ein Jahr lang exzessiv mit sich selbst beschäftigt. „Neuland“ ist Selbstbespiegelungsliteratur über die allgegenwärtige Selbstbespiegelung. Ein narzisstischer Bericht aus einer narzisstischen Gesellschaft.

Noch ein paar Beispiele aus der modernen Welt des „Ich! Ich! Ich!“? Cristiano Ronaldo. An manchen Tagen ein großkotziges Genie, an anderen ein genialer Großkotz. Den Hohn der gegnerischen Fans erklärt er sich so: „Ich bin reich und schön und ein großartiger Spieler. Es gibt keine andere Erklärung.“

Oder der Rapper Kanye West, der eines seiner letzten Alben „Yeezus“ nannte, Jesus, und sein neues „The Life of Pablo“ und der sich bei einem Auftritt in der US-Show „Saturday Night Live“ so schlecht behandelt fühlte, dass es hinter den Kulissen aus ihm herausbrach: „Sind die wahn-sinnig? Mann, ich bin 50 Prozent einflussreicher als Stanley Kubrick, der Apostel Paulus, Pablo Picasso und Pablo Escobar. 50 Prozent mehr, tot oder lebendig. Für die nächsten 1000 Jahre.“

Und dann dieser Donald Trump. Sitzt in seinem goldschimmernden Trump Tower in New York, wo er sich in seinem Büro einen riesigen Spiegel hat anbringen lassen, und auf die Frage, wen er bewundere, zu wem er aufschau, antwortet er: „Ich schaue mich im Spiegel an.“ Die „Vanity Fair“ bezeichnete ihn einmal als „vulgären Typen mit kurzen Fingern“. Seine Antwort: „Meine Finger sind lang und

schön, so wie auch viele andere Teile meines Körpers.“

Weder Trump noch Kanye, noch Ronaldo sind bislang gescheitert, so wie Buchautor Schawinski es sich zu wünschen scheint. Aber als Narzissten gelten sie allemal. Und Trump, der es, entgegen allen Prognosen, zum US-Präsidentschaftskandidaten gebracht hat, halten viele seiner politischen Gegner für mehr als nur selbstverliebt, sie halten ihn für ernsthaft krank.

Wer arrogant auftritt oder eitel, snobistisch oder exhibitionistisch, selbstverliebt, egozentrisch, unempathisch, wer leicht kränkbar ist und Kritiker runterputzt, kurz: Wer ein ziemlicher Unsympath ist, gilt heute als Narzisst. Keine andere psychologische Diagnose ist tiefer in unsere Alltagssprache eingesickert. Es ist die Modediagnose einer Gesellschaft, in der – nach „Du Nazi“ – kaum eine größere Beleidigung vorstellbar scheint als „Du Narzisst“. Schlimmer nur: „Du hast eine narzisstische Störung.“

Es ist ein Schimpfwort für vermeintliche Soziopathen, die eine Gesellschaft zu prägen scheinen, die weder Empathie kennt noch Solidarität. Eine Gesellschaft, die sich womöglich selbst für krank hält. Mal ist daran der Neoliberalismus schuld oder dieses verdammte Internet. Und nur eines scheint gewiss: Eine Gesellschaft aus Narzissten ist dem Untergang geweiht.

Zeitdiagnostiker, Soziologen und Psychologen reden von einer „Narzissmus-Epidemie“, einer „Generation Ich“, einer „Ich-Inflation“ – und davon, dass sich die Verbreitung der narzisstischen Störung kaum noch beherrschen lasse, „ähnlich der Pest im Mittelalter“. Der Schweizer Psychiater Gerhard Dammann sieht im Narzissmus die „Leitneurose unserer Zeit“.

Aber was ist das eigentlich, ein Narzisst? Der Begriff geht zurück auf den griechischen Mythos des Jünglings Narziss, den der Flussgott Kephissos gezeugt hat, indem er die Wassernymphe Leiriope vergewaltigte. Frauen und Männer begehren den goldgelockten Narziss, doch er verschmäht alle. Schon bald ist sein Stolz so legendär wie seine Schönheit. Als er sich über einen Teich beugt, verliebt er sich in sein Spiegelbild. Er verharrt Tag und Nacht am Ufer, immer verzweifelter, weil das wundervolle Wesen ihm nicht antwort-



US-Model Amber Rose

„Die Aufmerksamkeit anderer Menschen ist die unwiderstehlichste aller Drogen“

tet. Als er versucht, es zu küssen, stürzt er ins Wasser und ertrinkt.

In der Antike hatte Narziss noch ein recht gutes Image: Die alten Römer trugen Schmuckstücke mit seinem Bild, um ihr Liebesbedürfnis zum Ausdruck zu bringen. Das änderte sich mit dem Christentum, das die Nächstenliebe propagierte und die Selbstliebe des Narziss skeptisch beäugte. Erst Ende des 19. Jahrhunderts kam der Begriff Narzissmus in Mode, zunächst als Bezeichnung für die Neigung zu einer sexuellen Praktik, die als mächtig versaut galt: Selbstbefriedigung.

Richtig berühmt machte den Begriff einige Jahre später Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse. Er unterschied einen primären und einen sekundären Narzissmus. Der primäre Narzissmus sei der normale, gesunde Seelenzustand jedes Säuglings, der völlig auf sich selbst bezogen sei; der sekundäre Narzissmus eher eine seelische Störung älterer Menschen, die in den frühkindlichen, egozentrischen, selbstverliebten Zustand zurückfielen, um ein verunsichertes Selbstwertgefühl zu bekämpfen.

1979 war es dann der amerikanische Historiker und Sozialkritiker Christopher Lasch, der in einem berühmten, brillant formulierten Buch „Das Zeitalter des Narzissmus“ anprangerte. Viele seiner Überlegungen, etwa die zur damals neuen Selbstverwirklichung durch Yoga und naturreine Nahrungsmittel oder jene zur wachsenden Furcht vor Alter und Tod, lassen sich noch heute mit Gewinn lesen. Das Buch gibt das Muster vor, wie wir fast 40 Jahre später über Narzissmus sprechen.

Sucht man im SPIEGEL-Archiv nach berühmten Persönlichkeiten, die in journalistischen Texten schon einmal Narzissten genannt worden sind, kommt eine imposante Liste zustande. Silvio Berlusconi wird oft genannt, natürlich, Yanis Varoufakis und Recep Tayyip Erdoğan, Peer Steinbrück, Karl-Theodor zu Guttenberg, Kim Kardashian, Thilo Sarrazin, Uli Hoeneß, José Mourinho, Arjen Robben, Benjamin von Stuckrad-Barre, Maxim Biler, Paris Hilton, Wolfgang Joop, Dieter Bohlen, Sean Penn, Edward Snowden, Julian Assange, Nicolas Berggruen, Bernie Madoff, Beate Zschäpe, Andreas Lubitz, Anders Breivik, Denis Cuspert. Und so könnte es ziemlich lange weitergehen.

Aber fällt Ihnen etwas auf?

Es sind fast nur Männer – mal abgesehen von notorischen Glamourfiguren wie Kim Kardashian und Paris Hilton (bei Beate Zschäpe muss jemand etwas missverstanden haben). Der österreichische Psychiater Reinhard Haller, Autor des populären Buchs „Die Narzissmusfalle“, berichtet, dass 70 Prozent der etwa 5000 Briefe und Mails, die ihn nach der Veröffentlichung

seines Buchs erreichten, von Frauen geschickt wurden, die überzeugt waren: „Sie beschreiben genau meinen Partner!“ Nur fünf Prozent der Männer schrieben: „Das ist meine Partnerin.“ Die restlichen 25 Prozent waren weibliche und männliche Arbeitnehmer, die ihren meist männlichen Chef zu erkennen glaubten. „Was will das Weib?“, hieß es zu Freuds Zeiten. Heute heißt es: „Der Kerl spinnt!“

„Männer neigen tatsächlich eher zu narzisstischen Reaktionen“, sagt Haller. „Sie sind eher in Machtpositionen, in denen sie sich das erlauben können.“ Zudem sei der männliche Narzissmus viel unangenehmer, weil aggressiver. Von der narzisstischen Persönlichkeitsstörung, der extremsten, krankhaften Form des Narzissmus, seien zu etwa 70 Prozent Männer betroffen.

Das jedoch liege auch daran, dass die Diagnosekriterien für die narzisstische Persönlichkeitsstörung „um den männlichen Narzissmus herumgebaut“ worden seien, erklärt Hallers Kollege Dammann. „Man könnte also von einem methodischen Problem sprechen.“ Seinen Ursprung hat es Ende der Siebziger-, Anfang der Achtzigerjahre, als Laschs sozialpsychologische Kampfschrift erschien, als das Narcissistic Personality Inventory (NPI) eingeführt wurde, ein Fragebogen, den Sozialpsychologen bis heute nutzen, um einen Hang zum Narzissmus zu ermitteln, und als die narzisstische Persönlichkeitsstörung erstmals Eingang fand in das Klassifikationssystem DSM der American Psychiatric Association, die sogenannte Bibel der Psychiatrie, die die Grenzen festlegt zwischen Normalität und Krankheit. Es war die Zeit, als die ersten Anhänger der gegenkulturellen Bewegungen ihren Weg in die Institutionen gefunden hatten.

Im Fokus steht seit jenen Jahren der extrovertierte, unbeirrte, grandiose Narzissmus, der deutlich häufiger bei Männern auftritt. Sofern sie extreme Narzissten sind, sind sie großspurig und selbstgefällig, ehrgeizig und dominant, manipulativ. Man könnte sagen, sie sind Machos alter Schule. Familien- und Firmenpatriarchen, die ihren Willen durchsetzen, unfähig zur Empathie und zur Teamarbeit, zu Eigenschaften also, die heute sehr gefragt sind. Ihr Narzissmus riecht nach Testosteron.

Daneben gibt es jedoch einen introvertierten, dünnhäutigen, vulnerablen Narzissmus, der eher bei Frauen auftritt – und der bis heute viel schlechter erforscht ist. Die Psychotherapeutin Bärbel Wardetzki hat darüber ein Buch geschrieben: „Weiblicher Narzissmus. Der Hunger nach Anerkennung“. „Männer blasen sich leicht auf“, sagt Wardetzki. Narzisstische Frauen hingegen verhielten sich oft gehemmt, seien besonders schnell gekränkt, fühlten sich ungerecht behandelt, zu kurz gekommen. Minderwertigkeitsgefühle kompensieren

sie, ganz klassisch, durch Schönheit und Schlankheit, sie neigen zu Essstörungen.

Zur Ursache von gesteigertem Narzissmus gibt es zwei Theorien: zu wenig oder zu viel Bestätigung in jungen Jahren. Der Narzisst musste als Kind hart um Liebe und Anerkennung kämpfen, indem er seinen Eltern, seinem Umfeld und sich selbst ein perfektes Selbst vorspielte. Das passt zum Mythos des antiken Narziss, der bei einer Vergewaltigung gezeugt wurde, also vermutlich ohne Vater aufwuchs und mit einer ihn zwiespältig beäugenden Mutter. Die zweite Theorie ist neuer: Der Narzisst bekam zu viel Anerkennung, wurde von Helikoptereltern verhätschelt. „Auch ein verwöhntes Kind ist ein verlassenes Kind“, sagt Psychotherapeutin Wardetzki. „Das Kind lernt nicht richtig, wer es ist. Es denkt, die Welt will es als Superhelden.“

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ verpasste ihrem Dossier zu Trump kürzlich die Überschrift „Das größte Ego Amerikas“ und erzählte, wie streng Trumps Vater Fred war. Als sein Sohn Donald mal wieder den Unterricht schwänzte, steckte er ihn in eine Militärschule, in der er strammstehen musste und von brüllenden Exsoldaten gemäßregelt wurde. Das Motto der Schule: „Gewinnen ist nicht alles. Es ist das Einzige.“

Psychologen glauben, dass manche Berufsgruppen besonders häufig von narzisstischen Persönlichkeitsstörungen betroffen sind: Topbanker, Spitzensportler, Politiker. An Wahlabenden winden Politiker sich im Fernsehen, um noch die miesesten Ergebnisse umzudeuten. Sie können nicht verlieren. Berühmt ist der sogenannte Napoleonkomplex, der vermeintlich übergroße Geltungsdrang der Kleingewachsenen. Lenin maß 165 Zentimeter, Chruschtschow 160, Kim Jong Il 160, Deng Xiaoping 150, Schröder misst 174, Putin 170, Sarkozy 165, Berlusconi 164, Medwedew 163.

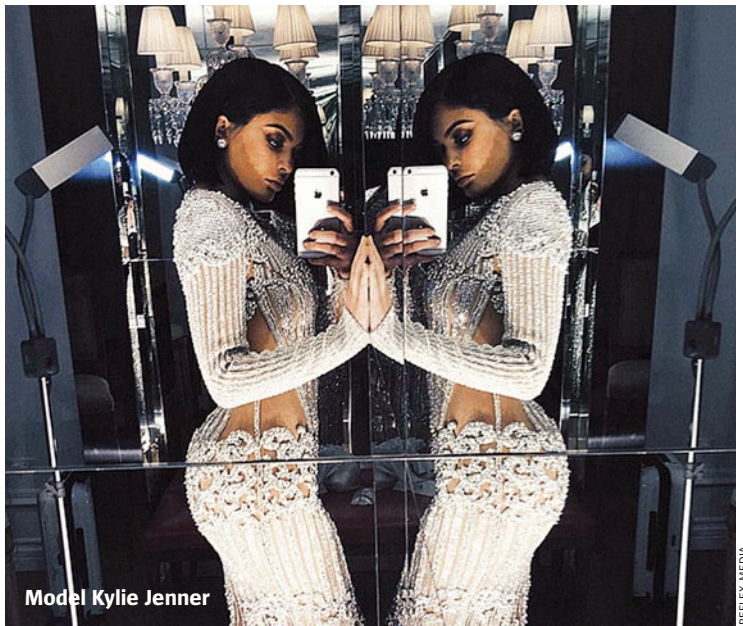
Schawinski porträtiert in einem Kapitel seines Buchs den Wetterexperten Jörg Kachelmann, den er einst zum Radio holte. Kachelmann sei charmant, eloquent und witzig gewesen, sagt Schawinski, ein „extrovertierter Sonnyboy“, dem die Sympathien zugeflogen seien, aber es habe auch eine zweite Seite gegeben: „Er verkrachte sich schnell, wenn er mit seinen Anliegen nicht zum erwünschten Ziel kam. Dann wurde er grob und verletzend.“ Schawinski sieht in Kachelmann einen Narzissten, der sich nach dem Freispruch von den Vergewaltigungsvorwürfen, die ihn belasteten, zu lange damit aufhielt, „in seinem kunstvoll formulierten Lästerton offene Rechnungen zu begleichen“. Diese Rechthaberei sei es, die ihm den Wiedereinstieg verbaue: „In Kachelmanns Welt gibt es nur zwei Positionen: Wer nicht bedingungslos für mich ist, der ist mein tödlicher Feind.“

Extreme Narzissten sind Menschen, die über andere lachen – aber nie über sich



Wahlkämpfer Donald Trump

DINA LITOVSKY / REDUX / LAIF



Model Kylie Jenner

REFLEX MEDIA



Russischer Präsident Wladimir Putin

MIKHAIL METZEL / TASS / ACTION PRESS



Popstar Justin Bieber

REFLEX MEDIA



Fußballer Cristiano Ronaldo

PLANET PHOTOS / DDP-IMAGES



Politiker Silvio Berlusconi 2010

TIJANA FABI / AFP

Prominente unter Narzissmus-Verdacht

Wo man hinschaut, selbstverliebte Alphantiere, männliche und weibliche Egozentriker

selbst. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der sich einen Palast bauen ließ mit mehr als tausend Zimmern, einer Moschee und einem Atombunker, gilt als Narzisst, weil er einen deutschen Satiriker verklagt hat, statt dessen Scherze müde wegzulächeln. Ebenso wie der oben erwähnte ehemalige Fifa-Präsident Blatter, über den der Moderator Schawinski in seinem Buch eine weitere Anekdote erzählt: Im Mai 2015 waren sieben Fifa-Funktionäre im Zürcher Nobelpalast Baur au Lac verhaftet worden. Schawinski lud den damaligen Mediendirektor der Fifa, Walter de Gregorio, in seine Talkshow ein. Am Ende der Sendung bat Schawinski ihn, einen Witz zu erzählen, den er in jenen Tagen überall in Zürich zum Besten gab. De Gregorio zögerte nur kurz. „Im Auto sitzen der Fifa-Präsident, sein Generalsekretär und der Mediendirektor. Wer fährt?“ Eine Pause. „Die Polizei.“ Die Zuschauer lachten, Blatter warf de Gregorio raus.

Die Gesellschaft scheint sich einig, dass Narzissmus zu verurteilen ist: als eine Macke, wenn nicht eine Geistesstörung. Natürlich hat die Menschheit im Laufe ihrer Geschichte gelitten unter der Egomane mancher ihrer Führer, und sie wird möglicherweise noch leiden unter den vermuteten Psychopathologien von Trump oder auch Putin. Aber war nach heutigen Maßstäben nicht auch Martin Luther ein Narzisst? Abraham Lincoln? Muhammad Ali? Leonardo da Vinci? Che Guevara? David Bowie? Wäre die Menschheit so weit gekommen ohne all diese Narzissten? Ist Narzissmus nicht auch ein Treibstoff, der wie Angst Großes produzieren kann? Kann es sein, dass wir eine einfache Wahrheit aus dem Blick verloren haben: Nicht jeder, der stört, ist auch gestört?

Und ist das Internet tatsächlich eine Maschine, die aus den digitalen Eingeborenen lauter selbstsüchtige Monster produziert? Als der US-Schriftsteller Jonathan Franzen auf Werbetour für seinen internetkritischen Roman „Unschuld“ war, sagte er: „Das Netz ist so ziemlich das größte Instrument zur Förderung von Narzissmus, das je gebaut wurde.“ Und was, wenn das Internet nur ein Instrument wäre, das hilft, ein bestehendes und durchaus nachvollziehbares Bedürfnis zu befriedigen: das nach Sichtbarkeit und Resonanz?

Lange Zeit war narzisstisches Verhalten ein Privileg der Reichen und Einflussreichen, zu deren Jobprofil es gehörte, auf dicke Hose zu machen. Nur sie konnten sich öffentliches Gepolter erlauben, um ihr Ego aufzuplustern, nur sie fanden damit Gehör. Und wohl auch deswegen hat die Porträtmalerei eine jahrhundertlange Tradition in der Kunstgeschichte, die außer den Selbstporträts narzisstischer Künstler typen, klar, vor allem Herrschern vorbe-

halten war. Heute kann sich jeder jederzeit selbst porträtieren, mit seiner Handycamera, und das Bild in die weltgrößte Ausstellungshalle hängen, das Internet. Auf Facebook, Instagram, Pinterest ruft der Narzisst der Welt zu: „Schaut her! Hier bin ich! So bin ich! Was haltet ihr davon? Wie findet ihr mich? Antwortet mir!“ Die Selfiestange heißt im englischen Sprachraum auch „Narcistick“.

Das Phänomen Selfie passt zum Mitmachfernsehen, zu Quizshows wie „Wer wird Millionär?“, Castingshows wie „Deutschland sucht den Superstar“ und „Germany's Next Topmodel“, Spielshows wie „Der Bachelor“ und „The Biggest Loser“, Gastro-Shows wie „Rach, der Restauranttester“ und „Die Kochprofis“. Es wird nicht mehr lange dauern, dann gibt es mehr Menschen, die schon mal im Fernsehen waren, als Menschen, die immer nur davorsäßen. „Im Auge der Kamera, unter den Scheinwerfern der Studios, in der Aufmerksamkeit der Zuschauer wird aus dem sich präsentierenden Nobody ein wahrgenommener Jemand“, schreibt der Psychologe Martin Altmeyer in seinem Buch „Auf der Suche nach Resonanz“, einer Verteidigung der medialen Moderne gegen ihre kulturkonservativen Kritiker. Altmeyer bezieht sich auf die berühmten Thesen, die der Stadtplaner Georg Franck 1998 in seinem Buch „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ dargelegt hat: „Die Aufmerksamkeit anderer Menschen ist die unwiderstehlichste aller Drogen. Ihr Bezug sticht jedes andere Einkommen aus. Darum steht der Ruhm über der Macht, darum verblasst der Reichtum neben der Prominenz.“

All diese Entwicklungen lassen sich aus kulturkonservativer Perspektive beklagen, und diese Klagen werden seit Jahren laut geführt. Nichts ist so modern wie die Kritik an der Moderne. Da wird der Anstieg narzisstischen Verhaltens dann auch damit erklärt, dass der Neoliberalismus lauter Ichlinge heranziehe, die sich in einem immer gnadenloseren Konkurrenzkampf in Szene setzen und zur Selbstoptimierung gezwungen sind. Die Logik: In der Ich-AG lauert die Ich-Ich-AG, in der Selbstverantwortung der Egowahn. Kapitalismuskritik verkauft sich gut.

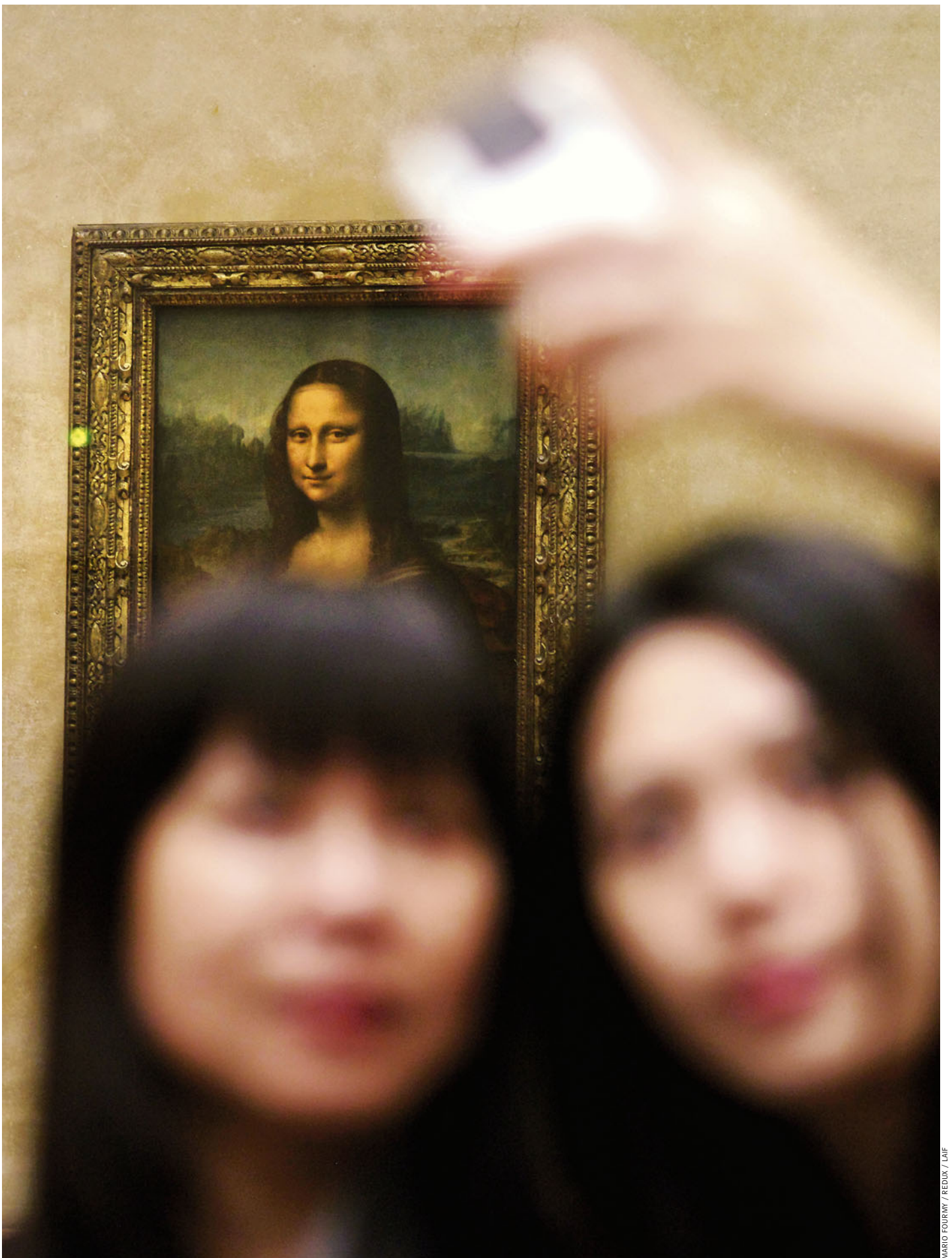
Was von solchen Kurzschlussanalysen zu halten ist, hat der Frankfurter Soziologe und Psychologe Martin Dornes in seinem neuen Buch dargelegt: nichts. Er nimmt einen der zentralen Glaubenssätze linker Soziologen und Journalisten auseinander, die davon ausgehen, dass der Kapitalismus zum Burn-out führe und depressiv mache. Stattdessen beschreibt er einen Strukturwandel der Psyche, der mit Neoliberalismus wenig und mit wachsenden Freiheiten viel zu tun hat. Die „postheroische Persönlichkeit“, so Dornes, löse die autoritäre Persönlichkeit ab, weil der Erziehungsstil

partnerschaftlicher geworden sei und tradierte Ordnungssysteme ihre Macht verlor hätten: Familie, Religion, soziale Klasse. Postheroisch ist die Persönlichkeit, weil sie ihre Bedürfnisse nicht mehr heldenhaft unterdrückt, weil sie ihre innersten Wünsche nicht länger gesellschaftlichen Normen unterordnet. Im Gegenzug muss die Persönlichkeit damit leben, dass ihr Identität und Sinn nicht in die Wiege gelegt werden, sie muss sich beides erarbeiten, immer wieder neu: Wer bin ich? Wer will ich sein? Wie will ich wahrgenommen werden? Ja, die Menschen werden narzisstischer, aber vielleicht haben sie gute Gründe dafür.

„Identität ist das seelische Hauptproblem unserer Zeit“, schreibt Dornes' Kollege Altmeyer. Das individualisierte Ich strebe nach Selbstvergewisserung. Was Dornes als postheroische Persönlichkeit bezeichnet, nennt Altmeyer das „exzentrische Selbst“, ein neuer Sozialcharakter, der stärker denn je dazu neige, sich anderen Menschen zu zeigen. Dabei geht es um mehr als um gewöhnliche Eitelkeit: „Wer in dieser Welt unterwegs ist, tut das nicht als Einzelgänger, sondern sehnt sich nach einem sozialen Echo, möchte sich gespiegelt sehen. Er zeigt sich letzten Endes, um zu erfahren, was er kann, wer er ist und welche Bedeutung er für andere hat. Mediale Selbstdarstellung ist zu einer Art Existenzbeweis geworden“, schreibt Altmeyer. Die Identitätsformel der digitalen Moderne: Ich werde gesehen, also bin ich.

Altmeyers Modell erklärt auch, warum so viele Menschen kaum Sorge um ihre Daten haben: „Auf der Suche danach, von anderen Menschen Aufmerksamkeit zu erfahren, wollen sie in den weltweiten Netzwerken eher gesellschaftliche Spuren hinterlassen als Spuren vermeiden. Sie haben deshalb weniger Angst davor, von der Gesellschaft überwacht, als von ihr übersehen zu werden.“ Es ist eine Haltung, die Datenschützer verzweifeln lässt, was auch daran liegen könnte, dass der deutsche Datenschutzgedanke in altlinken Ängsten vor einer autoritären Gesellschaft wurzelt. Damals musste sich das, was Freud das Unbewusste, Triebhafte nannte, vor dem Blick der anderen verstecken, vor Staat, Kirche, Familie. Heute strebt das Unbewusste nach Entdeckung. Es möchte von der Umwelt registriert, erkannt und aufgenommen werden.

Das Narzissmus-Konzept Freuds wurzelte in der Vorstellung, dass der Säugling völlig auf sich bezogen sei. Die moderne Forschung hat das widerlegt. „Bereits der Säugling sucht den Blick der Mutter, um in ihrem Gesicht eine erste Ahnung davon zu erhalten, wer er ist“, schreibt Altmeyer. „Wenn er sie anlächelt, erlebt er im Spiegel ihrer mimischen Reaktionen etwas von sich.“ Das Verhalten Erwachsener in sozia-



MARIO FOURNEY / REDUX / LAIF

Touristen vor der „Mona Lisa“ im Pariser Louvre

Heute kann jeder sein Bild in die weltgrößte Ausstellungshalle hängen – ins Internet

len Netzwerken docke an dieser Urerfahrung an. Der Narzissmus ermuntert sie dazu, aus sich herauszugehen, sich darzustellen – und so eine Identität zu erwerben. „Selbstbewusstsein braucht Bestätigung. Identität wächst nicht im Stillen.“

In vielen Artikeln über den sogenannten Selfiewahn wurde zuletzt eine Studie der Ohio State University zitiert, laut der männliche Internetnutzer, die häufig Selfies posten, besonders zum Narzissmus neigten. Was gern übersehen wurde: Ihr Narzissmus lag noch im normalen Bereich, war keinesfalls pathologisch. Wenn Wissenschaftler und Journalisten auf Kim Kardashian und all die anderen begnadeten Selbstdarsteller in sozialen Netzwerken schimpfen, dann auch deshalb, weil es früher ihr Privileg war, sich und ihre Gedanken öffentlich zu inszenieren. Altmeyer diagnostiziert einen „narzisstischen Futterneid ausgerechnet bei jenen öffentlichen Intellektuellen, die in der digitalen Moderne um ihre privilegierte Rolle in der Medienwelt fürchten müssen und ihre angestammte Bühne gegen den Ansturm der Jugend verteidigen.“ Sie schreien Narzissmus, weil sie narzisstisch gekränkt sind.

Das ist das Schöne an dem Begriff: Er passt eigentlich immer. Mit kaum einer anderen Diagnose lässt sich so herrlich küchenpsychologisieren. Wer rätselt, wieso so viele US-Amerikaner Trump folgen, obwohl sein Turbo-Narzissmus ihn doch so unsympathisch macht, den überzeugt vielleicht diese Interpretation: Trump packt seine Wähler, darunter vor allem weiße Männer der Unter- und Mittelschicht, an ihrem eigenen Narzissmus. Denn der Kern seiner Botschaft ist dieser: Ihr dürft so bleiben, wie ihr seid! Ich Sorge dafür, dass die Welt sich uns anpasst! Ihr werdet nicht länger gekränkt werden! „Make America great again!“

Narzisstisches Verhalten ist weit verbreitet, wie die Antworten auf den Fragebogen „How I see myself“ zeigen, mit dem Forscher das Selbstwertgefühl erfassen: Die allermeisten Menschen halten sich für intelligenter und attraktiver als den Durchschnitt. Was in vielen Fällen eine Illusion ist, schon aus rein mathematischen Gründen. Doch ihre Selbstüberschätzung bringt ihnen Vorteile. Der Ökonom Yi Zhou von der Florida State University hat herausgefunden, dass narzisstische Künstler höhere Preise erzielen und mehr Ausstellungen haben. Wer mehr von sich selbst hält, von dem halten auch andere mehr. Andere Studien haben gezeigt, dass Überlebende des Bosnienkriegs, die sich in Tests etwas überschätzten, in psychisch besserer Verfassung waren als diejenigen, die sich realistisch einschätzten. Dasselbe galt für Überlebende des Anschlags auf das World Trade Cen-

ter. Und die Ökonomen David Hirshleifer, Angie Low und Siew Hong Teoh haben entdeckt, dass übermütige Vorstände in Technologiefirmen mehr in Innovationen investieren – und dass sie mit diesen Investitionen erfolgreicher sind. Profitieren also alle vom Übermut Einzelner? Kommt der vermeintlich asoziale Narzissmus unter Umständen der Gemeinschaft zugute? Sicher ist: Charismatische Persönlichkeiten, die sich für etwas Besonderes halten, leisten oft auch Besonderes.

Der Psychologe Craig Malkin, Dozent an der Harvard Medical School, hat dem Phänomen ein Buch gewidmet, in dem er mit vielen Vorurteilen aufräumt: „Narzissmus ist nicht immer nur negativ“, schreibt er. „Genau genommen sind einige Formen des Narzissmus gut, ja sogar notwendig, um ein glückliches und erfülltes Leben führen zu können.“ Wer sich für überdurchschnittlich hält, ist führungsstärker, was nicht unbedingt überrascht, aber er ist auch enthusiastischer, kreativer und damit anziehender für andere, er ist geselliger, glücklicher und häufig auch gesünder, er führt bessere Liebesbeziehungen. „Sich selbst zu lieben ist der Beginn einer lebenslangen Romanze“, schrieb Oscar Wilde. Wer sich hingegen für durchschnittlich hält, wer also ein realistisches Selbstbild hat, leidet häufiger unter Depressionen und Angststörungen. Es ist eine tolle Pointe: Craig Malkin, ein Psychologe ausgerechnet, redet der Verblendung das Wort.

Malkin tastet sich über eine persönliche Erinnerung an sein Thema heran: „Meine Mutter war die wunderbarste und zugleich unausstehlichste Person, die ich je kannte“, schreibt er. Eine große und blonde Frau, ansteckend witzig, ungeheuer fürsorglich, sozial engagiert. Mit zunehmendem Alter aber wurde sie ichbezogener: Sie prahlte

mit ihren früheren Leistungen als Balletttänzerin, ließ in Gesprächen die Namen berühmter angeblicher Bekannter fallen, registrierte ängstlich jede neue Falte und legte sich Zehn-Zentimeter-Stiletos der Nobelmarke Manolo Blahnik zu.

Als sie jünger war, so glaubt Malkin zu verstehen, hätten andere Menschen ihr durch Zuwendung und Komplimente vermittelt, etwas Besonderes zu sein. Dieses Gefühl habe ihre Lebensbejahung genährt, ihr Selbstvertrauen, ihren Mut, ihre Dynamik, ihre Herzlichkeit: all die Dinge, für die er sie bewunderte. Als sie ihr strahlendes Aussehen jedoch verlor, als auch ihr Mann starb und sie aus dem großen gemeinsamen Haus in ein kleines Apartment umziehen musste, habe sie andere Wege finden müssen, sich als etwas Besonderes zu fühlen. Der ach so verrufene Narzissmus, erklärt Malkin sich und uns, sei nichts anderes als eine „menschliche Angewohnheit, sich selbst aufzurichten“.

Bis heute nehmen Narzissmus-Kritiker häufig Bezug auf eine Studie der US-Psychologin Jean Twenge aus dem Jahr 2009, in der sie von einer „Narzissmus-Epidemie“ sprach, die die sogenannten Millennials befallen habe, die Generation der zwischen 1980 und 2000 Geborenen, eine „Generation Ich“. Sie hatte die Ergebnisse verglichen, die amerikanische Studenten über die Jahre hinweg im Narzissmus-Test NPI erzielt hatten. Das Ergebnis: Narzisstische Persönlichkeitszüge hätten sich seit den Achtzigerjahren genauso stark verbreitet wie die Fettleibigkeit.

Malkin hält den Fragebogen für ein „ausgesprochen mangelhaftes Messinstrument“. Wer in dem Test den Satz „Ich bin durchsetzungsfähig“ bejahe, wandere in der Wertung nach oben, ebenso derjenige, der den Satz „Ich wäre gern eine Führungspersönlichkeit“ ankreuze. Lässt sich aus solchen Aussagen wirklich ein übersteigter, ungesunder Narzissmus ableiten? Oder deuten sie auf Zuversicht und Tatkraft hin, auf gesunden Narzissmus?

Malkin stellt dem einen eigenen Test (siehe Seite 126) entgegen, der Narzissmus nicht per se verteufelt und auch eventuelle Narzissmus-Defizite in den Blick nimmt: Sind mir Komplimente peinlich? Entschuldige ich mich oft? Glaube ich trotz Rückschlägen an mich?

Neben einem gesunden gibt es einen krankhaften Narzissmus, natürlich, „aber dieser ist die Ausnahme, nicht die Regel, wie manche psychotherapeutischen Gesellschaftskritiker in ihrer ‚déformation professionnelle‘ meinen, wenn sie die medialisierte Lebenswelt insgesamt für krank erklären“, sagt der Psychologe Altmeyer. „Bei solchen Pathologiediagnosen, die sich übriges medial prächtig vermarkten lassen, sind häufig unbewusst fixierte und deshalb schwer korrigierbare Standardeinstellun-

Literatur zum Thema:

Martin Altmeyer: „Auf der Suche nach Resonanz. Wie sich das Seelenleben in der digitalen Moderne verändert“. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen; 280 Seiten; 25 Euro.

Martin Dornes: „Macht der Kapitalismus depressiv? Über seelische Gesundheit und Krankheit in modernen Gesellschaften“. S. Fischer, Frankfurt am Main; 160 Seiten; 15,99 Euro.

Craig Malkin: „Der Narzissten-Test. Wie man übergroße Egos erkennt ... und überraschend gute Dinge von ihnen lernt“. Aus dem Englischen von Harald Stadler. DuMont, Köln; 288 Seiten; 19,99 Euro.

Roger Schawinski: „Ich bin der Allergrößte. Warum Narzissten scheitern“. Kein & Aber, Zürich; 224 Seiten; 20 Euro.



Hollywoodstars bei der Oscarverleihung 2014, Fußballspieler Toni Kroos nach dem Champions-League-Sieg mit Real Madrid im Mai
 „Schaut her! Hier bin ich! So bin ich! Was haltet ihr davon? Wie findet ihr mich? Antwortet mir!“

gen am Werk, persönliche Idiosynkrasien gegen den Zeitgeist, man könnte auch sagen: schlichte Vorurteile.“

Der Schweizer Autor Schawinski aber lässt sich davon nicht beirren. Das Internet, so schreibt er in seinem Buch, sei „die technologische Weiterentwicklung der Geschichte von Narziss“: „Anstelle eines Spiegelbilds in einem nahen See hat man heute sein Spiegelbild immer und überall zur Hand und will sich unzählige Male bewundern lassen.“

Und Schawinski selbst? Seit Jahren hat er eine eigene Talkshow im Schweizer Fernsehen, bei der es durchaus vorkommt, dass der Moderator mehr spricht als seine Gäste. Eine Schweizer Zeitung schrieb vor zwei Jahren: „Roger Schawinski ist ein Kompletmedium: Moderator, Mikrofon, Lautsprecher. Und sein eigenes, hingerissenes Publikum.“

Interessant auch, wie Schawinski auf Kritik an seinem Buch reagierte, er habe Abschnitte aus Wikipedia, dem SPIEGEL

und der „Zeit“ übernommen, ohne dies kenntlich zu machen. Es geht um Passagen, die nicht zentral sind, aber anstatt die Fehler gelassen einzuräumen, putzte er den Kritiker vom Zürcher „Tages-Anzeiger“ runter, nannte die Beweisführung „sack-schwach“ und mutmaßte, die Zeitung wolle sich mit seiner Prominenz „offensichtlich Aufmerksamkeit für den bedenklich schwächelnden Kulturteil holen“.

Und auch der von Schawinski als Narzisst geoutete Wetterexperte Kachelmann

Sind Sie auch Narzisst?

Psychotest Der US-Therapeut Craig Malkin hat die Antwort.

Wie stark treffen diese Aussagen auf Sie zu?

Notieren Sie 1 Punkt für „trifft gar nicht zu“, 2 Punkte für „trifft weniger zu“, 3 für „neutral“, 4 für „trifft eher zu“ und 5 für „trifft voll und ganz zu“.



1. Komplimente sind mir peinlich.



2. Es ärgert mich, wenn jemand mit Starallüren vorwärtskommt.



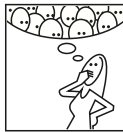
3. Ich habe schon Chancen vergeben, weil es mir unangenehm war, mich selbst vorzuschlagen (zum Beispiel für eine Beförderung).



4. Manchmal drücke ich meine Vorstellungen nicht aus, weil die eines anderen bestimmt besser sind.



5. Ich füge mich oft der Meinung anderer.



6. Ich mache mir Gedanken darüber, was andere von mir halten.



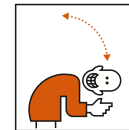
7. Ich weiß nicht genau, was ich in Beziehungen wünsche oder brauche.



8. Oft gerate ich in Verlegenheit, wenn ich gefragt werde, welche Alternative ich bevorzuge.



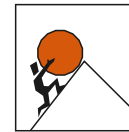
9. Ich gebe immer mir die Schuld, wenn in einer Beziehung etwas schiefgeht.



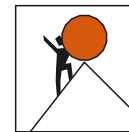
10. Ich entschuldige mich sehr häufig.



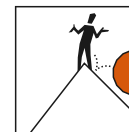
11. Ich bin selbstbewusst, aber einfühlsam.



12. Ich hänge mich rein, selbst bei schwierigen Aufgaben.



13. Ich empfinde mehr Stolz auf meine Leistungen, wenn ich mich dafür anstrengen muss.



14. Ich kann meine Grenzen sehen und eingestehen, ohne mich deswegen schlecht zu fühlen.



15. Ich kann durchaus meine Fehler zugeben, wenn sich dadurch eine Situation verbessert.

Narzissmus-Defizit

Bei den Aussagen 1 bis 10 erzielen Testpersonen im Durchschnitt 28 Punkte. Solange Sie nicht mehr als 34 Punkte sammeln, liegen Sie im grünen Bereich. Wenn Sie mehr sammeln und diese Punktzahl zudem höher ist als Ihre Punktzahl in den beiden anderen Abschnitten, mangelt es Ihnen an Narzissmus. Mit einem solchen Narzissmus-Defizit gehen meist Probleme einher. Betroffene neigen dazu, sich den Wünschen und Bedürfnissen ihres Partners zu unterwerfen, sie haben

das Gefühl, sie hätten nichts verdient und dürften keine Ansprüche stellen, sie können nur schwer emotionale Unterstützung geben und annehmen, sind pessimistisch, ängstlich, depressiv und psychisch labil.

Gesunder Narzissmus

Bei den Aussagen 11 bis 20 erzielen Testpersonen im Durchschnitt 39 Punkte. Wenn Sie deutlich darunter liegen, bei 35 oder weniger, können Sie es offensichtlich nicht genießen, sich als etwas Besonderes zu fühlen. Wenn Sie hingegen mehr Punkte

erzielen und wenn diese Punktzahl höher ist als Ihre Punktzahl in den beiden anderen Abschnitten, verfügen Sie über einen gesunden Narzissmus. Menschen mit gesundem Narzissmus sind meist optimistisch und gut gelaunt, verfolgen Ziele in ihrem Leben, besitzen Selbstdisziplin, zeigen Vertrauen und genießen Nähe, können emotionale Unterstützung geben und annehmen. Sie haben das Gefühl, Anerkennung zu verdienen, stellen aber keine überhöhten Ansprüche an andere und an sich selbst.

wehrte sich öffentlich und wies Schawinskis Schilderungen als „Küchenpsychologie“ zurück: „Dass Schawinski ein Buch über Narzissten schreibt und mit diesem Wort andere Menschen meint, ist Satire auf höchstem Niveau. Wir warten auf das empörte Buch von Berlusconi über Korrupte.“

Erkenntnis führt nicht immer zur Selbst-erkenntnis. „Der unbeirrte Narzisst merkt gar nicht, dass er ein Problem hat“, sagt die Psychotherapeutin Wardetzki. Anders

als die (oft weiblichen) vulnerablen Narzissten haben die (oft männlichen) grandiosen Narzissten keinen oder kaum Leidensdruck. Sie finden sich super. „Die kommen erst in Therapie, wenn sie ihren Job verlieren oder ihre Frau sie verlassen hat.“

Fairerweise muss man sagen, dass Schawinski auch folgende Anekdote über sich erzählt hat: Als er sein Buch dem Kein-&-Aber-Verleger Peter Haag schmackhaft machen wollte, habe er zu Haag gesagt:

„Ich habe ein Buch geschrieben, bei dem es überhaupt nicht um mich geht.“ Haag war überrascht, aber angetan und fragte, worum es gehen solle. „Um Narzissten.“ Good Joke, sagte Haag, guter Scherz.

Narzissten, das sind immer die anderen.

Tobias Becker

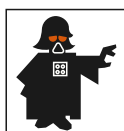


Video: Wer ist der größte Narzisst?

spiegel.de/sp262016narzissmus
oder in der App DER SPIEGEL



16. Ich glaube, beide Partner tragen zum Erfolg oder Scheitern einer Beziehung bei.



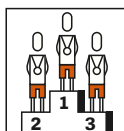
22. Ich bestehe darauf, den mir gebührenden Respekt zu erhalten.



28. Wenn ich die Möglichkeit habe, stelle ich mich gern selbst dar.



17. Ich kann mich zurücknehmen, wenn man mir zu verstehen gibt, dass ich arrogant werde.



23. Ich erwarte viel von meinen Mitmenschen.



29. Ich habe einen ausgeprägten Machtwillen.



18. Ich bin sehr ambitioniert, aber nicht auf Kosten meiner Beziehungen.



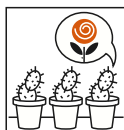
24. Ich würde mich nie zufriedengeben, bevor ich nicht alles erhalten habe, was mir zusteht.



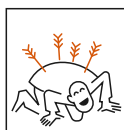
30. Ich bin in vielem gut, verglichen mit den meisten anderen Menschen.



19. Geben ist mir immer wichtiger als Nehmen.



25. Ich glaube insgeheim, dass ich besser bin als die meisten anderen Menschen.



20. Trotz Rückschlägen glaube ich an mich.



26. Ich reagiere extrem wütend, wenn ich kritisiert werde.



21. Es fällt mir leicht, andere Menschen zu beeinflussen.



27. Es ärgert mich, wenn andere keine Notiz davon nehmen, wie ich in der Öffentlichkeit auftrete.

Addieren Sie Ihre Punkte getrennt für diese drei Abschnitte:

Aussagen 1 bis 10,
Aussagen 11 bis 20,
Aussagen 21 bis 30.

Extremer Narzissmus

Bei den Aussagen 21 bis 30 erzielen Testpersonen im Durchschnitt 27 Punkte. Haben Sie mehr als 34 Punkte gesammelt, sind Sie ein extremer Narzisst. Menschen mit so hohen Werten haben ein schwankendes Selbstwertgefühl, können emotionale Unterstützung nur schwer geben und annehmen, sind anspruchsvoll, manipulativ und süchtig nach Bestätigung. Sie fühlen sich ihren Partnern (und anderen Menschen) überlegen, wirken streitsüchtig, unkollegial und ich-bezogen, erleben Konflikte am Arbeitsplatz.

In seltenen Fällen erzielen Menschen viele Punkte sowohl bei den Fragen 1 bis 10 als auch bei den Fragen 21 bis 30. Das ist das Kennzeichen von introvertiertem Narzissmus. Wer dieses Muster aufweist, ist hochgradig narzisstisch, zugleich aber von Natur aus introvertiert oder durch eine Reihe von Niederlagen entmutigt. Er pendelt zwischen zwei Extremen: Selbstzweifel und Verschlussenheit auf der einen Seite, Wut, Neid und überhöhtes Anspruchsdenken auf der anderen. Nahestehende Menschen spüren seine Überheblichkeit. Arbeitskolle-

gen hingegen erleben ihn wahrscheinlich als jemanden, der voller Ängste und Selbstzweifel steckt.



Der Test stammt aus Craig Malkins Buch „Der Narzissten-Test. Wie man übergroße Egos erkennt ... und überraschend gute Dinge von Ihnen lernt“, erschienen im DuMont Buchverlag.

Ein seltsamer Mann

Zeitgeschichte Er vertuschte Watergate und führte Krieg in Vietnam: Richard Nixon war einer der schlechtesten Präsidenten der USA. Nun hat Donald Trump ihn für sich entdeckt.

Er liest kaum, heißt es. Doch als ein amerikanischer Reporter ihn kürzlich befragte, nannte Donald Trump zwei Bücher. Eines über Hillary Clinton, das andere über Richard Nixon. Und wenn Titel und Autor des Buchs über Nixon ihm auch entfallen sein mögen, zumindest behauptet Trump das, so spricht er doch, wenn er von Hillary Clinton spricht, fast immer auch über Richard Nixon. Er nennt sie „Crooked Hillary“, ihrer E-Mail-Affäre wegen, die betrügerische Hillary, eine Formulierung, die amerikanische Wähler sofort an den einen denken lässt: an Richard Milhous Nixon, geboren 1913, gestorben 1994, US-Präsident von 1969 bis 1974. In einem Land, das die Extreme liebt, ist er der Inbegriff des Dunklen, des politischen Höllensturzes. Eine Gruselfigur fürs politische Halloween. Der einzige Präsident in der amerikanischen Geschichte, der zurücktreten musste, der Präsident, der 1973 in einer Fernsehansprache den Satz gesagt hat, an den sich die Amerikaner bis heute erinnern: „I'm not a crook“, ich bin kein Betrüger.

Als „großen bösen Mann“ bezeichnet ihn der amerikanische Journalist Tim Weiner in einer neuen Biografie*. Weiner, bekannt geworden mit Büchern über die CIA und das FBI, hat neben den Notizen von Nixon und seinen Mitarbeitern Hunderte bislang gesperrte Tonbandmitschnitte ausgewertet, die der Präsident ohne Wissen der meisten Beteiligten von den Gesprächen im Oval Office und in anderen Räumen des Weißen Hauses hatte anfertigen lassen.

So entsteht ein Bild von epochaler Düsternis. Richard Nixon erscheint bei Weiner wie eine Mischung aus zwei großen amerikanischen Antihelden: so skrupellos wie Francis Underwood aus „House of Cards“, ein Trinker wie Don Draper aus „Mad Men“.

Als der damalige Militärberater Nixons, Alexander Haig, 1972 nach China vorausreiste, um Nixons Staatsbesuch vorzubereiten, schickte er aus Peking ein Telegramm ins Weiße Haus: „Unter keinen – wiederhole –, keinen Umständen sollte der Präsident tatsächlich mittrinken, wenn beim Bankett Trinksprüche ausgebracht werden“, stand da, alles in Großbuchstaben. Haigs Warnung galt dem chinesischen Maotai, einem Schnaps mit über 50 Pro-

zent Alkohol, vor allem aber den Trinkgewohnheiten Nixons. Der saß einige Wochen später im Gästehaus der chinesischen Regierung in Shanghai, vor sich eine Flasche Maotai. Die leerte er im Laufe der Nacht. „Schon beim Essen und auch während des Tages und beim Mittagessen heute hatte er bestimmt ein halbes Dutzend Gläser getrunken“, schrieb Nixons Stabschef H.R. Haldeman in sein Tagebuch, „schließlich durften wir auf seine Terrasse hinaustreten und das nächtliche Shanghai betrachten. Offensichtlich spürte er die historische Dimension dieses Augenblicks.“

Mao Zedong, ihm vor allem galt Nixons Reise, war als einer der großen Revolutionsführer des 20. Jahrhunderts eine Art kommunistisches Fabelwesen, zum „Großen Vorsitzenden“ überhöht, im kapitalistischen Westen ein Star, von Andy Warhol porträtiert und von den Beatles in einem Songtext erwähnt, aber auch ein wichtiger Verbündeter des Vietcongs im Krieg gegen

Nixon wollte eine neue Partei gründen. Weder Republikaner noch Demokraten hätten regiert.

die USA. Als Nixon nach Peking reiste, war der alternde Mao schon seit Monaten nicht mehr öffentlich aufgetreten. Den US-Präsidenten empfing er. Und der US-Präsident gab sich versöhnlich: „Wir alle kennen den Lebenslauf des Vorsitzenden. Er stieg aus einer sehr armen Familie an die Spitze der bevölkerungsreichsten Nation der Welt auf, einer großen Nation. Auch ich stamme aus einer sehr armen Familie und stehe an der Spitze einer sehr großen Nation. Die Geschichte hat uns zusammengebracht.“

Nixon wollte Geschichte schreiben. Als „Führer des Westens“, so sah er sich selbst, als der Mann, der den Vietnamkrieg beendet, vielleicht sogar die Konfrontation zwischen Ost und West. Sein Staatsbesuch in China war ein Höhepunkt seiner Amtszeit, eine historische Sensation, inmitten des Kalten Kriegs und des Vietnamkriegs der erste Besuch eines US-Präsidenten im kommunistischen Feindesland, ein Wagnis, das fast so kühn wirkte wie die Mondlandung zweieinhalb Jahre zuvor. Wenn Trump behauptet, er werde nach Moskau fliegen, um sich dort mit Putin unter Män-

nern zu einigen, dürfte er auch Nixons Chinareise im Kopf haben.

Zwei Jahre nach dieser Reise, am 9. August 1974, war Richard Nixons Platz in der Geschichte ein anderer. Es war der Tag seines Rücktritts, der Tag, an dem er dem drohenden Amtsenthebungsverfahren zuvorkam. Seitdem ist seine Amtszeit verbunden mit einem Skandal, dessen Name zum Inbegriff aller Skandale wurde: Watergate, in zahlreichen Wortschöpfungen verfremdet, von Irangate bis Schnüffeltgate. Auf den Ranglisten aller US-Präsidenten seit 1789, die amerikanische Historiker mit einer Begeisterung erstellen, wie man sie in Deutschland eher von Fußballnerds kennt, rangiert Richard Nixon stets auf den letzten Plätzen, als schlechtesten Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg.

Und doch wurde er vom amerikanischen Volk, seine Wähler waren für ihn „Trottel“, zweimal gewählt. Bei seiner ersten Wahl zum Präsidenten profitierten Nixons Republikaner 1968 von der Zerstrittenheit der Demokratischen Partei, damals ähnlich uneinig wie 2016. Grimmig standen der linke und der pragmatische Flügel sich gegenüber, fast wie heute beim Duell Sanders gegen Clinton. Und auch die amerikanische Gesellschaft war vergleichbar zerrissen, wie sie es nun wieder ist. Auf der einen Seite die Bürgerrechtsbewegung, die Hippies, die Gegner des Vietnamkriegs. Auf der anderen die eher konservative weiße Mittel- und Unterschicht. Und schließlich war 1968 in den USA ein Jahr voller Gewalt: Im April wurde Martin Luther King ermordet, im Juni Robert Kennedy. Der Nominierungsparteitag der Demokraten in Chicago gilt als Debakel von historischem Format, er war überschattet von Protesten gegen den Vietnamkrieg. Bis in die Parteitagshalle roch es nach Tränengas. Statt der Siegesrede des demokratischen Kandidaten beherrschte das Chaos auf den Straßen der Stadt die Nachrichten. Das könnte sich wiederholen: Für den Tag der Nominierung Hillary Clintons haben Anhänger von Sanders Proteste angekündigt.

„Wir leben in einem Zeitalter der Anarchie“, glaubte Nixon selbst, er fühlte sich bedroht von „revolutionärem Terrorismus“, dem „nur ein guter Nachrichtendienst“ Einhalt gebieten könne. Im Krieg gegen Vietnam und Kambodscha befahl er Bombenangriffe, die das, was die Alliierten in Europa und Fernost während des Zweiten Weltkriegs an Bomben abgeworfen hat-

* Tim Weiner: „Ein Mann gegen die Welt. Aufstieg und Fall des Richard Nixon“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 464 Seiten; 24,99 Euro.



BURT GLINN / MAGNUM PHOTOS / AGENTUR FOCUS

Parteitag der US-Republikaner 1968 in Miami: Nixon umwarb „die vergessenen Amerikaner“, die weißen Kleinbürger

ten, um ein Vielfaches übertrafen und Hunderttausende Tote und Verwundete forderten. An Wirtschaftspolitik hingegen hatte er kaum Interesse, und Innenpolitik war für ihn „Klohäuschenbauen“. Mit Teilen seines Kabinetts sprach Nixon fast gar nicht, er regierte mit einer kleinen Gruppe ihm ergebener Männer, zu der außer seinem Militärberater Alexander Haig und dem Stabschef H. R. Haldeman auch sein Sicherheitsberater Henry Kissinger gehörte.

Was diese Mitarbeiter Nixons später über ihren Chef sagten, liest sich nicht gerade wie ein Empfehlungsschreiben für das Weiße Haus: „Er kämpfte allein gegen die Welt“; er habe „eine fast paranoide Angst, dass die Leute nicht vertrauenswürdig waren“, gehabt; „er neigte dazu, in die Luft zu gehen – besonders im Verlauf eines Abends, wenn er einige Drinks intus hatte“; kurz: „Er war der seltsamste Mensch, den ich je getroffen habe.“

Öffentlich gab sich der Republikaner Nixon gediegen, mit seiner adretten Familie entsprach er dem Bild, das sich das konservative Amerika von einem Staatsoberhaupt macht. Intern aber fluchte und schimpfte er, feuerte mit Worten in alle Richtungen auf eine Art, die sogar das übertrifft, was wir bislang aus dem Munde Trumps gehört haben. Ein Tonbandmitschnitt belegt, wie Richard Nixon seinen Justizminister mit „son of a bitch“ anbrüllte, ein anderer, dass er glaubte, die Beamenschaft des Landes sei durchsetzt von Landesverrättern. Den ausländischen Verbündeten misstraute er sowieso, besonders dem deutschen Kanzler Willy Brandt, auch der ein „son of a bitch“. Nixon verachtete ganze Völker (Inder waren für ihn „Wilde“ und „Kannibalen“), Journalisten erst recht („der Feind“) und auch die Intellektuellen des Landes („Bastarde“). Kaum überraschend, dass er von Schwarzen und Juden wenig hielt, trotzdem war Henry Kissinger, ein Jude, sein Sicherheitsberater. Über dessen Privatleben zog er dann her und auch über dessen mangelnde psychische Robustheit. Nixon selbst war linkisch, aber er glaubte, der toughest Amtsinhaber seit Teddy Roosevelt zu sein, dem legendären Raubein unter den amerikanischen Präsidenten der Jahrhundertwende. Seine chronische Schlaflosigkeit versuchte Nixon mit Alkohol und Tabletten zu bekämpfen, vergebens. Sein übernächti- ger Blick hat das Bild von Richard Nixon geprägt.

Bei seiner Wahlkampagne 1968 umwarb Nixon die „vergessenen Amerikaner“, die



Kandidat Nixon 1968

Seine Wähler waren für ihn Trottel

weißen Kleinbürger. Auch das dürfte dazu geführt haben, dass sich Trump nun mit Nixon befasst – genau seine Zielgruppe. Nixon versprach einen „ehrenvollen Frieden“ in Vietnam, Ruhe und Ordnung zu Hause, Verhältnisse wie in den Fünfzigern. Er hätte sagen können: „Make America great again!“

Trumps Wahlkampf führt fast zwangsläufig zu Nixon. Und das nicht nur, weil Trump mit „Crooked Hillary“ beständig auf den früheren Präsidenten anspielt. Sondern weil Nixon der erste moderne republikanische Politiker war, dem es gelang, eine große Gruppe demokratischer Stammwähler zu gewinnen. In „Being Nixon“, einer bislang nur auf Englisch erschienenen Biografie, beschreibt Evan Thomas, wie der Präsident 1969 in einer Fernsehansprache den Begriff von der „Silent Majority“ prägte, der schweigenden Mehrheit. Damit brachte Nixon seine Wählerschaft auf eine einprägsame Formel: Es waren nicht nur die republikanischen Stammwähler, die ihm 1972 zur triumphalen Wiederwahl verhalfen, sondern auch 35 Prozent früherer Demokraten, viele davon weiße Arbeiter, denen die politische Linie der Partei zu progressiv geworden war. Ähnlich ist heute die Anhängerschaft Trumps. Nixons Sieg 1972 war einer der höchsten in einer amerikanischen Präsidentschaftswahl, sein Vorsprung betrug 18 Millionen Stimmen, nur in einem von 50 Bundesstaaten konnte sich der demokratische Bewerber durchsetzen. Im Jahr 1976, so plante der Präsident, wollte er eine neue Partei gründen – nicht Republikaner oder Demokraten hätten das Land regiert, sondern Nixons Partei der schweigenden Mehrheit. Es wäre eine poli-

tische Revolution gewesen, vergleichbar mit dem, was Trump vorhat. Nixon sei ein Populist gewesen, so schreibt Evan Thomas, und wie Nixon damals setze Donald Trump heute auf die schweigende Mehrheit.

Nixon stürzte, weil Mitarbeiter seines Teams 1972 in die Wahlkampfzentrale der Demokraten eingebrochen waren, die sich im Washingtoner Watergate-Komplex befand. Der Einbruch mag Ausdruck der unter Nixon herrschenden Paranoia gewesen sein, dass der Präsident im Vorfeld davon wusste, ist unwahrscheinlich. Nachgewiesen werden konnte ihm, dass er im Nachhinein die Justiz bei ihren Ermittlungen behindert hat. Damit hatte er gegen seinen Amtseid verstoßen. Nixons Verachtung des Washingtoner Establishments und der Institutionen findet sich heute bei Donald Trump und seinen

Anhängern. Aber Nixons Fall zeigt auch, dass die amerikanischen Institutionen, das System der Checks and Balances, in der Krise stärker waren als der Präsident: Richard Nixon musste sich Justiz und Parlament beugen.

Nicht nur das liberale Europa, auch die Intellektuellen in den USA hegen seit Nixons Sturz Argwohn gegen die amerikanischen Rechte. Robert Kagan, Vordenker der Neokonservativen, hält Donald Trump sogar für einen Wegbereiter des Faschismus (SPIEGEL 22/2016). Schon Ronald Reagan wurde als Faschist bezeichnet, wenn auch eher in der Popkultur – und in Europa stöhnte man über den zweitklassigen Hollywoodschauspieler im Weißen Haus und fürchtete ihn ebenso, wie man Trump heute fürchtet. Reagan und sein Nachfolger George Bush standen in Nixons politischer Tradition. Bush führte 1988 einen besonders dreckigen Wahlkampf, der es in Niedertracht mit Trumps Kampagne aufnehmen könnte. Der Kopf dahinter war Lee Atwater, bis heute berüchtigt als Strippenzieher republikanischer Schmutzkampagnen. Ein enger Mitarbeiter Atwaters war Roger Stone, über Jahrzehnte einer der besten Freunde Donald Trumps. Wenn gleich Stone sich mittlerweile angeblich mit Trump überworfen hat, gilt er als Vordenker von Trumps Kampagne.

Seine Karriere hatte Roger Stone in den Siebzigern als Mitarbeiter im Wahlkampfteam von Nixon begonnen. Er leitete einen Feldzug gegen einen demokratischen Konkurrenten. Bis heute trägt er ein Andenken an diese Zeit auf dem Rücken: eine Tätowierung mit dem Gesicht Richard Nixons.

Sebastian Hammelehle



Ich bin's, Brecht

Lyrikkritik *Im Kriegssommer 1918 stellte sich der später weltberühmte Dichter mit Versen vor. Erst jetzt erscheinen sie.*

Der junge Bert im Sommer 1918. Die Welt stürzt ein, und er besucht an der Universität München das Seminar „Praktische Übungen in literarischer Kritik“. Klar sollte auch er, der damals 20-jährige Eugen Berthold Friedrich Brecht, der sich später Bertolt nannte, in den Krieg ziehen. Aber er tat alles, um das zu verhindern. Trank vor der Musterung kübelweise Kaffee, um sein schwaches Herz weiter zu schwächen. Das half nichts. Er war „verwendungsfähig“. Also schrieb sein Vater an die Kommission, der Sohn solle doch bitte sein Studium fortsetzen dürfen, „Hochachtungsvollst! B. Brecht, Fabrikdirektor“.

Er wurde erhört. Der Sohn blieb frei. Wurde zurückgestellt – erst am 1. Oktober 1918 wurde er Sanitätssoldat – und hatte im Sommer des großen Sterbens Zeit zu leben, zu studieren und zu dichten. Er schrieb den „Baal“ und seine erste Gedichtsammlung, „Lieder zur Klampfe von Bert Brecht und seinen Freunden“. Einem Zeitalter, das vom Individualismus erlöst werden wollte, dichtete Brecht, der später Hohelieder des Kommunismus dichten wird, Hohelieder des Individuums entgegen.

Und auch dieses Ich-Gedicht, das wir bislang noch nicht kannten und das jetzt in der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Sinn und Form“ erstmals erscheint. Das Archiv der Akademie der Künste hat die Handschrift vom Brecht-Biografen Klaus Völker erworben, der es in den Sechzigerjahren von Brechts Augsburger Jugendfreund Georg Pfanzelt bekommen hatte.

Ein Dichter stellt sich vor. Es ist eine lachende Kampfansage. Die Ankündigung eines Lebenswerks, das nun beginnt. Voller Stolz und Übermut und Spott und Zuversicht. „Ich, Berthold Brecht, alt: 20 Jahre“ – es gibt aus späteren Jahren noch drei Gedichte, die so beginnen, von 1922, 1938 und 1952 oder 1953. Aber dies hier ist das Urgedicht davon, der Eintritt des Dichters Brecht in die Welt. Beinahe entschuldigend gesteht er zunächst seine bürgerliche

Herkunft. „Wie ein rohes Ei geschont“ wurde er. Ist das ein Grund zur Zufriedenheit? Ist es nicht. Das „dennoch“ markiert den Entschluss, sich trotzdem zu beschweren. Worüber eigentlich? Ja, das ist noch die Frage.

Die zweite Strophe zielt auf eine Gruppe von Unterstützern. Der Dichter ist nicht gern allein. Ein Gedicht als Unterschriftensammlung. Doch die größte Schwierigkeit ist nach wie vor: Wogegen sollen wir unterschreiben? Es fehlt die Überschrift, das Thema, das nicht nur „Ich“ ist, nicht bloß „Brecht“, da unterschreibt doch keiner. Und da Gott gestorben und auch der Kaiser eine Autorität von gestern ist, fehlt es selbst für eine Beschwerde an einer Adresse. Der Himmel scheint leer.

Da findet er in der dritten Strophe den neuen Gott. Er findet ihn in der Literaturgeschichte. Jener „arme Teufel“, das war der französische Dichter François Villon. Über ihn wollte Brecht damals ein Theaterstück schreiben. Hier tritt er als frühes Vorbild schon kurz auf.

So muss gedichtet werden und gelebt. Und zwar wann? Und zwar jetzt. Die vierte Strophe mahnt zur Eile. Wie schnell sind wir alt. Wie schnell sind wir tot oder schlapp oder zufrieden und bescheiden. Jung sein ist jetzt! Empörung ist jetzt! Und auch, wogegen gedichtet werden muss,

auch die Antwort auf diese Frage hat er bei Villon gefunden. Jenes „Armutslied voll Bitternis“, jene „Bittschrift“, von der niemand weiß, was aus ihr geworden ist, muss fortgeschrieben werden. Der junge Brecht schlägt mit diesem Text eine Brücke über 500 Jahre Literatur- und Ungerechtigkeitsgeschichte. Hinüber in seine Zeit, das Deutschland von 1918.

Auch er schreibt in die Luft. Oder, halt! Hier ist ein Strich in der ersten Zeile, „schreib“ hat er durchgestrichen und durch „schlag“ ersetzt. Er schreibt der Luft nicht etwa „in die Fresse“, er schlägt. Doch statt des aus grammatikalischen Gründen nun erwarteten Kampfmittels – womit schlägt er denn die Luft? Mit der Faust? Der flachen Hand? – folgt in der letzten Zeile das, was er in diese Fresse schlägt: „die folgende Beschwerdeschrift“. In der Handschrift scheint hier ein Doppelpunkt zu folgen. In der Transkription hat man sich für einen einfachen Punkt entschieden. Das ist schade. Denn genau dieser Doppelpunkt am Ende, dem scheinbar nichts mehr folgt, dem folgt ja dann, in späteren Jahren, ein ganzes, großes, weltveränderndes Werk.

Es ist ein Beginn, dies nun entdeckte Ich-Gedicht, ein Versprechen, eine Drohung und ein Auftrag. Für das lyrische Ich von damals und – durch den möglichen Doppelpunkt, der ins Unendliche weist – auch für uns und unsere Zeit.

Volker Weidemann

1

Ich, Berthold Brecht, alt: 20 Jahre
geboren zu Augsburg am Lech
mit schwachen Augen, braunem Haare
von Kind an eher scheu als frech,
ich, der ich Wohlleben gewohnt war,
noch beinah nichts vom Leben litt
eh'r wie ein rohes Ei geschont war
beschwere mich dennoch hiemit.

2

Es hat nicht Sinn, sich drob zu giften
wenn einer, weil er muß, halt schifft.
Ich bitt um eure Unterschriften,
doch vorher um die Überschrift.
Und da ~~wir also keine~~ noch keine eine fanden
beschwer ich mich sogleich alsdann
daß keine Fachinstanz vorhanden
vor der man sich beschweren kann.

3

Ein armer Teufel, umgetrieben,
Sohn armer Eltern in Paris
hat in die Luft hinein geschrieben
~~voll Kühnheit und~~ der Erde Armutslied voll Bitternis.
Vor nunmehr 5 × 100 Jahren –
Er wurde bald drauf eingescharrt.
Doch hat man nie davon erfahren
was aus der Bittschrift jemals ward!

4

So ~~schreib~~ schlag ich denn, vor mir das Alter
den Blick trübt und den Hals umschlingt
bescheiden lehrt und mich in kalter
Erde sehr leicht zum Frieden zwingt
ohne besondere Adresse
nicht demutsvoll und nicht verkniff
der Luft von neuem in die Fresse
die folgende Beschwerdeschrift.

Brecht-Gedicht von 1918 in „Sinn und Form“
„Der Luft in die Fresse schlagen“

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein
(1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR
Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE
Susanne Beyer, Dirk Kurbyjuweit,
Alfred Wieziol

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister,
Michael Sauga, Christiane Hoffmann
(stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:*
Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus
Dettmer, Horand Knap, Ann-Katrin Müll-
ler, Ralf Neukirch, Cornelia Schmeigal,
Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stuff,
Gerald Traufetter, Wolf Wiedmann-
Schmidt. *Autoren, Reporter:* Markus
Feldenkirchen, Konstantin von Hammer-
stein, Marc Hujer, Alexander Neubacher,
Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer,
Dr. Markus Verbeet, Annette Großbon-
gardt (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldun-
gen). *Redaktion:* Laura Backes, Michael
Fröhlingdorf, Hubert Gude, Charlotte
Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubert,
Gunther Latsch, Udo Ludwig, Miriam Ol-
brisch, Andreas Ulrich, Antje Windmann.
Autoren, Reporter: Jürgen Dahlkamp, Jan
Fleischhauer, Gisela Friedrichsen, Julia
Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep,
Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig.
Redaktion: Sven Becker, Markus Degen-
rich, Maximilian Popp, Sven Röbel, Micha-
el Sontheimer, Andreas Wassermann, Pe-
ter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan
Berg, Martin Knobbe, Jörg Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler,
Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck
(stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell
Hülsem, Alexander Jung, Nils Klawitter,
Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-
Kathrin Nezik, Simone Salden, Jörg
Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar
Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg,
Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu
von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter
Bednarz, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra
Schulz, Samiha Shafy, Helene Zuber.
Autoren, Reporter: Marian Blasberg, Cle-
mens Höges, Ralf Hoppe, Susanne Koelbl,
Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:*
Rafaela von Bredow, Olaf Stampf.
Redaktion: Dr. Philip Bethge, Manfred
Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr.
Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger,
Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar
Schmundt, Matthias Schulz, Frank Tha-
deusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorriss, Sebastian
Hammehle (stellv.). *Redaktion:* Tobias
Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike
Knöfel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katha-
rina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin
Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr.
Wolfgang Hoffmann, Wolfgang Höbel, Thomas
Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Nils
Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weider-
mann, Marianne Wellershoff

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer,
Guido Mingels (stellv.). *Redaktion:* Fiona
Ehlers, Özlem Gezer, Hauke Goos, Maik
Großekathofer, Barbara Hardinghaus, Ma-
ren Keller, Ansbert Kneip, Dalika Neufeld,
Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Wür-
ger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ulrich
Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexan-
der Osang, Cordt Schimben, Alexander
Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael
Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann,
Lukas Eberle, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper,
Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redakti-
on:* Annette Bruhns, Angela Gatterberg,
Uwe Klaußmann, Joachim Mohr, Bettina
Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-
Maria Schnurr

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen
Dahlkamp (juergen.dahlkamp@spiegel.de),
Jörg Schmitt (joerg.schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Felden-
kirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radü; Alexander Epp,
Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard
Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke
Jensen (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block;
Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz
Diedrichs, Bianca Hunekehl, Ursula Junger,
Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina
Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred
Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian
Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane
Stauder, Petra Thormann, Christel Basilon,
Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.),
Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt;
Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thors-
ten Gerke, Claudia Huss, Antje Klein,
Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin
Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz
E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth,
Tel. +1 212 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt
(stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger
Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena
Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia
Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi,
Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke,
Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina
Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer,
Louise Jessen, Nils Küppers, Sebastian
Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt;
Svenja Kruse, Iris Kuhlmann, Gershom
Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN

DEUTSCHLAND
BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin;
Deutsche Politik, Wirtschaft
Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111;
Deutschland, Wissenschaft, Kultur,
Gesellschaft Tel. 030 886688-200,
Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäschen 4,
01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0,
Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara
Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße
8, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01,
Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch,
Frank Hesse, An der Welle 5, 60322
Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax
97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36,
76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737,
Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Clauß,
Conny Neumann, Rosental 10, 80331 Mün-
chen, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Jan Friedmann, Büchen-
straße 8/10, 70173 Stuttgart,
Tel. 0711 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street,
02138 Cambridge, Massachusetts,
Tel. +1 617 9452531

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly,
rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2
2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill,
P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt,
Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001
Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann,
26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel.
+44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64,
28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Dr. Christian Neef, Glasowskij
Perelok Haus 7, Office 6, 19002 Moskau,
Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th
Street, Suite 3400, New York, NY 10016,
Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de
Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1
58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170,
Peking 100101, Tel. +86 10 65323541,
Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa
Postal 56071, AC Urca,
22290-970 Rio de Janeiro-RJ,
Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187
Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797568

SAN FRANCISCO Thomas Schulz,
1 Post Street, Suite 2750, San Francisco,
CA 94104, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 8387,
Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. / Fax +972 3
6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya
Minami 2-31-15 B, Suginami-ku,
Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona
26, 03-912 Warszawa, Tel. +48 22 6179295,
Fax 6179365

WASHINGTON Gordon Repinski, Holger
Stark, 1202 National Press Building,
Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202
3475222, Fax 3473194

DOКУМЕНТАTION Dr. Hauke Janssen,
Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult
(stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hin-
rich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja
Bednarz, Ulrich Booms, Viola Broecker,
Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wil-
kens, Johannes Eitzschig, Klaus Falken-
berg, Catrin Fandja, Dr. André Geicke,
Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne
Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie
Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson,
Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate
Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Kö-
ster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr.
Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra Lud-
wig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß,
Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andre-
as Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia
Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa,
Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra
Öfner, Thorsten Olmter, Dr. Vasilios Pa-
padopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch,
Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maxi-
milian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G.
Schiehorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regi-
ne Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Tho-
mas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert,
Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer,
Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Ste-
fan Storz, Rainer Szym, Nina Ulrich, Ur-
sula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wied-
ner, Holger Wilkop, Karl-Henning Win-
delbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

LESER-SERVICE Dr. Michael Plasse

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa,
Los Angeles Times / Washington Post,
New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN
GMHB & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen:
Dr. Michael Plasse

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom
1. Januar 2016
Mediaunterlagen und Tarife:
Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Verantwortlich für Vertrieb:
Stefan Buhr

Verantwortlich für Herstellung:
Silke Kassuba

Druck:
Mohn Media
Gütersloh

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub,
Dr. Michael Plasse

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Infor-
mationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende
Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1,
20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie
Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine
PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher
Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme
in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für
Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland: The New York Times Syndicate
E-Mail: Lara.Takenaga@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5119

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre so-
wie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL
WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versand-
kostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche
Blindenstudienanstalt e.V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 228,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.
sechsmal UNI SPIEGEL
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 171,60)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice

Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de



Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo



Ich bestelle den SPIEGEL
☐ für € 4,40 pro gedruckte Ausgabe
☐ für € 3,90 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das
E-Paper beträgt € 3,30)
☐ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper
beträgt € 0,48) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug
ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl.
MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte
liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten
Straße, Hausnummer oder Postfach
PLZ, Ort
E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich
unter www.spiegel.de/agb

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Of-
fice of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ
07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send
address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP16-003, SD16-006
SD16-008 (Upgrade)



DANIEL JANIN / AFP

DIETER HOLZER, 74

Er hätte auch eine Romanfigur in einem Spionagethriller von John le Carré sein können: meist unsichtbar, aber immer präsent, nie gut oder böse, schwarz oder weiß. Doch Holzer war real, jahrzehntlang arbeitete er international als verschwiegener Mittler an der Nahtstelle von Politik und Wirtschaft, dort, wo bei Geschäften großes Geld fließt. Schon seine Berufsbezeichnung fällt schwer: Geschäftsmann? Vermittler? Lobbyist? Geboren wurde er als Sohn eines Abdeckers im saarländischen Quierschied. Er blieb seiner Heimat treu, auch wenn er Adressen überall auf der Welt hatte – Berlin, Beirut, Peking, Paris, Monaco. Die meiste Zeit hat er wohl aus dem Koffer gelebt. In den Sechzigerjahren heiratete er eine Verwandte des ehemaligen libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel, die Hochzeit war seine Eintrittskarte in die internationale Polit-szene. Holzer, ein bekennender Konservativer, hatte enge Kontakte zum früheren CSU-Chef Franz Josef Strauß sowie zu vielen Spitzenpolitikern der Union und der SPD. Der spätere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber von der CSU weilte in den Achtzigerjahren gleich mehrfach zum Urlaub in Holzers „Villa Soussou“ im südfranzösischen Golfe-Juan an der Côte d’Azur. Neben anderen war der damalige Verkehrsminister Günther Krause von der CDU sein Gast bei Formel-1-Rennen in Monte-Carlo. Der saarländische Innenminister Friedel Läßle, ein Sozialdemokrat, war ihm ein guter Freund. Er kannte Politiker und Staatsmänner in aller Welt und vermittelte nicht nur bei Geschäften, ob in Deutschland, China oder Südafrika. Sein Name tauchte in den Achtzigerjahren auch bei Geiselfreiungen im Libanon auf und den diskreten Annäherungsversuchen zwischen Palästinensern und Israelis. Die Welt der Geheimdienste war ihm nicht unbekannt, beim Bundesnachrichtendienst trug er den Decknamen „Baumholder“. Wie groß sein Einfluss tatsächlich war, wusste nur Holzer selber, denn er führte ein Leben zwischen Schein und Sein. Öffentlich bekannt wurde er durch einen Zufall der Geschichte: Sein Name tauchte 1997 im Zusammenhang mit dem Verdacht von Schmiergeldzahlungen beim Verkauf der ostdeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine auf. Geklärt wurde dieser Verdacht nie. Weil er Millionen an Provisionen erhalten hatte, verurteilte ein Pariser Gericht ihn 2003 zu 15 Monaten Haft. In Deutschland wurde Holzer später wegen seiner Unterstützung des flüchtigen ehemaligen Verteidigungsstaatssekretärs Ludwig-Holger Pfahls verurteilt. Nach Holzers Tod bleiben mehr Fragen als Antworten. Dieter Holzer starb am 16. Juni in Quierschied bei Saarbrücken. *mad*

BENOÎTE GROULT, 96

Obwohl die französische Feministin als geistige Schwester der legendären Frauenrechtlerin Simone de Beauvoir galt und in vielen Rundfunkbeiträgen, Texten und Büchern die Rolle der Frau hinterfragt hatte, musste sie erst ins Rentenalter kommen und „Salz auf unserer Haut“ schreiben, um einen emanzipatorischen Befreiungsschlag zu landen. Groult war 68 Jahre alt, als sie die Geschichte der Pariser Intellektuellen George und des bretonischen Fischers Gauvain veröffentlichte, die über mehrere Jahrzehnte eine leidenschaftliche Affäre miteinander haben. Die literarische Qualität des Buchs war nicht allzu hoch, trotzdem wurde es zu einem Millionenseller. Dass eine Frau aus weiblicher Sicht von der Lust am Sex erzählt, dass sie Wörter wie Klitoris und Vagina ganz selbstverständlich verwendet, galt noch in den Achtzigerjahren als umstürzlerisch. Groult, die zeit ihres Lebens den Mut zur Deutlichkeit hatte, nahm für ihre Heldin die gleichen Freiheiten in Anspruch, die sich Männer seit Jahrhunderten zugestanden – ihre Libido großzügig auszuleben und Sex in Unbeschwert-



C. GUGELMANN / LAIF

heit zu genießen. Für das Selbstverständnis der Frauen hat sie mit diesem Roman viel erreicht. Dass er persönlich gefärbt war, verriet die Feministin 2008 in ihrer Autobiografie „Mon évasion“ (dt. „Meine Befreiung“). Benoîte Groult starb am 20. Juni im südfranzösischen Hyères. *clv*

WOLFGANG WELT, 63

Starke erste Sätze zu finden war eine seiner Begabungen. Dass der erste letzte Satz über ihn vom Suhrkamp Ver-

lag kam, anlässlich seines Todes, ist die posthume Erfüllung eines adoleszenten Traums. Welt, im richtigen Leben abgebrochener Student, Psychiatriepatient und Nachtportier am Schauspielhaus Bochum, schrieb sich mit seinen autobiografischen Romanen wie „Peggy Sue“ und „Doris



ULLSTEIN BILD

hilft“ in die Seele seiner Leser. Ein paar Reisen als Popjournalist, ein bescheidener Lottogewinn, die sexuelle Not eines Schüchternen, das Leben in der Zechensiedlung mit seinen Eltern und im Kreisliga-Fußballverein, das war der Stoff, aus dem er lakonische, melodische Literatur zu machen verstand. Auch das Abgleiten in den Wahn, schließlich durch dauerhafte Medikation unter Kontrolle gebracht, hat er mit ingrimmigem Humor beschrieben. Er wollte „einigen Leuten ein Denkmal setzen, die sonst nicht einmal einen Grabstein bekämen“; nun gehört auch er dazu. Wolfgang Welt starb am 19. Juni in Bochum. *es*

ANTON YELCHIN, 27

Schon als Teenager stand der Schauspieler mit Stars wie Morgan Freeman und Anthony Hopkins vor der Kamera, in dem Blockbuster „Terminator: Die Erlösung“ übernahm er eine der Hauptrollen. Der Sohn russischer Einwanderer galt in Hollywood als eines der größten Talente seiner Generation, in der Neuauflage der „Star Trek“-Kinofilme war er seit 2009 als mathematisches Genie Pavel Chekov zu sehen – Ende Juli wird der neueste Teil der Serie anlaufen. Anton Yelchin wurde am 19. Juni von seinem eigenen Wagen überrollt, als er in der Garageneinfahrt seines Hauses in Los Angeles stand. *lob*

Expertin fürs Bunte

Die US-Schauspielerin **Zoe Saldana**, 38, hat die Rassismusdebatte in Hollywood neu entfacht. „Es gibt mehr als eine Art, schwarz zu sein“, sagte sie in einem Interview mit der Zeitschrift „Allure“. Für den Film „Nina“, in dem sie die Jazzsängerin Nina Simone verkörpert, war Saldana heftig attackiert worden. Der Schauspielerin, deren Eltern aus Puerto Rico und der Dominikanischen Republik stammen, wurde von Kritikern vorgeworfen, dass sie sich für den Film dunkler schminken ließ. Saldana wird sogenanntes Blackfacing vorgeworfen, ein Kampfbegriff, der auf die Zeit zurückgeht, in der Schwarze auf der Bühne oder Leinwand von weißen Schauspielern dargestellt und dabei oft verunglimpft wurden. Nun setzte sich die Schauspielerin gegen die Angriffe zur Wehr. „Ich bin schwarz. Ich ziehe schwarze Jungs auf. Wer seid ihr, dass ihr mich mit solcher Verachtung behandelt?“ Saldana, die im neuen „Star Trek“-Film wieder als schwarze Weltraum-Offizierin Uhura zu sehen sein wird, spielt im Fantasy-Blockbuster „Avatar“ eine von Kopf bis Fuß blaue Prinzessin, im Superhelden-Spektakel „Guardians of the Galaxy“ eine quietschgrüne Killermaschine. lob



CHRIS NICHOLS / CONTOUR / GETTY IMAGES



MICHAEL BAHLID / DPA

Pferde und Pilze

Winston Churchill soll im hohen Alter auf die Frage nach dem Rezept für ein langes Leben geantwortet haben: „No sports“, er habe es bei Whisky, Champagner und Zigarren belassen. Von Churchill stammt freilich auch der Satz: „Keine Stunde, die man im Sattel verbringt, ist verloren.“ Ganz so unsportlich war der große Brite also nicht. Auch der frühere SPIEGEL- und jetzige „Welt“-Chefredakteur **Stefan Aust** ist ein leiden-

schaftlicher Reiter. Und auch ihm hat man kürzlich – im Hamburger Presseclub – eine ähnliche Frage gestellt, nämlich die, wie er sich sein jugendliches Aussehen bewahrt habe. Aust, der am kommenden Freitag 70 Jahre alt wird, antwortete: „Ich reite, das hält jung.“ Aust besitzt einen Reiterhof bei Stade samt vielen schönen Pferden, er trinkt zwar lieber ein Glas Rotwein als Whisky, aber eine gute Zigarre schmeckt ihm von Zeit zu Zeit ebenfalls. Selbstverständlich fin-

det auch die große Geburtstagsparty in seiner stattlichen Reithalle statt. Ein anderes Hobby des Journalisten und passionierten Pferdezüchters ist allerdings weitgehend unbekannt: Aust sammelt mit Begeisterung Pilze, am liebsten im eigenen Wald, um sie danach auch selbst in der Pfanne zu braten und anschließend im Freundeskreis zu verspeisen. Aber Achtung: Die Reiterei ist gefährlich genug, der Verzehr mancher Pilze kann schlimmere Folgen haben. red

Schaumschlägerin

Es ist nicht so lange her, dass die australische Schauspielerin **Margot Robbie**, 25, sich im Film „The Big Short“ in einer Badewanne rälerte. Mit nichts als Seifenschaum bedeckt, erklärte sie als etwas unbedarfte Tussi dem Zuschauer, wie das genau funktioniert mit diesen Subprime-Krediten, die in der Finanzkrise 2008 das internationale Bankensystem fast zum Einsturz brachten. Nun



parodiert sich Robbie in einem Spot selbst. Anlass war der sogenannte Red-Nose-Day, an dem im angelsächsischen Raum Prominente um Spenden für Kinder werben. „Was ist der Red-Nose-Day?“, fragt Robbie und stellt fest, dass der beste Platz, schwierige Fragen zu klären, für sie bekanntlich die Badewanne sei. Sie findet ein Gummihuhn im Wasser, zum Schluss taucht ein Mann im Anzug auf, warum, das weiß kein Mensch – schon gar nicht Robbie. Dass sie tatsächlich alles andere als eine naive Blondine ist, zeigte sie schon während des Castings für den Film „The Wolf of Wall Street“, bei dem sie Leonardo DiCaprio eine schallende Ohrfeige gab, die nicht im Skript vorgesehen war. Robbie bekam die Rolle. ks

Ein Märchenvater

Mit seinem letzten Album „We Go Home“ huldigt der Musiker **Adam Cohen**, 43, seinem Vater, dem Singer-Songwriter **Leonard Cohen**, 81, in Gesangsstil und Texten. Es kann eine Bürde bedeuten, denselben Beruf wie der Vater zu ergreifen. Doch Adam Cohen hat sich entschieden, die „tiefen Prägungen“ zu schätzen, die sein Vater ihm mitgegeben hat – das Timbre der Stimme, eine Ähnlichkeit, die sich in der Körpersprache und kleinen Eigenheiten zeigt. In dem Buch „My Old Man: Tales of Our Fathers“, einer Sammlung von Vater-Kind-Geschichten, schwärmt

Cohen von seinem Vater und stellt ein Bild aus dem Jahr 1977 zur Verfügung. Er erzählt von der Phase nach der „alles andere als perfekten Trennung“ seiner Eltern, in der Leonard Cohen von Los Angeles nach Südfrankreich flog, obwohl ihm richterlich untersagt war, das Grundstück seiner Exfrau zu betreten. Er mietete einen Wohnwagen, den er genau so parkte, dass es formal dem Verbot entsprach, die Kinder ihn aber trotzdem zu Fuß besuchen konnten. Bei so viel Harmonie klingt es fast beruhigend, dass Adam Cohen gesteht, es habe auch mal „kleinere Missverständnisse“ gegeben. clv



Adam, Leonard Cohen 1977

CANONGATE BOOKS, LONDON



CARSTEN KOALL

Der Augenzeuge

„Selbstbestimmter leben“

Kommende Woche will das Bundeskabinett in Berlin das Teilhabegesetz beraten. Das Leben von Menschen mit Behinderung soll sich dadurch verbessern. Betroffene, Opposition und Sozialverbände sehen den Gesetzentwurf kritisch. **Sven Drebes**, 40, hat eine spastische Lähmung und arbeitet für die Grünen-Fraktion als Referent für Behindertenpolitik. Auch er ist von dem Gesetzentwurf nicht überzeugt.

„Ich lebe in einer eigenen Wohnung, arbeite für eine Bundestagsfraktion, bin in meiner Freizeit politisch aktiv und kulturell interessiert. Was daran Besonderes ist? Wer das als behinderter Mensch möchte, der muss oft kämpfen. Ich bin am Arbeitsplatz und zu Hause rund um die Uhr auf die Hilfe eines Assistenten angewiesen. Er hilft mir beim Anziehen, bei der Busfahrt zur Arbeit und wiederholt meine Worte, wenn mich jemand nicht gut versteht. Diese Assistenz kostet mehr als ein Heimplatz. Wer so viel Hilfe braucht und nicht kämpfen kann, wird schnell in ein Heim gesteckt, wo man sein Leben kaum individuell gestalten kann. Die Kosten der Assistenz trägt der Staat. Wer aber nur ein paar Euro mehr als den Mindestlohn verdient oder mehr als 2600 Euro auf dem Konto hat, muss etwas abgeben. Ich lebe also trotz guten Verdienstes von der Hand in den Mund.“

Ich hatte gehofft, dass sich das mit dem Teilhabegesetz ändert, denn individuelle Lebensgestaltung ist ein Menschenrecht und kein Gnadenakt des Sozialstaats. Das tut es aber nicht: Zwar gibt es in Zukunft großzügigere Obergrenzen, doch nur unter bestimmten Voraussetzungen. Für mich ändert sich nichts Wesentliches. Die Bundesregierung hatte viel versprochen: Das neue Gesetz sollte uns helfen, selbstbestimmter zu leben. Als ich den Entwurf dann dieses Jahr zum ersten Mal gelesen habe, habe ich mich sehr geärgert. Das geplante Gesetz verbessert das Leben von Menschen mit Behinderung nicht, sondern verschlechtert es teilweise sogar, es baut neue Barrieren auf. Sollte es 2017 in Kraft treten, wäre auch der Karriereweg, den ich gemacht habe, nicht mehr möglich. Ich habe Volkswirtschaft studiert und anschließend promoviert. Währenddessen hatte ich immer eine Assistenz. In Zukunft würde der Staat eine Assistenz nach dem Bachelor nur selten zahlen. Ich habe zusammen mit anderen Betroffenen gegen den Gesetzentwurf demonstriert, aber es sieht nicht so aus, als ob sich im Kabinett noch etwas änderte.“

Aufgezeichnet von Philipp Kosak



„Beide Politiker haben eine Gemeinsamkeit: die Gier nach Macht. Ich ängstige mich vor einem Trump, aber Hillary Clintons Wille zur Macht ist in Wahrheit keinen Deut besser.“

Jörg Templin, Bautzen (Sachsen)

Zitterpartie

Nr. 25/2016 Die letzte Hoffnung – Hillary Clinton ist die Einzige, die Donald Trump noch stoppen kann

Hillary Clinton wird als Präsidentin der USA das Machtgehebe und die Militarisierung weiter vorantreiben und Russland weiterhin zum erneuten kalten Krieg provozieren.

Elmar Oosterholt, Neuss

In der Haut der amerikanischen Wähler möchte ich nicht stecken. Sie haben die Wahl zwischen Pest und Cholera! Auf der einen Seite der Irre, auf der anderen die leibhaftige Boshaftigkeit.

Wilfried Hübner, Feldkirchen-Westerham (Bayern)

Trump's Reaktion auf das Attentat in Orlando und die Reaktion seiner Anhänger sind erschreckend. Als ob die USA ein Hightech-Neanderthal wären.

Fritz Winkelbauer, Stadtbergen (Bayern)

Mit Clinton geht es also so weiter wie bisher: Aggression, Einmischung, Krieg. Etwas Besseres als Trump kann der Welt doch gar nicht passieren.

Klaus Fischer, Ditzingen (Bad.-Württ.)

Am Untertitel des Titelblatts gefällt mir etwas nicht: Nicht Hillary Clinton muss die Welt vor Donald Trump bewahren, sondern die Mehrheit der amerikanischen Wähler muss dies tun. Schließlich geht es um ein demokratisches Verfahren. Oder funktioniert die Demokratie ebendoch nicht mehr? Schon viele Despoten sind auf demokratischem Wege zur Macht gekommen und hatten dann die Möglichkeit, die Demokratie auszuhebeln. Wollen Sie das zum Ausdruck bringen? Oder soll man die Wahl von vornherein auf Kandidaten beschränken, die nach allgemeiner Meinung „politisch korrekt“ sind oder nur einfach rational vernünftig? Das ist dann wohl keine Demokratie mehr, denn ein Teil der Wähler wird entmündigt.

Dr. Harald Kallmeyer, Berlin

Die Wut der Vernachlässigten ist so groß, dass die Wähler Donald Trumps ihn nicht im Stich lassen werden, egal was er von sich gibt. Er und Bernie Sanders wären längst nicht so erfolgreich gewesen, hätte Hillary Clinton ihre Hausaufgaben beizeiten ähnlich gut gemacht, wie es ihr beim Geldeinsammeln immer gelungen ist. Selbst wenn Sanders ihr jetzt gegen Trump besteht, heißt das noch lange nicht, dass

ihm bei der Wahl im November seine gesamte Gefolgschaft darin folgen würde. Eine Zitterpartie ist angesagt, es sei denn, es gelingt dem Establishment, auch diese Wahl ähnlich zu manipulieren wie die Wahlen bei den Primaries.

Frauke Warner, Wien



US-Wahlkämpfer Trump

Herkunft spielt keine Rolle

Nr. 24/2016 Die Attacken des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf Bundestagsabgeordnete

Die Reaktion Erdoğan's ist scharf zu verurteilen, aber die vorhergehende Armenien-Resolution des Bundestags kann nur als unsinnig bezeichnet werden. Die ganze Affäre ist ein Musterbeispiel, wie uneinsichtige Politiker aller Seiten einen außenpolitischen Konflikt herbeiführen können. Der Bundestag sollte sich auf die Aufgaben konzentrieren, die ihm das Grundgesetz zuweist. Über Dinge zu urteilen, die sich vor hundert Jahren in einem fremden Staat abspielten, ist eine Anmaßung.

Dr. Eberhard Foth, Waldbronn (Bad.-Württ.)

Hat das deutsche Volk nicht schlimmste Verbrechen begangen, sollten wir nicht lieber vor der eigenen Haustür kehren und den Ball flach halten?

Fritz Georg Riemschneider, Hamburg

Wer erinnert Herrn Erdoğan daran, dass im Deutschen Bundestag nur deutsche Staatsbürger sitzen? Nur diese sind bekanntlich wählbar und dürfen wählen. Sie wurden als überzeugende Vertreter ihrer Partei von deutschen Staatsbürgern gewählt, nicht als Interessenvertreter der türkischen Bevölkerung. Die Herkunft ihrer Eltern spielte keine Rolle. Die Forderung nach einem Bluttest offenbart völkisches Denken der untersten Kategorie und eine verblüffende Ahnungslosigkeit in Biologie. Wenn ich mein Blut untersuchen lasse, blinkt auch kein Lämpchen „deutsch“.

Andrea Klingler, Gummersbach (NRW)

Ungeheuerliches Unrecht

Nr. 24/2016 Hat es den Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika, den der türkische Präsident Erdoğan den Deutschen vorhält, überhaupt gegeben?

Mein Großvater Paul Harrland war von 1904 bis 1907 bei der Schutztruppe im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Er hat in den zweieinhalb Jahren ein Tagebuch geführt. An mehreren Stellen der Aufzeichnungen zeigt sich die Brutalität, mit der dieser Krieg vonseiten der Deutschen geführt wurde. Zu der Frage des Völkermordes schreibt er unter dem Datum 17.12.1904: „Nach einer Verfügung sollten die sich freiwillig stellenden Herero, mit oder ohne Waffen, geschont werden. Dieser Befehl sollte anfangs wohl geheim gehalten werden. Generalleutnant von Trotha bat jedoch um Veröffentlichung in den offiziellen Blättern Deutschlands.“ Der Hinweis auf diese Verfügung könnte darauf hindeuten, dass der Vernichtungsbefehl gegen die Herero zumindest relativiert wurde und nicht ihre völlige Vernichtung geplant war.

Volker Schminke, Historiker, München

Hat Bartholomäus Grill nicht gemerkt, wie er Hinrich Schneider-Waterberg auf den Leim geht? Dieser „Hobby-Historiker“ leugnet seit Jahr und Tag den Völkermord an den Herero und den Nama. Die selektiven Verweise auf maßgebende Historiker sind zu durchschaubar und halbherzig, um den Eindruck der Ausgewogenheit erwecken zu können. Versagt hat hier aber nicht nur der Journalist Grill – der einst zum Afrika-Beraterkreis des damaligen Bundespräsidenten Köhler gehörte! –, sondern auch die Redaktion des SPIEGEL. Wie kann ein Leitmedium in der bundesdeutschen Presselandschaft kolonialapologetischem Revisionismus par excellence eine solche Bühne bieten? Es bleibt der verheerende Eindruck, als wollten Bartholomäus Grill und der SPIEGEL die bilateralen Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia torpedieren.

Werner Hillebrecht, Windhuk (Namibia), Prof. Dr. Reinhart Kößler, Berlin, Prof. Dr. Henning Melber, Uppsala (Schweden), Dr. Joachim Zeller, Berlin

Ein mutiger Beitrag. Wenn Herr Grill recht hat, müssen sich die sogenannten „fortschrittlichen Kolonialhistoriker“ schämen, weil sie über Jahrzehnte einem einzigen Kollegen nachgeplappert haben, der nicht die wissenschaftliche Wahrheit, sondern die kommunistische Parteilinie verfolgte.

Prof. Martin Beck, Tübingen

Was soll dieser Seitenhieb auf Herrn Drechsler („marxistischer DDR-Historiker“, „antiimperialistischer Auftrag“)? Was ist es denn sonst gewesen als der seinerzeit übliche brutale Kolonialismus des „christlichen Abendlandes“? Dass die europäischen Komplizen Asien, Süd- und Mittelamerika und Afrika ebenfalls terrorisierten, relativiert doch nichts. Wir sind und waren eben nie die „Guten“.

Richard Jawurek, Markkleeberg (Sachsen)

Grill und sein Kronzeuge Schneider-Waterberg befinden sich nicht auf neutralem Gelände. Ihre Rechtfertigungs- und Beschönigungsversuche, die in dem Artikel aufgeführt werden, erinnern in vielem erschreckend an Apologien aus der Zeit der Holocaust-Debatte („es gibt keine Zahlen“, „ich war auch mit einem Juden befreundet“, „die Juden gingen mit Gegnern auch nicht zimperlich um“).

Dr. Markus Braun, Köln

Die Wiedergutmachung all der vorherigen SPIEGEL-Sündenfälle in der diesbezüglichen Namibia-Berichterstattung.

Dr. Horst Eichler, Vorstandsmitglied d. Deutsch-Namibischen Gesellschaft Bezirk Rhein-Neckar, Heidelberg

Genozid, versuchter Genozid oder nur ein brutal geführter Krieg? Anstatt zu definieren, welche Worte benutzt werden, anstatt aufzulisten, wie viele Pferde und Hafer zur Verfügung standen, und zu diskutieren „wer angefangen hat“, wäre es schön ge-



Gefangene Herero 1904

wesen, endlich mal einen Artikel mit Rückgrat zu schreiben, in dem die deutsch-namibische Geschichte anerkannt und ihre aktuellen Folgen thematisiert werden.

Barbara Scharfbillig, Wittlich (Rhld.-Pf.)

Sie lassen ein wichtiges Faktum aus: Soldaten der deutschen „Schutztruppe“ folgten den flüchtenden Herero nach ihrer Niederlage am Waterberg, um die wenigen Wasserlöcher der Omaheke-Wüste abzusperren und die Flüchtenden in großer Zahl dem Tod durch Verdurstung auszuliefern. Und: David Kambazembi ist vermutlich der einzige Herero-Chief in ganz Namibia, der die Niederlage der Herero am Waterberg als Sieg interpretiert.

Rolf-Henning Hintze, München

Märchen vom Aufstieg

Nr. 24/2016 Warum die Politik die Armen und die Arbeiter vergessen hat

Nils Minkmar beschreibt in seinem Essay das Wahlverhalten einer Bevölkerungsgruppe im Zusammenhang mit der AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien. Arbeiter, Zurückgelassene und schlecht Bezahlte allgemein: Das allein trifft es aber nicht ganz, dazu ist die Wählerschaft zu groß und die Zahl der Arbeiter inzwischen – und der Abgehängten noch – zu klein.

Thorsten Schulenberg, Ganderkesee (Nieders.)

Endlich macht sich jemand die Mühe, die Ursachen von Protestwahl und Erstarken des Rechtspopulismus im einfachen Volk zu analysieren, anstatt die arrogante „Wie kann man nur so dumm sein und auf die einfachen Antworten hereinfallen“-Attitüde zu präsentieren. Die Volksparteien sollten die Lebensumstände, Hoffnungen und Bedürfnisse der „einfachen“ Leute ernst nehmen, bevor die rechte Sündenbockpolitik der Trumps und Petrys diesen eine Heimat bietet. Statt einer Wertschätzung der wichtigen „einfachen“ Arbeitsplätze hört man leider oft das herablassende neoliberale Märchen vom Aufstieg, der möglich sei, wenn man nur genug arbeite – als könnte eine Gesellschaft nur aus Eliten bestehen. Wer wäscht denn dann die Teller und putzt das Hotelzimmer?

Ralf Daum, Regensburg

In einer so reichen Gesellschaft wie unserer einfache Tätigkeiten schlecht zu honorieren halte ich weder für fair noch für politisch klug, ich empfinde es als Skandal. Auch bei weiter steigender Akademikerquote wird es in Zukunft Tätigkeiten geben, für die man keine besondere Bildung braucht. Bildung beziehungsweise das Fehlen von Bildung darf nicht sozialdarwinistisch instrumentalisiert werden.

Werner Seeliger, Stuttgart

Mit einem Lächeln geben

Nr. 24/2016 Vom richtigen Umgang mit Bettlern

Ich habe zehn Jahre lang ehrenamtliche Sozialarbeit gemacht. Viele dieser Menschen vermissen die Ansprache – zum Beispiel „Guten Tag“ und „Bitte“ – und das Wahrgenommenwerden – zum Beispiel mit einem Lächeln. Hundebesitzer hören gern, wie nett der Hund ist und wie gut er aussieht (egal, ob es stimmt). Das ist nicht so schwer, wie man denkt.

Monika Bückmann, Hamburg

Mich erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit hingenommen wird, dass es hier Bettler gibt. Betteln macht Menschen zu würdelosen Almosenempfängern und bringt die Gebenden in die Herrenrolle des Al-

mosengebers. Menschen, die meinen, mit der Zurschaustellung von Bedürftigkeit Geld verdienen zu müssen, muss geholfen werden. Darum erwarte ich, dass die Gemeinden und die Organisationen, die Spenden für Obdachlose bekommen, die Hilfe so organisieren, dass jeder Bedürftige weiß, wie er sie bekommen kann.

Renata Stiller, Hamburg

Ich halte es so: Auf dem Weihnachtsmarkt in Hamburg suche ich das Gespräch mit zurückhaltenden Bettlern. Ist mir der Background etwas wert, gebe ich zwischen 10 und 50 Euro. Im laufenden Jahr habe ich mir Folgendes ausgedacht: Ich kaufe belegte Brötchen, Tütenwein und habe Bargeld. Die Entscheidung trifft der Bettler, ich werde alles los und kaufe manchmal nach.

Torsten Nitzsche, Rosengarten (Nieders.)

Schöne Eier, ja!

Nr. 24/2016 Homestory: Geht ein Huhn zum Tierarzt



THILO ROTHKAMMER / DER SPIEGEL

Danke der Autorin Michaela Schießl für den gelungenen Text über das verschnupfte Huhn Gollum und die (Tier-) Liebe, die keine Vernunftsgrenzen kennt und doch so nachvollziehbar ist! Schöne Eier, ja! Daunen allerdings liefern Hühner normalerweise nicht. Aber vielleicht ist Gollum ja auch in dieser Hinsicht eine bewundernswerte Ausnahme.

Esther Augustin, Kiel

Selten so eine Entlarvung der menschlichen Schizophrenie gegenüber den Kuscheltieren auf dem Sofa und den sogenannten Nutztieren im Stall gelesen, noch dazu so fluffig geschrieben. Für solch eine Homestory liebe ich „meinen“ SPIEGEL.

Dr. Edmund Haferbeck, Stuttgart

Ich bin so froh, dass Frau Schießl ganz ohne Scham sagt: Ja, ich übernehme Verantwortung für Lebewesen, die von mir abhängig sind. Und ich liebe sie, so dumm es euch erscheinen mag. Bitte mehr von diesen Dingen! Sie bringen die Wertschätzung und den Respekt der Welt gegenüber zurück in den Fokus.

Nina Herber, Augsburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus SPIEGEL ONLINE: „Die russischen Hooligans, die im Stadtbild bisher wenig präsent waren, sind berüchtigt. Doch auch sportlich hat das Spiel seinen Reiz.“

Investitionsprogramm zur Integration von Bauministerin vorgestellt

Aus dem „Tagesspiegel“

Aus dem „Badischen Tagblatt“: „Das Ende des Konzerts nahte mit dynamischen Schritten, gravitatisch und bedeutungsschwanger.“

Auto fährt Fußgängerin an und ergreift die Flucht

Aus dem „Füssener Blatt“

Aus einer Restaurant-Kritik in der „Frankfurter Allgemeinen“:
„... dann eine Steinpilzschaumsuppe, die derart intensiv ist, dass sich ihr Aroma im Gaumen einnistet wie einst die West-Berliner Hausbesitzer in ihren gekaperten Wohnungen.“

Vorsorge für Flüchtlinge ist getroffen

Panzer- und Kampfjets nahe der GU

VEITSHÖCHHEIM/WÜRZBURG (wolf)
Zum „Tag der Bundeswehr“ führt am Sonntag 34. Intern. Militärparade

Aus der „Main-Post“

Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Ein Blick auf den Tiber, dann sieht man gleich, wie es um die Stadt steht. Die Römer und der Fluss haben sich jahrzehntelang angeschwiegen, aber das ändert sich gerade.“



Werbeaufkleber auf der „Idsteiner Zeitung“

Kinder SPIEGEL-Leser wissen mehr.



Jetzt testen:
„Dein SPIEGEL“ digital
Mehr Infos unter
www.deinspiegel.de/info



Das Nachrichten-Magazin
für Kinder.

Zitate

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zum SPIEGEL-Gastbeitrag des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel über die Notwendigkeit, linke Kräfte zu bündeln (25/2016):

Aus der SPD kommen immer deutlichere Signale, dass die Partei nach der nächsten Bundestagswahl 2017 die Koalition mit CDU/CSU beenden und stattdessen ein Bündnis mit den Grünen und der Linkspartei eingehen möchte. In einem Beitrag für die Zeitschrift DER SPIEGEL forderte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel „ein Bündnis aller progressiven Kräfte“. So wie sich Bernie Sanders in den USA Hillary Clinton anschließen müsse, so müssten auch in Europa „progressive Parteien und Bewegungen füreinander bündnisbereit und miteinander regierungsfähig sein“, verlangt der SPD-Vorsitzende.

Der „Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Gespräch mit Wolfgang Schäuble über einen möglichen Austritt der Briten aus der EU (24/2016):

Eine von David Camerons Forderungen, als Symbolpolitik belächelt, bestand darin, dass der Satz von der Schaffung „einer immer engeren Union der Völker Europas“ für Großbritannien nicht mehr gelten sollte. Die Europäer hätten sich diese Forderung zu eigen machen sollen, als Symbolpolitik: um auch den Deutschen und Niederländern und Ungarn zu zeigen, dass niemand einfach so weitermachen will. Wolfgang Schäuble ist längst so weit: „Wir könnten als Antwort auf einen Brexit nicht einfach mehr Integration fordern. Das wäre plump, viele würden zu Recht fragen, ob wir Politiker noch immer nicht verstanden haben“, sagt Schäuble im SPIEGEL und plädiert für mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten, „so wie es die Briten verlangen“.

Die französische Tageszeitung „Le Monde“ über den SPIEGEL-Titel „Bitte geht nicht! Warum wir die Briten brauchen“ (24/2016):

Aus deutscher Sicht wäre ein Brexit eine echte Katastrophe. Davon künden dieser Aufschrei, den der SPIEGEL am 11. Juni auf seinem Titel druckte, „Bitte geht nicht!“, sowie die bemerkenswerte Überschrift des Titelartikels, „Lasst uns nicht allein!“ Gemeint ist wohl: mit den Franzosen. Das Vereinigte Königreich ist nämlich das Land, auf das die Deutschen zählen, damit Europa wettbewerbsfähig und liberal bleibt und nicht den Verlockungen des französischen Colbertismus erliegt.

Neues Angebot – schnell sichern:

Nur für kurze Zeit!

DER SPIEGEL digital + iPad mini 4!

Jetzt **SPIEGEL digital** mit multimedialen Inhalten plus das **neue iPad mini 4** im Paket sichern und schon ab freitags 18 Uhr lesen!



52 Ausgaben DER SPIEGEL digital	€ 202,80
für nur € 3,90 statt € 3,99 pro Ausgabe	
52x DER SPIEGEL als E-Paper (PDF)	inklusive
12x der digitale LITERATUR SPIEGEL	inklusive
40 E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag	€ 119,60
iPad mini 4 Wi-Fi mit 16 GB in Spacegrau (UVP)	€ 397,33
Gesamtwert	€ 719,73
Ihr Preis im Sparpaket	€ 399,-

Sie sparen € 320,73

Gleich online sichern unter:

www.spiegel.de/digital25

BMW GROUP
THE NEXT 100 YEARS



DIE STADT BRAUCHT ORIGINALE.

ATTRAKTIV FINANZIEREN UND AB 19,99 EUR/MONAT VERSICHERN.*

Machen Sie die Stadt noch faszinierender. Vereinbaren Sie gleich Ihren Termin für eine Probefahrt.

**DER MINI 3-TÜRER UND DER MINI 5-TÜRER.
JETZT BEI IHREM MINI PARTNER.**



Kraftstoffverbrauch (je nach Modell) innerorts: 8,3–3,9 [7,2–4,2] l/100 km, außerorts: 5,2–3,1 [4,9–3,5] l/100 km, kombiniert: 6,3–3,4 [5,7–3,7] l/100 km; CO₂-Emissionen (je nach Modell) kombiniert: 147–89 [133–98] g/km. Werte in [] gelten für Fahrzeuge mit Automatikgetriebe. Fahrzeugdarstellung zeigt Sonderausstattung.

*Die zusätzlichen monatlichen Kosten beim wahlweisen Abschluss eines Versicherungsvertrages für Kfz-Haftpflicht und Vollkasko mit der Allianz Versicherungs-AG sind gültig für MINI One / MINI One D 3-Türer und 5-Türer Neu- und Vorführwagen bei Abschluss eines Finanzierungsvertrages mit der BMW Bank GmbH bis 30.06.2016. Vertragspartner und Risikoträger ist die Allianz Versicherungs-AG. Selbstbeteiligung: VK 1.000,00/TK 150,00 EUR pro Schadensfall. Einzelheiten ergeben sich aus den allgemeinen Bedingungen für die Kfz-Versicherung der Allianz Versicherungs-AG sowie dem Versicherungsantrag. Dieses Angebot gilt für Fahrer ab 23 Jahren. Die Versicherungsprämien enthalten die gültige Versicherungssteuer von 19% und gelten für die Dauer des Finanzierungsvertrages, maximal 36 Monate.